VERÖFFENTLICHUNGEN
DER NIEDERSÄCHSISCHEN ARCHIVVERWALTUNG

51

Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen

– Ein analytisches Inventar –

Band 4:

Die preußische Provinz Hannover

Teil 1:
Akten des Oberpräsidenten, der Provinzialselbstverwaltung
und des Heimatbundes Niedersachsen

Bearbeitet von

Sabine Meyer-Rahe, Dieter Poestges
und Friedrich Wilhelm Rogge

Nds.
HStA
Hannover
Qf
35,
51

ANDENHOECK & RUPRECHT IN GÖTTINGEN

Bücherei StK
0120241 0

V&R

Qf 35, 51

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER NIEDERSÄCHSISCHEN ARCHIVVERWALTUNG
Heft 51

Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen

– Ein analytisches Inventar –

Band 4:
Die preußische Provinz Hannover

Teil 1:
Akten des Oberpräsidenten, der Provinzialselbstverwaltung
und des Heimatbundes Niedersachsen

Bearbeitet von

Sabine Meyer-Rahe, Dieter Poestges
und Friedrich Wilhelm Rogge

Hauptstaatsarchiv Hannover

VANDENHOECK & RUPRECHT IN GÖTTINGEN

Niedersächsische Staatskanzlei
– Bibliothek –

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen:
ein analytisches Inventar. –
Göttingen : Vandenhoeck und Ruprecht
Bd. 4. Die preussische Provinz Hannover
Teil 1. Akten des Oberpräsidenten, der Provinzialselbstverwaltung und des Heimatbundes Niedersachsen / bearb. von Sabine-Meyer-Rahe . . . – 1997
(Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung ; H. 51)
ISBN 3-525-35534-3

© 1997 Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetztes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Printed in Germany
Druck: Hubert & Co., Göttingen

1998/24

Inhaltsübersicht

Verzeichnis der Abkürzungen VII
Einführung IX
Bestände des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs in Hannover 1
1.1 Soziale Sicherung 1
1.1.1 Maßnahmen sozialer Sicherung und Hilfe 1
1.1.1.1 Arbeitslosenvermittlung – Arbeitslosenversicherung – Arbeitslosenfürsorge 1
1.1.1.2 Staatliches Wohlfahrtswesen 4
1.1.1.3 Staatliche Finanzhilfen zur Unterstützung der Bautätigkeit . 7
1.1.2 Tarifverträge und Arbeitsrecht 7
1.1.3 Lohnkämpfe 10
1.2 Wirtschaft und Finanzen 11
1.2.1 Finanzlage der öffentlichen Hand 11
1.2.1.1 Finanzlage des Provinzialverbandes Hannover 11
1.2.1.2 Finanzlage der Städte, Kreise und Gemeinden in der Provinz Hannover 15
1.2.2 Staatliche Wirtschaftssteuerung 15
1.2.2.1 Versorgungslage und Verteilung von Lebensmitteln 15
1.2.2.2 Bekämpfung von Schleichhandel und Wucher 21
1.2.2.3 Brennstoffversorgung/Verteilung von Brennstoffen aus staatlichen Mitteln 25
1.2.3 Wirtschaftliche Lage von Industrie und Handel/Handwerk in der Provinz Hannover 28
1.2.4 Aktivitäten landwirtschaftlicher Organisationen 30
1.3 Politische Entwicklung 31
1.3.1 Politische Lage 31
1.3.1.1 Ausführung des Versailler Friedensvertrages 31
1.3.1.2 Politische Lage im Reich und in Preußen 34
1.3.1.3 Politische Lage in der Provinz Hannover 36
1.3.1.4 Politische Lage im Land Braunschweig 39
1.3.2 Gebiets- und Verwaltungsreform 40
1.3.2.1 Diskussion um die Reichsreform 40
1.3.2.2 Provinzial-, Städte-, Kreis- und Landgemeindeordnungen, Grenzveränderungen 44
1.3.2.3 Zur Frage der Loslösung der Provinz Hannover von Preußen – Vorabstimmung in der Provinz Hannover 47

1.3.3. Wahlen und Ämterbesetzungen 53
1.3.3.1 Reich und Preußen 53
1.3.3.2 Provinz Hannover 55
1.3.3.2.1 Provinziallandtag 55
1.3.3.2.2 Oberpräsident, Regierungspräsidenten und Bezirksausschüsse 58
1.3.3.2.3 Landkreise, Stadt Hannover 59
1.3.3.3 Volksbegehren und Volksentscheide 62
1.3.4 Sicherstellung von Ruhe und Ordnung 63
1.3.4.1 Anweisungen von Regierungsvertretern/Militärbefehlshabern 63
1.3.4.2 Einwohnerwehren – Notschutzorganisationen – Landesschutz 67
1.3.4.3 Die Arbeit von Ordnungsorganen 82
1.3.4.4 Politisches Verhalten von Beamten 85
1.3.5 Organisationsstrukturen und Aktivitäten politischer Parteien und Verbände 88
1.3.5.1 NSDAP und rechtsradikale Verbände sowie Landvolkbewegung 88
1.3.5.2 Deutsch-Hannoversche Bewegung 99
1.3.5.3 Sonstige politische Parteien und Verbände 105
1.3.6 Staatliche Maßnahmen gegen Parteien, Verbände und Presseorgane 108
1.3.7 Politische Unruhen 119
1.3.7.1 Politische Unruhen in der Revolutionsphase und in den zwanziger Jahren (bis 1928) 119
1.3.7.2 Ausschreitungen zwischen Anhängern verschiedener politischer Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik 120

Literaturhinweise 125

Index 127

Verzeichnis der Abkürzungen

A. u.S. Rat	Arbeiter- und Soldatenrat
a.D.	außer Dienst
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AG	Aktiengesellschaft
Apr.	April
Aug.	August
Bd., Bde.	Band, Bände
betr.	betreffend
Bl.	Blatt
DDP	Deutsche Demokratische Partei
Dez.	Dezember
DHP	Deutsch-Hannoversche Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
eGmbH	eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
einschl.	einschließlich
e.V.	eingetragener Verein
ev.	evangelisch
Febr.	Februar
ff.	folgende
gem.	gemäß
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gr.	Groß
H.	Heft
hann.	hannoversch
HJ	Hitler-Jugend
Hrg., hrg.	Herausgeber, herausgegeben
Ing.	Ingenieur
insbes.	insbesondere
Jan.	Januar
Jb.	Jahrbuch
Jg.	Jahrgang
Kfz	Kraftfahrzeug
Kl.	Klein
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Kr.	Kreis

LKP	Landeskriminalpolizei
luth.	lutherisch
MDI	Minister(ium) des Innern
Min.	Minister(ial)
Min.Bl.	Ministerialblatt
NAZ	Niedersächsische (Neue) Arbeiter-Zeitung
Nds.	Niedersächsisch
Nov.	November
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKD	Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschlands
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps
NTZ	Niedersächsische Tageszeitung
Okt.	Oktober
OPräs.	Oberpräsident
Orgesch	Organisation Escherich
preuß.	preußisch
Prov.	Provinz(ial)
Reg.Bez.	Regierungsbezirk
Reg.Präs.	Regierungspräsident
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RMDI	Reichsminister(ium) des Innern
SA	Sturmabteilung
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
Schupo	Schutzpolizei
Sept.	September
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Vfg.	Verfügung
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung(en)

Einführung

I. Allgemeines, zeitliche Begrenzung und Auswahlkriterien

Die Analysen der Akten des Hauptstaatsarchivs Hannover werden in zwei Teilbänden des Bandes 4 (Die preußische Provinz Hannover) veröffentlicht. Der vorliegende erste Teilband enthält Analysen der zentralen Bestände, während der andere Teilband die Bestände erfassen wird, die sich lediglich auf den Sprengel des Hauptstaatsarchivs, also den Bereich der Regierungsbezirke Hannover, Lüneburg und Hildesheim, beziehen. Zusammen mit den bereits publizierten Inventaren über die Regierungsbezirke Stade[1] und Osnabrück[2] sowie dem z. Zt. in Bearbeitung befindlichen Inventar über den Regierungsbezirk Aurich wird der Band 4 somit aus insgesamt fünf Teilbänden bestehen.

Die Zuordnung der für das Thema herangezogenen Bestände des Hauptstaatsarchivs zu den beiden Teilbänden war in fast allen Fällen problemlos möglich. So waren in das vorliegende Inventar die Analysen der Akten aus den drei Beständen Oberpräsident, Provinziallandtag und Provinzialverwaltung aufzunehmen. Hinzu kommt als vierter der Bestand Heimatbund Niedersachsen, der seine Entstehung dem Versuch verdankt, eine „Totaldokumentation über Hannover und Niedersachsen zu schaffen".[3] Dagegen wurde entschieden, die Aktenanalysen zu den drei Beständen Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gaue Südhannover-Braunschweig und Osthannover, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Hannover, und Deutsch-Hannoversche Partei nicht in diesem Teilband zu erfassen, weil die Akten überwiegend Vorgänge im Sprengel des Hauptstaatsarchivs betreffen, im Fall von DHP und NSDAP darüber hinaus im wesentlichen noch Vorgänge im Regierungsbezirk Stade bzw. im Land Braunschweig.

Wie in den bisher erschienenen Bänden bzw. Teilbänden soll auch hier die zeitliche Einschränkung auf die Periode der Weimarer Republik nicht als starre zeitliche Vorgabe verstanden werden, sondern als Orientierungshilfe.[4] Wenn bestimmte historische Erscheinungen oder Ereignisse, die die Weimarer Republik geprägt haben, früher begannen bzw. später endeten, wurden auch Akten aus der Zeit vor dem November 1918 bzw. nach dem Januar 1933 berücksichtigt.

Die Inventarisierung der Quellen folgt im vorliegenden Teilband keinem an der „Politik" im engeren Sinne ausgerichteten Krisenbegriff, sondern einem eher extensiv gefaßten Verständnis der Krise, das sich an den von Friedrich Wilhelm Rogge entwickelten Kriterien-Katalog anlehnt.[5] Die Auswahl der Archivalien wird von der Leitfrage bestimmt, warum während der Jahre 1918 bis 1933 weder die emotionale noch die rationale Bindung der Bürgerinnen und Bürger an den Staat ausreichte, um

[1] 1. Teil 4.2, bearb. von U. Heinrichs
[2] 2. Teil 4.3, bearb. unter Leitung von W. Delbanco
[3] Vorwort zum Findbuch des Bestandes VVP 17, S. 4
[4] Zur Begründung siehe Rogge, Band 1: Freistaat Braunschweig, S. X
[5] A.a.O.

in klassischen Krisensituationen insbesondere demokratische und kulturelle Wertvorstellungen zu verteidigen. Die vorliegende Arbeit berücksichtigt demzufolge – anders als das Inventar für den Regierungsbezirk Osnabrück[6] – auch jenes Aktenmaterial, das im wesentlichen wirtschafts-, sozial- und finanzgeschichtliche Angelegenheiten dokumentiert. Dazu gehören Aktenanalysen zu Themenkomplexen wie Sozialversicherung oder Betriebsstillegungen ebenso wie zur Verwaltungsreform. Gerade aus solchen Quellen lassen sich z. B. Übersichten und statistische Angaben zum Ausmaß der Arbeitslosigkeit im Untersuchungsgebiet gewinnen. Die Ausführlichkeit der Aktenanalysen zu Betriebsabbrüchen ist mit dem hier in einmaliger Form vorliegenden detaillierten Zahlenmaterial über Entlassungen in den verschiedenen Industriezweigen sowie dem Nachweis regionaler Auffälligkeiten zu begründen. Die Unterlagen, die bei der Zusammenlegung kleinerer Kreise entstanden sind, lassen den Hintergrund erkennen, vor dem die damalige Mobilisierung der Landvolkbewegung erfolgte.

Dem zugrunde gelegten weiter gefaßten Krisenbegriff entspricht die zeitliche Bandbreite der inventarisierten Akten. Bewußt wurden auch Akten berücksichtigt, die zeitlich in die sogenannte „Ruhephase" der Weimarer Republik fallen. Die umfassende Analyse des Aktenmaterials zeigt sich schließlich auch darin, daß sowohl Bedingungsfaktoren für eine krisenhafte Entwicklung als auch punktuell wirksame und tagespolitische Ereignisse berücksichtigt wurden.

2. Bemerkungen zum Inhalt

Soziale Sicherung

Auf diesen ersten Themenbereich entfallen lediglich 24 der insgesamt 421 Analysen. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Beseitigung oder Milderung der Arbeitslosigkeit insbesondere in der unmittelbaren Nachkriegszeit und in der Endphase der Weimarer Republik, Fürsorgemaßnahmen für von Kriegs- und Nachkriegsereignissen Betroffene sowie Regelungen im Zusammenhang mit der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. Bei diesen handelte es sich insbesondere um Saisonarbeiter aus Polen, die in der Landwirtschaft beschäftigt wurden. Ihre Einstellung war erforderlich geworden durch die Abwanderung deutscher Landarbeiter und die Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, um eine wachsende städtische Bevölkerung ernähren zu können. Die Akten zeigen die stetigen Bemühungen, den Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte nach Möglichkeit zu begrenzen, bis schließlich 1932, auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit, die Heranziehung von Wanderarbeitern aus Osteuropa gesetzlich verboten wurde.[7]

[6] Delbanco, S. XIII
[7] Vgl. dazu Niemann, S. 51-58

Besonderes Interesse dürfen auch Schilderungen der Arbeits- und Lebensumstände der Harzer Bergarbeiter beanspruchen.[8] Des weiteren finden sich in diesem Kapitel u.a. Informationen über den Aufbau der Arbeitsverwaltung in der Provinz Hannover, über die amtliche und die freie Wohlfahrtspflege und die entsprechenden Einrichtungen sowie über Fürsorgemaßnahmen für Behinderte und die Jugendpflege.

Wirtschaft und Finanzen

Mit 62 Analysen ist dieser zweite Komplex mehr als doppelt so umfangreich wie der erste. Breitesten Raum nehmen hier Angaben über die Versorgung der Bevölkerung in den Nachkriegsjahren insbesondere mit Lebensmitteln, aber auch mit Brennstoffen ein. Sachlich dazu gehören Berichte über die Bekämpfung von Schleichhandel und Wucher sowie die Verteilung von Futtermittel für das Vieh. Diese Archivalien vermitteln eine Fülle von Einzelinformationen über eines der speziell für die Zivilbevölkerung wichtigsten Probleme der Kriegs- und Nachkriegszeit. Wenn auch die stark agrarisch geprägte Provinz Hannover insgesamt nicht in demselben Maße wie die industriellen Zentren in Deutschland unter der Knappheit von Nahrungsmitteln zu leiden hatte, so war auch hier, zumal in einer Stadt von der Größe Hannovers, spätestens seit dem Winter 1916/17 eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung nicht mehr zu gewährleisten. Erst als nach Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles die Blockade aufgehoben wurde, war eine allmähliche Verbesserung zu verzeichen, so daß die staatlichen Maßnahmen zur Versorgung breiter Bevölkerungsschichten in den Folgejahren stark reduziert werden konnten.

Weitere Archivalien informieren über die finanzielle Situation der Provinzialverwaltung, wobei die Verwendung der dieser zur Verfügung stehenden Mittel und die Auseinandersetzungen darüber im Mittelpunkt stehen.[9] Darüber hinaus werden in diesem Kapitel Quellen aufgezeigt, denen Hinweise über die wirtschaftliche Lage von Industrie, Handel und Handwerk sowie über die Aktivitäten landwirtschaftlicher Organisationen entnommen werden können. Speziell im letzteren Fall geben die Akten auch Aufschlüsse über die politische Einstellung von Mitgliedern der Organisationen.[10]

Politische Entwicklung

Mit insgesamt 335 Analysen bildet dieser Themenbereich den Hauptbestandteil der vorliegenden Arbeit. Das einleitende Kapitel steht unter der Überschrift „Politische Lage" und enthält Informationen unterschiedlicher Art über die politischen Verhältnisse nicht nur in der Provinz Hannover, sondern auch im benachbarten Land Braunschweig sowie in Preußen und im Reich. Reichhaltiges Material über die im Gefolge des Versailler Friedensvertrages eingeleitete Entwaffnung der Zivilbevölke-

[8] Hann. 122a Nr. 4929
[9] Über die Tätigkeit der Provinzialverwaltung informiert das Handbuch für die Hannoversche Provinzialverwaltung
[10] Z.B Hann. 122a Nrn. 6300, 6306; zur politischen Einstellung der Landbevölkerung siehe Niemann, S. 55-58

rung in der Provinz Hannover findet sich in einer Akte des Bestandes Oberpräsident.[11] Weiter sind zu nennen Berichte staatlicher Stellen über Aktivitäten und Publikationen politischer Parteien und Zusammenschlüsse sowie von Einzelpersonen, Mitteilungen über staatliche Maßnahmen zum Schutz der Republik und schließlich Berichte über die Vorgänge um den Kulturphilosophen Prof. Theodor Lessing[12], die ein bezeichnendes Licht auf die politische Einstellung eines großen Teils der akademischen Lehrer und der Studenten an der TH Hannover in der Mitte der 1920er Jahre werfen.

Einen der Schwerpunkte der vorliegenden Arbeit bilden die Analysen der Akten zur Gebiets- und Verwaltungsreform. Insbesondere ein Thema, das während der gesamten Zeit der Weimarer Republik auf der Tagesordnung stand, hat in dem auf der zentralen Ebene der Provinz Hannover entstandenen Schriftgut seinen Niederschlag gefunden, nämlich die Frage der Loslösung Hannovers von Preußen bzw. der Bildung eines Landes Niedersachsen. Wichtige Anstöße dazu kamen bereits kurz nach Kriegsende aus den Reihen der Wirtschaft. Im Jahre 1919 gab die Vereinigung der niedersächsischen Handelskammern eine Denkschrift über die wirtschaftlichen Grundlagen eines niedersächsischen Freistaats in Auftrag. Unter den politischen Parteien setzte sich am entschiedensten die Deutsch-Hannoversche Partei für eine Wiederherstellung der Selbständigkeit Hannovers ein, wobei sie – vermutlich aus taktischen Gründen[13] – ihr restauratives Streben mit Überlegungen über die Bildung eines Landes Niedersachsen verband. Möglich wäre eine Lösung z. B. im Rahmen einer allgemeinen Neugliederung des Reiches gewesen, die die Ländergrößen einander angeglichen hätte. Für eine solche Reform sprachen gute Gründe, denn es herrschte ein krasses Mißverhältnis in bezug auf Fläche und Einwohnerzahl zwischen den Mitgliedsstaaten des Deutschen Reiches. Preußens Anteil an Deutschland betrug mehr als 60 %; es war etwa 1 000 mal so groß wie die beiden kleinsten Flächenstaaten Schaumburg-Lippe und Reuß ältere Linie.

Die Frage der Neugliederung des Reiches gehörte dann auch zu den zentralen Punkten bei den Diskussionen über eine neue Reichsverfassung.[14] Der von dem Staatssekretär des Innern, dem Verfassungsrechtler Hugo Preuß, vorgelegte Entwurf sah eine Zusammenlegung der Kleinstaaten und eine Auflösung des übermächtigen Preußen vor. Allerdings hatte Preuß das Thema Neugliederung der Länder mit einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern verknüpft. Der bisherige Bundesstaat sollte in einen dezentralisierten Einheitsstaat umgewandelt werden. Dieser Preis für eine Aufteilung Preußens war den Ländern zu hoch, und sie brachten das ganze Vorhaben zum Scheitern. Übrig blieb in der neuen Reichsverfassung vom 11.8.1919 die Bestimmung des Artikels 18, wonach eine Neubildung von Ländern u.a. dann zu erfolgen hatte, wenn dies dem Willen der Bevölkerung „des ganzen in Betracht kommenden Bezirks" entsprach. Eine Abstimmung sollte allerdings nur dann durchgeführt werden, wenn sie von mindestens einem Drittel der wahlberech-

[11] Hann. 122a Nr. 2785
[12] Hann. 122a Nr. 5327
[13] Siehe Prilop S. 261-268
[14] Zur Geschichte der Weimarer Verfassung siehe Apelt und Hartung

tigten Bevölkerung verlangt wurde. Ein solches Wählervotum konnte indes gemäß Artikel 167 frühestens zwei Jahre nach Verkündigung der Verfassung eingeholt werden. Nach Ablauf dieser Frist trat eine weitere Verzögerung ein, weil der Reichstag die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 18 noch nicht verabschiedet hatte.

So kam es, daß erst mehr als vier Jahre nach Kriegsende eine konkrete Initiative zur Wiederherstellung der Selbständigkeit Hannovers ergriffen wurde. Im Dezember 1922 überreichten Reichstagsabgeordnete der DHP dem Reichsinnenminister einen „Zulassungsantrag", der eine Abstimmung nach Art. 18 der Reichsverfassung zum Ziel hatte.[15] Bemerkenswert war die Formulierung des Antrags. Es sollte nämlich darüber abgestimmt werden, ob die Regierungsbezirke Lüneburg und Stade aus Preußen ausscheiden sollten, „um im Zusammenschluß mit benachbarten, wirtschaftlich und kulturell zusammenhängenden Gebieten ein Land zu bilden". Die DHP hatte also vor, nur in den Bezirken, in denen sie auf sichere Mehrheiten hoffen durfte, abstimmen zu lassen, wollte aber nicht im unklaren darüber lassen, daß es ihr weiterhin um die ganze Provinz Hannover ging.

Bereits wenige Wochen nach der Stellung des Antrags sah sich das Direktorium der DHP veranlaßt, den Reichsinnenminister um Aufschiebung zu bitten. Nach dem Einmarsch französischer Truppen in das Ruhrgebiet standen wichtigere Probleme auf der Tagesordnung. Erst nach dem Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet wurde ein neuer Antrag formuliert, in dem es hieß: „Soll die Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich aus Preußen ausscheiden?" Diesmal sollte also auch die Bevölkerung in den Regierungsbezirken Hannover, Hildesheim und Osnabrück ihr Votum abgeben können; nur eine Befragung der Einwohner Ostfrieslands hielt die DHP von vornherein aus ihrer Sicht für aussichtslos.

Der Zeitpunkt für den Antrag war denkbar ungünstig gewählt. Putschversuche und Aufstände von Nationalsozialisten und Kommunisten belasteten das Reich im Innern, die Ruhrbesetzung hatte die Bedrohung von außen vor Augen geführt. In Anbetracht dieser Lage mußte die Abstimmung nach Ansicht von Teilen der Öffentlichkeit eine weitere Gefährdung der Reichseinheit herbeiführen. Man ging sogar so weit, eine Parallele von den Befürwortern des Antrags zu den von Frankreich unterstützten rheinischen Separatisten zu ziehen. Da half es der DHP nichts, daß sie beteuerte, es solle schließlich nur altes Unrecht wiedergutgemacht werden; sie war nun mit ihren Bestrebungen unter den Parteien isoliert. Persönlichkeiten wie der in Hannover wohnende ehemalige Generalfeldmarschall von Hindenburg stärkten die Gegenseite mit öffentlichen Erklärungen zugunsten der territorialen Integrität Preußens. Als hartnäckigster Gegner der DHP erwies sich der der SPD angehörende Oberpräsident Noske[16] Er warb nicht nur in Zeitungsanzeigen und durch Verbrei-

[15] Zur Geschichte der DHP und speziell zu den Bemühungen um eine Wiederherstellung der Selbständigkeit Hannovers siehe Prilop und Haase
[16] Dazu insb. VVP 17 Nrn. 199,373

tung von Plakaten für einen Verbleib Hannovers bei Preußen, sondern veranlaßte auch, daß Politiker, darunter Reichsminister, sich in Versammlungen in Hannover gegen die Abtrennung aussprachen. Eine Beschwerde der DHP darüber beim Reichskanzler wurde von diesem zurückgewiesen.

Die Vorabstimmung am 18.Mai 1924 brachte den Initiatoren unter diesen Voraussetzungen eine Niederlage. In keinem einzigen Regierungsbezirk wurde das für die Abstimmung erforderliche Drittel erreicht. Am nächsten kam man diesem Ziel noch im Regierungsbezirk Lüneburg mit 32,2%, während es in den übrigen Bezirken teilweise deutlich weniger waren (Hannover 27,8, Stade 26,3, Hildesheim 22,8 und Osnabrück 14,3 %); insgesamt hatten sich 25,5 % der Wahlberechtigten für die Selbständigkeit ausgesprochen. In ihrer Enttäuschung focht die DHP das Ergebnis beim Wahlprüfungsgericht des Reichstages an, wurde aber abgewiesen.[17]

Damit war die Diskussion aber keineswegs beendet, sie wurde unter dem Stichwort „Reichsreform" nur wenig später wiederaufgegriffen. In den Planungen wurde jetzt durchweg die Trennung Hannovers von Preußen mit der Bildung eines Landes Niedersachsen verbunden. Eine große Bedeutung erlangte in diesem Zusammenhang die 1929 und 1931 unter dem Titel „Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches" erschienene zweibändige Denkschrift, die der Geschäftsführer der 1925 gegründeten Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsen, Dr. Kurt Brüning, im Auftrag des Landesdirektoriums der Provinz Hannover erarbeitet hatte.[18] In ihr wird ein selbständiges Land Niedersachsen gefordert, das außer Hannover auch die Länder Braunschweig, Oldenburg. Schaumburg-Lippe, Lippe sowie Grenzgebiete der Provinz Westfalen umfassen sollte. Es kam jedoch – 1932 – nur zu einer Verwaltungsvereinfachung durch Zusammenlegung von Kreisen und zu einer innerpreußischen Flurbereinigung, die den Kreis Ilfeld von der Provinz Hannover abtrennte und dieser andererseits den Kreis Grafschaft Schaumburg zuschlug.[19] Die Bildung eines Landes Niedersachsen vollzog sich dann 14 Jahre später unter völlig veränderten Voraussetzungen.

Das folgende Kapitel „Wahlen und Ämterbesetzungen" enthält neben Angaben zu Reichs- und Landtagswahlen insbesondere auch Informationen über die Wahlen zum Provinziallandtag. Die Akten zeigen, daß die Entwicklung des Wahlverhaltens in der Provinz Hannover während der Weimarer Republik parallel zu der Entwicklung auf Reichsebene verlief. [20] Abweichungen vom Reichsdurchschnitt bei den Ergebnissen einzelner Parteien waren z.T. in der andersartigen Bevölkerungsstruktur begründet. So dürfte es auf die geringere Zahl von Industriearbeitern und Katholiken zurückzuführen sein, daß KPD und Zentrum in der Provinz Hannover durchweg nur halb so hohe Stimmenanteile erzielten wie im übrigen Reichsgebiet und die NSDAP in der Endphase der Weimarer Republik deutlich über dem Reichsdurch-

[17] Hann. 122a Nr. 9, VVP 17 Nrn. 197,199
[18] Eine Sammlung von vertraulichen Referaten, die auf Tagungen der Gesellschaft gehalten worden sind, finden sich in der Akte Hann. 122a Nr. 571; siehe auch Hann. 150 Nr. 29
[19] VVP 17 Nrn. 418,446
[20] Einen Überblick über die Stimmenverhältnisse in der Provinz Hannover gibt der Beitrag von W. Günther

schnitt lag. Einen Sonderfall stellte natürlich die DHP dar, die zunächst mit ca. einem Fünftel der Stimmen den zweiten Platz hinter der SPD behaupten konnte, nach der im Mai 1924 verlorenen Vorabstimmung aber allmählich zur Splitterpartei herabsank; bei der Reichstagswahl im Juli 1932 betrug ihr Anteil lediglich noch 2,4%.

Weitere Themen dieses Kapitels sind die Besetzungen von Ämtern und die Auseinandersetzungen über die Amtsführung insbesondere der Inhaber von Spitzenpositionen auf der mittleren und unteren Verwaltungsebene. Zu den umstrittensten dieser Persönlichkeiten zählte der immerhin von 1920 bis 1933 an der Spitze der Provinz Hannover stehende Oberpräsidenten und SPD-Politiker Gustav Noske.[21] Objekte politischer Konflikte waren auch einzelne Regierungspräsidenten[22] und Landräte;[23] letztere z.B. im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Landkreisen im Rahmen der Verwaltungsreform 1932. Besonderes Aufsehen erregte 1930 die Versetzung von drei Landräten in den einstweiligen Ruhestand, weil sie als Provinzial-Landtagsabgeordnete einem von der NSDAP eingebrachten Antrag zugestimmt hatten.[24]

Unter der Überschrift „Sicherstellung von Ruhe und Ordnung" finden sich in der vorliegenden Arbeit in erster Linie Analysen von Akten, die Berichte über Selbstschutzorganisationen zum Inhalt haben. Angesichts der teilweise chaotischen Zustände hatten sich bereits kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in vielen Orten Einwohnerwehren gebildet, die auf ihre Bitten vom Militär mit Waffen versorgt worden waren. In der Provinz Hannover hatten das X. Generalkommando in Hannover und – für den Stader Bereich – das IX. Generalkommando in Schwerin die Verteilung übernommen.[25]

Um diese Vorgänge in geordnete Bahnen zu lenken und die Anregung zur Bildung weiterer Selbstschutzorganisationen zu geben, beschloß die preußische Regierung am 15. April 1919 Bestimmungen über die Errichtung von Einwohnerwehren.[26] Sie begründete die Notwendigkeit der Existenz solcher Wehren damit, daß es Pflicht und Recht der Einwohner des Staates sei, „gegen die mit der schweren Lebensmittelnot zunehmende Unsicherheit in Stadt und Land, gegen die aus dem Anwachsen des Verbrechertums entstehende größere Gefahr für Leben und Eigentum, gegen bewaffneten Aufruhr, Plünderung und Bandendiebstahl sich selbst zu schützen". Um zu verhindern, daß Abenteurer und politische Extremisten die Einwohnerwehren für ihre Zwecke mißbrauchten, wurde u.a. verfügt, daß Arbeiter-, Bauern- und Landarbeiterräte sowie die Gewerkschaften bei der Auswahl heranzuziehen waren. Auch hatten sich die Mitglieder der Einwohnerwehren bei ihrem Eintritt durch Handschlag zu verpflichten, „der republikanischen Staatsform und der vom Volk gewählten Regierung ihre treuen Dienste zu widmen ..." Überdies wurden die Einwohnerwehren den Oberpräsidenten unterstellt, die sie dauernd zu überwachen hat-

[21] Hann. 122a Nrn. 990,991; VVP 17 Nr. 375
[22] Hann. 122a Nrn. 1140,1141
[23] Hann.122a Nrn. 1220,1222
[24] VVP 17 Nr. 413
[25] Die dort entstandenen Akten über diese Vorgänge sind teilweise an den Oberpräsidenten abgegeben worden (Hann. 122a Nrn. 7209-7216)
[26] Min.Bl. für die Preuß. innere Verwaltung 1919 S. 199

ten und ihren Mitgliedern, soweit die Verhältnisse es zuließen, bloß die Gewehrschlösser in Verwahrung geben und Gewehre sowie Munition nur im Alarmfall aushändigen sollten. Diese Bestimmungen wurden durch eine Verfügung der Staatsregierung vom 15. September 1919 abgelöst,[27] die zusätzliche Details regelte, aber auch eine Verpflichtung auf die mittlerweile verkündete Verfassung enthielt. Zu Auswahlgremien wurden nun Wehr-Beratungsausschüsse bestimmt, die auf Kreisebene zu bilden waren. In inhaltlicher Übereinstimmung mit der Verfügung vom 15.4.1919 wurde angeordnet, daß zwar alle Schichten der Bevölkerung vertreten sein sollten, aber „auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft ... ganz besonders Wert gelegt werden" müsse.

Trotz dieser staatlichen Vorsichtsmaßregeln gerieten die Einwohnerwehren in den Verdacht mangelnder Staatstreue. Nach dem Kapp-Putsch, im März 1920, forderten die Gewerkschaften pauschal deren Abbau; die Regierungsparteien wollten dagegen lediglich „konterrevolutionäre militärische Formationen" auflösen und "aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung" ersetzen. In bürgerlichen Kreisen wurde dagegen der Sorge Ausdruck verliehen, daß die Einwohnerwehren zu einem Sammelbecken Linksradikaler und einem Herd neuer Aufstandsbewegungen werden könnten. Ein noch ernsthafterer Angriff auf die Einwohnerwehren kam zur selben Zeit von ganz anderer Seite. Der französische General Charles Nollet, Vorsitzender der Interalliierten Militärkontrollkommission, erklärte, daß deren Existenz gegen mehrere Artikel des Versailler Friedensvertrages verstoße und forderte die Auflösung der Wehren bis zum 10. April 1920.[28] Nachdem die Reichsregierung sich vergewissert hatte, daß zumindest die größeren deutschen Länder wie sie ein vorläufiges Weiterbestehen der Einwohnerwehren für unbedingt erforderlich hielten,[29] unterließ sie Maßnahmen zur Auflösung der Wehren. Erst nachdem die Entente ihre Forderung mehrmals wiederholt hatte, wurde – am 22. März 1921 – ein Reichsgesetz verabschiedet, das die Auflösung von Vereinigungen, die im Widerspruch zu den Artikeln 177 und 178 des Friedensvertrages ständen,[30] gebot.[31]

Die abschließenden Kapitel enthalten vorwiegend Informationen über die DHP, in erster Linie Zeitungsberichte, über staatliche Maßnahmen gegen die NSDAP, die KPD und andere extremistische Vereinigungen sowie über Auseinandersetzungen zwischen Anhängern verschiedener politischer Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik.

[27] A.a.O. S. 443
[28] Akten der Reichskanzlei, S. 44f
[29] A.a.O. S. 95-103
[30] Artikel 177 z.B. enthielt die Bestimmung, daß in Deutschland Vereinigungen jeder Art sich nicht mit militärischen Dingen befassen dürften (RGBl. 1919 S. 932-935)
[31] RGBl. S. 235

3. Hinweise zu Anlage und Benutzung des Inventars

Bei der Erarbeitung des Inventars hatten die Bearbeiter u.a. die Entscheidung zu treffen, welcher Gliederung sie den Vorzug geben wollten. Gute archivische Gründe sprachen für einen Aufbau, der sich nach den jeweiligen Archivbeständen ausrichtete, d.h. für die Beibehaltung des Provenienzprinzips. Andererseits setzt jedoch bereits der Titel, der für das Projekt „Weimar" gewählt wurde, einen sachthematischen Schwerpunkt. Ziel der Anlage des vorliegenden Inventars soll es nach Ansicht der Bearbeiter sein, die Anordnung der Aktenanalysen so zu gestalten, daß dem Benutzer möglichst rasch ein sachorientierter Zugang zum Quellenmaterial ermöglicht wird. Eine Auflistung der Aktenanalysen allein nach den Provenienzen und der dadurch vorgegebenen Reihenfolge erlaubt einen themenorientierten Zugriff auf Einzelakten dagegen nur über den Index.

Zur besseren Übersichtlichkeit und Erleichterung der Benutzung wird im vorliegenden Inventar deshalb eine Gliederung des erfaßten Aktenmaterials nach einzelnen Themenkomplexen, d.h. nach dem Pertinenzprinzip, vorgenommen. Das im Band 4.2[32] erstmals - explizit als Experiment - praktizierte Abweichen von dem früheren Verfahren wird also hiermit forgesetzt.

Auch im Aufbau der systematischen Gliederung finden sich weitgehende Übereinstimmungen zum „Stader Modell". Die aufgenommenen Akten wurden thematisch untergliedert. Der erste Zugang zum Inventar erfolgt über diese inhaltliche Gliederung . Auf der anderen Seite sollte das allerdings nicht dazu verführen, Akten zu einem bestimmten Themenbereich lediglich unter einem plausibel erscheinenden Gliederungspunkt zu vermuten. Die Überlieferung ist z.T. so dicht, daß eine vollständige Trennung der Akteninhalte gelegentlich nur um den Preis einer weitergehenden Zersplitterung möglich gewesen wäre.

Bei der sehr engen Vernetzung vieler Themenbereiche hätten sich Redundanzen durch mehrfaches Anführen einzelner Akten nicht vermeiden lassen, wenn nicht dem Inventar als weiterer Zugang ein integrierter Orts-, Personen- und Sachindex angefügt wäre, dem aber eben aufgrund der ausführlichen sachorientierten Gliederung nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt. Die Zahlenangaben des Indexes beziehen sich auf die laufenden Nummern der Analysen, nicht auf die Seitenzählungen.

Bei der Erstellung des Literaturverzeichnisses wurde insbesondere bei der allgemeineren Literatur keine Vollständigkeit angestrebt. Es wird deshalb zur Ergänzung auf die z.T. sehr ausführlichen Literaturangaben in den bisher erschienenen Bänden bzw. Teilbänden verwiesen.

[32] Heinrichs, Regierungsbezirk Stade

Die Analysen wurden von F. W. Rogge (Oberpräsident), S. Meyer-Rahe (Provinziallandtag und Provinzialverwaltung) und D. Poestges (Heimatbund Niedersachsen) erarbeitet; die beiden letztgenannten übernahmen auch die Schlußredaktion. Die technische Betreuung des Projekts, das unter Einsatz des EDV-Programms der niedersächsischen Archivverwaltung fertiggestellt wurde, lag in den Händen von M. von Boetticher.

Bestände des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs in Hannover

1.1 Soziale Sicherung

1.1.1 Maßnahmen sozialer Sicherung und Hilfe

1.1.1.1 Arbeitslosenvermittlung – Arbeitslosenversicherung – Arbeitslosenfürsorge

1

Hann. 122a Nr. 4895 (1871-1923)
Unterstützungen
Erlaß des Reichsarbeitsministers zur Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten für Arbeitsinvalide (1921). Berichte der Reg.Präs. und des Landesdirektoriums über Fürsorgemaßnahmen für nicht kriegsbeschädigte blinde und taubstumme Personen; Fragen beruflicher Bildung an der Prov. Taubstummenanstalt Hildesheim (1922). Runderlaß des Ministers für Volkswohlfahrt betr. Bezug preiswerter Bedarfsgegenstände durch die Wohlfahrtsämter (1923).

2

Hann. 122a Nr. 2028 (1918-1921)
Die Tagesordnungen und Drucksachen der Sitzungen des Provinzialausschusses
Nachweise über die Gewährung von Beihilfen zu Notstands-, Wegebau- und Meliorationsarbeiten. Besoldungsordnung für Prov. Beamte und Tarifvertragsentwurf für die Lohnempfänger bei der hann. Prov. Verwaltung. Satzungsentwurf für das Landesarbeitsamt Niedersachsen mit Richtlinien zur Einstellung von Angestellten. Bestimmungen über die sog. Wanderarmenfürsorge (1920). Nachweise betr. die Beihilfe für das jüdische Schul- und Synagogenwesen sowie für freie und kommunale Volksbildungsmaßnahmen nebst Richtlinien für die Verteilung des Fonds zur Förderung der Volksbildung in der Prov. Hannover. Verwaltungsbericht der Prov.Lebensversicherungsanstalt Hannover für das Rechnungsjahr 1920.

3

Hann. 150 Nr. 120 (1919-1927)
Die Ausführung von Notstandsarbeiten
Aufstellung geplanter sowie bereits begonner Notstandsarbeiten der Hochbauabteilung des Landesdirektoriums der Prov. Hannover (Febr. 1919). Aussprachen im Prov.Landtag über einen Antrag betr. die Ausführung von Notstandsarbeiten zur Milderung der Arbeitslosigkeit (Juni 1923) sowie über den Antrag des Prov. Ausschusses betr. die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Ausführung der vom Prov.Landtag beschlossenen Notstandsarbeiten (Mai 1924).

4

Hann. 122a Nr. 6530 (1924-1928)
Die Ausführung des Reichsarbeitsnachweisgesetzes vom 22.7.1922. Protokolle des Landesarbeitsamts Niedersachsen
Tagung der Arbeitsnachweisämter des Landesarbeitsamtbezirks Niedersachsen über Fragen der Erwerbslosenfürsorge, der Arbeitsvermittlung und Statistik sowie der Berufsberatung (1924). Besprechung über Möglichkeiten der Überführung städtischer Arbeitskräfte in die Landwirtschaft. Jahreshauptkonferenz der Arbeitsnachweisämter und Berufsberatungsstellen im Bezirk des Landesarbeitsamts Niedersachsen (1925). Tagesordnung und Anlage zum Haushaltsplan des Landesarbeitsamtes für das Rechnungsjahr 1927 zur Beratung im Verwaltungsausschuß (1926). Stellungnahme des Verwaltungsausschusses zum Vorschlag des Reichsarbeitsministers betr. Bestellung des Vorsitzenden des Landesarbeitsamtes Niedersachsen. Anlagen zur Tagesordnung für die Sitzung des geschäftsführenden Verwaltungsausschusses über Anträge auf Anerkennung von Notstandsarbeiten (1927).

5

Hann. 122a Nr. 6532 (1928)
Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsausschusses und des Geschäftsführenden Ausschusses des Landesarbeitsamtes Niedersachsen
Liste der Beisitzer und Stellvertreter der drei im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes vertretenen Gruppen (März). Umfangreiches Vorbereitungsmaterial zu folgenden Tagesordnungspunkten der Verwaltungsausschußsitzung am 4. Apr.: Bildung des Geschäftsführenden Ausschusses und des Prüfungsausschusses für Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter, Berichte und Übersicht über die seit Nov. 1927 bewilligten Notstandsarbeiten, Verringerung der Zahl der Spruchkammern im Landesarbeitsamtsbezirk, Haushalts- und Stellenplanung, Vorschläge zur Abgrenzung der Arbeitsamtsbezirke, Beschwerden von Arbeitslosen. Geschäftsführender Ausschuß und Verwaltungsausschuß am 27. Apr. bzw. 8. Mai: Haushalts- und Stellenplan, Behandlung der Krisenfürsorge und Beschlußfassung über Unterstützungsanträge von mittelbar durch Streik arbeitslos gewordenen Arbeitnehmern. Materialanlagen zur Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 24. Mai: Bericht über den Lehrlingsmangel im Landesarbeitsamtsbezirk, gewerbsmäßige Stellenvermittlung, Bildung des Fachausschusses für die Landwirtschaft. Verstärkungsaktion für die Vermittlung von Arbeitskräften in die Landwirtschaft. Geschäftsführender Ausschuß am 12. Juni und 10. Aug.: Abgrenzung des Landesarbeitsamtbezirks und der Arbeitsamtsbezirke, Ausbau der Angestelltenvermittlung. Verwaltungsausschuß und Geschäftsführender Ausschuß am 9. bzw. 31. Okt. und 27. Nov.; Abgrenzung, Aufbau und Eingliederung der Arbeitsämter, Bericht über die Neuregelung der Krisenunterstützung, Entscheidung über Anträge auf Zuerkennung der Arbeitslosenunterstützung an mittelbar durch Arbeitskämpfe arbeitslos Gewordene, Auf- und Ausbau der Berufsberatung im Landesarbeitsamtsbezirk, Einrichtung von Arbeitsamt-Nebenstellen. Haushaltsplanberatungen in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 12. Dez.

6

Hann. 122a Nr. 6532 (Fortsetzung) (1929)
Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsausschusses und des Geschäftsführenden Ausschusses des Landesarbeitsamtes Niedersachsen
Geschäftsführender Ausschuß am 10. Jan. und 12. März: Arbeitsmarktbericht, Fachabteilungen der Arbeitsämter, Beschlußfassung über den unter die Sonderregelung über berufsübliche Arbeitslosigkeit fallenden Personenkreis; Unterbringungs- und Personalangelegenheiten. Tagung der kommissarischen Vorsitzenden der Arbeitsämter im Bezirk Landesarbeitsamt Niedersachsen am 7./8. Jan. über Fragen der Arbeitsvermittlungstechnik und der Arbeitslosenversicherung. Arbeitsmarktübersicht und Probleme des beruflichen Nachwuchses im Baugewerbe in der Sitzung des Fachausschusses für das Baugewerbe am 14. März. Verwaltungsausschuß-Sitzung in Oldenburg am 14. März mit Gastreferaten über die wirtschaftliche Situation in Nordwestdeutschland. Beratung des Geschäftsführenden Ausschusses am 14. Mai in Oldenburg über die Bildung von Fachabteilungen bei den Arbeitsämtern. Besprechung mit Vertretern der Landeswohlfahrtsämter, Wohlfahrts- und Jugendämter und den Arbeitsamtsvorsitzenden am 7. Mai über Probleme der Jugenderwerbslosigkeit. Geschäftsführender Ausschuß am 9. Aug.: Richtlinien über die Heranziehung von jugendlichen Erwerbslosen und Krisenunterstützten zur Pflichtarbeit, Errichtung eines Fachausschusses für Bergbau beim Landesarbeitsamt Niedersachsen, Beschwerde des ADGB-Bezirks Niedersachsen gegen Richtlinien für die Mittelverwendung für Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit. Verwaltungsausschuß und Geschäftsführender Ausschuß am 2. Okt.: Beschwerdefälle aus der Arbeitslosenversicherung, Haushaltsfragen. Verwaltungsausschuß und Geschäftsführender Ausschuß am 22. bzw. 29. Nov.: Haushaltsberatungen für das Rechnungsjahr 1930/31; Erklärung des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände zum Landesarbeitsamt-Etat; Einrichtung einer landwirtschaftlichen Fachabteilung beim Arbeitsamt Northeim, Beschwerdefälle aus der Arbeitslosenversicherung.

7

Hann. 122a Nr. 6532 (Fortsetzung) (1930-1931)
Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsausschusses und des Geschäftsführenden Ausschusses des Landesarbeitsamtes Niedersachsen
Sitzung des Fachausschusses für das Hotel- und Gastwirtsgewerbe beim Landesarbeitsamt Niedersachsen am 24. Jan. 1930 u. a. über Ergebnisse der Saisonvermittlung 1929. Geschäftsführender Ausschuß am 21. März sowie am 13. und 19. Mai 1930: Haushaltsbeschlußfassung für das Rechnungsjahr 1930, Stand der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge, insbes. des Landarbeiterwohnungsbaus. Geschäftsführender Ausschuß am 20. Juni und 4. Nov. sowie Verwaltungsausschuß am 10. Okt. 1930: Änderungen in der Abgrenzung der Arbeitsamtsbezirke, Beratung des Landesarbeitsamthaushalts für das Rechnungsjahr 1931/1932. Geschäftsführender Ausschuß am 30. Jan. 1931: Haushaltsüberschreitungen im Jahr 1930, Beschluß über die Arbeitslosenunterstützung für Hafenarbeiter, Beschwerdefälle aus der Arbeitslosenversicherung. Statistik und Bericht über die Vermittlungs- und Ausgleichstätigkeit der Landesarbeitsamtsabteilung Landwirtschaft im Jahr 1930.

1.1.1.2 Staatliches Wohlfahrtswesen

8

Hann. 122a Nr. 4346 (1896-1931 (1937))
Wohlfahrtspflege (Allgemeines); Zentralstelle für Volkswohlfahrt
Berichte der Reg.Präs. und des Landesdirektoriums über den Zusammenschluß von Trägern der Reichsversicherung zwecks gemeinsamer Wohlfahrtspflege und Regelung von Heilverfahren (1920). Ausführliche Zusammenstellung der in der Prov. Hannover vorhandenen amtlichen und freiwilligen Wohlfahrtseinrichtungen und über die in der Wohlfahrtspflege arbeitenden Personen; darin auch: Übersicht über Arbeitsnachweise und Berufsämter mit hauptamtlichen Geschäftsführern (1921). Verzeichnis der dem Fünften Wohlfahrtsverband angeschlossenen Einrichtungen der geschlossenen, halboffenen und offenen Gesundheits-, Erziehungs- und Wirtschaftsfürsorge nebst Personalverzeichnis des Vorstandes, der Landes- und Provinzialvertretungen (1930). „Die Stellung der Wohlfahrtspflege zur Wirtschaft, zum Staat und zum Menschen. Bericht über den 41. Deutschen Fürsorgetag in Berlin am 26. und 27. Nov. 1930" (= Schriften des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Neue Folge, Heft 15, Karlsruhe 1931). Ablehnende Haltung des OPräs. gegenüber dem Vorschlag des Lüneburger Reg.Präs. zur Zusammenfassung aller privaten Wohlfahrtsorganisationen der Prov. unter Leitung des OPräs. (1931).

9

Hann. 122a Nr. 4929 (1868-1932)
Die durch Naturereignisse, Unglücksfälle, Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Notstände und Maßregeln zu deren Beseitigung im Regierungsbezirk Hildesheim.
Berichte über das Schadensausmaß in den von einem Hagelunwetter heimgesuchten Landkr. Marienburg, Hildesheim, Peine, Goslar, Northeim und vor allem Osterode; Nachweis der durch Hagel im Sommer 1922 geschädigten Personen in Osterode; langwierige Verhandlungen über die Bewilligung staatlicher Notstandsbeihilfen für die am stärksten betroffene Siedlung in Osterode-Dreilinden (1922-1923). Auseinandersetzung um die Konsequenzen des Bergwerkunglücks bei Vienenburg (Kr. Goslar): u. a. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch geplante Bergbaumaßnahmen bei Salzgitter; hier auch umfangreiche Stellungnahme des Ministers für Handel und Gewerbe zu technischen und wirtschaftspolitischen Problemen von Erzbergbau und -verarbeitung im Raum Salzgitter-Ilsede. – Antrag der Niedersächsischen Heimstätte GmbH auf Gewährung einer Beihilfe zur Umsiedlung arbeitsloser Clausthal-Zellerfelder Bergarbeiterfamilien nach Goslar und Bad Grund; darin: Schilderung der Bergarbeiter-Lebensverhältnisse im Oberharz (1930). Gewährung von Staats- und Prov.mitteln zur Behebung von Unwetterschäden im Werratal (Kr. Münden, 1931-1932).

10

Hann. 122a Nr. 4891 (1877-1940)
Maßregeln zur Verhütung und Bekämpfung von Notständen; Arbeitsnachweis, Verpflegungsstationen, Notstandskolonien usw.

Zuständigkeitsfragen für militärische Hilfeleistung bei öffentlichen Notständen im Bereich des Wehrkreiskommandos VI Münster (1921). Vfg. verschiedener Minister betr. Staatsbeihilfen für Notstandsaktionen (1922, 1931). Beschreibung der Einsatzmöglichkeiten militärischer Hilfskommandos bei Notständen (1923). Beschluß des preuß. Landtags zur Stundung bzw. zum Erlaß der Grundvermögensteuer in den von Frostschäden betroffenen Kr. Soltau, Nienburg und Sulingen (1927). Stellungnahmen der Reg.Präs. zu den Vorschlägen des OPräs. der Prov. Ostpreußen betr. einheitliches Verfahren bei der Einleitung von Notstandsaktionen bei Unwetterschäden (1928). Schutzvorkehrungen gegen Hochwasserkatastrophen. Regelung für den Einsatz von Arbeitslosen zur Beseitigung öffentlicher Notstände (1929).

11

Hann. 122a Nr. 1798 (1916-1935)
Fürsorge für Beamte; Verschiedenes
Grundsätze, Richtlinien und Runderlasse verschiedener Ministerien betr. die Modalitäten bzw. Einschränkung von Gehaltsvorschußzahlungen sowie die Gewährung von Notstandsbeihilfen an die im Staatsdienst beschäftigten Personen (1919-1932); enthält u. a.: Bestimmungen des Volkswohlfahrtsministeriums zur MieterschutzVO betr. die Wohnraumbewirtschaftung (1919). Gewährung von Reisekostenvorschüssen (für die Fahrt zur Abstimmung nach Oberschlesien) an Beamte (1921). Vertrag zwischen dem Finanzministerium und der Deutschen Beamtengenossenschaftsbank über die Darlehnsgewährung zur Beschaffung von Heizmaterial (1922 ff.). Verfahren zur Vorschußbewilligung zwecks Kartoffelbeschaffung für Beamte (1922-1923). Einzelne Ausgaben des Preuß. Besoldungsblattes (1924-1925, 1929) mit allgemeinen Runderlassen. Kassenanschlag des Finanzministeriums für die allgemeine Verwaltung für 1931.

12

Hann. 122a Nr. 4898 (1916-1941)
Maßnahmen zur Milderung von Kriegsschäden im wirtschaftlichen Leben; insbesondere die Errichtung einer Kriegshilfskasse
Mitteilung des Landesdirektoriums und der Handwerkskammer Hannover über die geringe Inanspruchnahme von Mitteln der Kriegshilfskasse. Min. Erlaß betr. Fürsorgetätigkeit für heimkehrende Kriegsteilnehmer (= Sonderdruck des Min.Bl. der Handels- und Gewerbe-Verwaltung); Bericht des OPräs. über die Durchführung des Erlasses. Übersicht über den Stand der Kriegshilfskasse für die Prov. Hannover vom 1.6.1919; Nachweisung der den Stadt- und Landkr. aus der Kriegshilfskasse zugewiesenen Beträge (1919). Übersicht über die aus der Kriegshilfskasse für die Prov. Hannover bis zum 1.4.1920 ausgeliehenen Beträge. Überblick über die Geschäftstätigkeit der Prov.Kriegshilfskasse in den Jahren 1919 und 1920. Stellungnahme des OPräs. zum Rückzahlungsverfahren von Kriegshilfskassen-Darlehen (1924). Auseinandersetzung um die Staatsbeteiligung an der Aufbringung der Verlustsumme der Prov.Kriegshilfskasse.

13

Hann. 122a Nr. 7041 (1918-1921)
Fürsorge für zurückgekehrte Kriegs- und Zivilgefangene

Protokoll einer Sitzung zwischen Vertretern des Kriegsministers und verschiedener Fürsorgestellen über Fragen der gleichmäßigen Behandlung von Unterstützungsanträgen. Berichte der Reg.Präs. über die Existenz von Unterstützungsstellen (Nov., Dez. 1918). Spendenaufrufe der Abteilung für Gefangenenfürsorge des Deutschen Roten Kreuzes: „Gedenket unserer Kriegsgefangenen!" (Febr., Juni 1919). Richtlinien der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene für die „Kriegsgefangenenheimkehr" (Mai 1919); Ersuchen des Generalkommandos des X. Armeekorps um Gründung von „Kriegsgefangenenheimkehr"-Stellen bei allen Stadt- und Landgemeinden (Aug. 1919). Bestimmungen über die Gewährung von wirtschaftlichen Beihilfen an ehemalige Kriegsgefangene. Mitarbeit des Bundes deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen in den Arbeitsausschüssen der „Kriegsgefangenenheimkehr". Bestellung der Vorsitzenden des Landeshilfsausschusses durch das Landesdirektorium (Sept. 1919). Nachweisungen der Reg.Präs. über die Bildung von Hilfsausschüssen für die Kriegsgefangenenheimkehr (Okt. 1919). Benennung der restlichen Mitglieder des Landeshilfsausschusses. Namensverzeichnisse der Vorsitzenden sämtlicher in der Prov. Hannover gebildeter Hilfsausschüsse für ehemalige Kriegsgefangene (Nov. 1919). Bestimmungen der Reichswehr-Befehlsstelle Preußen betr. die Verhütung und Verfolgung von Betrugsversuchen bei Durchgangslagern und Bezirkskommandos nebst 6 Fahndungslisten für die Zeit von Sept. bis Dez. 1919. Mitteilung der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene über die Einrichtung von Verpflegungsstationen für Heimkehrer an Eisenbahnknotenpunkten, u. a. in Hannover und Göttingen (Dez. 1919). Ablehnung des Unterstützungsantrags eines ehemaligen Kriegsgefangenen aus Clausthal (Dez. 1919). Zusammensetzung des auf Antrag der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener neugebildeten Landeshilfsausschusses (Sept. 1921).

14

Hann. 122a Nr. 4347 (1932-1946)
Jugendpflege
Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt betr. Zählung der Jugendlichen zu Versicherungszwecken; Neubaustop für Jugendheime, Sportplätze, Badeanstalten etc.; allgemeine Maßnahmen und Statistik zur wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge; Überweisung von Finanzmitteln zur Bezuschussung von Maßnahmen für die schulentlassene Jugend sowie für Bezirks- und Kreislehrgänge für erwerbslose Jugendliche; Unfallversicherung Jugendlicher; Fahrpreisermäßigung für erwerbslose Jugendliche; Aufhebung des Ausschlusses der nationalsozialistischen Jugendpflegeverbände aus der staatlich geförderten Jugendpflegeorganisation; Zusammenarbeit zwischen der Reichszentrale für Heimatdienst und amtlichen und ehrenamtlichen Jugendpflegestellen; Fahrpreisermäßigungen für Jungbanner Schwarz-Rot- Gold, Junggefolgschaften des Jungdeutschen Ordens, Jungwolf und Jungstahlhelm; Kosten der Prüfung von Schund- und Schmutzliteratur. Maßnahmen zur besseren Zusammenarbeit zwischen Polizeipräsidenten und Presse bei der Berichterstattung über sog. Jugendkatastrophen. RMdI-Denkschrift über Notprogramme für die Jugendwohlfahrt. Kinderunfälle auf dem Lande (= Sonderdruck aus „Gesunde Jugend", Heft 8, 20.4.1932).

1.1.1.3 Staatliche Finanzhilfen zur Unterstützung der Bautätigkeit

15

Hann. 122a Nr. 4344 (1904-1923)
Die Förderung der Bestrebungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der minderbemittelten Bevölkerungsklassen
Zusage des Staatskommissars für das Wohnungswesen für die Darlehensvergabe an staatliche Baugenossenschaften (1919). Bedingungen für die Gewährung von staatlichen Zinszuschüssen an gemeinnützige Bauvereinigungen (1920, 1921). „Vorläufige Grundsätze für die Beteiligung des Reichs als Arbeitgeber an der Aufbringung der Baukosten für Wohnungen, die Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reichs zur Verfügung gestellt werden (Arbeitgeberzuschüsse)" (1921). Vergleich zwischen der Anzahl von Wohnungen für Reichs- und preuß. Beamte im Reg.Bez. Osnabrück. Zahlenmaterial betr. die (4.) Kredithilfe zur Förderung des Wohnungsbaus bzw. die Mittelbereitstellung zur Fortführung der Staatsbeamtenwohnungsbauten in den Reg.Bez. der Prov. Hannover (1923).

16

Hann. 150 Nr. 122 (1923-1928)
Niedersächsische Heimstättengesellschaft
Aussprache im Prov.Landtag über die Bürgschaft für das vom preuß. Staat für die o. a. Wohnungsfürsorgegesellschaft in Aussicht gestellte Darlehen durch den Prov.Verband. Kritische Anmerkungen zur Arbeitsweise der Niedersächsischen Heimstättengesellschaft.

1.1.2 Tarifverträge und Arbeitsrecht

17

Hann. 122a Nr. 1149 (1897-1940)
Beschwerden über Regierungspräsidenten und Regierungsräte
Auseinandersetzung um die Schaffung eines Angestelltenrates gemäß Betriebsrätegesetz beim Reg.Präs. in Lüneburg (1920).

18

Hann. 122a Nr. 2889 (1911-1927)
Die Beschäftigung ausländischer Saisonarbeiter
Bestimmungen des MdI über die Inlandlegitimierung ausländischer Arbeiter für die Jahre 1919-1927. MdI-Erlaß zur Aufhebung der Vorschriften der ehemaligen Gesindeordnung und der während des Krieges angeordneten Aufenthaltsbeschränkungen für polnische Arbeiter (1919). Maßregeln gegen den Kontraktbruch ausländischer Arbeiter im Reg.Bez. Hildesheim. RMdI-Bestimmungen über die Ausweispflicht polnischer Arbeiter. Erlaß des Landwirtschaftsministers betr. die grundsätzliche Gleichstellung ausländischer Arbeiter mit deutschen Staatsangehörigen; Hinweis auf bevorzugte Einstellung deutscher Landarbeiter. VO des Präsidenten des Reichsamtes

für Arbeitsvermittlung zur Einschränkung des Stellenwechsels ausländischer Wanderarbeiter (1920). MdI-Erlaß zur Verhinderung des Ansteigens der Erwerbslosenzahlen auf dem Lande. Stellungnahmen der Reg.Präs. sowie des Landesarbeitsamtes Niedersachsen und der Landwirtschaftskammer zum Entwurf einer Polizei-VO wegen Einstellung oder Weiterbeschäftigung ausländischer Landarbeiter. Berichte über die Durchführung der Polizei-VO. Erlaß des Reichsarbeitsministers zur schärferen Kontrolle der Ausländerbeschäftigung (1921). Ausdehnung der Polizei-VO auf gewerbliche Arbeiter und niedere Hausangestellte; Bericht des Reg.Präs. von Hannover über Umgehungsversuche durch gewerbliche Arbeitgeber. VO des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung über Anwerbung und Vermittlung ausländischer Landarbeiter (1922) sowie über Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter (1923); Maßnahmen gegen den Wechsel ausländischer Landarbeiter zu gewerblichen und industriellen Arbeitgebern. Vorläufige Sonderbestimmungen des MdI für die Behandlung insbes. polnischer Wanderarbeiter (1923). MdI-Erlaß zur Beseitigung von Unstimmigkeiten zwischen Grenzpolizeiorganen und in Polen tätigen Werbern bei der Handhabung der Einwanderungsbestimmungen (1924). MdI- Erlaß betr. den Rückkehrzwang ausländischer Landarbeiter nach Beendigung der Saisonarbeit. MdI-Erlaß zur Überprüfung landwirtschaftlicher und industrieller Betriebe mit polnischen Arbeitskräften. Bericht des Reg.Präs. in Osnabrück über Maßnahmen betr. die Rückkehr ausländischer Landarbeiter (1925).

19

Hann. 122a Nr. 2889 (Fortsetzung) (1911-1927)
Die Beschäftigung ausländischer Saisonarbeiter
Vertrauliche Mitteilungen und Weisungen des MdI über die Beschäftigung österreichischer Staatsbürger auf dem deutschen und deutscher Reichsangehöriger auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Vorläufige Regelungen des deutsch-polnischen Abkommens über polnische Wanderarbeiter für das Jahr 1926. MdI-Erlaß betr. die Beschäftigung deutschstämmiger Rückwanderer aus der Sowjetunion. Bestimmungen über den Aufenthalt polnischer Arbeiter im Land nach Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses. VO über die Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter (RGBl. Nr. 2, Jg. 1926). Berichte der Reg.Präs. und Stellungnahmen der Landwirtschaftskammer und des Landesarbeitsamtes zur Benutzung von Werkwohnungen durch ausländische Arbeiter. Probleme der Rückführung ausländischer Arbeiter in ihre Heimat. Landesarbeitsamt-Mitteilung über die Vergabe von Darlehen zum Bau von Landarbeiterwohnungen nebst Merkblatt der Niedersächsischen Heimstätte GmbH. Vereinbarung über die Rückwanderung polnischer Landarbeiter im Winterhalbjahr 1926/1927.

20

Hann. 122a Nr. 2891 (1912-1923 (1936))
Die Heranziehung russischer und polnischer Arbeiter für die landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe
Bericht des Landrats von Nienburg über Absetzbewegungen polnischer Arbeiter in ihre Heimat zur Teilnahme an der Gebietsabstimmung laut Versailler Friedensvertrag (Jan. 1920). Richtigstellung des OPräs. von Meldungen über die Beschäftigung

hauptsächlich polnischer und russischer Arbeiter beim Bau des Mittellandkanals (Niederdeutsche Zeitung, 1923). Beantwortung der Eingabe des Vereins der Stellenvermittler Hannover an das Landesarbeitsamt Niedersachsen bezüglich der Einschränkung von Arbeitsmöglichkeiten in der Landwirtschaft für deutsche Staatsangehörige infolge der Ausländerbeschäftigung; Ankündigung geplanter Beschäftigungsbeschränkungen für ausländische Arbeiter für 1924.

21

Hann. 122a Nr. 529 (1920-1929)
Die Ausführung des Betriebsrätegesetzes
Text des Betriebsrätegesetzes v. 4.2.1920 und der Wahlordnung (= RGBl. Nr. 26, Jg. 1920, S. 147 ff.) sowie der AusführungsVO v. 8.3.1920 (= RGBl. Nr. 10, Jg. 1920, S. 57 ff.); VO zur Ausführung des Betriebsrätegesetzes bei den dem Minister für Handel und Gewerbe unterstellten Behörden v. 21.7.1926 (= Preuß. Gesetzsammlung Nr. 30 v. 23.7.1926, S. 222 ff.) Verzeichnis der Mitglieder des Sonderschlichtungsausschusses für die Staatsverwaltungen im Reg.Bez. Hannover (1920); Teilnehmerliste und Protokoll einer Sitzung der drei Bezirksbetriebsräte beim OPräs. (Wasserstraßendirektion, Elektrizitätsverwaltung und Abteilung für Vorarbeiten) am 8.12.1920; Bezirksausschuß-Beschluß über die Ungültigkeit der Betriebsratswahl für das Kanalbauamt Hannover (1920). AusführungsVO zu § 61 Betriebsrätegesetz und Wahlordnung für die dem Finanzminister und dem MdI unterstellten Zweige der Staatsverwaltung v. 7.2.1921. Vorbereitung und Ergebnisse der Wahlen des gemeinsamen Hauptbetriebsrats beim Preuß. Finanz- bzw. Innenministerium (1921-1922, 1924-1929); Bekanntmachungen und Ergebnisse der Wahlen des Bezirksbetriebsrats bei den dem MdI und dem Preuß. Finanzminister unterstellten Behörden im Bereich des Reg.Bez. Hannover (1921, 1923-1924, 1927, 1929); Richtlinien für die Erstattung der Geschäftsführungskosten der Betriebsvertretungen im Verwaltungsbereich des Preuß. Finanzministers und des MdI (1921). Vorbereitung und Ergebnisse der Betriebsrats- bzw. Betriebsobmannswahlen beim OPräs. 1922-1923, 1925 (gemeinsamer Betriebsrat mit dem Wasserstraßendirektorium Hannover), 1926-1929. Kriterienkatalog betr. Entlassungen von Arbeitern und Angestellten bei den dem Reichsverkehrsministerium nachgeordneten Behörden (1922). Übersicht über die den Provinzialbehörden eingeräumten Finanzmittel zur Bestreitung der Kosten der Schlichtungsausschüsse im Rechnungsjahr 1928; Min.Erlasse betr. die Vergütung der nebenamtlich tätigen Schlichtungsausschuß- Vorsitzenden (1928).

22

Hann. 150 Nr. 231 (1928)
Kommunaler Arbeitgeberverband
Aussprache über den Antrag der kommunistischen Fraktion im Prov. Landtag betr. den Austritt der Prov. aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband (Grund: Für die Arbeitnehmer unzumutbare Lohnpolitik des Verbandes). Ablehnung des Antrags aufgrund der Haltung der SPD-Fraktion, derzufolge der Arbeitgeberband von innen heraus zu reformieren sei, Eintreten der SPD für die Festlegung eines Mindesteinkommens für die bei den Kommunen Beschäftigten.

1.1.3 Lohnkämpfe

23

Hann. 122a Nr. 2758 (1900-1920)

Der Ausstand der Straßenbahnangestellten in Hannover im Jahre 1900 und die daraus entstandenen Straßenunruhen; ferner Straßenbahnerstreik im Jahre 1920

Berichte des OPräs. über die Streiksituationen vom 2. Aug. bis 1. Okt. 1920. Eingaben verschiedener Landräte, landwirtschaftlicher Vereinigungen, Industrie- und Gewerbebetriebe, von Kommunalbehörden, Heil- und Pflegeanstalten sowie von Einzelpersonen betr. die in Stadt und Umland vom Ausstand verursachten Schwierigkeiten bei der Stromnotversorgung durch die Straßenbahndirektion; hier besonders: Engpässe in der Milchversorgung und Störung der Drescharbeiten auf dem Lande. Presseerklärung der Straßenbahndirektion über den Verlauf der ersten zwei Streikwochen (Aug. 1920). Aktenvermerke und Presseberichte über die Vermittlungsversuche des OPräs. in der Zeit vom 30.7.-11.9.1920. Protestresolution der an das hann. Stromnetz angeschlossenen Landwirte im Kr. Springe mit einer Boykottandrohung für die Belieferung Hannovers mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Sept. 1920). Wortlaut des Schiedsspruches der Schlichtungskommission des Reichsarbeitsministeriums vom 9. Okt. 1920; das Abstimmungsergebnis im Spiegel der hann. Lokalpresse. Kontroverse zwischen der Technischen Nothilfe, Ortsgruppe Hannover, und der hann. Ortsverwaltung des Deutschen Transportarbeiterverbandes um die Frage des Streikbruchs im Falle eines Einsatzes der Technischen Nothilfe zur Aufrechterhaltung des Straßenbahnbetriebs (Okt. 1920).

24

Hann. 122a Nr. 6085 (1906-1940)

Die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter; Behebung des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften

Reg.Präs.-Bericht über den Stand des Tarifkonflikts in der Landwirtschaft im Bereich des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Hildesheim. MdI-Erlaß zur Einschränkung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Landwirtschaft. Material zur Entwicklung des Landarbeiterstreiks im Kr. Celle. Ministerielle Anweisung zu sofortiger Berichterstattung der Reg.Präs. über Stand und Abschluß von landwirtschaftlichen Tarifvereinbarungen. Beschwerde des Landarbeiter-Kreisverbandes Wittmund wegen der Nichtberücksichtigung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter bei der Besetzung der Spruchkammer des landwirtschaftlichen Schlichtungsausschusses; Liste der Beisitzer; ablehnender Bescheid des Reg.Präs. in Aurich (1920). Forderung des Hannoverschen Landverbandes nach Maßnahmen gegen die Abwanderung von Landarbeitern zu Betrieben der Kali-Industrie in den Kr. Celle und Neustadt a. Rbg. Stellungnahme der Prov.Landwirtschaftskammer zur Frage der Anpassung von Dienstverträgen im Kr. Neustadt a. Rbg. an die jeweils in der Landwirtschaft geltenden Tarifverträge. MdI-Mitteilung über die von der Arbeitsgemeinschaft Roßbach betriebene Abwerbung von Landarbeitern nach Nieder- und Mittelschlesien (1921). Übertrittswelle vom Deutschen Landarbeiterverband zum KPD-orientierten Freien Landarbeiterverband im Kr. Gronau; kommunistische Propagandatätigkeit in einigen Orten des Kr. Goslar (1923). Forderung der Prov.Landwirtschaftskammer nach

Erlaß einer Polizei-VO zur Verhinderung der steigenden Zahl von Kontraktbrüchen (1926). Empfehlung an die Wesertal-Bahngesellschaft zur Einschaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise bei Arbeitskräftebedarf (1927). Denkschrift des Deutschen Landarbeiterverbandes über die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter und Landarbeiterinnen in Deutschland (mit umfangreichem vergleichendem Material zur Arbeitszeitentwicklung und Lohnbewegung 1924-1927). Erlaß des Landwirtschaftsministers zur Beschaffung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft, insbes. die Vermittlung städtischer Arbeitsloser in landwirtschaftliche Betriebe (1928).

1.2 Wirtschaft und Finanzen

1.2.1 Finanzlage der öffentlichen Hand

1.2.1.1 Finanzlage des Provinzialverbandes Hannover

25

VVP 17 Nr. 385 (1910-1929)

Provinzialverwaltung

Druckschrift des Senators a.D. Schellknecht, Goslar, Mitglied des Landtages, über „Mißwirtschaft mit öffentlichen Geldern bei der Provinzialverwaltung Hannover 1925-1929“ (1929), Stellungnahmen des Landesdirektoriums dazu. Zeitungsausschnitte betr. Aufwendungen der Prov.Verwaltung für Straßenbau.

26

Hann. 150 Nr. 472 (1920)

Protokolle des Provinzialausschusses

Angaben zur Finanzlage der Prov. Hannover.

27

Hann. 150 Nr. 474 (1922)

Protokolle des Provinzialausschusses

Antrag an den Landtag betr. den Haushaltsplan des Prov.Verbandes Hannover für das Rechnungsjahr 1922.

28

VVP 17 Nr. 386 (1926-1932)

Provinzialausschuß 1886

Zeitungsartikel betr. Finanzen und Tätigkeit des Ausschusses sowie eine Stellungnahme zur Amtsenthebung von drei Mitgliedern des Ausschusses als Landräte wegen Zustimmung zu einem Antrag der NSDAP im Prov.Landtag im Jan. 1930.

29

Hann. 150 Nr. 479 (1927)
Protokolle des Provinzialausschusses
Behandlung des Haushaltsplans des Prov.Verbandes von Hannover für das Rechnungsjahr 1927. Problem der Aufwertung der Prov.Anleihen (u. a.: Antrag des Landesdirektoriums an den Prov.Ausschuß).

30

VVP 17 Nr. 384 (1928-1930)
Provinzialverwaltung
Zeitungsartikel betr. Prov.Haushalte sowie Verabschiedung des Landeshauptmanns von Campe und Amtseinführung des Landeshauptmanns Hagemann.

31

VVP 17 Nr. 394 (1929-1930)
Provinzialhaushalt und Provinziallandtag
Verteilung der Mittel für Jugendpflege und Volksbildung (1929-1930). Entwurf eines Arbeitsplans für das „Statistische Amt der Provinz Hannover" (1930). 2 Pläne der Sitzordnung des Prov.Landtags mit Namen der Abgeordneten (1930).

32

VVP 17 Nr. 404 (1929-1930)
Provinziallandtag
Drucksachen des Prov.Landtages mit Anlagen, u.a.: Übersicht über die Zahl der Bediensteten bei der Landeskreditanstalt, der Stadtschaft, der Landesbank, der Lebensversicherungs-Anstalt und den Harzwasserwerken 1928 und 1929; Verwaltungsbericht der Landesbank für 1929; Ausgaben der Stadtschaft 1929 und 1930; Verhandlungen über den Zusammenschluß von Landesbank und Girozentrale (1929); Geschäftsberichte der Landeskreditanstalt und der Stadtschaft für 1929; Denkschrift über den Einfluß des Kfz-Verkehrs auf den Bau von Kleinbahnen (1930); Verwaltungsbericht der Prov.Lebensversicherungsanstalt für 1928.

33

VVP 17 Nr. 398 (1929-1931)
Provinziallandtag
Nachweisung der für Wohlfahrts- und Jugendpflegeverbände gezahlten Mittel (1929). Mittel für Jugendpflege 1930-1931.

34

Hann. 150 Nr. 482 (1930)
Protokolle des Provinzialausschusses
Besprechungen des Haushaltsplans des Prov.Verbandes für das Rechnungsjahr 1930 sowie Aussprachen über die allgemeine finanzielle Lage der Prov. (1930/1931). Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen einen -der NSDAP angehörenden- Prov. Beamten. Angaben zu einem Notstandsprogramm zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit für das Jahr 1931.

35

VVP 17 Nr. 389 (1930)
Provinzialhaushalt
Vorbericht zum Haushaltsplan 1930, Haushaltsplan 1930 mit 27 erläuterten Anlagen sowie Übersichten über Baukosten 1929 und 1930.

36

VVP 17 Nr. 406 (1930-1931)
Provinziallandtag
Drucksachen des Prov.Landtages mit Anlagen, u.a.: Verwaltungsbericht der Prov. Lebensversicherungsanstalt für 1929; Geschäftsbericht der Gemeinnützigen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsanstalt des Prov.Verbandes für 1929; Verzeichnis der Bewerber um die Stelle des Leitenden Landesoberbaurates der Wegebauverwaltung (1931); mutmaßliche Einnahmen und Ausgaben des Klosterfonds im Rechnungsjahr 1931; Verzeichnis der Bewerber um die Stelle des Landeshauptmanns (1931); Geschäftsbericht der Landeskreditanstalt und der Stadtschaft für 1930; Verwaltungsbericht der Landesbank für 1930.

37

VVP 17 Nr. 399 (1930-1932)
Provinziallandtag
Sitzungsprotokolle des Rechnungsausschusses des Prov.Landtages; Stellungnahmen dazu. Stromverbrauch der hann. Prov.Anstalten 1930-1931.

38

VVP 17 Nr. 405 (1930-1932)
Provinziallandtag
Tagesordnungen

39

VVP 17 Nr. 401 (1930-1933)
Provinziallandtag
Zeitungsartikel betr. Haushaltsberatungen. Vorwürfe der SPD wegen Kompetenzüberschreitung des Prov.Landtages (1930).

40

Hann. 150 Nr. 483 (1931)
Protokolle des Provinzialausschusses
Beschlußfassungen betr. den Haushaltsplan des Prov.Verbandes für das Rechnungsjahr 1931 (vor dem Hintergrund der ReichsnotVO vom 1 Dez. 1930). Berichte über die Entwicklung der Finanzlage der Prov.

41

VVP 17 Nr. 390 (1931)
Provinzialhaushalt
Vorbericht zum Haushaltsplan 1931, Haushaltsplan 1931 sowie Zusammenstellung der Baukosten für 1931.

42

VVP 17 Nr. 391 (1931)
Provinzialhaushalt
Erläuterungen zu den Anlagen 3 bis 27 des Haushaltsplans 1931.

43

VVP 17 Nr. 397 (1931-1932)
Provinziallandtag
Anträge für den Prov.Landtag mit handschriftlichen Zusätzen über Annahme oder Ablehnung, teilweise mit Abstimmungsverhalten von Fraktionen.

44

VVP 17 Nr. 407 (1931-1932)
Provinziallandtag
Drucksachen des Prov.Landtages mit Anlagen, u.a.: Verwaltungsbericht der Landesbank für 1931; Geschäftsbericht der Landeskreditanstalt für 1931; Geschäftsbericht der Gemeinnützigen landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherungsanstalt für 1930; Einnahmen und Ausgaben des Klosterfonds im Rechnungsjahr 1930; Verwaltungsbericht der Prov.Lebensversicherungsanstalt für 1930; Gutachten über Betriebsanlagen, Betriebsmethoden, Organisation und Rentabilität der Collmener-Quarzporphyr- Steinbrüche GmbH in Collmen-Böhlitz bei Leipzig.

45

Hann. 150 Nr. 484 (1932)
Protokolle des Provinzialausschusses
Besprechungen und Beschlußfassungen zum Haushaltsplan des Prov. Verbandes für das Rechnungsjahr 1932. Beratungsergebnisse der vom Prov.Ausschuß im Rahmen der Notverordnungspolitik eingesetzten Sparkommission. Bewilligung finanzieller Mittel für den Freiwilligen Arbeitsdienst aus dem Verfügungsfonds des Prov. Ausschusses. Stellungnahmen zur Kreisreform (Preuß. VO vom 1. Aug. 1932 betr. die Aufhebung von Landkr.).

46

VVP 17 Nr. 403 (1932)
Wegebaukommission
Plan einer Zusammenlegung von Landesbauämtern. Statistische Angaben über die Wege in den Kr. der Prov. Hannover (1930). Verwaltungskosten für die Landesbauämter (1930). Haushaltspläne der Prov.Wegebauverwaltung (1931-1932). Verzeichnis der Kreisdurchgangsstraßen in der Prov. Hannover (1932). Fotografien vom Straßendamm Borsum.

47

VVP 17 Nr. 392 (1932-1933)
Provinzialausschuß, Provinzialhaushalt
Sitzungsprotokolle des Prov.Ausschusses (1932-1933) sowie Haushaltsplan 1932 mit einer Anlage betr. die Heil- und Pflegeanstalten.

1.2.1.2 Finanzlage der Städte, Kreise und Gemeinden in der Provinz Hannover

48

Hann. 150 Nr. 445 (1921-1932)
Protokolle über die Verhandlungen des Provinziallandtags
57. Hann. Prov.Landtag 1923: Antrag des Prov.Ausschusses vom 16. Febr. 1923 betr. die nachträgliche Ausschreibung einer Prov.Steuer für das Rechnungsjahr 1922 zur Milderung der finanziellen Not der Gemeinden in der Prov. Hannover; Forderung des Prov.Landtags nach selbständigem Steuerrecht der Gemeinden mit Zuschlagrecht auf die Reichssteuern sowie nach Festsetzung von Anteilssätzen für die Gemeinden am Reichssteueraufkommen. Ablehnung eines Antrags der kommunistischen Fraktion betr. die Ausrichtung der steuerlichen Belastung von Kr. und Gemeinden an der Höhe der in Industrie und Landwirtschaft erzielten Gewinne. Erklärung der kommunistischen Fraktion zur Ruhrgebietsbesetzung (im Wortlaut). Prov.Landtag 1927: Ablehnung von Anträgen der kommunistischen Fraktion betr. Fürsorge von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Anträge der kommunistischen und sozialdemokratischen Fraktionen betr. Jugendwohlfahrt. Darüber hinaus zahlreiche Anträge verschiedener Landtagsfraktionen betr. den Haushaltsplan des Prov.Verbandes sowie das Notstandsprogramm zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit.

49

Hann. 150 Nr. 489 (1924)
Protokolle des Engeren Ausschusses des Provinzialausschusses (März, Juni, Dezember 1924)
Überblick über Maßnahmen im Rahmen der Preußischen Personalabbau-VO.

50

VVP 17 Nr. 420 (1926-1932)
Finanzen der Landkreise im Regierungsbezirk Hildesheim
Zeitungsartikel betr. finanzielle Situation der Landkr. sowie Höhe der Zuschüsse für die Landkr. des Reg.Bez. Hildesheim und der Ausgaben für Verwaltung, Wohlfahrt und Straßen 1927/1928.

1.2.2 Staatliche Wirtschaftssteuerung

1.2.2.1 Versorgungslage und Verteilung von Lebensmitteln

51

Hann. 122a Nr. 6845 (1916-1922)
Lebensmittel-Versorgungsgesellschaften

Ablehnung der Anträge des A.u.S. Rates von Borkum und der Landkr. Hannover und Linden auf Einstufung in eine günstigere Nährmittelgruppe. Geschäftsbericht der Bezirkseinkauf GmbH Hannover für das Jahr 1918 (1919). Gesellschaftsvertrag der Lebensmittelstelle für den Reg.Bez. Stade; Liquidationsverfahren und Liste der Aufsichtsratsmitglieder. Beschluß der Gesellschafter-Versammlung der Lebensmittelstelle des Reg.Bez. Lüneburg über die Zuführung des Überschusses an das Kreiswohlfahrtsamt; Liste der Gesellschaftsanteile (1922).

52

Hann. 122a Nr. 6834 (1918)
Die Lebensmittelversorgung (Allgemeines)
1 9 1 8 (Nov./Dez.): Anweisungen des Staatskommissars für Volksernährung und des Kriegsernährungsamtes – u. a. auch an den Vollzugsausschuß der A.u.S. Räte – betr. die Vermeidung von Eingriffen in die staatlichen Zwangswirtschaftsmaßnahmen. Rundschreiben des Landes-Getreide-Amtes betr. die Erhöhung der Mehlrationen für die versorgungsberechtigte Bevölkerung und Maßnahmen anläßlich der Demobilmachung. Bericht des Reg.Präs. über Wohnungsdurchsuchungen und die Beschlagnahme von Lebensmitteln durch Mitglieder der A.u.S Räte in Lüneburg. Informationsbroschüre des Landes-Getreide-Amtes über die Regelung des Verkehrs mit Reichs-Reisebrotmarken. Zusammenstellung des Preuß. Statistischen Landesamtes über die „Fortschreibung der versorgungsberechtigten Zivilbevölkerung" (vierteljährlich ermittelte statistische Daten für Reg.Bez. und Kr. der Prov. Hannover, auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Volkszählung vom 8.10. 1919, für die Zeit von Nov. 1918 bis Nov. 1923).

53

Hann. 122a Nr. 6834 (Fortsetzung) (1919)
Die Lebensmittelversorgung (Allgemeines)
1 9 1 9 : Berichte der Reg.Präs., des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Ostfriesland und der Landwirtschaftskammer über die Notwendigkeit einer VO zur Verhinderung bzw. Einschränkung von Landpachtkündigungen. Entschließung der Versammlung Berliner Nahrungsmittelverbände (Jan.). Antrag des Lingener A.u.S. Rates auf Überprüfung verdächtiger Postsendungen zur Bekämpfung des Schleichhandels (März). Runderlaß des Staatskommissars für Volksernährung betr. die Behandlung der Konsumvereine und des Großhandels bei der Warenverteilung. Ministerielle Anordnung über die Zuständigkeit des Landespolizeiamtes beim Staatskommissar für Volksernährung. Eingabe des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine zur wirtschafts- und sozialpolitischen Benachteiligung der genossenschaftlichen Großbetriebe gegenüber den Kleinbetrieben im Bäckereigewerbe (Apr.). Anordnung des Staatskommissars für Volksernährung zur personellen Zusammensetzung, zu Aufgaben und polizeilichen Kompetenzen der sog. Feststellungskommissionen mit Richtlinien für eine Dienstanweisung für die Kommissionen. Politische Distanzierung des Berliner Zentralrates vom Verhalten des Göttinger Rates aufgrund einer durch ihn zurückgehaltenen Kartoffellieferung für Duisburg (Mai). Ersuchen des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes um Genehmigung zur Entsendung von Kontrolleuren des Groß-Hamburger Rates in die Hamburg mit Lebensmitteln beliefernden Teile der Prov. Hannover. Ablehnung des Staatskommissars. MdI-Anordnung zur Verhinderung von Schiebergeschäften mit Heeresgut in Grenzgebieten. Änderung der Bestimmungen über die Wirtschaftskartenführung im Erntejahr 1919. Unterstützungsangebot des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften für die Durchführung geplanter Maßnahmen gegen Schleichhandel und Hinterziehung von Lebensmittelvorräten. Beschluß der Reichsregierung zur Verbilligung bestimmter ausländischer Lebensmittel (Juni). Einwände des Kreisausschusses von Iburg und der Landräte in Sögel und Osnabrück gegen die Kostenbeteiligung der Landkr. an o. a. Verbilligungsaktion (Juli). VO über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung zum Zwecke der Lebensmittelversorgung vom 24.10.1918. Ministerielle Bedenken gegen die vom Deutschen Landbund empfohlene völlige Freigabe der Deputate bzw. Gewährung der Naturallöhne als Präventivmaßnahme gegen Landarbeiterstreiks während der Ernte. Vorläufige Satzungen der Verbraucherkammer Osnabrück mit Verzeichnis angeschlossener Vertretungsgruppen. Beschluß der Kreistage von Melle und Wittlage zur Übernahme der anteiligen Kosten für die Verbilligung ausländischer Lebensmittel (Aug.). Preuß. Ausführungsanweisung für die Fortschreibung der Zivilbevölkerung. Bericht des Reg.Präs. in Hildesheim über die Tätigkeit der Feststellungskommissionen (Sept.).

54

Hann. 122a Nr. 6835 (1919-1920)
Die Lebensmittelversorgung (Allgemeines)
1 9 1 9 : Verzeichnis der Kontrollstellen der Reichseinfuhrstellen für Lebens- und Futtermittel (Okt.). Auseinandersetzung um die von der DHP verbreitete Nachricht über den geplanten Einsatz von Militär in der Prov. Hannover zur Aufrechterhaltung der Zwangsbewirtschaftung (Nov.). Berichte der Reg.Präs. über Kosten und personelle Ausstattung der staatlichen Preisprüfungsstellen (Dez.).
1 9 2 0 : Preiserhöhung für Auslandslebensmittel mit Preisempfehlungen an den Kleinhandel. Voranschlag für die Kosten der Preisprüfungsstelle für den Reg.Bez. Stade im Rechnungsjahr 1920. Vereinzelter Widerstand gegen die Tätigkeit der Feststellungskommissionen in einigen Ortschaften des Reg.Bez. Hannover. Ankündigung des Ministers für Handel und Gewerbe betr. die Verschärfung der Vorschriften bei der Neuregelung der Einfuhr ausländischer Waren. Allgemeine Vfg. vom 12.1.1920 über Strafverfahren wegen Aufforderung zur Nichtbeachtung von Vorschriften zur Sicherstellung der Volksernährung. Richtlinien über Empfang und Verteilung ausländischer Liebesgaben für Deutschland (März). Vfg. des Heeresabwicklungs-Hauptamtes betr. die Verpflegung des in Kriegsgefangenenlagern tätigen deutschen Wach- und Verwaltungspersonals (Mai). Rundschreiben des Landes-Getreide-Amtes über die Regelung des Deputatwesens. Entschließung des hann. Landwirtschaftskammer-Vorstandes über den Abbau der Zwangswirtschaft und die Preisgestaltung (Aug.). Verzeichnis der aus den Magazinen der Reichsverpflegungsämter gelieferten Lebensmittel (Sept.). Entschließung einer Versammlung von Gewerkschafts- und Parteisekretären in Hildesheim gegen die zunehmende Preissteigerung nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Fleisch und Kartoffeln. Anordnung des Reichsernährungsministers zur Auflösung der Reichsverteilungsstelle für Nährmittel und Eier (Okt.). Grundsätze für die Beschaffungen

der Reichsverpflegungsämter im Wirtschaftsjahr 1920/21. MdI-Erlaß zur besonderen Beachtung der Vorschriften in den noch der Zwangswirtschaft unterworfenen Wirtschaftsbereichen (Dez.).

55

Hann. 122a Nr. 6831 (1920)
Die Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln; Verschiedenes
1 9 2 0 : Petition der Arbeiterschaft von Bad Grund gegen die überhöhten Lebensmittelpreise (Sept.). Zuweisung des Preuß. Nährmittel-Landesamtes an Grieß, Teigwaren und Reis für die Reg.Bez. der Prov. Hannover. Rundschreiben des Preuß. Landes-Getreide-Amtes betr. die Maßnahmen zur Brotstreckung und die Verteilung von Kochmehl (Okt.). Private sog. Ernte- und Bedarfsbilanz 1920/21 für den Bereich Norddeutschland. Bericht des Reg.Präs. in Aurich über angebliche Unregelmäßigkeiten beim Kreiswirtschaftsamt Norden (Nov.). Rundschreiben des Preuß. Landes-Getreide-Amtes über die Höhe der Mahllöhne für Gerste und Hafer. Entschließung des Guttempler-Ordens Hannover zum Alkoholverbot. Berichte der Reg.Präs. über die Unterverteilung von Nährmitteln auf die Kommunalverbände. Resolution des Landesverbandes ostfriesischer Einzelhändler gegen Kommunalisierungsbestrebungen in der Wirtschaft. Grundsätze für Herstellung und Vertrieb des jüdischen Osterbrotes (Dez.).

56

Hann. 122a Nr. 6831 (Fortsetzung) (1921)
Die Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln; Verschiedenes
1 9 2 1 : Tagesordnung für die OPräs.-Besprechung beim Staatskommissar für Volksernährung. Zuweisung an Grieß, Kindergerstenmehl, Zwieback und Keks für die Reg.Bez. der Prov. Hannover. Bericht des Reg.Präs. in Stade über die Anklage gegen Mitglieder des Bürgervereins in Spaden aufgrund ihres Widerstandes gegen die vom Kreisausschuß Lehe angeordnete Lebensmittelrevision; Urteile der Geestemünder Strafkammer (Jan.). Mitteilungen des Preuß. Landes-Getreide-Amtes betr. die Ausgabe von Kochmehl an Gastwirtschaften, die Abgabe von verbilligtem Mais und Maisfuttermehl im Austausch gegen Getreide (nebst Bezugscheinen) sowie die Verteilung amerikanischen Weizenmehls zu Haushaltungszwecken (Febr.- März). Bekanntmachung des Landespolizeiamtes über den Handel mit Kaffee-Ersatzmitteln und deren festgesetzte Preise (März). Antrag des Landesdirektoriums auf großzügigere Versorgung der Prov.Erziehungsanstalten mit Lebens- und Futtermitteln. Eingabe des Nordwestdeutschen Viehhändler-Verbandes gegen die Bevorzugung der Mitglieder von Viehverwertungs-Genossenschaften bei der Belieferung mit verbilligter Kleie. Kleie-Verteilungsaktion, Anfragen und Verteilungsplan. Aufstellung des Umfangs der bis Apr. des Jahres von den Kommunalverbänden abgelieferten Getreidemengen. Erneute Kleie-Verteilungsaktion (Juni). Prüfungsbericht über die Tätigkeit der Kreiskornstelle Neustadt a. Rbg. wegen angeblicher Begünstigungen bei Maßnahmen der Brotgetreidebewirtschaftung, der Abgabe von Hafer und Kleie sowie bei der Abrechung abgelieferter Brotmarken (Aug.). Mutmaßungen über Getreideschiebungen einer hann. Firma in Osterode (Sept.). Kleieverteilung aus Restbeständen der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte; Zuweisungsanfragen.

Resolution des Reichsausschusses der Deutschen Landwirtschaft betr. Maßnahmen zur Linderung der Futternot nebst Antwort des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft (Dez.).

57

Hann. 122a Nr. 6835 (1921-1922)
Die Lebensmittelversorgung (Allgemeines)
1 9 2 1 : Berichte der Reg.Präs. über den Abbau der Zwangswirtschaft und über den Einfluß der Deputate auf das Ablieferungssoll der Kommunalverbände an Brotgetreide und Milch (Febr.). Tarifvertrag zwischen dem Landarbeitgeber-Kreisverband Hameln und dem Deutschen Landarbeiterverband, Kreisgruppe Hameln (Apr.); vergleichende Übersicht über die 1921 im Bezirk des Prov. Landarbeitgeberverbandes Hannover abgeschlossenen Tarifverträge. Empfehlung des Reichsverpflegungsamtes Hannover zur Berücksichtigung der reichseigenen Bäckereien bei der Brotversorgung für kommunale und soziale Einrichtungen (Mai).
1 9 2 2 : Entschließung des Prov.Landtages zur Lebensmittelverteuerung und Sicherstellung der Volksernährung (=Auszug aus den Stenographischen Berichten der Verhandlungen des 56. Prov. Landtages) (Mai). Denkschrift des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes zur Frage der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Landwirtschaft (Aug.). Ministerielle Pressenotiz über die VO zur Unterbindung der unzweckmäßigen Verwendung von Zucker, Gerste und Obst (Sept.).

58

Hann. 122a Nr. 6831 (Fortsetzung) (1922)
Die Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln; Verschiedenes
1 9 2 2 : Protestresolution des ADGB-Ortsausschusses Einbeck gegen die Teuerungswelle bei Lebensmitteln. Ausführliche Pressenotiz des Reichsernährungsministers und des OPräs. zur Richtigstellung von Preistreibereigerüchten im Zusammenhang mit der Kleie-Verteilungsaktion im Dez. des Vorjahres (Febr.). Protest des Reichsverbandes Deutscher Gemüsezüchter gegen Verhaftungen und Bestrafungen von Gemüseeinzelhändlern durch Marktpolizei und Wuchergerichte (Apr.). Berichte der Reg.Präs. über die Unterverteilung von 600 t Kleie (Sept.) VO des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die öffentliche Brotversorgung vom 8.9.1922. Eingabe der hannoverschen Konditor-Innung wegen der Gleichsetzung der Konditoreien mit sog. Schlemmerlokalen. Beschwerde der Transportgewerbe-Vereinigung Hannover gegen angebliche Futtermittel-Spekulationen der Landwirte (Okt.). Nachtrag zur Durchführung der VO über die öffentliche Brotversorgung (Dez.).

59

Hann. 122a Nr. 6832 (1923)
Die Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln; Verschiedenes
1 9 2 3 : Protest von 250 Blumenthaler Frauen gegen die fortschreitende Lebensmittelteuerung; statistisches Material des Reg.Präs. in Stade über das Verhältnis von Löhnen und Lebensmittelpreisen im Raum Blumenthal (Febr.). Dokumentation des Staatskommissars für Volksernährung über die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung im besetzten Ruhrgebiet. Publizistische Kontroverse um die

wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Prov. Hannover und Ostpreußen: Bericht der Landwirtschaftskammer für die Prov. Ostpreußen über die Schwierigkeiten bei der Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Prov. Hannover; Artikel des Pressereferenten der ostpreußischen Landwirtschaftskammer über „Ostpreußens Bedeutung für das Reich und seine Wirtschaftslage" (=Deutsche Tageszeitung Nr. 76 vom 30.3.1923); „Hannoversche Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung" Nr. 50 vom 15.12.1922 (März). Auflösungsprotokoll und Bilanz für 1921 der Landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft in Sittensen (Apr.). MdI-Anweisung betr. verschärfte polizeiliche Sicherung der Lebensmitteltransporte zu den Märkten (Juli). Bericht des Reg.Präs. in Lüneburg über Probleme der Lebensmittelversorgung in den größeren Städten des Bezirks (Aug.). Antrag des Gemeindevorstandes von Norderney auf Kreditgewährung zur Beschaffung von Wintervorräten und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit außerhalb der Badesaison; Unterstützung durch den Reg.Präs. in Aurich (Sept.- Okt.). Auseinandersetzung um Zugkontrollen zwecks Eindämmung des Schleichhandels auf den Bahnhöfen im Reg.Bez. Osnabrück (Okt.). Kleinverkauf-Preisliste des hann. Magistrats für die Zeit vom 5. bis 18. Nov. Hinweis auf die Einrichtung von Fischspeisehallen in Geestemünde (Dez.).

60

Hann. 122a Nr. 6835 (1923-1924)
Die Lebensmittelversorgung (Allgemeines)
1 9 2 3 : Appelle verschiedener Reichs- und Staatsminister an die Behörden zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung im besetzten Ruhrgebiet (Juli-Aug.). Stellungnahme des OPräs. zum Bericht des OPräs. der Prov. Westfalen über Maßnahmen zur Bekämpfung der Preistreiberei, des Wuchers und des Schleichhandels. Anregung des Reg.Präs. in Osnabrück zur Beschränkung des Aufkäuferwesens. Berichte der Landräte über die kritische Situation des Lebensmittelhandels im Raum Peine (Aug.) sowie über die Ausfuhrbeschränkung für Eier und Butter im Kr. Duderstadt (Sept.). Protokoll der Wirtschaftsreferenten-Besprechung unter Beteiligung der Prov. Westfalen, Sachsen und Hannover, des Reg.Bez. Kassel und der Freistaaten Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Braunschweig und Bremen über Probleme der Kartoffelpreisnotierung, Milchversorgung und Butteraufkaufkonzessionierung (Okt.). Politischer Konflikt um die Beseitigung der Versorgungsschwierigkeiten auf dem Verordnungswege: Aufruf und Polizei-VO des OPräs. der Prov. Sachsen betr. Ausfuhrverbot und Festsetzung von Höchstpreisen für Lebensmittel; Aufhebung dieser Polizei-VO durch den Landwirtschaftsminister; VO des Wehrkreiskommandos VI über die Kartoffellieferung und Milchversorgung; Kritik des OPräs. Noske und der Militärkommission des Bremer Senats an der VO- Politik der Verwaltungschefs der Nachbarprov. (Okt.- Nov.). Eingabe des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenvereine Hannover zur Verbesserung der Brotversorgung für die städtischen Bevölkerung Hannovers. Bedenken des hann. Magistrats gegenüber der geplanten Einrichtung einer Kommission zur Festsetzung der Großhandelspreise für Lebensmittel (Nov.).
1 9 2 4 : Min.Erlaß und Bericht des OPräs. über die Bildung der Nahrungsmittel-Notierungskommission in Hannover. Erlaß des Reichsernährungsministers betr. die Androhung einer Einschränkung des wirtschaftlichen Machtmißbrauchs der

Kartelle und Syndikate (Jan.). Stellungnahme des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittel-Großhandels gegen die Bevormundung der Konsumvereine bei der Kreditgewährung der Staats- und Reichsbehörden. Benennung der Vertreter der Verbraucherorganisationen in der Lebensmittelnotierungskommission Hannover (Febr.). Beschluß des Staatsministers zur Auflösung des Staatskommissariats für Volksernährung (März). Nachweisung über die seit dem 1.1.1919 im Reg.Bez. Hildesheim erteilten Großhandelskonzessionen für Lebens- und Futtermittel (Okt.).

61

Hann. 122a Nr. 6134 (1932-1935)
Abgabe von verbilligtem Roggen an Landwirte in notleidenden Gebirgskreisen
Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Preuß. Landwirtschaftsministers betr. die in Frage kommenden Gegenden sowie die Durchführung der Verteilung des für Preußen zur Verfügung gestellten Getreidekontingents. Abwicklung der Bedarfsmeldung des Reg.Präs. in Hildesheim für den von einer schlechten Vorjahresernte betroffenen Kr. Duderstadt (1932).

62

Hann. 122a Nr. 6131 (1932-1937)
Die Preisgestaltung auf dem Getreidemarkt; Stützungsaktion, Roggenpropaganda, Einschränkung des Roggenanbaus; Getreidenotierungen; Gutachterstellen für Handelsklassen
„Geistige Ziele der Hausfrauenbewegung" (Mitteilungen des Hausfrauenvereins Hannover e.V., Jg. 7, Nr. 8 vom Aug. 1932).

1.2.2.2 Bekämpfung von Schleichhandel und Wucher

63

Hann. 122a Nr. 6842 (1919)
Die Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers
1 9 1 9 : MdI-Erlaß und Anweisung des Landespolizeiamtes beim Staatskommissar für Volksernährung. Protokoll der Maßnahmen-Besprechung des OPräs. mit Vertretern von Militär-, Justiz-, Verwaltungs- und Polizeibehörden. Einleitende Maßnahmen beim Polizeipräsidenten in Hannover, bei der Polizeidirektion in Harburg und der staatlichen Polizeiverwaltung in Wilhelmshaven (Juni-Juli). Ablehnende Haltung des Kriegsministers gegenüber Gesuchen um den Einsatz von Militär bei der Schleichhandelsbekämpfung (Aug.). Anregungen zur Schleichhandelsbekämpfung bei Post und Eisenbahn. Vorschläge der Reg.Präs. zu Organisation und Tätigkeit der am Sitz des OPräs. geplanten „Kommission zur Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers"; Protokoll der konstituierenden Sitzung der o. a. Kommission. Mitteilungen der OPräs. von Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau über dort getroffene Maßnahmen. Ersuchen des Zentralarbeiterrates für das X. Armeekorps um Aufnahme eines Verbrauchervertreters in die Kommission zur Bekämpfung des Vieh- und Lebensmittelschmuggels an der deutsch-niederländischen Grenze im Raum Bentheim (Sept.). Protokoll der ersten Sitzung und Erfahrungsbericht der Prov.Stelle zur Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers

beim OPräs. in Magdeburg. Nachweisungen der Reg.Präs. über die Einstellung polizeilicher Hilfskräfte bei den Polizeibehörden. Bericht des OPräs. der Prov. Westfalen nebst Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Münster zur Einschränkung der verbotenen Mitnahme von Lebensmitteln in Zügen. Niederschrift über die zweite Sitzung der Prov.Stelle zur Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers beim OPräs. in Magdeburg. Aufgabenkatalog der Militär-Polizeistelle des Reichsschatzministers (Reichsverwertungsamt) Münster. Überblick über die Tätigkeit des Überwachungsdienstes beim Oberkommando, Zweigstelle Münster (Okt.). Vorschläge des Hauptausschusses der Beamten des Eisenbahndirektionsbezirks Hannover und des Beamtenrates für den Direktionsbezirk Münster. Anordnungen des Ministers für öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung des Eisenbahndiebstahls und des Schieberunwesens. Protokoll der 11. Sitzung des Hauptausschusses der Beamten des Eisenbahndirektionsbezirks Hannover mit umfangreichem Erlaß-Anhang. Tagesordnung und Verlaufsprotokoll einer Besprechung der Leiter der Schleichhandelskommission beim Staatskommissar für Volksernährung (Nov.). Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Hannover zur Einschränkung des Verbots der Mitnahme von Lebensmitteln in den Zügen (Dez.).

64

Hann. 122a Nr. 6842 (Fortsetzung) (1920)
Die Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers
1 9 2 0 : Einrichtung einer Wucherstelle für die Unterweserorte in Bremerhaven. Ministerielle Vfg. über das Kriegswucheramt. Informationsbroschüre des Landespolizeiamtes für die Wucherstellen bei den preuß. Polizeiverwaltungen (Jan.). Bericht des Eisenbahn-Verkehrsamtes Uelzen über Kartoffelhamsterei auf dem Bahnhof Winsen (Febr.). VO der Reichswehr-Brigade 10 zur Bekämpfung des Schleichhandels im Post- und Eisenbahnverkehr. Vfg. des Preuß. Landesfleischamtes zur Bekämpfung des Schweine-Schleichhandels mit dem besetzten Gebieten. Verstärktes Auftreten holländischer Aufkäufer in den Kr. Grafschaft Bentheim und Aschendorf. Zusammenstellung aller Gesetze und VO über die Schleichhandels- und Wucherbekämpfung (Stand: 1.4.1920). Plakataufruf des Landespolizeiamtes: „Nieder mit den Blutsaugern unseres Volkes!". Reg.Präs.-Berichte über die Errichtung von Wucherstellen. Anordnung und Ausführungsbestimmungen des Regierungskommissars, des hann. Oberbürgermeisters Leinert, zur verschärften polizeilichen Überwachung des Schleichhandels im Post- und Eisenbahnverkehr während der Dauer des Ausnahmezustandes. Berichte der Reg.Präs. über Verschiebungsaktionen ins Ausland (Apr.). Ernste Gefährdung der planmäßigen Kartoffelversorgung in Hamburg infolge der Hamsterei großen Ausmaßes im Kr. Winsen; Bericht der Prov.Kartoffelstelle über die dortigen Zustände; Einsatz einer Reichswehrkompanie zur Überwachung der Schieber-Umschlagplätze. Kontrolle der Rindvieh- und Schweinebestände im Reg.Bez. Osnabrück. Merkblatt über Zuständigkeit und Befugnisse der Kakao-Wirtschaftsstelle. Lebensmitteldurchsuchungen auf den Altonaer Bahnhöfen (Aug.). Liste der wichtigsten Schleichhandelsgüter. Anti-Wucher-Plakataktion des Landespolizeiamtes mit Bildmotiven von Käthe Kollwitz (Sept.). Mitteilung des Staatskommissars für Volksernährung betr. Abbau der öffentlichen Bewirtschaftung einiger bestimmter Lebensmittel. Kostenfragen bei der Errichtung

von Wucherstellen in Lüneburg, Celle und Uelzen (Okt.). Sitzungsprotokoll der Schleichhandels- und Wucherkommission beim OPräs. Pressenotiz des OPräs. über die Arbeitsaufnahme der Landespolizeiamt-Zweigstelle Hannover. Liste der wichtigsten Schleichhandelswaren (Nov.).

65

Hann. 122a Nr. 6843 (1920-1922)
Die Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers
1 9 2 0 : Polizeistreifendienst in den Kr. Hameln und Stolzenau und in Hannover. Landespolizei-Rundschreiben betr. die Bekämpfung der Auswüchse im Klein- und Straßenhandel mit Tabak sowie die verbotswidrige Herstellung und den Verkauf von Brötchen und Weißgebäck. Berichte der Reg.Präs. über die Wucherbekämpfung im Kartoffel- und Fleischhandel. Auseinandersetzung um den Bericht der Eisenbahndirektion Magdeburg über den Schleichhandel auf dem Bahngelände in Knesebeck (Kr. Isenhagen). Überführung des Landespolizeiamtes in den Verwaltungsbereich des MdI (Dez.).
1 9 2 2 : Reg.Präs.-Berichte über Maßnahmen gegen Wucher und Preistreiberei (Jan.-Febr.). MdI-Vfg. betr. Wucherbekämpfung vom 5.1. und 25.3.1922. Tätigkeitsbericht der hann. Wucherzentrale. Preistreiberei im Getreidehandel in den Reg.Bez. Lüneburg und Hildesheim (Apr.). Monatsberichte der Reg.Präs. und der hann. Wucherzentrale zu Fragen der Wucherbekämpfung (Mai-Dez.); hier insbes.: Nachweisung über Strafverfahren im Reg.Bez. Stade (Mai). Pressenotiz des OPräs. über die Maßnahmen der preuß. Regierung gegen den Wucher und über einen Briefwechsel zwischen den Berliner Betriebsräten und dem MdI betr. den Kampf gegen Teuerung und Wucher (Sept.). Eingaben des Reichs-Schutzverbandes für Handel und Gewerbe, Ortsgruppen Twistringen, Uelzen, Bevensen und Bodenteich (Okt.). Landespolizeiamt-Vfg. betr. den Weihnachtsbaumhandel und den Wucher mit Frischobst. Meldung des Münsterschen Anzeigers über Lebensmittelschiebungen nach Holland und Belgien (Dez.).

66

Hann. 122a Nr. 6843 (1923)
Die Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers
1 9 2 3 : Landespolizeiamt-Vfg. betr. die Zusammenarbeit der Polizeiverwaltungen mit den Verbraucherorganisationen sowie die Bekämpfung des Aufkäuferunwesens und Überwachung der Wochenmärkte. Stellungnahmen des Osnabrücker Reg.Präs. und des Landesfinanzamtes zu den o. a. Lebensmittelschiebungen an der deutsch-niederländischen Grenze. Entschließung des Preuß. Staatsrates (Jan.). Zahlenmaterial zum Ausfuhrschmuggel mit Vieh und Lebensmitteln in den Hauptzollamtsbezirken Nordhorn und Leer. Überwachung des Viehmarktes in Wunstorf. Berichte verschiedener Stellen zu Vermutungen über Vieh- und Lebensmittelverschiebungen ins Ausland. Allgemeine wirtschafts- und ordnungspolitische Erörterungen der Reichsminister für Wirtschaft, Justiz und Ernährung zum Problem der Teuerung und Preistreiberei (Febr.). Einzelne Fälle von Handelserlaubnis-Entziehungen in Himmelpforten, Buxtehude und Hameln (Apr., Juni). Angebot des hann. Gewerkschaftsringes zur Mitarbeit bei der Wucherbekämpfung. Landratsberichte über die

Zusammenarbeit der örtlichen Polizeiverwaltungen mit den Verbraucherorganisationen in den Kr. des südlichen Teils der Prov. während des Frühsommers.

67

Hann. 122a Nr. 6844 (1923)
Die Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers
1 9 2 3 : Vfgen des Landespolizeiamtes, u. a. enthaltend Grundsätze zur Feststellung angemessener Preise mit Tabelle über die Erhöhung von Preisen und Lebenshaltungskosten nach Maßgabe der Geldentwertung (Mai-Juni). Kostenerstattungsfragen für die Tätigkeit der Wucherzentrale beim hann. Polizeipräsidenten (Juli 1923-Aug. 1924). Berichte der Reg.Präs. in Stade und Hildesheim mit Benennung einer Reihe von Einzelfällen (Juli). Bericht des Oberstaatsanwalts und Entwurf einer Bekanntmachung über das Verbot der Lebensmittelhortung durch Verkürzung der Ladenöffnungszeiten; Daten zur Lage auf dem Lebensmittel- und Arbeitsmarkt in Hannover. Liste der Gewerkschaftsvertreter im Kontrollausschuß zur Überwachung und Bekämpfung von Wucher mit Gegenständen des täglichen Bedarfs. Vorschlag des OPräs. zur Einrichtung von Polizei-Patrouillen auf den meistbefahrenen Eisenbahnstrecken der Prov. Landratsbericht über Preistreiberei im Kr. Syke. Eingabe des Zentralverbandes christlicher Metallarbeiter Deutschlands, Sekretariat Schüttorf, betr. die einheimische Eier- und Butterversorgung. Beschwerde eines hann. Bürgers über wilde Lebensmitteleinkäufe in Dannenbüttel (Kr. Gifhorn, Aug.). Anregung des OPräs. zur Konzessionierung des Eieraufkaufs und zur Einziehung der Butter-Aufkaufkonzessionen. Überwachung der Zucker-Großhandelspreise. Entschließung der Osnabrücker Vertrauenskommission für Wucherbekämpfung (Okt.). Bericht des OPräs. über die Preisgestaltung im Groß- und Kleinhandel, auch über die Verbreitung der sog. Roggenwährung. Ermittlungen der Städtischen Preisprüfungsstelle über die Verteuerung der Fleisch- und Wurstwaren der Firma Ahrberg in Hannover. Richtlinien der Hamburger Polizeibehörde für die Berechnung der Papiermarktpreise (Nov.). Beschwerde des Lehrter Magistrats über die mangelnde Zusammenarbeit der hann. Bezirkspreisprüfungsstelle mit der örtlichen Preisprüfungsstelle. Kalkulationsnachweis des Vereins Deutscher Gummireifen-Fabriken, Hannover, zwecks Entkräftung von Vorwürfen überzogener Preispolitik infolge eines 50prozentigen Disparitätsaufschlags bei der Zahlungsweise in Papiermark. Eingabe betr. die Brotpreise in Hannover. Landespolizeiamt-Vfg. zur Goldmarkrechnung nebst Denkschrift des Reichswirtschaftsministers über den angemessenen Goldmarkpreis unter Verwendung vergleichenden Zahlenmaterials zu den Steigerungsraten der Erzeuger-, Groß- und Kleinhandelspreise für bestimmte Produkte von 1913 bis Nov. 1923. Auseinandersetzung um die 25prozentige Preiserhöhung für Leistungen der Göttinger Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke (Dez.).

68

Hann. 122a Nr. 6844 (Fortsetzung) (1924)
Die Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers
1 9 2 4 : Verspätete Auswirkung von Preisstürzen in den Kleinstädten der Prov. am Beispiel Duderstadts. Einschreiten der hann. Wucherzentrale gegen eine größere

Schweinemästerei in Sulingen wegen Verfütterns von Brotgetreide. Ablehnende Stellungnahme des OPräs. zur Gründung sog. Frauenbauernschaften nach dem Beispiel des Kr. Limburg a. d. Lahn. Mitteilung des Verbandes der Oldenburger Bankleitungen über die Höhe der Zinssätze für Rentenmark- bzw. Papiermarkkonten (Jan.). Erfolgreiche Eingabe der Ortsgruppe Hannover des Gewerkschaftsbundes der Angestellten zur Senkung der Brot- und Milchpreise. Ermittlungs- und Presseberichte über den lebhaften Viehschmuggel an der deutsch-niederländischen Grenze im Kr. Grafschaft Bentheim (Febr.). Zusammenstellung der Gaspreise der Städtischen Gas- und Wasserwerke Hildesheim anläßlich der Überprüfung wegen Preistreiberei bei der Erhöhung der Abgabepreise im Sept. 1923. Mitteilung der hann. Preisprüfungsstelle über Herkunft und Preise der für die Stadt Hannover bestimmten Kartoffellieferungen. Entschließung der Handelskammer Goslar zur Situation des Einzelhandels. Auflösung des Landespolizeiamtes (März) und des Staatskommissariats für Volksernährung (Apr.). Eingabe des Reichsverbandes des deutschen Nahrungsmittelgroßhandels zur Aufhebung des Preistreibereirechts. Ziegel-Preiskalkulation der Verkaufsgesellschaft hannoverscher Ziegeleien (Mai). Auflösung der Wucherzentrale als eines selbständigen Kriminalkommissariats beim Polizeipräsidenten in Hannover. Musterkalkulation der hann. Schuhmacherinnung für Schuhreparaturarbeiten mit Richtpreisen für das Schuhmacher- und Lohgerberamt Hannover (Aug.).

1.2.2.3 Brennstoffversorgung/Verteilung von Brennstoffen aus staatlichen Mitteln

69

Hann. 122a Nr. 6996 (1917-1919)
Die Versorgung mit Kohlen, Holz und Torf, Elektrizität und Gas; Einsparung an Heizung und Beleuchtung
1 9 1 9 : Mitteilungen des Reichskommissars für die Kohlenverteilung über Förderausfälle und Transportschwierigkeiten von Lieferungen aus dem Ruhrgebiet, aus Oberschlesien und Mitteldeutschland. Anweisung des Handelsministers an die Preisprüfungsstellen zur Überwachung der Kohlenpreise (Dez. 1918/Jan. 1919). Detaillierter Bericht der Kriegsamtstelle Hannover über den zahlenmäßigen Umfang der Waggongestellung zum Kohlentransport aus den Revieren, die Fördermenge im Ruhrgebiet und in Oberschlesien vor dem Hintergrund der jeweiligen Streiklage, über die Wiederaufnahme der Kanalschiffahrt sowie über die Prioritäten der Kohlenbelieferung der Energieversorgungs- und Industriebetriebe im Bereich des X. Armeekorps. Hinweise des Reichsernährungsministers auf vom Kohlenmangel besonders stark betroffene Wirtschaftszweige. Rundschreiben des Reichskommissars für die Kohlenverteilung an die Vorstände der Hausbrand-Versorgungsbezirke (März, Apr.). „Kohlenberichte" der Kriegsamtstelle, später der Kohlenwirtschaftsstelle mit Angaben über Fördermenge, Waggongestellung, Arbeitsintensität und Streikbewegung in den Revieren sowie über die Einschränkung des Straßenbahn-Fahrbetriebs in Hannover (Apr.-Juli). Vortrag des Vertreters des Reichskommissars für die Kohlenverteilung über die Kohlenlage (Juli). Kohlenwirtschaftsstellen-Berichte betr. u. a. die bevorzugte Kohlenversorgung der Zuckerfabriken für die bevorstehende Rübenkampagne und die verschärfte Einhaltung von Sperrzeiten in

Hauptstaatsarchiv Hannover

der Gasversorgung. Eingabe des Göttinger Magistrats wegen Brennholzlieferungen aus den Forsten der hann. Klosterkammer. Auszugsweise Wiedergabe des dem Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau am 21.8. erstatteten Gutachtens über die Kohlenlage. Proteste der Ortskohlenstelle Lüneburg, des Reg.Präs. in Hannover und des Wunstorfer Magistrats gegen das vom Stader Reg.Präs. erlassene Torfausfuhrverbot. Auseinandersetzung um die Festsetzung einheitlicher Brenntorf-Höchstpreise im Reg. Bez. Stade. Modifiziertes Torfausfuhrgenehmigungsverfahren im Reg.Bez. Aurich. Telegraphische Meldungen aus den Reg.Bez. über Betriebsstillegungen infolge Kohlenmangels (Sept.).

70

Hann. 122a Nr. 6997 (1919)

Die Versorgung mit Kohlen, Holz und Torf, Elektrizität und Gas; Einsparung an Heizung und Beleuchtung

Transportprobleme bei der Brennholzversorgung für die Stadt Hildesheim (Sept.). Kontroverse um das Torfausfuhrverbot in den Kr. Bremervörde, Osterholz und Gifhorn. VO über die Beschränkung des Verbrauchs von Heiz- und Leuchtmitteln im Bereich des Demobilmachungsausschusses Hannover; Zurückweisung der Kritik des Arbeitgeberverbandes der Kaliindustrie und des Vereins für die gemeinschaftlichen Interessen des Hannoverschen Kalibergbaus an der VO (Okt.). Vorschläge der Kohlenwirtschaftsstelle Hannover, des Reg.Präs. in Hildesheim und MdI-Erlaß zur Regelung der Polizeistunde. Abgrenzung der Bezirke der Kohlenwirtschaftsstellen Hannover, Bielefeld, Hamburg und Bremen (Nov./Dez.).

71

Hann. 122a Nr. 6998 (1919-1923)

Die Versorgung mit Kohlen, Holz und Torf, Elektrizität und Gas; Einsparung an Heizung und Beleuchtung

Landratsbericht über Wucher im Papenburger Torfhandel. Auseinandersetzung um Torfausfuhranordnungen in den Kr. Aurich und Gifhorn und im Reg.Bez. Stade; Resolution des Arbeiterrats des Kr. Osterholz gegen die Erhöhung der Torfpreise. Antrag des Lindener Kreisausschusses auf ausreichende Versorgung der Belegschaften der Deister-Steinkohlenbergwerke mit Butter und Schmalz (Sept.-Nov. 1919). Personelle Zusammensetzung und Aufgaben der Torf-Kontrollkommission für den Reg.Bez. Stade. Fragen des Torfabsatzes im Kr. Meppen im Zusammenhang mit der Erteilung einer Ausfuhrerlaubnis ins benachbarte Holland (Jan.-Febr., Sept. 1920). Anweisung des hann. Magistrats an alle städtischen Dienststellen und Schulen zu sparsamem Verbrauch von Heizmaterial (Okt. 1920, Nov.-Dez. 1921). Bericht der Niedersächsischen Kraftwerke Osnabrück über die Auswirkungen des Ibbenbürener Bergarbeiterstreiks auf die Aufrechterhaltung des Betriebs des dortigen Kraftwerks. Festsetzung von Richtpreisen für Torf, Kartoffeln und Milch als Ergebnis der Besprechung der nordwestdeutschen Bezirkspreisprüfungsstellen in Oldenburg. Rundschreiben des Reichskommissars für die Kohlenverteilung an die Vorstände der Hausbrand-Versorgungsbezirke. Bekanntmachung über den Abbau der behördlichen Kohlenverteilung (Aug.- Nov. 1923).

72

Hann. 122a Nr. 328b (Fortsetzung) (1920)

Die Versorgung mit Kohlen, Holz und Torf, Elektrizität und Gas; Einsparung an Heizung und Beleuchtung

Errichtung einer Kohlenbeschaffungsstelle für die Kaliindustrie. Bericht über den Stand der Kohlenversorgung zur Sitzung des Reichskohlenrates am 14.1. Kohlenwirtschaftsstellen-Bericht insbes. über die angeblichen Auswirkungen des Eisenbahnerstreiks auf die Fördermenge der oberschlesischen und Ruhr-Zechen sowie über die Entschließung des Kohlenwirtschaftsstellen-Beirates gegen Bestrebungen zur Einführung der 6-Stunden-Schicht (Jan.). Richtlinien der Reichswehr-Brigade 10 für die Steigerung der Kohlenförderung. Bemühungen um die verstärkte Belieferung der Überlandwerke der hannoverschen Straßenbahn mit Kohlen zur Sicherstellung der Stromversorgung für die mit Kornausdrusch beschäftigten landwirtschaftlichen Betriebe in der Umgebung Hannovers; Beschwerden von Landwirten aus den Kr. Peine und Hildesheim über unangekündigte Stromabschaltungen. Anordnung des Reg.Präs. in Stade zum Verkehr mit Brennstoff (Febr.). Monatsbericht der Kohlenwirtschaftsstelle u. a. über die Verschärfung der Kohlenlage durch den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch. Rundschreiben des Reichskommissars für die Kohlenverteilung an die Vorstände der Hausbrand-Versorgungsbezirke (März). Warnung des MdI vor dem bevorstehenden Mangel an Grubenholz infolge des Verbrauchs von Grubenholz zu Brennstoffzwecken. Erlaß des Handelsministers betr. das Brennholz-Ausfuhrverbot. Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft zur Sitzung des Reichskohlenrates am 11.5. Festsetzung der Polizeistunde für den Reg.Bez. Aurich bzw. den Bereich der Kohlenwirtschaftsstelle Bremen; Torf-Ausfuhrbestimmungen des Reg.Präs. in Aurich; Satzungen des Ostfriesischen Torfwirtschaftsverbandes (Mai). Lieferungsangebot des Torferzeugerverbandes Stade an die Lebensmittelstelle für den Reg.Bez. Stade. Rundschreiben des Reichskommissars für die Kohlenverteilung an die Vorstände der Hausbrand-Versorgungsbezirke (Juni). „Stand der Arbeiten auf dem Gebiete der Brennstoffersparnis", Bericht an den technisch-wirtschaftlichen Sachververständigenausschuß für Brennstoffverwendung beim Reichskohlenrat (Juli). Eingaben der Portland-Cementfabrik „Germania" in Hannover-Misburg und der Lindener Eisen- und Stahlwerke betr. die Nichteinhaltung zugesicherter Kohlenkontingente (Aug.). Bekanntmachung der Preuß. Landeskohlenstelle zur VO über die Aufbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsstellen. Vfg. des Staatskommissars für Volksernährung über das Zusammenwirken der Polizeibehörden mit den Kohlenwirtschaftsstellen zur Bekämpfung des Kohlenschleichhandels. Eingabe des Landverbandes Stade gegen die wegen Kohlenmangels geplante Stillegung eines Teils der Überlandzentrale in den Reg.Bez. Stade und Lüneburg (Okt.).

73

Hann. 122a Nr. 6997 (Fortsetzung) (1921)

Die Versorgung mit Kohlen, Holz und Torf, Elektrizität und Gas; Einsparung an Heizung und Beleuchtung

Stromabschaltungen in Osnabrück wegen unzureichender Kohlenversorgung des Kraftwerks Ibbenbüren. Bericht des Reg.Präs. in Aurich über die Tätigkeit des Ost-

friesischen Torfwirtschaftsverbandes (März/Apr.). Resolution des Ausschusses der Nordwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Torfwesens (Mai). Positiver Bescheid des Reichskommissars für die Kohlenverteilung auf den Appell mehrerer Landräte des Umlands von Hannover zur Sicherstellung der Stromversorgung für die beginnenden Erntearbeiten (Juni). Kritik des Reichskohlenverbandes und des Vereins der Kohlenhändler Hannover sowie auch des OPräs. an der zu Jahresbeginn vom Magistrat vorgenommenen Anhebung der Umlage- und Verwaltungsgebühren des städtischen Kohlenamtes (Juli). Stromrationierungsmaßnahmen infolge von Engpässen in der Kohlenversorgung der Niedersächsischen Kraftwerke AG Osnabrück: einschneidende Kontingentkürzungen seitens der Kohlenverteilungsstelle Hannover; Protestentschließung der Kommission der freien Gewerkschaften in Rheine. Ausfall von Kohlenlöscharbeiten durch den Streik der Hafenarbeiter in Minden (Aug.-Dez.). Ablehnende Haltung des hann. Magistrats hinsichtlich einer Übernahme der Berliner Ausstellung „Die Wärme im Haushalt und Kleingewerbe" aufgrund zu hoher Kosten.
1 9 2 2 : Transportprobleme im Rahmen der Koks-Sonderzuweisungen für den Betrieb der Ilseder Hütte (März). Eingaben von Einzelpersonen und Genossenschaften betr. die Bewilligung von Hausbrandbezugsscheinen (Apr.-Sept.).

74

Hann. 122a Nr. 6997 (1923)
Die Versorgung mit Kohlen, Holz und Torf, Elektrizität und Gas; Einsparung an Heizung und Beleuchtung
Bericht des Reg.Präs. in Stade über den Kohlenmangel der städtischen Betriebe (Febr.). Pressenotiz des OPräs. über die Versorgung der niedersächsischen Kaliindustrie mit Brennstoffen (März).

1.2.3 Wirtschaftliche Lage von Industrie und Handel/Handwerk in der Provinz Hannover

75

VVP 17 Nr. 2433 (1910-1932)
Nordwestdeutscher Handwerkerbund
Druck der von Dr. Wienbeck, Hannover, auf der Gründungsversammlung am 21. Sept. 1919 in Hannover gehaltenen Rede. Ausführungen von Dr. Vogel, Sekretär des Handwerkerbundes, am 29. März (1920) über wirtschaftspolitische Fragen. Protokoll der Vertreterversammlung am 1. Mai 1929 in Hannover. Zeitungsartikel betr. politische Einstellung des Handwerkerbundes.

76

VVP 17 Nr. 2427 (1919-1922)
Zeitungsartikel betr. den Hannoverschen Arbeiter- und Handwerkerbund

77

Hann. 151 Nr. 114 (1920-1926)
Wirtschaftsbezirke
Erklärung des Wirtschafts-Ausschusses Niedersachsen zur Neuordnung der Wirtschaftsverfassung (Nov. 1920). Mitgliederverzeichnisse des Wirtschafts-Ausschusses Niedersachsen für die Jahre 1921 und 1925. Vorschläge des o. a. Ausschusses zur Entlastung der deutschen Wirtschaft vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Londoner Abkommens (Nov. 1924). Sonderdruck aus der Zeitschrift für Selbstverwaltung: „Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch Wirtschaftsberatung zur Sicherung und Förderung kommunaler Selbstverwaltung". Ausgabe des Wirtschaftsblattes Niedersachsen vom 29. Jan. 1921 mit Berichterstattung über die Niedersächsische Wirtschaftskonferenz in Hannover anläßlich der Neuordnung der Wirtschaftsverfassung.

78

VVP 17 Nr. 259 (1924-1967)
Wirtschaftliche Lage der Unterweserhäfen
Denkschrift über die Lage der Unterweserhäfen (1928). Gedruckte Abhandlung über den Fischereihafen Wesermünde (1926). Eingabe der Industrie- und Handelskammer Wesermünde an das Preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe wegen einer Erneuerung des Wesermünder Handelshafens (1926). Auszug aus Reichstagsprotokollen (1926-1928). Zeitungsausschnitte über die Unterweserhäfen.

79

VVP 17 Nr. 2653 (1926-1931)
Junghandwerkerbewegung
Zeitungsartikel betr. Gründung des Deutschen Junghandwerkerbundes (1929), Ziele der Bewegung sowie Junghandwerkertagungen.

80

VVP 17 Nr. 220 (1930)
Industrie- und Handelskammer
Pressestimmen zur geplanten Zusammenlegung der Industrie- und Handelskammern Hildesheim, Goslar und Braunschweig.

81

Hann. 151 Nr. 116 (1930-1939)
Berichte über die Lage der Großindustrie
Quartalsberichte der Industrie- und Handelskammer zu Hannover über die Lage der Großindustrie im Bezirk der Industrie- und Handelskammer (ab 4. Quartal 1929).

82

Hann. 151 Nr. 120 (1932-1935)
Gewerbeverein Hannover
Anträge der Direktion des Gewerbevereins an das Landesdirektorium der Prov. Hannover auf Gewährung finanzieller Unterstützungsleistungen.

1.2.4 Aktivitäten landwirtschaftlicher Organisationen

83

Hann. 122a Nr. 6300 (1869-1926 (1930))
Die landwirtschaftlichen Vereine im Regierungsbezirk Lüneburg; auch Landbund
Dienstliche Mißbilligung des Verhaltens des Landrats des Kr. Dannenberg bei der Verabschiedung einer politisch umstrittenen Resolution auf der Kreislandbundtagung (1924). Eklat während der Versammlung des Kreislandbundes Bleckede nach einem mit antisemitischen Tendenzen versehenen und mit Beifall aufgenommenen Referat des 1. Vorsitzenden des hannoverschen Landbundes, Cordes (1926).

84

Hann. 122a Nr. 6303 (1872-1931)
Die landwirtschaftlichen Vereine im Regierungsbezirk Aurich; auch Landbund
Pressebericht über die Ausführungen mehrerer örtlicher Reichstagsabgeordneter auf der Tagung des ostfriesischen Landbundes (1926). Auseinandersetzung um eine Entschließung der Vertreterversammlung des Kreislandbundes Emden (1927). Umstrittener Ausschluß des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Ostfriesland von den Zuwendungen aus Mitteln der Landwirtschaftskammer aufgrund der Agitation des Hauptvereinsvorsitzenden gegen die Beflaggung des Verwaltungsgebäudes (1931).

85

Hann. 122a Nr. 6306 (1927-März 1928)
Protestkundgebungen der Landwirtschaft unter Führung der landwirtschaftlichen Vereine, insbesondere des Landbundes
Resolution des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Ostfriesland (Dez. 1927). 1928 Januar: Mittelstands-Versammlungen in Meppen und Werlste (Kr. Hümmling). Bericht des Reg.Präs. in Aurich über die Situation der Landwirtschaft in seinem Bezirk; Niederschrift über die Vorbesprechung zwischen Regierungsvertretern und Delegierten ostfriesischer Landwirtschafts- und Handwerksorganisationen über die Themen einer geplanten Protestkundgebung in Aurich; Zusammenstellung über die Höhe der Spareinlagen der Sparkassen des Reg.Bez. Aurich 1924-1927. Bericht des Reg.Präs. in Osnabrück über verstärkte Versammlungstätigkeit und wirtschaftspolitische Forderungen der ländlichen Bevölkerung; Entschließung einer Landvolkversammlung in Bersenbrück. Zeitungsbericht und Mitteilung des Reg.Präs. über die Tagung des Bezirkslandbundes anläßlich der Deputiertenversammlung des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für den Reg.Bez. Stade in Bremervörde. Februar: Massenkundgebung landwirtschaftlicher und mittelständischer Bevölkerungskreise in Osnabrück. Forderungen nach Wiederherstellung der Rentabilität landwirtschaftlicher Betriebe im Kr. Bleckede. Reg.Präs.-Bericht über den Verlauf der Zusammenkunft der Kreislandbünde Linden, Hannover, Springe, Alfeld, Gronau, Peine, Goslar, Hildesheim und Marienburg in Hildesheim. Entschließung der Generalversammlung des Kreislandbundes Osterode. Kundgebung und Forderungskatalog des Lüneburger Landvolks. Denkschrift des Kreislandbundes Leer über die Folgen des Vorjahreshochwassers. März: Presseecho auf die gegen die Landbundhetze

gerichtete Rede des OPräs. bei der Eröffnung des 63. Prov. Landtages. Zusammenfassende Berichte der Reg.Präs. über die wirtschaftliche Lage und die politische Stimmung der Landbevölkerung, darin auch weitere Protestresolutionen. Landwirtschaftliches Vereinsblatt Ostfriesland, Jg. 56, Nr. 10, 2.3.1928. Bauernkundgebung in Goslar mit scharfen Erwiderungen auf die Rede des OPräs. vor dem Prov. Landtag. Entschließung der Vertreterversammlung des Kreislandbundes Alfeld. Bericht des Generalstaatsanwalts in Celle über eine Reihe strafrechtlich relevanter Verstöße bei den Winterdemonstrationen des Landbundes, u. a. enthaltend die republikfeindlichen Auslassungen des hann. Landbundvorsitzenden Cordes. „Des Geistes Schwert. Sozialistisches Manifest von Carl Kirchhoff", Hannover 1928.

86

Hann. 122a Nr. 6306 (Fortsetzung) (Mai 1928-1929 (1932))
Protestkundgebungen der Landwirtschaft unter Führung der landwirtschaftlichen Vereine, insbesondere des Landbundes
Mai: Mitteilung des Reg.Präs. in Osnabrück über die Einleitung staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen gegen den hann. Landbund wegen ungerechtfertigter Vorwürfe gegen die Preuß. Staatsregierung. 1929 März: Warnung des Landwirtschaftsministers vor den Folgen eines vom hann. Landbund initiierten Käuferstreiks; Bericht des OPräs. über die sog. Selbsthilfe-Aktivitäten des Landbund-Vorstandes. 1932 April: Anweisung des OPräs. an die Reg.Präs. zur Berichterstattung über die von landwirtschaftlichen Organisationen betriebene Kampagne zur Verweigerung von Zinszahlungen an die Sparkassen.

1.3 Politische Entwicklung

1.3.1 Politische Lage

1.3.1.1 Ausführung des Versailler Friedensvertrages

87

Hann. 122a Nr. 1694 (1919-1921)
Der Eintritt von Staatsbeamten in die Freiwilligen-Truppenteile
Antrag des Oberst Reinhard auf Beurlaubung von Beamten zum Eintritt in dessen zwecks Sicherung der Wahlen zur Nationalversammlung in Berlin aufgestelltes Freiwilligenregiment. Empfehlung des Reichswehrministeriums zum Eintritt von Beamten in die listenmäßigen Einwohnerwehren. Vereinbarung zwischen Finanz- und Kriegsminister vom 14.12.1918 über die Zurückbehaltung von Beamten im Heeresdienst bei der Demobilmachung (1919). Min.Erlaß betr. die Rückkehr bei der Reichswehr dienender Beamter in den Zivildienst gemäß Bestimmungen des Friedesvertrages über die Reduzierung der Reichswehr auf 100.000 Mann (1920).

88

Hann. 122a Nr. 2785 (Juni-Okt. 1920)

Die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, auch Maßnahmen gegen die Organisation Escherich und sonstige Selbstschutzorganisationen

1 9 2 0 Juni: Weigerung von Arbeitern in Nordhorn, sich der Waffenablieferungspflicht zu unterziehen. August: Öffentliches Dementi des OPräs. Noske im Hinblick auf seine angebliche Zustimmung zur Bildung von Selbstschutzeinheiten in der Prov. Hannover. September: MdI-Erlaß und Vfg. des Landwirtschaftsministeriums zur Durchführung des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7.8.1920; Rundschreiben des Wehrkreiskommando VI betr. die Verhinderung von Waffendiebstählen bei der Reichswehr. Anfrage des Braunschweigischen Staatsministers des Innern wegen Überlassung von Material betr. Verbot der Orgesch. Oktober: Protokoll der Reg.Präs.-Besprechung am 1.10.1920; darin u. a.: Ausnahmeregelungen von der Abgabepflicht. Bericht des Reg.Präs. über den Verlauf der Waffenablieferung im Reg.Bez. Hannover mit Zahlenmaterial über den Umfang bereits abgelieferter Waffen und Waffenteile. Eingabe des Republikanischen Führer-Bundes, Ortsgruppe Hannover, betr. nachhaltige Unterstützung der Ablieferungsaktion. MdI-Erlaß über die Weiterleitung und Verwendung von bei Privatpersonen und Organisationen beschlagnahmten Militärwaffen. Anordnung des Reichsentwaffnungskommissars betr. die Entwaffnung von Selbstschutzorganisationen; Ausnahme für den hann. Ortsschutz. Ablieferungsverlauf und Formularnachweisung über das Gesamtergebnis in allen Kr. des Reg.Bez. Hannover.

89

Hann. 122a Nr. 2785 (Fortsetzung) (Nov. 1920)

Die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, auch Maßnahmen gegen die Organisation Escherich und sonstige Selbstschutzorganisationen

November: Wiederholte MdI-Erlasse betr. Auflösung sämtlicher zur Orgesch gehörender und mit ihr verbundener Vereine, Verbot aller Orgesch-Versammlungen und -aufrufe. Mit Zahlenmaterial versehene Hinweise des Magistrats von Emden auf die verminderte Sicherheit für die ostfriesische Bevölkerung im Falle einer Entwaffnung der Stadtwehr. Mutmaßungen über bevorstehende Putschversuche von Stahlhelm- und Orgesch-Anhängern im Raum Einbeck. Bestrebungen des Landbund-Vorsitzenden im Kr. Harburg zum Aufbau einer Heimatschutz-Organisation. Anregung des Reg.Präs. in Stade zur Einstellung von vereidigten Feldhütern als Schutzdienstbeamte der Landgemeinden. Pressedementis des OPräs. aufgrund der Bezeichnung des Ortsschutzes Hannover als militärische Geheimorganisation und wegen der fälschlich behaupteten Auflösung und Entwaffnung einer vorwiegend aus Mehrheitssozialisten zusammengesetzten Einwohnerwehr in Hannover-Kleefeld. Beschwerde der SPD-Kreiskonferenz Einbeck über den schleppenden Verlauf der Entwaffnungsaktion auf dem Lande. Polizeiliche Ermittlungen über die Aktivitäten des Heimatschutz-Führers im Kr. Harburg. Satzung der Orgesch Hauptgau Osnabrück e.V. Einspruch gegen die völlige Entwaffnung des Ortsschutzes in Hannover. Anfragen der Heeres-Friedenskommission, Verbindungsstelle Hamburg, betr. Anzahl und Art der Bewaffnung der ehemaligen Einwohnerwehren

im nördlichen Teil der Prov. Hannover. Vorschlag des OPräs. zu einer sozialdemokratisch orientierten Ortswehrleitung in Soltau. Berichte und Nachweisungen der Reg.Präs. über Verlauf und Umfang der freiwilligen Waffenablieferung bis Anfang Nov.; darin auch: Stellungnahme des Reg.Präs. in Hannover zur Entwaffnungsfrage und zur Polizeikompetenz der Feldhüter; Bekanntmachungen und Pläne der Reg.Präs. in Hildesheim, Lüneburg und Stade zur zwangsweisen Durchsuchung bestimmter Ortschaften, u.a. in der Nähe russischer Internierungslager gelegener Orte; ablehnende Haltung des Reg.Präs. in Aurich gegenüber der völligen Entwaffnung der Ortsschutzverbände. Gesamtergebnis der Aktion in der Prov. Hannover.

90

Hann. 122a Nr. 2785 (Fortsetzung) (Dez. 1920-März 1921)

Die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, auch Maßnahmen gegen die Organisation Escherich und sonstige Selbstschutzorganisationen

Dezember: Mitteilungen des OPräs. über Führung und Finanzierung des Ortsschutzes in der Stadt Hannover. Verhandlungen zwischen den Reg.Präs. von Hannover, Hildesheim und Lüneburg über die Durchführung einer zwangsweisen Entwaffnungsaktion in den Kr. Hildesheim-Stadt und -Land, Peine, Burgdorf und Hannover. Orgesch-Umtriebe in Osnabrück. Bildung einer Ortswehr zur Bewachung des Internierungslagers in Lichtenhorst (Kr. Neustadt a. R.). Durchführung einer gemeinschaftlichen Entwaffnungsaktion in den Kr. Ilfeld und Grafschaft Hohenstein. Bestrebungen zur Gründung eines Heimatbundes in Lüneburg. Waffenraub im Lüchower Kreishaus. Bericht des OPräs. über den angeblichen militärischen Charakter des hann. Ortsschutzes. Pressenotiz des OPräs. über das Gesamtergebnis der freiwilligen Waffenabgabe in der Prov. Hannover. Ausnahmeregelung des Reichsentwaffnungskommissars für in der Nähe russischer Internierungslager befindlicher Selbstschutzorganisationen in Soltau und Königsmoor bei Tostedt; Bericht des Reg.Präs. in Lüneburg über den Waffenbestand in den betreffenden Ortschaften. Anordnung des Reg.Präs. in Aurich zur Einziehung der Hälfte des Ortsschutz-Waffenbestandes im Reg.Bez.

1 9 2 1 Januar: Erlaß des Reichsverkehrsministers zur Ablieferung des Kriegsluftfahrzeuggerätes. Orgesch-ähnliche Bestrebungen des sog. Unterstützungsvereins im Kr. Stade. Satzung der Orgesch e.V. nebst Programmflugschrift. Entscheidung des Bezirksausschusses Osnabrück für eine Eintragung der Orgesch in das Vereinsregister. Berufung gegen das Urteil. Aufdeckung eines Waffenlagers in Völksen (Kr. Springe). März: Angebliche Orgesch-Umtriebe in Stadt- und Landkr. Göttingen. Berichte der Geestemünder Polizeidirektion und des Landrats in Lehe über personelle Zusammensetzung und Organisation des Unterweser-Selbstschutzes.

91

Hann. 122a Nr. 2785 (Fortsetzung) (Apr.-Dez. 1921)

Die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, auch Maßnahmen gegen die Organisation Escherich und sonstige Selbstschutzorganisationen

April: Ergebnislose Durchsuchungsaktion in Osterode im Zusammenhang mit Gerüchten über einen kommunistischen Umsturzversuch. Selbstschutzbestrebungen im Kr. Alfeld. Entwaffnung des Ortsschutzverbandes in Göttingen; Ausein-

andersetzung um die Nachforschungen über die Gesamtzahl der gemeldeten bzw. abzugebenden Gewehre. Mai: Verzeichnis der von Selbstschutzorganisationen und Kriegervereinen im Reg.Bez. Hildesheim abgelieferten leichten Waffen. Juni: Umfangreicher Waffenfund in Achtum bei Hildesheim. Bekanntmachung der Reichsregierung betr. die Auflösung der Orgesch innerhalb des Deutschen Reiches. Bericht des Reg.Präs. über die im Frühjahr 1921 erfolgten Orgesch-ähnlichen Heimatbund-Gründungen im Reg.Bez. Lüneburg Juli: Urteil des Amtsgerichts Hameln gegen die Hauptverantwortlichen der Völksener Waffenaffäre. Berichte über Organisationsgründungen zur Umgehung der Orgesch-Auflösung; hier u. a.: Tätigkeit und Satzungen der „Unterweser-Selbstschutz eGmbH Geestemünde" und Gründung der Orgesch-Nachfolgegruppe „Heimatbund Wittekind" in Osnabrück. Sept.: Aufhebung der beschränkenden Bestimmungen über die Beförderung von Militärwaffen nach Außerkrafttreten des Gesetzes über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung vom 7.8.1920. Okt.: Stellungnahmen des OPräs. und des Bremer Senatskommissars für die Hafenstädte zu Forderungen republikanischer Parteiorganisationen nach Umgestaltung des Unterweser-Selbstschutzes. Mutmaßungen über die Existenz eines Waffenlagers in Bomlitz bei Walsrode. Nov./Dez.: Auflösung des Unterweser-Ortsschutzes nach Verlegung der Schupo nach Lehe. Waffenfund in Soltau. Berichte der Reg.Präs. über die Auflösung der Selbstschutzverbände.

1.3.1.2 Politische Lage im Reich und in Preußen

92

Hann. 122a Nr. 544 (1901-1945)
Staatsbehörden (Verschiedenes)
Mitteilung des Staatsministeriums des Freistaats Oldenburg über den Regierungsantritt Ministerpräsident von Finckhs (Apr. 1923). Von den Reg.Präs. (außer Hildesheim) hrg. Denkschriften über die Geschichte ihrer Reg.Bez. anläßlich des 100. Jahrestages der Einrichtung der hann. Landdrosteien am 15. Mai 1923. Plakat-Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zur Beendigung des Kampfes gegen die französische Ruhrgebietsbesetzung (Sept. 1923). „Filmpropaganda"-Erlaß betr. die Produktion und Vorführung von Wochenschauen und Kulturfilmen im Rahmen der staatsbürgerlichen Bildung; hier u. a.: Filmkonzept über die Tätigkeit der Staatlichen Polizeischule Hildesheim (1931).

93

VVP 17 Nr. 2362 (1918)
Zeitungsartikel betr. Aufruf des Rates der Volksbeauftragten, der preuß. Regierung und des A. und S. Rates der Stadt Hannover sowie die neue Behördenorganisation.

94

VVP 17 Nr. 2406 (1918-1932)
Verschiedene Druckschriften und Zeitungsausschnitte
Broschüre „260 Revolutionshelden" über den angeblichen jüdischen Einfluß auf die Novemberrevolution 1918 (1919). Druckschrift „Deutschlands Versklavung über die

Versailler Friedensvertragsbedingungen" (1919). Rede Hugenbergs am 7. Juni 1931 in Porta bei Minden über „Notverordnung und Tributrevision".

95

Hann. 122a Nr. 2780 (1924-1930)
Verschiedenes in politischer und sicherheitspolizeilicher Hinsicht
Abwehrmaßnahmen gegen kommunistische Propaganda in der Reichswehr (März 1927). Pazifistische Vortragsreihe des Franziskanerpaters Ohlmeier in hann. Kirchen; von diesem verfaßte Broschüre „Frieden oder Krieg?" (Juni 1927). Programm, Vortragszusammenfassungen und Entschließungen der Reichstagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände in Goslar (Juli 1927); Der Weg zur Freiheit, Halbmonatsschrift des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, 7. Jg., Nr.12, 15.6.1927. Anfrage des Göttinger Volksblattes zur militärischen Ausbildung studentischer Korporationen durch die Reichswehr. Versammlung der Friedensgesellschaft Wilhelmshaven mit Erlebnisberichten von Beteiligten an der Marinemeuterei 1918 (Juli 1927); republikanisch-pazifistische Wochenschrift „Das Andere Deutschland", 7. Jg., Nr. 26 (2.7.1927). Bemühungen des Sudetendeutschen Heimatbundes um die Anschriften tschechoslowakischer Staatsangehöriger in Preußen (Okt. 1927). MdI-Bericht über die politische Entwicklung in Preußen im Jahre 1927 und die Einstellung der Verbände zu den Parlamentswahlen 1928. Langwierige Auseinandersetzung um die Entfernung monarchistischer Hoheitsbezeichnungen auf Grenzsteinen im Raum Hameln-Pyrmont (Dez. 1928 – Mai 1929). Verbotsregelung betr. die Teilnahme hoher politischer Beamter an Veranstaltungen zur zehnjährigen Wiederkehr der Versailler Vertragsunterzeichnung. Polizeiberichte über die DNVP-Kundgebung gegen den Versailler Vertrag in Hannover (Juni 1929). Verschiedene Hinweise auf Einigungsbestrebungen zwischen West-, Ost- und Nordfriesen; Stellungnahme des MdI und Gutachten zur Verhinderung von politischen Minderheitenbewegungen insbes. in Ost- und Nordfriesland (Mai 1928; Juni 1929). Bericht des Polizeipräsidenten über den Verlauf des 12. Studententages in Hannover; Sonderbericht in der Akademischen Correspondenz, Nr. 21-24 (Juli 1929). Polizeibericht über die in Hannover abgehaltene Gründung der Partei der Arbeitnehmer Deutschlands nebst Parteiprogramm (Juli 1930) sowie über die Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Föderalisten in Hannover mit Liste der Vorstandsmitglieder (Okt. 1930). Programmschrift der sog. Futuristischen Partei Deutschlands: „FUT. Die Gegenwart von morgen!" (Nov. 1930).

96

VVP 17 Nr. 1371 (1926-1933)
Zeitungsartikel über Robert Leinert, ehem. Oberbürgermeister von Hannover (1918-1924), sozialdemokratischer preuß. Landtagsabgeordneter.

97

Hann. 122a Nr. 538 (1928-1929)
Die Feier vaterländischer Gedenk- und Erinnerungstage seitens der Behörden

Vorbereitungen zur Gestaltung der amtlichen Feier des Verfassungstages am 11.8.1928; Liste der in Hannover ansässigen Reichs-, Staats- und Provinzialbehörden, Parteien, Verbände, Körperschaften etc.; Verzeichnis der Geschäftsführer bzw. Vorsitzenden und Kassierer der dem ADGB-Ortsausschuß Hannover angeschlossenen Gewerkschaften (1928). Auseinandersetzungen um Inhalt und Form der Verfassungsfeiern in Goslar, Nienburg und Ilfeld (1928). Materialsammlung betr. Reden, Zitate, Gedichte, Daten und Gestaltungsvorschläge für Verfassungsfeiern (=„Zum Verfassungstag". Hrg.: Reichszentrale für Heimatdienst. Berlin 1928). Inhaltliche und organisatorische Planung für die Verfassungstagsfeierlichkeiten 1929 anläßlich des 10. Jahrestages der Verabschiedung der Reichsverfassung; Plakat und Einladungen für die Feier im Stadion zu Hannover sowie Aufrufe der örtlichen SPD- und der ADGB-Führung, Manuskript der Rede des OPräs. zur Verfassungsfeier in Hannover. Wortlaut der Rede des Preuß. Finanzministers Höpker-Aschoff zur Verfassungsfeier in der Berliner Staatsoper (1929).

1.3.1.3 Politische Lage in der Provinz Hannover

98

Hann. 122a Nr. 2709 (1869-1940)
Pressepolizei und Presse (Allgemeines)
Reglement zur Popularisierung der Reformmaßnahmen durch entsprechende Berichterstattung in der allgemeinen und der Provinzpresse; hier: Argumentationshilfen durch Artikel der MdI-Pressestelle zur Frage des parlamentarisch-demokratischen Neuaufbaus im Widerstreit zwischen den Interessen des preuß.-deutschen Einheitsstaates und den Möglichkeiten erweiterter Provinzialautonomie (1919). Wiederholte Aufforderung zur Unterstützung der Presseabteilung des Staatsministeriums durch Sammlung und Weitergabe authentischen Nachrichtenmaterials über Streiks, Unruhen, Tarifvertragsabschlüsse, politische Verhaftungen, Aufdeckung verbotener Organisationen etc. (1920, 1922). Erweiterung des o. a. Erlasses auf Eilberichterstattung über Ruhestörungen und Verleumdungen von Mitgliedern des Staatsministeriums in politischen Veranstaltungen und in der örtlichen Presse (1921). Finanzielle und personelle Fragen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Pressestellen bei den OPräs. (1921). Vfg. betr. die polizeiliche Beschlagnahme von Flugblättern und Druckschriften mit antisemitischem Inhalt (1922). Auseinandersetzung um eine vom Ilfelder Kreisanzeiger entstellt veröffentlichte Bekanntmachung zur Verfassungsfeier 1924. Streit zwischen dem Verleger des Lingenschen Wochenblattes und dem Lingener Landrat einerseits und der Kreistagsmehrheit und dem Osnabrücker Reg.Präs. andererseits um den Kreistagsbeschluß über die Übertragung der Bezeichnung „Amtliches Kreisblatt" auf den dem Zentrum nahestehenden Lingener Volksboten (1924-1925). Prospekt zur Internationalen Presse-Ausstellung in Köln 1928. Erlasse betr. die Richtigstellung von Falschmeldungen über die Behandlung nationaler Minderheiten, insbes. der polnischen, in Preußen (1927, 1930). Unklarheiten bei der Presseverbotspraxis am Beispiel des Verbots der Niederdeutschen Zeitung in Hannover (1930). Auseinandersetzungen um die Polizei-VO über den Aushang von die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdenden Plakaten (1930-1932). Bestimmungen zur schärferen Überwachung

der Versammlungen und Presseorgane bei Verstößen gegen das Republikschutzgesetz (1931). Maßnahmen zur Abwehr von das Volksbegehren „Landtagsauflösung" unterstützenden Presseangriffen. Mitteilungen des OPräs., des Polizeipräsidenten und des Oberstaatsanwalts in Hannover betr. die Kontrolle hann. und überregionaler Zeitungen auf Berichte über das Republikschutzgesetz verletzende Handlungen (1931). Zusammenstellung des OPräs. über geltende presserechtliche Bestimmungen (1931).

99

Hann. 122a Nr. 5327 (1907-1938)
Die Lehrer an der Technischen Hochschule Hannover
Nachweisungen über die Versorgungsbezüge für Hinterbliebene von Mitgliedern des Lehrkörpers; Ernennungen und Anstellungen (1919-1933). Scharfe Kritik des OPräs. am Beschluß der Fakultät für allgemeine Wissenschaften betr. Disziplinarverfahren gegen Prof. Theodor Lessing wegen dessen Berichterstattung über den Haarmann-Prozeß sowie am Ausschluß Lessings von der Gerichtsverhandlung. Ablehnender Bescheid des Wissenschaftsministers wegen Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen Lessing. Deutschnationale Polemik des Professors an der Technischen Hochschule Schöndorf auf einer Chemikertagung in Nürnberg (1925).

100

Hann. 122a Nrn. 4896-4897 (1922-1940)
Der Niedersächsische Arbeitsnachweisverband zu Hannover 1913-1919 Das Arbeitsnachweiswesen (Bekämpfung der durch den Krieg verursachten Notstände)
Beschluß des Prov.Ausschusses über die finanzielle Unterstützung der Verbandsarbeit (1918). Teilnehmerliste, Tagesordnung und Niederschrift der 3. Verbandsversammlung am 17.6.1919. Teilnehmerverzeichnisse, Tagesordnungen und Protokolle der Verwaltungsausschußsitzungen des Landesarbeitsamtes Niedersachsen vom 15.2. und 16.6.1922. Sondernummer zu Fragen der Arbeitslosenversicherung der Monatsschrift Arbeit und Beruf, Jg. 1, Nr. 3 (25.12.1921). Geschäftsbericht des Landesarbeits- und Berufsamtes Niedersachsen für die Jahre 1920 und 1921, u. a. mit Zahlen über Notstandsmaßnahmen im Landesarbeitsamtsbezirk. Verpflichtung der Arbeitgeber mittels Polizei-VO zur Meldung offener Stellen beim zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis. Bericht des Reg.Präs. in Stade über die Ergebnisse der Vermittlung städtischer Jugendlicher auf das Land (1922). Etatabschluß des Landesarbeitsamtes Niedersachsen für das Rechnungsjahr 1919. Landesarbeitsamts-Gebührenordnung für die Erteilung der Erlaubnis zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte (1923). Bericht und zahlenmäßige Übersicht über die Arbeitsmarktlage in Niedersachsen für die Woche vom 4.-10.1.1924.

101

Hann. 122a Nr. 528 (1918-1934)
Die aus Anlaß der Ereignisse im November 1918 bei den Staatsbehörden getroffenen Maßnahmen

VO und Richtlinien über Kompetenzen und Tätigkeit der A.u.S. Räte sowie deren Verhältnis zu den Verwaltungsbehörden (1918). Versuch der Etablierung einer unabhängigen nordwestdeutschen Republik (mit Regierungssitz in Hamburg) durch die vereinigten A.u.S. Räte im nördlichen Deutschland (Nov. 1918). Zentral-A.u.S. Rat in Hannover: Geschäftsverteilungsplan (1918); Abkommen mit der revolutionären Regierung in Braunschweig über die Abwicklung des Eisenbahnverkehrs innerhalb der Republik Braunschweig (1919); Auflösung und Schlußrechnung (1920). Auseinandersetzungen um die „Nebenregierung" des Zentralrats der A.u.S. Räte im Reg.Bez. Stade; einzelne Konflikte zwischen Behörden und A.u.S. Räten u. a. bei der Bekämpfung des Lebensmittel-Schleichhandels und der Ausübung der Polizeigewalt in Emden, Wilhelmshaven, Rüstringen, Wilhelmsburg und auf Norderney (1919). Protest des Deutschen Landbundes im Kr. Fallingbostel gegen das Weiterbestehen von Kriegszwangsmaßnahmen; Forderung der Rotenburger Landwirtschaftlichen Zentralstelle nach Anstellung von Agrar-Sachverständigen bei OPräs. und Regierung (1919). Min.Erlasse betr. die Streichung der Finanzmittel für die Tätigkeit der A.u.S. Räte; deren Auflösung bzw. Umwandlung in beratende und vermittelnde Organe der Verwaltungen (1919-1920). Einzelfälle von gesetzwidriger Verwendung von Kaiserbildern und monarchistischen Hoheitszeichen bei Behörden (1921-1923).

102

Hann. 122a Nr. 2825 (1916, 1919-1936)
Störungen der Sicherheit und öffentlichen Ordnung; Schutz gegen Diebstahl; auch Kriminalstatistik; Verbrecherbekämpfung
Umfangreiches Material in Form von Reg.Präs.-Berichten über die Zunahme insbes. der Jugendkriminalität im Vergleich zum Jahr 1913, über das Bandenunwesen, Störungen der landwirtschaftlichen Produktion und Ernährungswirtschaft, über Streiks, Aussperrungen, Unruhen, Plünderungen, Sabotageakte etc. sowie über die polizeilichen Abwehrmaßnahmen und die Bildung von sog. Einwohnerwehren. Einrichtung des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung (1919). Arbeitsplan der Beratungsstelle zum Schutze gegen Einbruch und Diebstahl beim Polizeipräsidenten in Berlin (1921). MdI-Vfg. betr. kriminalstatistische Erhebungen bei den Polizeiverwaltungen (1922, 1926, 1929). Auseinandersetzungen um Tätigkeit und Kompetenzen der bei der Landwirtschaftskammer für die Prov. Hannover angesiedelten Abteilung für Kriminal- und Sicherheitsdienst sowie um die Ermittlungsstelle der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer Berlin (1923-1928); Beschwerden über Eingriffe dieser Stellen in den Aufgabenbereich der staatlichen Polizeibehörden (1926-1927). MdI-Runderlaß betr. die Einbebeziehung von Persönlichkeitsdaten des Täters in kriminalpolizeiliche Ermittlungen (1926). Verschiedene MdI-Erlasse zur Verbrechensbekämpfung bzw. -vorbeugung (1927-1931). Erlaß des Landwirtschaftsministers betr. die Tätigkeit des Ermittlungs- und Sicherheitsdienstes der hann. Landwirtschaftskammer (1927, 1929) sowie die Aufrechterhaltung des Vertragsverhältnisses zwischen der Landwirtschaftskammer und dem Institut für privatpolizeiliche Aufgaben (1929). Kriminalstatistik für den Reg.Bez. Osnabrück (1930). Anweisung des OPräs. u. a. zur Frage des Vorgehens gegen Selbstschutzverbände auf dem Lande (1931).

103

Hann. 122a Nr. 2710 (1923-1933)
Verzeichnisse der in der Provinz Hannover erscheinenden Zeitungen
Angaben aller Reg.Präs. über Auflagenhöhe, politische Haltung und Verbreitungsgebiet sämtlicher in ihrem Bezirk erscheinenden Zeitungen; ferner ein 1931 vom OPräs. angefertigtes Verzeichnis von über 200 Zeitungen.

104

Hann. 122a Nr. 2787 (1931)
Kundgebung der Preußischen Staatsregierung gegen den Volksentscheid (Auflösung des Landtags)
Wortlaut der Kundgebung; Geheim-Vfg. des OPräs. an die Polizeiverwaltungen und Landräte betr. die strikte Überwachung der Veröffentlichung des amtlichen Textes. Verzeichnis der in der Prov. erscheinenden Zeitungen (mit Angabe von Auflagenhöhe und politischer Richtung). Auseinandersetzung um den Abdruck der geheimen Anweisung in einigen Blättern.

1.3.1.4 Politische Lage im Land Braunschweig

105

VVP 17 Nr. 2365 (1918)
Entwurf zu einer Verfassung des sozialistischen Freistaates Braunschweig

106

VVP 17 Nr. 2363 (1918-1921)
Arbeiter- und Soldatenrat Braunschweig
Verfassungsentwurf für das Land Braunschweig. Zeitungsartikel betr. Sitzungen des A. und S. Rats.

107

VVP 17 Nr. 2367 (1919-1925)
Sepp Oerter, Volkskommissar, Minister und Abgeordneter in Braunschweig
Zeitungsartikel von und über Oerter. Artikelentwürfe Oerters.

108

VVP 17 Nr. 216 (1919-1932)
Land Braunschweig
Zeitungsartikel insbes. über die Verfassung Braunschweigs von 1921 sowie über SPD und NSDAP in Braunschweig 1930 bis 1932.

109

VVP 17 Nr. 211 (1923-1926)
Land Braunschweig
Zeitungsartikel über den braunschweigischen Staatshaushalt sowie über das Verhältnis des Landes zu Preußen.

110
VVP 17 Nr. 219 (1930-1966)
Land Braunschweig
Zeitungsartikel über die Ergebnisse der Landtagswahl vom 14. Sept. 1930 und die anschließende Regierungsbildung.

1.3.2 Gebiets- und Verwaltungsreform

1.3.2.1 Diskussion um die Reichsreform

111
VVP 17 Nr. 2366 (1919)
Zeitungsartikel betr. die geplante Gründung einer Bundesrepublik Nordwestdeutschland

112
VVP 17 Nr. 186 (1919-1922)
Neugliederung des Reiches gemäß Artikel 18 der Weimarer Verfassung
Schreiben des RMdI an den Reichstagsabgeordneten Colshorn wegen eines Ausführungsgesetzes zu Artikel 18 (1921). Schreiben des OPräs. Noske zum Ausführungsgesetz (1921). Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 18 (1921). Auszug aus dem Staatsministerialprotokoll vom 2.12.1920. Zeitungsausschnitte zum geplanten Ausführungsgesetz.

113
VVP 17 Nr. 231 (1919-1957)
Land Oldenburg
Zeitungsartikel über die Frage einer Selbständigkeit Oldenburgs sowie über den Landtag (1932-1933).

114
VVP 17 Nr. 185 (1920-1922)
Neugliederung des Reiches gemäß Artikel 18 der Weimarer Verfassung
Gesetzentwurf zur Ausführung von Artikel 18 (1922). Statistik der DHP anhand von Wahlergebnissen über den vermutlichen Ausgang einer Volksabstimmung über die Selbständigkeit Hannovers. RGBl. (1921). Reichstagsprotokolle (1922). Denkschrift über ein Gesetz zur Ausführung von Artikel 18. Stellungnahmen aus Braunschweig zur Ausführung von Artikel 18 (1922).

115
VVP 17 Nr. 447 (1920-1927)
Neugliederung des Reiches
Zeitungsartikel betr. Gründe für die Bildung eines Landes Niedersachsen. Stellungnahme unter der Überschrift „Eine neue Brüskierung des Hannoverlandes" zu einem Zeitungsartikel „Reichswirtschaftsrat und Niedersachsen" von Dr. Finkenwirth, Syndikus der Industrie- und Handelskammer in Hannover.

116
VVP 17 Nr. 187 (1922-1933)
Neugliederung des Reiches gemäß Artikel 18 der Weimarer Verfassung
Abschriften von Reichstags- und Landtagsprotokollen (1925). Zeitungsausschnitte (insbes. „Hannoversche Landeszeitung") zur Diskussion um Artikel 18 und das Ausführungsgesetz.

117
VVP 17 Nr. 209 (1926-1952)
Neugliederung des Reiches gemäß Artikel 18 der Weimarer Verfassung
Zeitungsartikel über den Anschluß des Kr. Grafschaft Schaumburg an die Prov. Hannover sowie über Erörterungen über den Gebietsumfang eines Landes Niedersachsen.

118
VVP 17 Nr. 446 (1927-1929)
Neugliederung des Reiches
Zeitungsartikel betr. Gründe für die Bildung eines Landes Niedersachsen sowie Gebietsumfang eines künftigen Landes Niedersachsen.

119
VVP 17 Nr. 212 (1927-1932)
Land Braunschweig
Zeitungsartikel über die Frage einer Selbständigkeit des Landes sowie über den Beschluß des Kreistages in Holzminden vom 22. Dez. 1927 zum Anschluß an Hannover.

120
VVP 17 Nr. 402 ((1911) 1927-1932 (1954))
Zeitungsartikel betr. Pläne zu einer Gebiets- und Verwaltungsreform im Raum Niedersachsen.

121
Hann. 122a Nrn. 569 u. 570 (1927-1931 (Bd. 1))
Die staatliche Neugliederung des Deutschen Reiches (1932-1945 (Bd.2))
Reden des OPräs. anläßlich der Eröffnung des 63. (1928), 65. (1930) und 66. Hann. Prov.Landtages (1931). Wirtschaftsgeographische und verwaltungspolitische Probleme der hann. Exklaven und Enklaven (1928). Denkschriften des Preußischen Städtetages zu „Grundfragen der kommunalen Neugliederung" (Berlin 1929) und des hann. Landesdirektoriums über „Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches" (Bd. 1, Hannover 1929); darin: umfangreiche Kartographie zur historischen, bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung des niedersächsischen Raumes. „Wege zur Reichsreform" (Aufsatz, Berlin 1929). Heft 18 der vom Jungdeutschen Orden hrg. „Volksnationalen Schriftenreihe 'Der Staatsbürger'": „Diktatur oder Selbstverwaltung?" (Berlin 1929). Niederschrift über eine vertrauliche Besprechung in einem privaten Kreis über die Frage eines Zusammenschlusses

Hannovers mit Holstein (1930). „Reichsreform", Mitteilungen des Bundes zur Erneuerung des Reiches e.V. (Berlin 1931). Bericht über informelle Gespräche betr. die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen des Freistaats Lippe zur Prov. Westfalen bzw. zur Prov. Hannover (1931); Überlegungen des Wirtschaftsbundes Niedersachsen-Kassel zum sog. Unterweser-Ems-Problem sowie zur Neuabgrenzung der Reichsfinanzverwaltung mit Kartenvorlagen betr. das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen-Kassel und dessen Einteilung in Landesfinanzamtsbereiche (1930). Wissenschaftspolitische Anstrengungen in Westfalen und Hannover zur Legitimierung verschiedener Gebietsansprüche (1931-1932). Abhandlung über den „Raum Weser-Ems" aus oldenburgischer Sicht (1932).

122

VVP 17 Nr. 213 (1928)
Land Braunschweig
Zeitungsartikel zu den Fragen einer Selbständigkeit des Landes sowie eines Anschlusses des Kreises Holzminden an Hannover.

123

Hann. 150 Nr. 29 (1928-1931)
Abgrenzung des „Niedersächsischen Wirtschaftsgebietes"
Aussprache im Prov.Landtag über Vorschläge einer Reichsreform insbes. im Hinblick auf die Zersplitterung Niedersachsens, der Angliederung selbständiger Staaten an Preußen (Apr. 1929) sowie über das Verhältnis von Reich und Ländern (März 1928). Druckschrift: „Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reichs"; hrg. von der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V.

124

Hann. 122a Nr. 6540 (1928-1941)
Die Abgrenzung der Landesarbeitsämter und der Arbeitsämter (in Ausführung des Gesetzes vom 16. Juli 1927)
Beschwerden des OPräs. und des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts Niedersachsen gegen den Beschluß der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Neugliederung von Landesarbeitsamtsbezirken. Auseinandersetzung um Nordhorn als Sitz des für die Kr. Meppen, Lingen und Grafschaft Bentheim zuständigen Arbeitsamtes. Kontroverse um die Veröffentlichung kritischer Äußerungen zu Problemen der Arbeitslosigkeit im Moorgebiet von Schöninghsdorf (Kr. Meppen). Vorschläge des Geschäftsführenden Ausschusses des Landesarbeitsamtes zu kleineren Grenzberichtigungen für insgesamt 24 Arbeitsamtsbezirke. Bitte des Reg.Präs. in Stade um Eingliederung der Stadt Cuxhaven sowie einiger Gemeinden im Kr. Land Hadeln in den Arbeitsamtsbezirk von Bremerhaven. Bedenken des Landrats in Clausthal-Zellerfeld gegen die Abtrennung etlicher Gemeinden vom Arbeitsamtsbezirk Goslar an das Arbeitsamt Northeim (1930). Protest des ADGB-Ortsausschusses Norden gegen die geplante Verlegung der Arbeitsamt-Nebenstelle von Norden in das benachbarte Hage (1931). Erklärungen und Entschließungen verschiedener Körperschaften und Verbände aus dem Jahr

1927 zur Frage der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Einheit Niedersachsens. Umstrittener Aufsatz des Braunschweiger Geographie-Professors und exponierten Vertreters der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens K. Brüning über „Niedersächsische Selbstverwaltung im Neubau des Reiches" (= Mitteilungsblätter der Vela Nr. 11/12, Ausgabe Juni 1933, S. 175ff.). Karte (1:800.000) „Wirtschaftsgebiet Niedersachsen- Kassel" (1930).

125

VVP 17 Nr. 215 (1929)
Land Braunschweig
Zeitungsartikel betr. Anschluß Braunschweigs an Preußen, Aufgehen in einem neugebildeten Land Niedersachsens sowie Möglichkeiten einer „Flurbereinigung".

126

VVP 17 Nr. 2078 (1929-1933)
Anschluß Schaumburg-Lippes und Lippes an Preußen
Zeitungsartikel betr. einen Anschluß Schaumburg-Lippes an Preußen sowie die Landtagswahlen in Lippe 1929 und 1933 und einen Anschluß Lippes an Preußen.

127

VVP 17 Nr. 214 (1930-1931)
Land Braunschweig
Zeitungsartikel über die Frage eines Anschlusses an Preußen.

128

VVP 17 Nr. 444 (1930-1931)
Neugliederung des Reiches
Zeitungsartikel betr. den Gebietsumfang eines künftigen Landes Niedersachsen, Gebietsansprüche Westfalens an Niedersachsen sowie den Wirtschaftsraum Niedersachsen. Bericht über einen Vortrag des Ersten Syndikus der Industrie- und Handelskammer Hannover, Dr. Finkenwirth, über den Wirtschaftsraum Niedersachsen (1930).

129

VVP 17 Nr. 445 (1930-1931)
Neugliederung des Reiches
Zeitungsartikel betr. die Haltung der Parteien zur Bildung eines Landes Niedersachsen.

130

VVP 17 Nr. 448 (1931-1933)
Neugliederung des Reiches
Zeitungsartikel betr. Gründe für die Bildung eines Landes Niedersachsen sowie Gebietsumfang eines künftigen Landes Niedersachsen.

1.3.2.2 *Provinzial-, Städte-, Kreis- und Landgemeindeordnungen, Grenzveränderungen*

131
VVP 17 Nr. 224 (1919-1927)
Pläne zur Veränderung von Kreisgrenzen
Pressestimmen zur geplanten Zusammenlegung von Harburg und Wilhelmsburg, zur Bildung von „Groß-Harburg" und zur Reaktion der Stadt Hamburg auf diese Pläne.

132
VVP 17 Nr. 188 (1919-1930)
Provinzialautonomie
Protokolle über Sitzungen vom Direktoriumsmitgliedern der DHP (1921). Besprechung des Wirtschaftsausschusses der DHP (1921). Gesetzentwurf über die Prov.Autonomie (1921). Protokoll der 11. Sitzung des Prov.Landtages (1921). Zeitungsausschnitte insbes. über die Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte der Prov. Hannover.

133
VVP 17 Nr. 418 ((1919) 1919-1932)
Zeitungsartikel betr. die Kreisreform sowie Proteste gegen eine Abtrennung des Kr. Ilfeld von Hannover

134
Hann. 122a Nr. 568 (1920-1922)
Verwaltungsreform, insbesondere Ausweitung der den Provinzen zur Selbstverwaltung überwiesenen Angelegenheiten
Gesetzentwürfe betr. die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Prov. (1920, 1921). Denkschrift der OPräs. und Landeshauptleute Preußens gegen die beabsichtigte Ausweitung der Provinzialautonomie (Vorlage für die verfassunggebende preuß. Landesversammlung, Nov. 1920); MdI-Erlaß betr. die persönliche Einwirkung der OPräs. auf die Autonomieberatungen der Prov. Landtage (März 1921); Stellungnahmen der Reg.Präs. zum Gesetzentwurf von 1921. Rede des OPräs. zur Eröffnung des 55. Hann. Prov. Landtages 1921; Behandlung des Autonomie-Gesetzentwurfs in diesem Gremium auf der Grundlage politischer Gegengutachten. Ergebnisprotokoll der kommissarischen Besprechungen im MdI über die Hauptprobleme der neuen Verfassungsgesetze für die Gemeinden (Jan./Febr. 1922).

135
VVP 17 Nr. 426 (1921-1930)
Die preußische Landgemeindeordnung
Zeitungsartikel betr. die preuß. Landgemeindeordnung. Entwürfe für die Landgemeindeordnungen 1923 und 1925.

136
VVP 17 Nr. 423 ((1909) 1922-1935)
Kommunale Selbstverwaltung
Zeitungsartikel betr. die kommunale Selbstverwaltung.

137
Hann. 122a Nr. 562 u. 563 (1925-1932)
Neuorganisation der Verwaltungsbehörden in der Provinz Hannover
Min.Erlaß betr. die Abgrenzung der Landkr. (Juli 1925); Vorschläge der Reg.Präs. mit Einwänden zu den politischen und wirtschaftlichen Folgen der Neuordnungspläne (Aug.-Sept. 1925); Protokoll der ersten die o. a. Fragen betr. Sitzung im OPräs.; Flächen- und Einwohnerstatistiken aller Landkr. sowie Kartenmaterial (Okt. 1925). Protestresolutionen und -eingaben, Presseberichte aus den von der Neugliederung betroffenen Landkr., insbes. in den Reg.Bez. Aurich, Lüneburg, Osnabrück und Stade (I. Quartal 1926); Denkschrift des Preuß. Landwirtschaftsministers zur „Landeskultur und Verwaltungsreform" (Febr. 1926); Auszug aus dem Verwaltungsbericht 1924/25 der Stadt Aurich; Vortragsmanuskript des Lüneburger Reg.Präs. anläßlich der Konferenz der OPräs. und Reg.Präs. in Berlin (Apr. 1926). Denkschrift des Reichsstädtebundes über „Kommunale Verwaltungsreform und örtliche Selbstverwaltung" (Berlin 1928). Stellungnahmen und Kartenmaterial des Kreisausschusses zur geplanten Aufteilung des Kr. Marienburg (Dez. 1930) und Stellungnahme des Bürgermeisters von Melle zur Neuabgrenzung der Kr. Osnabrück, Iburg, Melle und Wittlage (Jan. 1931); Denkschriften des Kreisausschusses von Weener zur preuß. Verwaltungsreform (Jan. 1931) sowie der Industrie- und Handelskammer Hildesheim betr. die Auflösung des Landkr. Marienburg (März 1931). Rede des OPräs. zur Eröffnung des 66. Prov. Landtages 1931; Beschwichtigungsversuche Noskes gegenüber einigen von der territorialen Neugliederung Betroffenen (Apr., Juni 1931). Dienstbesprechung mit den Reg.Präs. über dezidierte Vorschläge des OPräs. zur Auflösung der kleineren Kr. (Sept. 1931); umfangreicher, als geheim deklarierter Zahlenspiegel betr. die Einsparungen durch Personalabbau in Landratsämtern und Kommunalverwaltungen sowie das Steueraufkommen der insgesamt 65 von den Reformplänen direkt oder indirekt betroffenen Landkr. Denkschrift des SPD-Bezirksvorstandes Hannover und des sozialdemokratischen kommunalpolitischen Bezirksausschusses (Okt. 1931). Denkschrift des Arbeitsausschusses für die Erhaltung des Kr. Wittlage (mit Landkreiskarte 1:50.000); Standortfragen der Finanzämter im Zusammenhang mit den Kreisreformplänen vor allem im Reg.Bez. Lüneburg (Dez. 1931); Nachtrag Noskes v. 25.1.1932 zu einigen Änderungsüberlegungen des MdI.

138
Hann. 122a Nr. 566 (1926)
Verwaltungsreform, Zusammenlegung oder Aufteilung von Kreisen; hier: Kreis Weener (Regierungsbezirk Aurich)
Statistische Übersicht betr. Einwohnerzahl und Größe der Kr. in der Prov. Hannover; Pressekampagne der in Weener erscheinenden Zeitung „Rheiderland" gegen die geplante Landkreiseinteilung.

139

Hann. 122a Nr. 571 (1928 (1929))
Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens
Sammlung von vertraulichen Referaten, gehalten auf verschiedenen Tagungen der Gesellschaft im Zusammenhang mit der geplanten Verwaltungsreform in der Prov. Hannover. Themen: Ostfriesland – Das Land Schaumburg-Lippe und der Kr. Grafschaft Schaumburg vom wirtschaftspolitischen Standpunkt – Minden-Ravensberg – Südhannover und seine politischen Grenzen (I) – Das Emsland – Die Grenze Niedersachsens gegen Altmark und Mecklenburg – Das Unterelbeproblem – Das Harzgebiet – Der Kr. Ilfeld im Wirtschaftsgebiet Niedersachsen – Braunschweig – Die Unterweser – Das Wirtschaftsgebiet Osnabrück – Ostfriesland – Münden/Südhannover.

140

Hann. 122a Nr. 6542 (1928-1932)
Die Abgrenzung der Arbeitsämter im Bereich des Landesarbeitsamtes Nordmark
Auseinandersetzungen um die Eingliederung der Unterelbekr. des Reg.Bez. Stade in den Bezirk des Landesarbeitsamtes Nordmark und die Zuteilung von Harburg-Wilhelmsburg zum Arbeitsamt Hamburg mit zahlreichen Stellungnahmen, Eingaben und teils mit statistischem und kartographischem Material versehenen Vorschlägen der beteiligten OPräs. in Hannover und Kiel, der Regierungsbehörden und Landesarbeitsamts-Gremien sowie des ADGB und verschiedener Arbeitgebervereinigungen; u. a. enthaltend eine vom Landesarbeitsamt Hamburg hrg. Druckschrift über „Die Arbeitsvermittlung in Hamburg in ihren charakteristischen Entwicklungsetappen", ferner die Denkschrift des Magistrats der Stadt Harburg-Wilhelmsburg über die arbeits- und wirtschaftspolitische Bedeutung eines selbständigen Arbeitsamtsbezirks Harburg-Wilhelmsburg (1928). Fragen der Vertretung der öffentlichen Körperschaften im Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Nordmark (1928, 1932).

141

VVP 17 Nr. 422 (1930-1933 (1942))
Kommunale Selbstverwaltung
Zeitungsartikel betr. kommunale Selbstverwaltung.

142

Hann. 122a Nr. 564 (1931-1932)
Neuorganisation der Verwaltungsbehörden in der Provinz Hannover
Protestbewegung im 1. Halbjahr 1932, besonders vor und nach der NeugliederungsVO v. 1.8.1932 (= Preuß. Gesetzsammlung Nr. 43 v. 3.8.1932, S. 260 ff.); hier u. a.: Denkschriften, Presseberichte, Eingaben, Entschließungen, Karten (Skizzen) und Fotos aus über 20 Landkr. sowie des Industrie- und Handelskammerverbandes Niedersachsen-Kassel, des Prov.Ausschusses, der kommunalpolitischen Abteilung des SPD-Bezirks Hannover und der DHP. Intervention des OPräs. zur Beschleunigung des Inkrafttretens der o. a. VO sowie zur Abschwächung der politischen Erregungen in der Prov. (Juli 1932). Amtsentlassung von 52 Landräten (Sept. 1932).

143

VVP 17 Nr. 419 (1931-1932)
Zeitungsartikel betr. die Kreisreform

144

VVP 17 Nr. 272 (1932-1933)
Kreis Diepholz
Zeitungsartikel zur Gebietsreform 1932.

145

VVP 17 Nr. 417 (1932-1933)
Zeitungsartikel betr. die Kreisreform. Denkschriften über die geplante Auflösung des Kr. Grafschaft Hoya

1.3.2.3 Zur Frage der Loslösung der Provinz Hannover von Preußen – Vorabstimmung in der Provinz Hannover

146

VVP 17 Nr. 181 (1897-1927)
Selbständigkeitsbestrebungen in der Provinz Hannover
Schreiben einer „Unter-Elbe-Liga" aus Chicago und Philadelphia mit einem Plädoyer für einen Freistaat Unterelbe (1925). Sitzungsbericht eines Gesprächs zwischen Vertretern von DDP, DNVP, SPD, DHP, Christlicher Volkspartei und Braunschweigischem Landeswahlverband über eine Selbständigkeit Niedersachsens (1919). Zeitungsausschnitte (insbes. „Hannoversche Landeszeitung") mit Stellungnahmen zur „hannoverschen Frage".

147

VVP 17 Nr. 177 (1901-1920)
Finanzielle Lage der Provinz Hannover
Zeitungsausschnitte (insbes. „Hannoversche Landeszeitung"): Streit über finanzielle Vorteile und Nachteile der Zugehörigkeit zu Preußen (1919/20). Frage einer Verstaatlichung der Ilseder Hütte (1919).

148

VVP 17 Nr. 206 (1910-1926)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Haltung der SPD zur Abstimmungsfrage, überwiegend Zeitungsausschnitte, ferner u. a. die Arbeiten von Karl Zieseniß „Der Weg zur Rettung. Ein Mahnruf an die nordwestdeutsche Arbeiterschaft" (ca. 1924) und Fritz Rehm, Elze, „Arbeiterschaft und niedersächsische Freiheitsfrage" (ca. 1924) sowie die Stellungnahme zu einer Schrift der Sozialdemokraten über die Welfenfrage (1919).

149
VVP 17 Nr. 1370 (1911-1924)
Robert Leinert, Oberbürgermeister von Hannover (1918-1924)
Protokoll der Sitzung des Preuß. Landtags am 24. Febr. 1922. Zeitungsartikel betr. Haltung Leinerts zur Frage einer Selbständigkeit der Prov. Hannover. Abschrift des Urteils des Landgerichts Hannover vom 19. Jan. 1921 in der Strafsache gegen den Rechtsanwalt Wilhelm Kothe wegen Beleidigung Leinerts.

150
VVP 17 Nr. 1368 (1913-1932 (1954))
Heinrich Tramm, Stadtdirektor von Hannover (1891-1918)
Aufzeichnung eines Gesprächs mit Tramm am 7. April 1921 über eine Selbständigkeit der Prov. Hannover. Zeitungsartikel betr. Tramm als Bürgervorsteher in Hannover und Mitglied des Prov.Landtages (1919-1921)

151
VVP 17 Nr. 372 (1917-1920)
Oberpräsident Dr. Ernst von Richter
Zeitungsartikel über die Haltung des OPräs. zur Selbständigkeit Hannovers (1919) und über die Entlassung aus seinem Amt (1920).

152
VVP 17 Nr. 184 (1918-1919)
Selbständigkeitsbestrebungen in der Provinz Hannover
Zeitungsausschnitte (insbes. „Deutsche Volkszeitung") über Aktivitäten der DHP.

153
VVP 17 Nr. 183 (1918-1930)
Selbständigkeitsbestrebungen in der Provinz Hannover
Aufruf an die Einwohner Niedersachsens für ein „freies Niedersachsen". Zeitungsausschnitte (insbes. „Hannoversche Landeszeitung") über die Ziele der DHP.

154
VVP 17 Nr. 202 (1918-1930 (ca. 1955))
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Protokoll der Sitzung des Preuß. Landtags vom 13. Jan. 1926. Zeitungsausschnitte über die Haltung der DDP und der DNVP zur Abstimmung.

155
VVP 17 Nr. 190 (1919-1924)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Zeitungsausschnitte über eine geplante Vorabstimmung in den Reg. Bez. Lüneburg und Stade sowie zum Abstimmungstermin.

156
VVP 17 Nr. 192 (1919-1924)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Korrespondenz des Direktoriums der DHP mit Max Maurenbrecher wegen eines angeblichen britischen Einflusses auf die Selbständigkeitsbestrebungen (1920). Zeitungsausschnitte mit Artikeln von Gegnern der Selbständigkeit Hannovers.

157
VVP 17 Nr. 198 (1919-1924)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Zeitungsausschnitte (insbes. „Hannoversche Landeszeitung") über die Haltung der offiziellen Vertreter des Staates Preußen zur Abstimmung.

158
VVP 17 Nr. 204 (1919-1924)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Haltung der DNVP zur Abstimmung (insbes. Zeitungsausschnitte).

159
VVP 17 Nr. 373 (1919-1924)
Oberpräsident Gustav Noske
Zeitungsartikel betr. Noskes Tätigkeit als Reichswehrminister (1919) sowie seine Haltung zur Frage der Selbständigkeit der Prov. Hannover und zur DHP (1920-1924).

160
VVP 17 Nr. 194 (1919-1925)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Zeitungsartikel (insbes. „Hannoversche Landeszeitung") betr. die Haltung der Zentrumspartei zur Selbständigkeit.

161
VVP 17 Nr. 205 (1919-1926)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Haltung der DVP zur Abstimmungsfrage, insbes. Zeitungsausschnitte; Rede des Landtagsabgeordneten der DVP Held zur Frage einer Selbständigkeit Hannovers (1924) sowie die Abhandlung „Materialien zur deutsch-hannoverschen Frage. Das Unrecht von 1866".

162
VVP 17 Nr. 178 (1920-1922)
Finanzielle Lage der Provinz Hannover
Abhandlung über die Bedeutung der Selbständigkeit Hannovers in finanzieller Beziehung (1922). Zeitungsausschnitte (insbes. „Hannoversche Landeszeitung"): Finanzielle Vorteile und Nachteile der Zugehörigkeit zu Preußen.

163
VVP 17 Nr. 200 (1920-1924)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Auszug aus dem Staatsministerialprotokoll vom 2. Dez. 1920. Stellungnahmen von Gegnern der DHP, insbes. in Zeitungsartikeln.

164
VVP 17 Nr. 182 (1920-1931)
Selbständigkeitsbestrebungen in der Provinz Hannover
Schreiben von Professor Dr. Ing. Karl Mohrmann an die „Hannoversche Landeszeitung" über seine Haltung zur Neugliederung des Reiches (1922). Schreiben des Notars Dr. Freiherr von Hodenberg, Celle, an den Schatzrat Dr. Heintze, Hannover, über die Verwirklichung der Selbständigkeit Niedersachsens (1930). Zeitungsausschnitte: Niedersachsen und Reichsreform gemäß Artikel 18 Weimarer Verfassung.

165
VVP 17 Nr. 195 (1921-1925)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Zahlreiche Schreiben an die DHP mit Informationen und Ratschlägen. Korrespondenz des Direktoriums der DHP im Zusammenhang mit der Prüfung der Zulässigkeit der Abstimmung durch das Reichsprüfungsgericht (1925). Zeitungsausschnitte über die Haltung der Deutsch-Völkischen Partei zur Abstimmung.

166
VVP 17 Nr. 199 (1921-1926)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Widerspruch der DHP beim Wahlprüfungsgericht beim Reichstag wegen der Vorabstimmung vom 18. Mai 1924 (3. Juni 1924). Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts über die Gültigkeit der Vorabstimmung (8. Juni 1925).

167
VVP 17 Nr. 176 (1921-1928)
Preußens Verhältnis zu Hannover
Rechnerischer Anteil der für die Prov. Hannover tätigen Beamten in den preuß. Zentralbehörden (1924). Schreiben des Rechtsanwalts von Alten an den Chefredakteur der „Hannoverschen Landeszeitung" Henkel wegen eines fehlerhaften Artikels vom 23.3.1922 über Wahlen in Schleswig-Holstein. Zeitungsausschnitte (überwiegend „Hannoversche Landeszeitung").

168
Hann. 150 Nr. 448 (1922)
Stenographische Berichte von Sitzungen des Hannoverschen Provinziallandtags im Mai 1922
Stellungnahmen der verschiedenen politischen Fraktionen zum Antrag der Welfenpartei auf Durchführung des Art. 18 der Verfassung des Deutschen Reiches im Hinblick auf die Loslösung der Prov. Hannover von Preußen.

169
Hann. 150 Nr. 27 (1922-1924)
Die Ausführung des Artikels 18 der Verfassung des Deutschen Reiches (Abstimmung über eine Neueinteilung des Landes)
Protokoll der Prov.Landtagssitzung am 16. Mai 1922 anläßlich des DHP-Antrags über die Herbeiführung eines Volksentscheids betr. die Loslösung der Prov. Hannover von Preußen. Aussprache über das Abstimmungsergebnis in der Sitzung am 20. Mai 1924 (ebenfalls Sitzungsprotokoll). Anträge von Abgeordneten des Prov.Landtags betr. die Vorabstimmung.

170
VVP 17 Nr. 191 (1922-1924)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
An den RMdI gesandtes Gutachten eines Professors der Rechte an der Universität Gießen über den Abstimmungsantrag (15. Jan. 1923). Zeitungsausschnitte über den Abstimmungsantrag.

171
VVP 17 Nr. 196 (1922-1924)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Bericht über den Beschluß der DHP über die Einreichung des Abstimmungsantrages (12. Nov. 1922). Sammlung von Unterschriften für einen Abstimmungsaufruf in der „Hannoverschen Landeszeitung" durch die DHP.

172
VVP 17 Nr. 201 (1922-1924)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Organisatorische Vorbereitungen der DHP für die Abstimmung.

173
VVP 17 Nr. 179 (1923-1925)
Finanzielle Lage der Provinz Hannover
Druckschrift von Bruno Jakob: Hannover im preußischen Etat (1923). Abschriften von Reichstagsprotokollen (1925). Zeitungsausschnitte (insbes. „Hannoversche Landeszeitung"): Finanzielle Vorteile und Nachteile der Zugehörigkeit zu Preußen.

174
VVP 17 Nr. 208 (1923-1925)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Korrespondenz des Direktoriums der DHP, insbes. im Zusammenhang mit der Abstimmung, der Reichstags- und Landtagswahl am 7. Dez. 1924 sowie der Unterstützung von Gesinnungsfreunden in der „Diaspora".

175
VVP 17 Nr. 197 (1923-1930)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover

Widerspruch der DHP beim Wahlprüfungsgericht beim Reichstag wegen der Vorabstimmung vom 18. Mai 1924 (3. Juni 1924). Pressestimmen zur Gültigkeitserklärung der Vorabstimmung durch das Wahlprüfungsgericht (1925).

176

Hann. 122a Nr. 9 (1924-1925)
Die Vorabstimmung in Hannover am 18. Mai 1924 zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung
Anfragen an außerhalb der Provinz Hannover ansässige Bürger bezüglich ihrer Teilnahmeberechtigung für die o. a. Vorabstimmung. Ministerielle VO und Vfgen über die Vorbereitung und Durchführung der Vorabstimmung. Beschwerden von die Vorabstimmung befürwortenden Gruppen und Einzelpersonen über Mängel in der Führung und Auslegung der Wählerlisten. Nach Reg.Bez., Stadt- und Landkr. aufgeschlüsselte Übersicht über das Ergebnis der Vorabstimmung im Vergleich mit den Ergebnissen der Landtagswahl 1921 sowie der Reichstagswahlen 1920 und 1924. Urteil des Wahlprüfungsgerichtes beim Reichstag vom 8.6.1925 über die Gültigkeit der Vorabstimmung.

177

VVP 17 Nr. 193 (1924-1928)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Zeitungsausschnitte mit Artikeln von Gegnern der Selbständigkeit Hannovers.

178

VVP 17 Nr. 180 (1926-1930)
Finanzielle Lage der Provinz Hannover
Abschriften von Reichstagsprotokollen (1926, 1928, 1929). Zeitungsausschnitte (insbes. „Hannoversche Landeszeitung"): Vorteile und Nachteile der Zugehörigkeit zu Preußen, insbes. in finanzieller, auch in kultureller Hinsicht.

179

VVP 17 Nr. 207 (1929-1931)
Abstimmung über die Selbständigkeit der Provinz Hannover
Zeitungsartikel betr. eine für 1934 geplante erneute Volksabstimmung.

180

Hann. 122a Nr. 572 (1930-1934)
Bestrebungen zur Schaffung eines selbständigen Niedersachsen unter Einschluß der Prov. Hannover und Schleswig-Holstein sowie der Länder Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Oldenburg im Rahmen der Neugliederung des Deutschen Reiches
Agitation der DHP mit propagandistischer Unterstützung völkischer Parteien und Verbände für die o. a. Bestrebungen aus Anlaß der Amtsenthebung der Landräte von Leer, Fallingbostel und Zeven; Pressekampagne der dem welfischen bzw. dem völkischen Lager angehörenden Provinzblätter; Polizeibericht über eine DHP-Versammlung „gegen neupreußische Willkürherrschaft" in Hannover

mit einem Flugblatt zur Werbung für das DHP-Organ „Hannoversche Landeszeitung" (Apr./Mai 1930). Ankündigung personalpolitischer Konsequenzen seitens des OPräs. u. a. gegenüber den Reg.Präs. in Hildesheim und Stade im Falle der Befürwortung eines Abstimmungsvorhabens gem. Art. 18 der Reichsverfassung (Mai 1930). Statistische Übersicht betr. die Steueranteile für Stadt und Prov. Hannover im Rahmen des innerpreuß. Finanzausgleichs während des Rechnungsjahres 1929. Rede des OPräs. zur Eröffnung des 66. Hann. Prov.Landtages 1931.

1.3.3 Wahlen und Ämterbesetzungen

1.3.3.1 Reich und Preußen

181

Hann. 122a Nr. 6 (1918-1931)
Die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung bzw. zum preußischen Landtag
Gesetze und Erlasse betr. die Wahl zur preuß. Landesversammlung 1919 und die Wahlen zu den preuß. Landtagen 1921-1928. Erfahrungsberichte des Leiters des VI. Wahlkreisverbandes (Schleswig-Holstein-Hannover) sowie der Reg.Präs., ferner verschiedener Landräte und Magistrate in Ostfriesland über die Durchführung der Landtagswahl 1921. Statistik der Landtagswahlen von 1921 und 1924 (=Preuß. Statistik, H. 251 und H. 278).

182

Hann. 122a Nr. 8 (1920-1933)
Die Wahlen zum Staatsrat
Gesetze (1920-1933); Ausführungsanweisung zur Durchführung der Wahl (1921). Stellungnahmen des OPräs. und der Reg.Präs. zur Frage der Anhörung der Prov.Landtage bei Gesetzentwürfen über Angelegenheiten der Prov.Autonomie (1920). Verzeichnisse der gewählten Mitglieder des Staatsrats aus dem Bereich der Prov. Hannover (1921-1933); Listen der Abgeordneten für den hann. Prov.Landtag (1925, 1929). Einladungen und Programm für die Feier zur Eröffnung des Preuß. Staatsrates am 15.9.1933.

183

Hann. 122a Nr. 23 (1921-1934)
Die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltung
Ausführungsanweisung (1921) und Protokolle der vom Prov.Ausschuß durchgeführten Wahlen der Reichsratsmitglieder und deren Stellvertreter 1921, 1926, 1930 und 1933.

184

Hann. 122a Nr. 25 (1922-1936)
Die Wahl des Reichspräsidenten

Erlasse und VO zur Durchführung der Reichspräsidentenwahlen 1925 und 1932. Auseinandersetzungen um die Wiedereinstellung des wegen mehrfacher Wahlfälschung verurteilten Lehrers Siebens aus Tannenhausen, Landkr. Aurich (1926).

185

Hann. 122a Nr. 26 (1925-1934)
Der Reichspräsident
Nachrufe auf den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert (1925). VO und Vfgen. Protokollarische Auseinandersetzungen um die Teilnahme an der offiziellen Verabschiedung des Reichspräsidenten von Hindenburg auf dem Bahnhof in Hannover am 8.5.1925; Konflikt zwischen Oberbürgermeister und Reg.Präs. in Lüneburg anläßlich eines Hindenburg-Besuchs in der Stadt (1925); kontroverse Vorstellungen über die Form der Feiern zu Hindenburgs 80. Geburtstag (1927). Polizeiliche Sicherungsmaßnahmen und Zeitpläne für verschiedene Besuche des Reichspräsidenten in der Prov. Hannover, u. a. in Wilhelmshaven 1927 und anläßlich der Eröffnung der Mittellandkanal-Schleuse Anderten 1928.

186

Hann. 122a Nr. 20 (1928-1932)
Die Wahlen zum Reichstag
Kreiswahlvorschläge (Kandidatenlisten) der politischen Parteien für die Reichstags- und Landtagswahlen 1928 sowie für die Reichstagswahl 1930. Berichte der Reg.Präs. über Vorbereitung und Verlauf der Wahlen 1928; Versuch zur Initiierung eines sog. Wahlkampfabkommens zwischen den rivalisierenden Parteien. Einvernehmliche Absprachen zwischen dem OPräs. in Hannover und den Landesregierungen der Freistaaten Braunschweig und Oldenburg sowie mit dem Bremer Senat über die Ernennung des Leiters für den 14. Wahlkr. (Weser-Ems) und des Verbandswahlleiters für den Wahlkreisverband Niedersachsen bzw. des Kreiswahlleiters für den 16. Wahlkr. (Süd-Hannover-Braunschweig): 1928, 1930, 1932. Verzeichnis der bei den Reichstagswahlen am 14.9.32 im 16. Wahlkr. direkt gewählten Abgeordneten; Sitzverteilung der im Wahlkr. angetretenen Parteien. Berichte der Reg.Präs. über den Verlauf des Reichstagswahlkampfs 1930: u. a. Zusammenstöße zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten bei politischen Veranstaltungen in Uelzen und Wesermünde.

187

Hann. 122a Nr. 7 (1932-1933)
Die Wahlen zum preußischen Landtag
VO und Erlasse, auch die Reichstagswahl vom 5.3.1933 betreffend. Ernennung der Wahlleiter. Verzeichnis der in der Prov. Hannover gewählten und dort wohnhaften Landtagsabgeordneten (Apr. 1932).

188

Hann. 122a Nr. 21 (1932-1938)
Die Wahlen zum Reichstag

VO und Erlasse betr. die Reichstagswahl vom 6.11.1932; u. a. Ernennung von Kreiswahlleitern bzw. des Verbandswahlleiters, Wahlvorschläge der im 16. Wahlkr. kandidierenden Parteien. Erlasse und VO zur Durchführung der Reichstagswahl und der Landtagswahlen am 5.3.1933; Ernennung von Kreiswahlleitern und des Verbandswahlleiters.

1.3.3.2 Provinz Hannover

1.3.3.2.1 Provinziallandtag

189

Hann. 122a Nr. 2002 (1870-1933)
Der Provinziallandtag
VO über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30.11.1918. Gesetz und Ausführungsanweisung betr. die Neuwahl der Prov.Landtage vom 16.7.1919. Verzeichnis über die Anzahl der Abgeordnetenmandate für die einzelnen Kr. unter Zugrundelegung der Einwohnerzahlen; Bestimmung über die Durchführung der Verhältniswahl in den Kr. mit mindestens zwei zu wählenden Abgeordneten (1919). Gesetz betr. die Wahlen zu den Prov.Landtagen und zu den Kreistagen vom 3.12.1920. Erlasse zur Vorbereitung der Wahlen zum Landtag, zu den Prov.Landtagen und den Kreistagen (1921); Bekanntmachungen des Prov.Ausschusses und des Landesdirektoriums betr. die Anzahl der auf die Reg.Bez. entfallenden Abgeordnetensitze im Prov.Landtag sowie die Wahlkreiseinteilung (1921); Berichte des Prov.Wahlleiters, der Reg.Präs. und des OPräs. über die Wahlen vom 20.2. 1921. Geschäftsordnung für den Prov.Landtag der Prov. Hannover (1921). Erlasse und Bekanntmachungen zu den Prov.Landtags- und Kreistagswahlen 1925; Wahlordnung (=Min.Bl. für die preuß. innere Verwaltung Nr. 44, 86. Jg. vom 15.10.1925, S. 103 ff.); detaillierte Aufschlüsselung der Wahlkreisergebnisse bei der Prov.Landtagswahl 1925 und Erfahrungsbericht des Prov.Wahlleiters. Aktenvermerk des OPräs. über den Verfahrensgang bei der Prov. Landtagswahl (März 1933).

190

Hann. 122a Nrn. 2013 u. 2014 (1902-1923 (Bd. 24))
Die Abhaltung der Provinziallandtage (1924-1933 (Bd.25))
Entwürfe und Texte (mit teilweise allgemeinen politischen Aussagen) der Eröffnungs- und Schlußansprachen der OPräs. anläßlich der Zusammenkünfte des 53.-68. Prov.Landtages (1919-Apr. 1933); nebst einigen Tagesordnungen, Ausschußmitglieder- und Abgeordnetenlisten sowie Wahlergebnissen. Anregungen der Sparkommission des 55. Prov.Landtages und Antworten des Landesdirektoriums betr. u. a. das Prov.Museum und die Prov.Bibliothek in Hannover, verschiedenartige Heil- und Pflegeanstalten der Prov. und das Landesarbeitsamt Niedersachsen (1921). Bewilligung zusätzlicher Etatmittel zur Beseitigung der durch die Hochwasserkatastrophe 1926 entstandenen Schäden. Pressestimmen aus allen politischen Lagern, insbes. der SPD-Parteiorgane, zu der mit den Stimmen des sog. Bürgerblocks (einschl. der NSDAP-Fraktion) erfolgten Wahl des welfischen Abgeordneten Hagemann zum

Präsidenten des 65. Prov.Landtages (1930). Nachweisung der Reg.Präs. über die Ergebnisse der Wahl zum Prov.Landtag am 12.3.1933.

191

VVP 17 Nr. 395 (1909-1910, 1921-1925)
Provinziallandtag
Zeitungsartikel betr. Wahlen zum Prov.Landtag 1925, Aufgaben der Prov.Selbstverwaltung, Sitzungen des Prov.Landtages. Wahlgesetz von 1925.

192

Hann. 122a Nr. 2012 (1919-1933)
Die Wahl der Provinziallandtagsabgeordneten
Mitteilungen der Landräte, Kreisausschußvorsitzenden und Magistrate über die von den Kreistagen bzw. städt. Kollegien vollzogene Wahl der Abgeordneten und deren Vertreter (1919); Verzeichnis der Mitglieder des Prov.Landtages. Teilnehmerliste für die Zusammenkunft des 54. (1920) und des 63. (1928) Prov. Landtages. Verzeichnis der Abgeordneten und ihrer Ersatzleute nach dem amtlichen Endergebnis der Prov.Landtagswahl vom 20.2. 1921; Nachwahlen und Nachrückverfahren in einigen Wahlbezirken wegen Gebietsveränderungen bzw. Ausscheidens von Abgeordneten (1922-1923, 1926-1933). Vorläufiges und amtliches Ergebnis der Prov.Landtagswahl 1925 sowie Abgeordneten-Verzeichnis. Sitzverteilung und Abgeordneten-Verzeichnisse der Wahlen vom 17.11.1929 und 12.3.1933. Auseinandersetzung zwischen dem deutschnational eingestellten Rektor der Bergakademie in Clausthal-Zellerfeld und dessen der NSDAP angehörendem Assistenten wegen angeblicher Behinderung des letzteren an der Mandatsausübung im Prov.Landtag (Mai 1933). MdI-Erlaß vom 24.6.1933 betr. das Verbot der SPD.

193

VVP 17 Nr. 411 (1919-1933)
Provinziallandtag
Zeitungsartikel mit Listen von Abgeordneten der Prov.Landtage 1919, 1921, 1925, 1929 und 1933, Wahlvorschlägen sowie Wahlergebnissen.

194

Hann. 151 Nrn. 154-156 (1921)
Ermittlung des Wahlergebnisses der Provinziallandtagswahl 1921
Wahlergebnisse in den Reg.Bez. Hannover (Nr. 154), Hildesheim (Nr. 155) und Lüneburg (Nr. 156) mit Angaben zur Wahlbeteiligung, zur Mandatsverteilung auf die einzelnen Wahlvorschläge; Ergebnisse in einzelnen Wahlkr.; Listen gewählter Abgeordneter.

195

VVP 17 Nr. 400 (1921-1933)
Provinziallandtag
Zeitungsartikel betr. Stellungnahme der DHP zum Plan der Bildung eines „bürgerlichen Blocks" im Provinziallandtag (1921) sowie zur Wahl 1925.

196

VVP 17 Nr. 408 (1921-1933)
Zeitungsartikel betr. Ergebnisse der Prov.Landtagswahlen 1921, 1925, 1929 und 1933 sowie der Kreistagswahlen 1925.

197

VVP 17 Nr. 412 (1921-1933)
Provinziallandtag
Verzeichnisse der Abgeordneten und Mitglieder der Ausschüsse. Protokoll der Sitzung vom 19.(?) März 1921.

198

Hann. 151 Nr. 185 (1925)
Nachweisungen betr. die Ermittlung des Wahlergebnisses bei der Wahl zum Provinziallandtag 1925
Angabe der Wahlergebnisse in den einzelnen Reg.Bez. der Prov. Hannover.

199

VVP 17 Nr. 396 (1925-1933)
Provinziallandtag
Zeitungsartikel betr. Aufgaben des Prov.Landtages, Wahlen 1929, Sitzungen und Haushaltsposten.

200

VVP 17 Nr. 409 (1928-1929)
Provinziallandtag
Vorbereitung der DHP auf die Wahlen 1929, insbes. Listen mit Wahlvorschlägen. Kurze Berichte der DHP über Koalitionsverhandlungen im Prov.Landtag (1928).

201

Hann. 151 Nr. 202 (1929)
Wahl zum Provinziallandtag 1929
Sammlung von Zählbogen und amtliches Wahlergebnis.

202

VVP 17 Nr. 410 (1929)
Provinziallandtag
Vorbereitung der DHP auf die Wahlen, insbes. Korrespondenz betr. die Wahlvorschläge.

203

Hann. 151 Nr. 203 (1929-1930)
Einsprüche gegen die Kreis- und Provinziallandtagswahl 1929
Enthält auch das Wahlergebnis der Prov.Landtagswahl 1929 für die Prov. und für den Reg.Bez. Stade.

204
VVP 17 Nr. 393 (1929-1931)
Provinzialverwaltung
Stellungnahmen in Zeitungsartikeln zu Aufgaben und Tätigkeit der Prov.Verwaltung und des Prov.Landtags (1929); Gedruckte „Geschäftsordnung für den Hannoverschen Provinziallandtag" vom 10. Apr. 1929 mit Anhang „Bestimmungen über das Wahlverfahren für die vom Prov.Landtage vorzunehmenden Wahlen".

205
VVP 17 Nr. 383 (1931 (1958))
Landeshauptmann Eberhard Hagemann
Zeitungsartikel betr. Amtseinführung, u.a. Kritik an der Amtseinführung durch OPräs. Gustav Noske.

1.3.3.2.2 Oberpräsident, Regierungspräsidenten und Bezirksausschüsse

206
Hann. 122a Nrn. 1140 u. 1141 (1886-1937)
Die Regierungspräsidenten
Ernennung, Entlassung und Versetzung folgender Regierungspräsidenten: Aurich: 1918 von Heppe – 1922 Berghaus – 1932 Bansi; Hannover: 1917-1933 (März) von Velsen; Hildesheim: 1919 (Mai) Fromme – 1919 Kutscher – 1922 von Halfern (DVP) – 1927 Höhnen; heftige Proteste in weiten Teilen des Reg.Bez. wegen der Versetzung von Halferns nach Stettin und der Ernennung Höhnens (DVP, Amtszeit bis März 1933); Lüneburg: 1917 Mauve – 1923 Krüger (SPD) – 1927 Lüdemann (SPD); Kritik der SPD/DDP-Mehrheit im Prov. Ausschuß am Gegenvotum des DVP-Ausschußmitgliedes bei der Ernennung Lüdemanns; 1928 Herbst (SPD) – 1932 Reschke; Osnabrück: 1917 Tilmann – 1922-1933 (März) Sonnenschein (Zentrumspartei); Stade: 1922 (Apr.) Grashoff – 1922-1933 (März) Rose (DVP)

207
Hann. 122a Nrn. 990 u. 991 (1873-1930 (Bd. 1))
Der Oberpräsident (1931-1938 (Bd.2))
Bestallung Noskes zum OPräs. (1920). Pressestimmen zum 10jährigen Dienstjubiläum des OPräs. Noske 1930. Amtsdatenliste der OPräs. in Hannover 1867-1932. Angriffe rechtsgerichteter Zeitungen auf den OPräs. anläßlich seiner Rede über das Problem „Pressefreiheit und Justiz" während eines Festaktes des Vereins Niedersächsischer Presse 1931. Publizistisch-politisches Tauziehen um die Beurlaubung bzw. Entfernung Noskes aus dem Amt des OPräs. (Febr. 1933). Ernennung des hann. Polizeipräsidenten Lutze zum OPräs. der Prov. Hannover (Juni 1933); Übersicht über die Dienstbezüge Lutzes als Polizeipräsident und als OPräs. (1933).

208
VVP 17 Nr. 387 (1902-1925)
Besetzung der Stelle des Lüneburger Regierungspräsidenten und andere Personalsachen

Zeitungsartikel betr. den sozialdemokratischen Kreisschulrat Rauer (1923), Einspruch des Prov.Ausschusses gegen die kommissarische Besetzung der Stelle des Lüneburger Reg.Präs. mit dem Ministerialrat Dr. Krüger (1923), Pensionierung des Landeshauptmanns von der Wense (1925) sowie das 25jährige Dienstjubiläum des Landrats in Zeven Freiherr von Hammerstein-Gesmold (1925).

209
Hann. 122a Nr. 1155 (1909-1932)
Die gewählten Mitglieder der Bezirksausschüsse und deren Stellvertreter
Verzeichnisse der 1920, 1926 und 1930 vom Prov.Ausschuß gewählten Bezirksausschuß-Mitglieder und deren Stellvertreter.

210
Hann. 150 Nr. 475 (1923)
Protokolle des Provinzialausschusses 1923
Beschlußfassung über eine Landtagsvorlage betr. die Erhebung einer Prov.Nachsteuer für das Jahr 1922. Aussprachen betr. die Besetzung der Stelle des Reg.Präs. von Lüneburg bzw. die kommissarische Ernennung von Dr. Krüger. Vorschläge für Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Darstellung der finanziellen Lage der Prov. Hannover.

1.3.3.2.3 Landkreise, Stadt Hannover

211
Hann. 122a Nr. 1220 (1906-1931)
Die Besetzung der Landratsämter
Parteipolitische Auseinandersetzungen um die Ernennung von Landräten in Ilfeld (1918), Emden (1919, 1922-1923), Osterode, Blumenthal, Norden, Isenhagen, Linden, Gronau (1919), Alfeld und Stolzenau (1920). Hinweis auf einen Landarbeiterstreik mit schweren Ausschreitungen im Kr. Kehdingen (1921). Listen betr. den Personalbestand aller Landratsämter der Prov. Hannover (1921).

212
VVP 17 Nr. 2378 (1918-1933)
Zeitungsartikel betr. Bürgervorsteherwahlen in Hannover mit Vorschlagslisten und Ergebnissen

213
VVP 17 Nr. 267 (1919 (1932))
Kreis Bleckede
Ergebnis des Kreistagswahl 1919 im Kr. Bleckede. Zeitungsartikel über den Widerstand gegen die Auflösung des Kr. Bleckede (1932).

214
Hann. 122a Nr. 7158 (1919-1920)
Beurteilungen über Persönlichkeit und Tätigkeit der Kreisräte
Kurzbeurteilungen von 31 Kreisräten. Sonderberichte über die Kreisräte Dincklage (Landesschutzbezirk Osnabrück), Ruhstrat (Uelzen), Hain (Münden) und Goebel (Geestemünde).

215
VVP 17 Nr. 275 (1919-1932)
Kreis Gronau
Zeitungsberichte über Ergebnisse der Kreistagswahlen 1919 und 1925 sowie über die Frage der Auflösung des Kr. Gronau (1932).

216
VVP 17 Nr. 276 (1919-1933 (1966))
Kreise Nienburg und Stolzenau
Ergebnisse der Kreistagswahlen des Kr. Stolzenau 1919, 1925 und 1929, des Kr. Nienburg 1929 sowie Zeitungsartikel gegen die Auflösung des Kr. Stolzenau (1932).

217
VVP 17 Nr. 421 (1919-1933)
Kreistagswahlen
Ergebnisse von Kreistagswahlen 1919-1933 (insbes. Zeitungsartikel). Wahlgesetz für Prov.Landtage und Kreistage von 1925.

218
VVP 17 Nr. 270 (1919-1950)
Kreis Celle
Ergebnis der Kreistagswahl 1929.

219
VVP 17 Nr. 271 (1919-1950)
Kreis Dannenberg
Ergebnis der Kreistagswahl (1919). Bericht über die Verwaltung und den Stand der Kreiskommunal-Angelegenheiten für 1925 (1926).

220
VVP 17 Nr. 278 (1919-1925)
Kreise Osnabrück, Melle, Wittlage und Iburg
Zeitungsartikel über Kreistagswahlen 1919 und 1925 und personelle Zusammensetzung der Kreistage.

221
VVP 17 Nr. 280 (1919-1953)
Kreis Osterode
Ergebnisse der Kreistagswahlen 1919 und 1929.

222
VVP 17 Nr. 281 (1919-1965)
Kreis Soltau
Ergebnisse der Kreistagswahlen 1919 und 1925. Presseberichte zum Kampf gegen die Auflösung des Kr. Soltau.

223
VVP 17 Nr. 269 (1919-1966)
Kreis Burgdorf
Zeitungsartikel und Flugblatt über die Kreistagswahlen im Kr. Burgdorf 1919 und 1929 sowie Zeitungsartikel über die Folgen einer Gebietsreform für den Kr. Burgdorf (1932).

224
VVP 17 Nr. 1372 (1925-1930, 1955-1959)
Arthur Menge, Oberbürgermeister von Hannover 1925-1937
Zeitungsartikel betr. Wahl und Amtsführung Menges.

225
VVP 17 Nr. 274 (1925-1931)
Kreis Goslar
Zeitungsausschnitte: Bürgerliche Einheitsliste für die Kreistagswahl am 29. Nov. 1925. Ergebnisse der Kreistagswahlen 1925 und 1929. Haushaltsberatung der Stadt Goslar 1931.

226
VVP 17 Nr. 284 (1925-1939)
Kreise Winsen und Harburg
Zeitungsartikel betr. die Kreistagswahl 1925 in den Kr. Winsen und Harburg, Ergebnis der Kreistagswahl des Kr. Winsen 1919 sowie Zeitungsartikel über die Gebietsreform (1929, 1932).

227
VVP 17 Nr. 282 (1925-1966)
Kreis Uslar
Zeitungsartikel betr. Kreistagswahlen 1925 und 1929 sowie die Auflösung des Kr. Uslar 1932.

228
VVP 17 Nr. 283 (1925-1966)
Kreise Verden und Achim
Zeitungsartikel betr. Ergebnisse der Kreistagswahlen des Kr. Achim 1919, des Kr. Verden 1925 sowie die Gebietsreform 1932.

229

VVP 17 Nr. 2379 (1928-1939)
Konflikte wegen der Besetzung von drei Senatorenstellen in Hannover sowie wegen der geplanten Streichung der Stellen (insbes. Zeitungsausschnitte)

230

VVP 17 Nr. 2380 (1929)
Zeitungsartikel betr. Wahlkampf der „Vereinigten Bürgerschaft" in der Stadt Hannover anläßlich der Kommunalwahlen (Bürgervorsteherwahlen) 1929

231

VVP 17 Nr. 413 (1930)
Provinziallandtag
Zeitungsartikel betr. die Versetzung der Landräte Kleine in Leer, Rotberg in Fallingbostel und Freiherr von Hammerstein-Gesmold in Zeven in den einstweiligen Ruhestand durch die Staatsregierung wegen ihrer Zustimmung als Prov.Landtagsabgeordnete zu einem von der NSDAP im Prov.Landtag eingebrachten Antrag auf Ablehnung einer Maßnahme des Prov.Schulkollegiums.

232

Hann. 122a Nr. 1222 (1932-1936)
Die Besetzung der Landratsämter
Versetzungen und Ernennungen im Zusammenhang mit der Neugliederung von Landkr. im Aug. 1932; Stimmungsbericht eines Kreisausschußmitgliedes u. a. über die politische Lage im Raum Bremervörde/Zeven nach der Kreisreform 1932. Pressebericht über die Jahresabschlüsse 1931 der Kreiskommunalkasse Goslar und der Kreissparkasse Salzgitter.

1.3.3.3 Volksbegehren und Volksentscheide

233

Hann. 122a Nr. 24 ((1922) 1923-1933)
Die Durchführung der Volksbegehren bzw. Volksentscheide
Stellungnahmen des OPräs. zur Frage der Durchführung eines Volksbegehrens als Parteiverfahren (1924). Erlasse und VO betr. die Abwicklung der Volksbegehren bzw. Volksentscheide „Enteignung der Fürstenvermögen" (1926), „Panzerkreuzerverbot" (1928) und „Freiheitsgesetz" (1929); Wortlaut einer Rundfunkrede von RMdI Severing gegen die Befürworter des Volksbegehrens „Freiheitsgesetz" (= Nichtamtlicher Teil des Min.Bl. für die preuß. innere Verwaltung Nr. 43, 15.10.1929, S. 885 ff.).

234

Hann. 122a Nr. 10 (1931-1932)
Durchführung eines Volksbegehrens wegen Auflösung des preußischen Landtags
MdI-Runderlaß betr. das Eintragungsverfahren. Umstrittene Agitationsmethoden und Repressalien des Stahlhelms bei politischen Veranstaltungen in Wilhelmshaven im Zusammenhang mit dem Volksbegehren.

1.3.4 Sicherstellung von Ruhe und Ordnung

1.3.4.1 Anweisungen von Regierungsvertretern/Militärbefehlshabern

235

Hann. 122a Nr. 7012 (1914-1919)
Unterbringung, Behandlung und Beschäftigung der Kriegsgefangenen
1 9 1 8 : Erlaß des Kriegsministers betr. Rückführung der Belgier, Franzosen, Elsaß-Lothringer und Luxemburger sowie von Angehörigen anderer Feindstaaten gemäß den Waffenstillstandsbedingungen. Richtlinien der Kriegsamtstelle Hannover für die Weiterbeschäftigung von Kriegsgefangenen (Nov./ Dez.).
1 9 1 9 : Polizei-VO des OPräs. betr. die Anmeldung von Kriegs- und Zivilgefangenen. Regelung des Austauschs von deutschen und englischen Kriegsgefangenen in den zum Bereich des X. Armeekorps gehörenden Häfen (Jan.). Auseinandersetzung um den Aufenthalt russischer und rumänischer Kriegsgefangener außerhalb der Lager und um die Verwendung russischer Gefangener in der Landwirtschaft im Kommandanturbezirk Soltau (Febr.-März). Einrichtung eines Wachdienstes an den Hochschulen (Studentenwehr) zum Schutz gegen vermeintliche spartakistische Übergriffe; Proteste aus den Reihen der unteren Beamten an der Tierärztlichen Hochschule (März/Apr. 1919).

236

Hann. 122a Nr. 7038 (1918)
Maßnahmen der Demobilmachung
Nov./Dez. 1 9 1 8 : Geheim-Anhang zum Demobilmachungsplan für das deutsche Heer. Anordnungen des Staatssekretärs für Demobilmachung betr. die geplante Organisation der militärischen Demobilmachung. MdI-Erlaß über das Zusammenwirken zwischen A.u.S. Räten und Bürgerwehren bei der Entwaffnung nicht ordnungsgemäß entlassener Soldaten. Zusammenstellung des OPräs. der Prov. Ostpreußen über Sofortmaßnahmen im Fall beschleunigter Demobilmachung. Anordnung des Staatskommissars für Demobilmachung betr. Organisation, Aufgaben und Befugnisse der Demobilmachungskommissare und Demobilmachungsausschüsse bei der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens. Erlaß des Staatskommissars für Demobilmachung über die Modalitäten des sog. vereinfachten Enteignungsverfahrens. Bekanntmachung des Demobilmachungsamtes und Aufruf des Vollzugsrates der Berliner A.u.S. Räte an die heimkehrenden Soldaten. Einrichtung von Verpflegungsstellen an den Eisenbahnknotenpunkten. Anordnung zur Lohnfortzahlung trotz Beteiligung einiger Arbeiter und Angestellter am Generalstreik und ihrer Mitarbeit in den A.u.S. Räten. Bildung von Demobilmachungsausschüssen in Stade und Hannover. Richtlinien des Kriegsministers für die Demobilmachung. Zusammenstellung der wichtigsten bisher vom Kriegsminister und dem Stellvertretenden Generalkommando des X. Armeekorps erlassenen Vfgen über Entlassungen von Heeresangehörigen. Übersicht über Leitung, personelle Zusammensetzung und Aufgaben der Demobilmachungsabteilung beim Generalkommando des X. Armeekorps. Bericht des Reg.Präs. in Stade über eine Sitzung des Arbeitsausschusses des Demobilmachungs-Bezirksbeirates und über eingeleitete Verhandlungen betr. Notstandsarbeiten. An-

weisung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilmachung zur Bildung besonderer landwirtschaftlicher Ausschüsse bei den Demobilmachungskommissaren; ministerielle Anordnungen zur Arbeitskräfteverteilung. Protokoll der Verhandlungen des Arbeitsausschusses des Demobilmachungs-Bezirksbeirates Stade vom 4.12. Anregung der Heeresleitung zur vorzugsweisen Anstellung ordnungsgemäß entlassener Soldaten in Staats- oder Privatbetrieben. Vfg. des Demobilmachungsamtes betr. die Aufrechterhaltung der Ziegelbewirtschaftung. Wochenberichte der Reg.Präs. an den Staatskommissar für Demobilmachung (bis Jan. 1919), u. a. enthaltend Zahlen zur Bevölkerungsbewegung in einigen Kr. des Reg.Bez. Lüneburg sowie ausführliche Demobilisierungsberichte aus Stade.

237

Hann. 122a Nr. 7013 (1919)
Unterbringung, Behandlung und Beschäftigung der Kriegsgefangenen
1 9 1 9 : Bekanntmachung über die Modalitäten des Rücktransports rumänischer und bessarabischer Kriegsgefangener. Veröffentlichung der VO des OPräs. über die Aufhebung der Polizei-VO vom 6.11.1914 betr. den Verkehr in Gefangenenlagern in den Regierungsamtsblättern; Verteilungsplan des Bedarfs der Volksschullehrer-Witwen- und Waisenkasse des Reg.Bez. Lüneburg für die Rechnungsjahre 1918-1920 (Apr.). Polizei-VO des Landrats in Soltau und des Reg.Präs. in Stade; Stellungnahmen der Reg.Präs. und ministerielle Richtlinien für die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, insbes. auch für deren Entlohnung (Juni- Aug.). Ankündigung der hann. Zentralauskunftsstelle für Arbeitsnachweise hinsichtlich einer geplanten Herausziehung russischer Kriegsgefangener aus der heimischen Landwirtschaft. Verzeichnis der industriellen Arbeitskommandos und Einzelgestellungen im Bereich der Kommandantur Soltau; detaillierte, nach Kr. aufgeschlüsselte Listen der Kommandantur des Gefangenenlagers Hameln über Umfang und Einsatzorte industrieller Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos 1914-1918 in der Prov. Hannover (Okt.).

238

Hann. 122a Nr. 7038 (Fortsetzung) (1919)
Maßnahmen der Demobilmachung
1 9 1 9 : Geplante Friedensgliederung des VIII. Armeekorps. Entschließung des Arbeitsausschusses des Demobilmachungs-Bezirksbeirates Stade zur Frage der Schlichtungsausschüsse und des landwirtschaftlichen Tarifvertragswesens. Nachweisungen der Mitglieder der Demobilmachungs-Bezirksbeiräte bei den Reg.Präs. und der Kreis-Demobilmachungsausschüsse in der Prov. Hannover sowie der landwirtschaftlichen Ausschüsse bei den Demobilmachungskommissaren; umfassender Bericht über die konstituierende Sitzung des Stader Bezirksbeirates am 21.11.1918 nebst Organisationsplan für die wirtschaftliche Demobilmachung im Reg.Bez. Stade. VO des Stader Demobilmachungskommissars betr. Weiterbeschäftigung und Erwerbslosenunterstützung ausländischer Arbeiter. Demobilmachungs- und Landsturmauflösungsbefehl der Reichsregierung. VO des Reg.Präs. in Lüneburg betr. die (eingeschränkte) Beschäftigung weiblicher Arbeiter und Angestellten in Betrieben, Verwaltungen und Büros sowie die Beschäftigung landwirtschaftlicher Arbeiter in gewerblichen Betrieben; Auszug aus einem Sitzungsprotokoll des Lüneburger Demobilmachungs-Beirates über die umstrittene Frage der Beschäftigung Erwerbsloser. Protokolle und Aktenvermerke verschiedener Besprechungen und Sitzungen im Demobilmachungsamt (Dez. 1918-Apr. 1919) mit ausführlichen Details zu folgenden Punkten: Transportprobleme, Fördermenge, Arbeitsleistung und Belegschaftsstärke in den Kohlerevieren, Energie- und Nahrungsmittelversorgung, Truppentransporte, allgemeine Rohstofflage, Umstellung der Kriegsindustrie in Friedenswirtschaft, Lohn- und Arbeiterfragen, Verkehrslage, Erwerbslosenfürsorge und Notstandsarbeiten, Arbeitsnachweiswesen, Rücktransport und Demobilmachung des Heeres, Aufgaben des Reichsverwertungsamtes. Vfg. des Demobilmachungsamtes über Vereinbarungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft. Protokoll der Bezirksbeiratssitzung in Stade (Jan.). Niederschrift einer Besprechung des Reg.Präs. in Stade mit Vertretern des Zentralarbeiterrates und des Unterausschusses für Landwirtschaft über Organisationsfragen der Demobilmachung im Reg.Bez. Stade (Febr.). Statistik der Kriegsamtstelle Hannover zur Arbeitsmarktlage in der Prov. Hannover und in den Ländern Braunschweig und Oldenburg. Tarifvertrag für die in der Ziegelindustrie Beschäftigten (März). Neuregelung der Zuständigkeiten im Zusammenhang mit der geplanten Auflösung der Behörde des Reichsministers für wirtschaftliche Demobilmachung (Apr.).

239

Hann. 122a Nr. 7215 (1919)
Ausgabe von Waffen und Munition (Provenienz: Generalkommando des X. Armeekorps)
Anweisung an das Artilleriedepot Wolfenbüttel zur Waffenausgabe an das Braunschweigische Landesjägerkorps des Generalmajors Maercker; Übersicht der Kommandantur Braunschweig über Art und Umfang der von den Truppen des Korps Maercker im Zuge des Einsatzes bei den April-Unruhen beschlagnahmten Waffen und Munition (Mai).

240

Hann. 122a Nr. 7013 (1920)
Unterbringung, Behandlung und Beschäftigung der Kriegsgefangenen
Hinweis des Landesarbeitsamtes Niedersachsen auf Personalmangel bei der Bewachung der russischen Kriegsgefangenenlager. Fahndungslisten Nr. 10-11 des Preuß. Heeresabwicklungsamtes (März). Bedingungen des Landesarbeitsamtes für die Herstellung und Regelung der Arbeitsverhältnisse russischer Internierter (früher Kriegsgefangener) zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeitgebern. Maßnahmenkatalog des Preuß. Heeresabwicklungsamtes gegen unerlaubte Beschäftigung und Beherbergung russischer Kriegsgefangener. Maßnahmen gegen russische Internierte im Lager Scheuen bei Celle aufgrund ihrer Beteiligung an „Arbeitsverweigerungsaktionen“ im Zusammenhang mit der Streikagitation des Celler Landarbeiterverbandes (Mai). Fahndungsliste Nr. 15. Bericht des Reg.Präs. in Lüneburg über erfolgte Verlegungen bzw. Zusammenlegungen russischer Internierter in den Lagern Soltau, Königsmoor (Kr. Harburg), Scheuen, Hameln und Lichtenhorst (Sept.). Verzeichnis von Lagern mit russischen Kriegsgefangenen aus dem Weltkrieg

bzw. Internierten aus dem russisch-polnischen Krieg. Fahndungslisten Nr. 18- 19 (Nov.).

241

Hann. 122a Nr. 7038 (Fortsetzung) (1920-1922)
Maßnahmen der Demobilmachung
1 9 2 0 : Übersichten der Reg.Präs. über die von den Demobilmachungsorganen erlassenen VO (Apr.). 1 9 2 1 : Ministerielle Ankündigung zur Auflösung der bei den Kommunalververbänden bestehenden Demobilmachungsausschüssen. Auseinandersetzung um die Einhaltung der Arbeitszeitvorschriften in einem Soltauer Landmaschinen-Reparaturbetrieb. Übersichtsplan von 1919 der als Notstandsarbeit in Angriff genommenen Kanalstrecke des Weser-Elbe- und des Hildesheimer Zweigkanals (März). Pressekontroverse um den angeblich geplanten Abbruch der Weidemannschen Ziegelei in Ahlem (Kr. Linden, Mai- Aug.).
1 9 2 2 : Verlängerung der Geltungsdauer bestimmter Demobilmachungs-VO (März). Ausführungsbestimmungen des Handelsministers zu der VO der Reichsregierung über die Aufhebung des Amtes der Demobilmachungskommissare vom 25.3.1924.

242

Hann. 122a Nr. 7013 (1921-1924)
Unterbringung, Behandlung und Beschäftigung der Kriegsgefangenen; auch Verkehr mit denselben
Registraturvermerk über eine Besprechung zwischen Vertretern des Reichswehrministers, des Wehrkreiskommandos und dem OPräs. betr. Übernahme der Kriegsgefangenen- und Interniertenlager unter die Verwaltung des Wehrkreiskommandos, Zuständigkeiten von Reichswehr und Schupo beim Einsatz gegen mögliche innere Unruhen, Auswahl der Wachmannschaften sowie Beschäftigung von Internierten in der Landwirtschaft. Berichte der Reg.Präs. über die allgemein ablehnende Haltung gegenüber der Verwendung russischer Internierter in der Landwirtschaft; Bestrebungen der Landwirtschaftskammer zur Verhinderung von politischer Infiltration bei der Beschäftigung russischer Internierter. Erlaß und Aufruf des MdI betr. Abwicklung des Rücktransports russischer Kriegsgefangener zur Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes (Febr.). MdI-Erlaß betr. die Unterstellung der russischen Interniertenlager unter die Befehlsgewalt der zuständigen Wehrkreiskommandos. Protokoll einer Sitzung über Probleme bei der Rückführung im Lande verbliebener russischer Kriegsgefangener in das Lager Niederzwehren bei Kassel (März). MdI-Erlaß betr. die außerordentliche Beurlaubung bestimmter Kriegs- und Zivilgefangener zwecks Weiterarbeit an einer früheren Arbeitsstelle. Bericht der Reg.Präs. in Hannover und Stade über den Aufenthalt ehemaliger russischer Kriegsgefangener (Mai). Fahndungslisten Nr. 21-24, Berichte der Reg.Präs. über Durchführung und Abschluß der Abschiebung russischer Kriegsgefangener und über die Situation der in den Lagern des Reg.Bez. zurückgebliebenen Gefangenen; grundsätzliche Bedenken des Lüneburger Reg.Präs. hinsichtlich des Einsatzes von Russen in der Landwirtschaft als Lohndrücker und Billigkonkurrenten gegenüber deutschen Arbeitern (Aug.). RMdI-Erlaß zur Entlassung der sich bereits außerhalb der Lager aufhaltenden und in festen Arbeitsverhältnissen befindenden Russen aus der Kriegsgefangenschaft bzw. der Internierung (Nov.).
1 9 2 2 – 1 9 2 4 : Verschiedene MdI-Vfgen betr. Fortsetzung des Abtransports und die Entlassung ehemaliger russischer Kriegs- und Zivilgefangener, Vergütung von Kriegsleistungen etc.

1.3.4.2 Einwohnerwehren – Notschutzorganisationen – Landesschutz

243

Hann. 122a Nr. 7015 (1914-1919)
Die Gewinnung von Ersatz für Polizeikräfte während des Krieges; Bildung von Bürgerwehren; auch Schutz größerer Getreidelager, Mühlen und dergleichen gegen Brandstiftung
Umstrittene Einlagerung von Waffen und Munition auf dem Gelände der Technischen und der Tierärztlichen Hochschule Hannover; Aufstellung zweier sog. Zeitfreiwilligenbataillone

244

Hann. 122a Nr. 7209 (1918-Juni 1919)
Organisation und Bewaffnung von Einwohnerwehren (Provenienz: Generalkommando des X. Armeekorps)
1 9 1 9 : Anfrage an das Kriegsministerium wegen Genehmigung weiterer Waffenausgaben aus Beständen des X. Armeekorps an Bürger- und Bauernwehren. Mitteilung über die Konstituierung eines Landesausschusses für die Sicherheitswehr des Freistaats Oldenburg. MdI-Erlaß und Aufruf zur Gründung von Einwohnerwehren in Anlehnung an bereits bestehende ähnliche Einrichtungen; Richtlinien des „Schutzverbandes deutscher Landwirtschaft“ zur Aufstellung eines sog. Landschutzes (März). Bericht des Verbindungsoffiziers des Kriegsministers beim Generalkommando des X. Armeekorps über Stand und Bewaffnung der Einwohnerwehren. Umfangreiche Waffenlieferung des IX. Armeekorps an die Kr. Stade, Kehdingen und Jork. Aufruf und Richtlinien für die Aufstellung der Braunschweigischen Landeswehr. Grundsätze des Reichswehrministers für die einheitliche Behandlung aller mit den Einwohnerwehren verbundenen Fragen (Apr.). Rundschreiben des Landrats in Celle betr. die Errichtung von Einwohnerwehren. Aufruf der Zentralstelle zur aktiven Mitarbeit in den Einwohnerwehren; „Kurze Gesichtspunkte für die Aufstellung einer Einwohnerwehr unter Berücksichtigung der in Berlin gemachten Erfahrungen“. Intervention des Generalkommandos des X. Armeekorps beim OPräs. wegen des Widerstands der SPD-Mitglieder des Celler Magistrats gegen die Gründung einer städtischen Einwohnerwehr. Schwierigkeiten des Garnisonskommandos in Verden bei der Kontrolle der an die Landratsämter Sulingen, Grafschaft Hoya, Stolzenau und Fallingbostel abgegebenen Waffen. Zentralstellen-Werbeblatt Nr. 2: „Weshalb brauchen wir eine Einwohnerwehr?“ Satzungsentwurf für Einwohnerwehren. Ministerielle Anordnung zur Ausgabe von Maschinengewehren an die Einwohnerwehren. Strikte Ablehnung der Einwohnerwehr-Politik durch den Hauptausschuß des Zentral- Arbeiterrates für den Bereich des X. Armeekorps. Mitteilungen über die Stärke der Einwohnerwehren in den Kr. Wolfenbüttel und Helm-

stedt sowie in Jerxheim. Zuständigkeitsfragen betr. die Anforderung und Ausgabe von Waffen (Mai). Merkblatt der Zentralstelle zur Versicherung von Einwohnerwehren gegen Unfall und Todesfall. „Die Frage der Einwohnerwehr. Ein Beitrag zur Verständigung, von Dr. F. Dessauer" (erschienen im Frankfurter Mittagsblatt). Aufforderung des Garnisonskommandos in Celle zur Mitwirkung der Bürger als Zeitfreiwillige in den dort stationierten militärischen Verbänden. Entscheidung des Reichswehrministers über Kosten und Kompetenzfragen für den Einsatz der Braunschweigischen Landeswehr. Angaben über die im Bereich des X. Armeekorps ausgegebenen Waffen- und Munitionsmengen; Vfg. des Kriegsministers betr. Handwaffen und Maschinengewehre für Einwohnerwehren. Regelung der militärischen Zuständigkeiten für den Reg.Bez. Stade (IX. Armeekorps) und die Kr. Münden (XI. Armeekorps) und Blankenburg (X. Armeekorps) (Juni).

245

Hann. 122a Nr. 7211 (Nov. 1918-Apr. 1919)

Organisation und Bewaffnung von Einwohnerwehren (Provenienz: Generalkommando des X. Armeekorps)

Berichte über die organisatorische Entwicklung der Einwohnerwehren. Anträge auf Lieferung von Waffen, Munition und Gerät a) der Landratsämter: Burgdorf, Stolzenau, Hannover, Lingen, Rotenburg, Grafschaft Schaumburg, Iburg, Lüchow, Duderstadt, Gifhorn, Isenhagen, Lüneburg, Winsen, Achim, Springe, Alfeld, Celle, Zellerfeld, Bremervörde, Fallingbostel, Sulingen, Verden, Northeim, Grafschaft Hoya, Bleckede, Hildesheim, Jork, Diepholz, Neustadt a. Rbg., Zeven und Kehdingen; b) der Magistrate von: Northeim, Nienburg, Uchte, Norden, Osterode, Rehburg, Emden, Winsen, Duderstadt, Dransfeld und Diepholz; c) der Vertreter folgender Gemeinden: Hemmingen-Westerfeld (Kr. Hannover), Bergen (Kr. Celle), Altenlünne und Felsen (Kr. Meppen), Amt Wolfsburg, Gr. Goltern, Brink, Krähenwinkel und Hiddestorf (alle drei Kr. Hannover), Lemförde (Kr. Diepholz), Ingeln und Gr. Algermissen (Kr. Hildesheim), Heinde (Kr. Marienburg) und Kirchlinteln (Kr. Verden). Auseinandersetzung um die Entwaffnung der vom Magistrat unterstützten Volkswehr in Hannover. Angebot des Rektors der Tierärztlichen Hochschule zur Überlassung von Räumen für die Lagerung von Waffen der hann. Studentenwehr. Bewaffnungspläne für die in den Kr. Hameln und Springe gegründeten Bürgerwehren. Überblick über die Anzahl der an Bürgerwehren bzw. Behörden abgegebenen Waffen aus Beständen des X. Armeekorps. Zahlenmaterial über den Umfang der für die Kr. Celle, Lüchow, Lüneburg, Neustadt a. Rbg. und Zeven bewilligten Waffen. Stellungnahme des Garnisonskommandos Hameln zur Einrichtung und Bewaffnung einer dortigen Bürgerwehr. Grundsätze für die Sicherheitswehren im Kr. Achim. Eingabe der Landwirtschaftskammer zur nachhaltigen Unterstützung der im Bereich Lüneburg und Uelzen aufgestellten Sicherheitswehren. Widerstand der Osnabrücker Arbeiterschaft gegen die dort gebildete Einwohnerwehr. Erlaßankündigung des MdI betr. die Neufassung der Bestimmungen über Einwohnerwehren. Grundsätze des Landesschutzes im Kr. Kehdingen. Nachweisung der von den Gemeinden des Landkr. Hannover angeforderten Waffen.

246

Hann. 122a Nr. 7209 (Fortsetzung) (1919)

Organisation und Bewaffnung von Einwohnerwehren (Provenienz: Generalkommando des X. Armeekorps)

Richtlinien des Reichswehrministers zur allmählichen Umstellung der Einwohnerwehren von militärischen Organisationsstrukturen auf die Grundlagen zivilen Selbstschutzes. Ministerieller Grundsatzbeschluß über den Ausschluß Unabhängiger Sozialdemokraten von der Mitwirkung in Einwohnerwehren. Hinweise des Generalkommandos des VIII. Armeekorps für die „Ausgestaltung bestehender und neu zu gründender Einwohnerwehren". Pressenotiz für die Provinzzeitungen (außer Hannover) über den Zweck der Einwohnerwehren. Zurückziehung der an den Kr. Helmstedt ausgegebenen Handgranaten. „Freiheit und Wahrheit!": gegen Veröffentlichungen der USPD gerichtete Schrift der Zentralstelle der Einwohnerwehren. Kontrollverfahren für Waffen und Ausrüstung von Einwohnerwehren südlich der Elbe (Juli). Unterbindung der auf Initiative der sog. Zentralstelle zur Hebung der deutschen Kultur im In- und Auslande vorgenommenen Gründung von Einwohnerwehren in den Kr. Neustadt a. Rbg., Gronau und Peine. Zahlenmaterial über die Gesamtmenge der vom VIII., IX., X. und XI. Armeekorps an die Reg.Bez. ausgegebenen Waffen und Munition. Statuten der Göttinger Bürgerwehr. Mitteilung des OPräs. über die Anzahl der in der Prov. Hannover verteilten und benötigten Waffen; desgleichen für den Freistaat Oldenburg. Ministerielle Ankündigung der bei den Provinzial- bzw. Landesbehörden geplanten Anstellung militärischer Beiräte für Einwohnerwehrfragen. Tabellen betr. den Stand der Einwohnerwehr-Bewaffnung in den Kr. bzw. Städten sämtlicher Reg.Bez. der Prov. Hannover. Polizeibericht über den Leiter der „Zentralstelle zur Hebung der deutschen Kultur im In- und Auslande", G. Quindel, und dessen Nebeneinkünfte bei der von ihm betriebenen Gründung von Einwohnerwehren (Aug.).

247

Hann. 122a Nr. 7210 (1919)

Organisation und Bewaffnung von Einwohnerwehren (Provenienz: Generalkommando des X. Armeekorps)

Änderung bei der Territorialabgrenzung des IX. und des X. Armeekorps. Statuten der Zeitfreiwilligen-Wehr (Volkswehr) Celle. Berichte nahezu sämtlicher Garnisonsältester bzw. Garnisonskommandos über die Entwicklung und politische Zuverlässigkeit (Abgrenzung gegenüber USPD und KPD) der Einwohnerwehren im Korpsbereich X. Zusammenfassender Bericht des Generalkommandos an die Reichswehr-Befehlsstelle Preußen. Aufforderung an die Angehörigen der Abwicklungsstellen zum Eintritt in die Einwohnerwehren. Richtlinien für Bewerbungen auf Landesschutzbeamtenstellen (Kreisräte); Bericht des Reg.Präs. in Osnabrück über die mit der Anstellung von Kreiskommissaren gemachten Erfahrungen. Übersicht des Garnisonskommandos Braunschweig über die Art und den Umfang der Einwohnerwehr-Bewaffnung; politischer Druck auf die Braunschweigische Regierung bezüglich des beschleunigten Ausbaus des Einwohnerwehrwesens. Erlaß des Reichswehrministers betr. die alleinige Zuständigkeit der Zivilbehörden bei Bedarfsanmeldungen für Waffen und Gerät von Einwohnerwehren. Anforderungen einiger

Garnisonskommandos, Magistrate und Landräte, insbes. des Kreisdirektoriums in Blankenburg. Zusammenstellung des OPräs. über den Bedarf der Einwohnerwehren an Waffen und Munition (Juli-Sept.). Mitteilung der Zentralstelle über die Aufgaben der Kreisräte; Einrichtung von Wehrberatungsstellen (Kreiskommissaren) bei den Zivilbehörden im Bereich des ehemaligen VIII. Armeekorps. Pressestimmen zum Ausbau des Einwohnerwehrwesens in der Prov. Hannover. Zusatzanordnungen des Reichswehrministers zu den Bestimmungen über die Einrichtung von Einwohnerwehren, u. a. über die Überführung von Zeitfreiwilligenverbänden in die Einwohnerwehren und die Konstituierung von Wehrberatungsausschüssen (Okt. 1919-Jan. 1920).

248

Hann. 122a Nr. 7212 (März-Aug. 1919)
Organisation und Bewaffnung von Einwohnerwehren (Provenienz: Generalkommando des X. Armeekorps)
Berichte über die organisatorische Entwicklung der Einwohnerwehren. Anträge auf Lieferung von Waffen, Munition und Gerät a) der Landratsämter (bzw. Kreisdirektorien): Wittmund, Grafschaft Hoya, Syke, Rotenburg, Peine, Fallingbostel, Hadeln, Alfeld, Achim, Stolzenau, Burgdorf, Hameln, Harburg, Oldenstadt, Springe, Braunschweig (Amt Thedinghausen), Osterode, Duderstadt, Northeim, Marienburg, Göttingen, Ilfeld, Dannenberg, Hildesheim, Nienburg, Lingen, Verden, Winsen sowie Holzminden und Gandersheim. b) der Gemeinden Schwarmstedt (Kr. Fallingbostel), Arpke, Oelerse und Sehnde (Kr. Burgdorf), Landringhausen (Kr. Linden), Soßmar und Mehrum (Kr. Peine), Morsum (Kr. Verden), Buchholz (Kr. Harburg), Imbshausen (Kr. Northeim), Bad Nenndorf, Rothensütte (Kr. Ilfeld) sowie Luthe und Stöckendrebber (Kr. Neustadt a. Rbg.); c) der Magistrate in Uelzen, Northeim, Göttingen, Lüneburg, Hildesheim und Hameln sowie des sog. Einwohnerwehrkommandos Göttingen. Bericht des Landrats des Kr. Grafschaft Hoya über angebliche Umsturzpläne des Vilsener Unabhängigen Sozialdemokraten Wilkens. Mitgliederliste der Schwarmstedter Ortseinwohnerwehr. Waffenausgabe-Anweisung an das Artilleriedepot Wolfenbüttel für die dortige Einwohnerwehr. Mitteilung über die Waffenabgabe an die zum Bereich des IX. Armeekorps gehörenden Kr. Kehdingen, Verden, Bremervörde, Jork, Achim, Rotenburg, Zeven und Hadeln. USPD-Protest gegen die Gründung einer Einwohnerwehr in Delmenhorst. Waffennachweisung für die Braunschweigische Landeswehr nebst Erläuterungen der Kommandantur Braunschweig. Beschwerde des Isenhagener Landrats über unzureichende Waffenlieferungen. Empfänger-Namenslisten und Übersicht über die Anzahl der an Einwohnerwehren im Kr. Uelzen abgegebenen Waffen.

249

Hann. 122a Nr. 7212 (Fortsetzung) (März-Aug. 1919)
Organisation und Bewaffnung von Einwohnerwehren (Provenienz: Generalkommando des X. Armeekorps)
Anweisung des Generalkommandos des X. Armeekorps an das Landratsamt in Rinteln betr. die sofortige Auflösung und Entwaffnung der dortigen Räte; Auseinandersetzungen über die Ablieferung dieser Waffen und über die Bildung von

Einwohnerwehren im Kr. Grafschaft Schaumburg. Liste der Mitgliederstärke von insgesamt 35 Einwohnerwehren im Kr. Burgdorf. Verzeichnis der Stärke, Obleute und Bewaffnung der Einwohnerwehren im Freistaat Oldenburg. Waffenabgabe der Kriegervereine Kl. Berkel und Hessisch Oldendorf (Kr. Grafschaft Schaumburg). Nachtragsnachweisung der vier im Kr. Burgdorf neugegründeten Einwohnerwehren. Ablehnende Haltung des Generalkommandos des X. Armeekorps gegenüber dem Antrag des Göttinger Bürgerwehr-Kommandos auf Ausrüstung mit schweren Maschinengewehren und Handgranaten; Vfg. des Generalkommandos des XI. Armeekorps betr. die Unterstellungsverhältnisse der im Raum Göttingen-Münden befindlichen militärischen Verbände. Liste der Einwohnerwehren in den Kr. Dannenberg und Hildesheim. Organisationsbericht und Mitgliederliste der Einwohnerwehr in Luthe (Kr. Neustadt a. Rbg.). Verzeichnisse der in den Kr. Nienburg und Winsen bestehenden Einwohnerwehren. Mitgliederliste der Einwohnerwehr in Sehnde (Kr. Burgdorf).

250

Hann. 122a Nr. 7213 (Aug.-Okt. 1919)
Organisation und Bewaffnung von Einwohnerwehren (Provenienz: Generalkommando des X. Armeekorps)
Berichte über die organisatorische Entwicklung der Einwohnerwehren. Anträge auf Lieferung von Waffen, Munition und Gerät a) der Landratsämter (bzw. der Kreisdirektorien) Hildesheim, Stolzenau, Gifhorn, Nienburg, Soltau, Ilfeld, Fallingbostel, Braunschweig (Amt Thedinghausen), Dannenberg, Sulingen, Achim sowie Blankenburg. b) der Magistrate von Emden, Lehrte, Hameln, Göttingen und Celle; c) der Gemeinden Schwarmstedt, Misburg (Kr. Hannover) und Luthe (Kr. Neustadt a. Rbg.) sowie der Einwohnerwehr in Oldershausen (Kr. Osterode) und der Kriegervereine Melbeck (Kr. Lüneburg), Gr. Ilsede und Schmedenstedt (Kr. Peine), Aerzen (Kr. Hameln) und Burgstemmen (Kr. Gronau); ferner des Garnisonskommandos Oldenburg und der Landeseinwohnerwehr der Stadt Braunschweig. Waffenanforderung der Regierungsschutztruppe für Bremen. Nachweisung von Stärke, Obleuten und Waffenbedarf der Einwohnerwehren im Kr. Hildesheim. Auseinandersetzung zwischen dem Artilleriedepot Verden und dem Kreisausschußvorsitzenden in Oldenstadt über Verteilungsmängel bei einer umfangreichen Waffenlieferung für den Kr. Erlaß des Reichswehrministers betr. die finanzielle Begleichung des Materialwertes der von den Landesregierungen übernommenen Waffen und Munition. Nachweisung der für den Reg.Bez. Hannover angeforderten Waffen. Nachtragsnachweis der im Reg.Bez. Hildesheim gegründeten Einwohnerwehren. Waffenneuanforderungen nach dem Anschluß der Kriegervereine an die Einwohnerwehren im Kr. Gifhorn. Stärkemeldung und Obleuteliste der Einwohnerwehren in Stadt und Kr. Uelzen. Nach Reg.Bez., Freistaaten und Kr. bzw. Städten gegliederte Verzeichnisse der Kopfstärken und Bewaffnung der Einwohnerwehren im Bereich des früheren X. Armeekorps. Zusammenstellung über den genauen Umfang der für Einwohnerwehrzwecke beantragten Waffen; desgleichen für den Freistaat Oldenburg. Nachweisungen über den Bestand an Waffen, Munition und Gerät in den Kr. Goslar, Blankenburg und Winsen (nebst Einwohnerwehrliste) sowie im

Bereich der Garnisonskommandos Verden, Northeim, Göttingen, Hameln, Lüneburg, Braunschweig, Celle, Goslar, Holzminden, Hildesheim und Oldenburg.

251

Hann. 122a Nr. 7216 (1919)
Einwohnerwehren in der Prov. Hannover (Provenienz: Generalkommando des IX. Armeekorps in Schwerin)
Bewaffnungsfragen der Bürger- und Bauernwehren in den Kr. Kehdingen, Stade und Jork. Aufforderung des Kehdinger Landrats an die Gemeindevorstände zur Bildung einer Kreissicherheitswehr als Schutzmaßnahme gegen Übergriffe Hamburger Spartakus-Anhänger (März-Apr.). Waffenanforderungen der Kr. Neuhaus, Stade und Hadeln. Gesamtübersicht des Generalkommandos des IX. Armeekorps über die Waffenausgabe an die Kr. auf dem Territorium der Prov. Hannover. Satzungen der Ortswehren (Landschutz) des Kr. Stade. Erlaß des Reichswehrministers betr. Zweck, Zusammensetzung, Verwendung, Bewaffnung und Kosten der Einwohnerwehren; Verteilung der Kr. auf die Garnisonskommandos bezüglich der Waffenkontrolle im Korpsbereich X. Unklarheiten bei der Zuständigkeit für die Kontrolle der an die Einwohnerwehren des Reg.Bez. Stade ausgegebenen Waffen. Verzeichnisse der Einwohnerwehren im Reg.Bez. Stade. Zusammenstellung über Waffen- und Munitionsbestand der Einwohnerwehren in Tostedt und Buchholz (Kr. Harburg). „Bericht Nr. 19“: Matrosenentlassung in Cuxhaven; verstärkte Einflußnahme der SPD auf die Zusammensetzung der Stadtwehren in Cuxhaven und Stade; Versammlungs- und Demonstrationsaktivitäten von angeblich kommunistisch orientierten Matrosen in Stade. „Bericht Nr. 21“: Umwandlung der Sicherheitswehr in eine Küstenwehr Cuxhaven; Neufestsetzung der Eintrittsbedingungen für die Stader Stadtwehr. Umfangreiche Waffenabgabe an das Landratsamt Geestemünde (Mai-Juli). Zahlenangaben des OPräs. zum Gesamtumfang der bereits an Einwohnerwehren ausgegebenen Waffen und Munition. „Bericht Nr. 24“: Umwandlung des Cuxhavener Schützenvereins in eine Einwohnerwehr; Zurückhaltung der dortigen Sozialdemokraten gegenüber der Einwohnerwehrgründung. Waffenanforderungen der Landräte von Kehdingen und Blumenthal. Übersicht über Stärke und Bewaffnung von insgesamt 177 Einwohnerwehren in den Kr. Geestemünde, Hadeln, Lehe, Neuhaus, Rotenburg und Stade. Waffenanforderung des Landratsamtes Achim. Zusammenstellung des OPräs. über die von den zum IX. Armeekorps gehörenden Kr. und der Stadt Stade angeforderten Waffen. Übersicht über die Einzellieferungen an die Kr. der Prov. sowie der Freistaaten Oldenburg und Braunschweig (Aug.-Sept.).

252

Hann. 122a Nr. 7136 (1919-1920 (März))
Erlasse und Verfügungen auf dem Gebiete des Landesschutzes und der Einwohnerwehren, insbesondere Verfügungen an die Kreisräte
1 9 1 9 : MdI-Bestimmungen und Zusatzanordnungen über die Einrichtung von Einwohnerwehren u. a. mit Angaben über ihre Zusammensetzung, Aufgaben, Waffen und Ausrüstung. Befehl der Reichswehr-Brigade X zur Anwerbung von militärischen Zeitfreiwilligen (Sept.). Verzeichnis der Landesschutzbezirke der Prov. Hannover. Errichtung der Zentralstelle für Einwohnerwehren beim MdI. „Merkpunkte“

für die Tätigkeit der Kreisräte. Auszug aus einem sichergestellten Fragebogen für Agenten der Roten Armee. Dienstvertragsmuster für die Stellung eines Landesschutzbeamten (Nov.). Stellungnahme der Zentralstelle zum SPD-Aufruf „Hinein in die Einwohnerwehren!“. Tagesordnung der ersten Kreisratsbesprechung im OPräs. Vergleichender Überblick über den „Standpunkt der Parteien zu den großen Zeitfragen“.
1 9 2 0: VO der Zentralstelle zur Organisation des Bahnschutzes. Tagesordnung und Notizenauszug der Besprechung über Einwohnerwehrfragen beim RMdI. Dienstanweisung des OPräs. für die Kreisräte der Prov. Erlaß des Reichspostministers über die Eingliederung der im Bereich der Oberpostdirektionen bestehenden sog. Hauswehren in die örtlichen Einwohnerwehren. Auszug aus den Satzungen der Reichsversicherungsanstalt für Einwohnerwehren. Literaturliste der Zentralstelle als Leitfaden für die Vorbereitung auf öffentliche Vorträge der Kreisräte. Appell des Oberkreisrats an die Kreisräte zur gegenseitigen Unterstützung benachbarter Wehren. Ankündigung der Propaganda-Abteilung der Zentralstelle für den Einsatz eines Werbefilms (Febr.). Satzungen des Wirtschaftsverbandes der Landesschutzbeamten Preußens. Amtliche Mitteilungen der Zentralstelle u. a. über die Durchführung der Kontrolle des Kraftwagenverkehrs und die punktuelle Mitwirkung der Einwohnerwehren bei der Bekämpfung des Schleichhandels. Anordnungen zu schärferem Vorgehen gegen Überfälle auf Waffenlager und zur Verhinderung widerstandsloser Entwaffnung von Einwohnerwehren. Detaillierter Bericht des Oberkreisrats über Stand und Einsatz der Einwohnerwehren im Zusammenhang mit dem Kapp- Putsch u. a. in Hannover und Hildesheim und Umgebung. Befehl der Reichswehr-Brigade X betr. die Organisation und Tätigkeit sog. Fliegender Kolonnen. Bestimmungen des Wehrkreiskommandos VI über den Kraftfahrzeugverkehr und die Kontrolle von Waffentransporten der Roten Armee (März).

253

Hann. 122a Nr. 7136 (Fortsetzung) (1919-1920 (Apr.-Dez.))
Erlasse und Verfügungen auf dem Gebiet des Landesschutzes und der Einwohnerwehren, insbesondere Verfügungen an die Kreisräte
Stellungnahme des Wehrkreiskommandos VI zu Konsequenzen der Auflösung der Kreisratsstellen (Apr.). Forderungskatalog des Deutschen Offiziersbundes zur Verwendung der Landesschutzbeamten im Staatsdienst nach Auflösung der Einwohnerwehren. Aufruf des Osnabrücker „Ortsbundes deutscher Männer und Frauen“ nebst Wortlaut eines vom Kreisrat Dincklage am 28.4. in Osnabrück gehaltenen Vortrages: „Was rettet uns vor dem Bolschewismus?“. Vorschläge des Wirtschaftsverbandes preuß. Landesschutzbeamter hinsichtlich der Übernahme von Kreisräten in den Dienst der Sicherheitspolizei (Mai). Vfg. des OPräs. betr. die Mitwirkung der Landesschutzbeamten bei der Kontrolle und Abwehr verfassungsfeindlicher Organisationen. Bestimmungen für die Tätigkeit nichtmilitärischer Kräfte im Bahn- und Wasserschutz. Anweisung an die Kreisräte auf Unterlassung parteipolitischer Bestrebungen im Amt (Juni). Überblick über die Gliederung des Reichswasserschutzes für die Prov. Hannover (Juli). Öffentliche Warnung des OPräs. vor den Umtrieben der verbotenen Orgesch und deren politische Abgrenzung gegenüber verfassungstreuen Selbstschutzverbänden.. Ministerieller Erlaß und Anordnung des Oberkreisrats zur

Unterstützung der Behörden bei der Durchführung des Entwaffnungsgesetzes vom 7.8. Stellungnahme des Interalliierten Überwachungsausschusses für das Landheer zur Entwaffnung der Zivilbevölkerung und zur Organisation und Ausrüstung der Polizei. Vfg. des Abwicklungsamtes des X. Armeekorps betr. die Abgabe von Waffen und Munition des alten Heeres (Aug.). Vfgen des OPräs. über Meldung und Nachweisung von Waffen aufgelöster Einwohnerwehren. Merkblatt zur Vorbereitung und Arbeitsweise eines Stafettendienstes sowie zur Einrichtung sog. Stafettenlinien zwecks Aufrechterhaltung der Nachrichtenverbindung zwischen den Behörden im Falle innerer Unruhen. MdI- Anordnung zu den Dienstobliegenheiten des Inspekteurs der Sicherheitspolizei (Sept.). Forderungen des Wirtschaftsverbandes der Landesschutzbeamten nach wirtschaftlichen und sozialen Absicherungsmaßnahmen für ausgeschiedene Kreisräte; Bericht über diesbezügliche Sitzungen der Sonderkommission des Wirtschaftsverbandes und Rundschreiben des Oberkreisrats (Okt.).

254

Hann. 122a Nr. 7199 (1919-1920)
Berichterstattung der Kreisräte
Fragebogen des Oberkreisrats betr. die Anzahl der in den Landesschutzbezirken am 1.10.1919 bzw. 1.4.1920 vorhandenen Wehren sowie den Umfang der unrechtmäßig erfolgten und behördlicherseits angeordneten Entwaffnungsmaßnahmen; Antworten der Kreisräte und Zusammenstellung der Einzelergebnisse durch den Oberkreisrat (März-Mai 1920). Aktenvermerk über die Kreisratsbesprechung am 21.4. Gebietsabgrenzungsbeschluß der Interalliierten Kontrollkommission (Juli).

255

Hann. 122a Nr. 7200 (1919-1920)
Berichterstattung des Oberkreisrats
Monatsberichte an die Berliner Zentralstelle von Nov. 1919 bis März 1920 mit Angaben zur allgemeinen politischen Situation in der Prov. Hannover unter besonderer Berücksichtigung des Einwohnerwehr-Gedankens sowie zu Neugründungen, Bewaffnung, Ausrüstung und Aktivitäten einzelner Einwohnerwehren; nach Kr. und Reg.Bez. aufgeschlüsselte Stärkenachweisungen der Einwohnerwehren (Stand: März 1920). Ausführliche Beschreibung und Würdigung des Eingreifens der Einwohnerwehren in die Kämpfe während des Kapp-Putsches. Dokumentationsschrift der Technischen Nothilfe zur Widerlegung der Beschuldigung der Streikbrecher-Rolle im Rahmen der Streikbewegung im Okt. 1919.

256

Hann. 122a Nr. 7218 (1919-1929)
Zeitschrift „Einwohnerwehr. Amtliche Mitteilungen der Zentralstelle für Einwohnerwehren"
Jg. 1, Nr. 2/3 – Jg. 2, Nr. 5 (1.8.1919-1.3.1920); darin: Berichte über Entwicklung und Organisation der Einwohnerwehren in Wilhelmshaven-Rüstringen und Cuxhaven; Kurzmeldung betr. Entlassungen und Streiks bei der LKW- und Omnibusfabrik Büssing in Braunschweig (1. Jg., Nr. 10, 15. Nov. 1919). Grundsatzartikel des Leiters der Reichszentrale Janßen über „Einwohnerwehr und Sozialdemokratie" (1. Jg., Nr. 12, 15. Dez. 1919). Artikel über die Tätigkeit der Stadtwehr Bremen (2. Jg., Nr. 1, 1. Jan. 1920). Vorläufiger Bericht über die Reichskonferenz der Einwohnerwehren am 20./21.1. in Berlin; Bericht über eine Informationsveranstaltung der Landeseinwohnerwehr Braunschweig zum Thema: „Wie schützen wir uns und unser Eigentum?"; Inhaltsangabe und Ausleihbedingungen für einen Werbefilm (2. Jg., Nr. 3, 1. Febr. 1920). Musterrede zwecks Werbung für den Eintritt in die Einwohnerwehr (Jg. 2, Nr. 5, 1. März 1920).

257

Hann. 122a Nr. 7219 (1919-1920)
Organisation der Einwohnerwehren
1 9 1 9 : Einwohnerwehr-Satzungsentwürfe des Generalkommandos des VIII. Armeekorps und der Zentralstelle; Beispiel für eine Beitrittserklärung; Merkblatt des Oberkommandos Noske zur Aufstellung von Einwohnerwehren (Mai). Erlaß des Reichswehrministers zur Entmilitarisierung der Einwohnerwehren und zur Verstärkung militärischer Verbände durch Zeitfreiwillige. MdI-Bestimmungen über die Errichtung von Einwohnerwehren. Protokoll der Konferenz der Vertreter der deutschen Länder über die Einwohnerwehrfrage am 23.8. im RMdI (Juli-Sept.). Zusatzanordnungen der OPräs. zu den MdI-Bestimmungen; Stellungnahme des Oberkreisrats. Vorschläge zur Organisation des Landesschutzbezirks Göttingen. Denkschrift des Verbindungsoffiziers beim Generalkommando des X. Armeekorps über Bedeutung, Politik, Organisation und Bewaffnung der Einwohnerwehren; enthält u. a. kritische Anmerkungen zu dem vor allem in Goslar, Peine, Hameln und Hannover verbreiteten Mißtrauen der Arbeiterschaft gegenüber dem Einwohnerwehrgedanken. Bericht der Zentralstelle über den Stand der Einwohnerwehren in Preußen. Bericht des Wehrkreiskommandos VI über die Entwicklung des Einwohnerwehrwesens in seinem Befehlsbereich. Vfg. der Zentralstelle betr. Anstellung und Aufgabengebiete der Landesschutzbeamten; Vorschläge des Oberkreisrats zur durchgreifenden Ausgestaltung des Einwohnerwehrwesens. Aufgabenabgrenzung zwischen der sog. Landesschutz-Geschäftsstelle für Einwohnerwehren auf dem Lande und den bei den Zivilbehörden bestehenden Landesschutzorganen (Okt.-Nov.).
1 9 2 0 : Tagesordnung und Protokoll der Tagung der deutschen Einwohnerwehren unter Leitung der Reichszentrale für Einwohnerwehren am 20./21.1. in Berlin. Ministerielle Richtlinien für Organisation und Aufgaben der im Bereich der Reichspostverwaltung bestehenden sog. Hauswehren (Jan.). Übersicht der Reichszentrale über die Entwicklung der deutschen Einwohnerwehren bis zum 1.2.1920 mit Auszügen aus den Jan.-Berichten der von der Zentralstelle entsandten Außenvertreter. Vertraulicher Bericht über die anläßlich des Besuchs der britischen Kontrollkommission bei der Zentralstelle gemachten Erfahrungen. MdI-Verbot der Gründung von Eisenbahnerwehren (Febr.-Apr.). MdI-Erlaß betr. besondere Überwachung der nach Auflösung der Einwohnerwehren sich bildenden Selbstschutzorganisationen (Juni). Denkschrift der Reichszentrale zu Geschichte, Organisation, Erfolgen, Stärke und Bewaffnung der deutschen Einwohnerwehren (Stand: Jan. 1920).

258

Hann. 122a Nr. 7221 (1919-1920)
Ausrüstung der Einwohnerwehren mit Waffen
1 9 1 9 : Nachweisungen über die zur Bildung von Einwohnerwehren ausgegebenen Waffen; Verzeichnisse der für Einwohnerwehren beantragten Waffen und Munition. Merkblatt für die Beschaffung von Munition, Waffen und Ausrüstungsstücken. Richtlinien des Kriegsministers zur Verausgabung von Munition, Handwaffen und Maschinengewehr-Gerät (Okt.-Nov.).
1 9 2 0 : Waffenanforderungen für die Kr. Sulingen, Diepholz, Northeim, Marienburg, Peine und Neustadt a. Rbg. sowie für einige Gemeinden des Landkr. Hildesheim (Jan.). Ankündigung einer für die Prov. Hannover vorgesehenen Verteilung von 40.000 Gewehren und 200 Maschinengewehren (Febr.). Mitteilung der Reichswehr-Brigade X über das Ergebnis einer nach Scheitern des Kapp-Putsches durchgeführten Entwaffnungsaktion (Apr.). Angebliche Waffenschiebungen im Depot „West" in Hannover- Döhren (Aug.).

259

Hann. 122a Nr. 7224 (1919-1920)
Waffenlager für die Einwohnerwehren der Provinz
Lagerung und Bewachung von ca. 50.000 für Einwohnerwehrzwecke bestimmte Gewehre.

260

Hann. 122a Nrn. 7242-7244 (1919-1920)
Werbearbeit für die Einwohnerwehren
Leitfaden der Zentralstelle: „Wie werbe ich für die Einwohnerwehr?" SPD-Aufruf „Hinein in die Einwohnerwehren!" (=Vorwärts, 36. Jg., Nr. 612 vom 30.11.). Politische Wertung des Aufrufs in den Richtlinien der Zentralstelle (1919). Einwohnerwehr-Werbefilm der Reichszentrale; Literaturliste für die Vortragstätigkeit der Kreisräte. Politische Erläuterungen des Osnabrücker Kreisrats Dincklage zu seinem umstrittenen Vortrag „Was rettet uns vor dem Bolschewismus?"; Aufruf und Arbeitsplan für den sog. Ortsbund deutscher Männer und Frauen in Osnabrück (1920). Schlesische Einwohnerwehr. Organ der schlesischen Einwohnerwehren, 1. Jg., Nr. 4, Dez. 1919. Flugblatt, Mitteilungen, Dienstanweisungen, Gesetz- und Satzungsentwurf der Leitung der Einwohnerwehren Groß-Hamburg. Wehrordnung der Lübecker Einwohnerwehr (1919).

261

Hann. 122a Nr. 7202 (1919-1921)
Wirtschaftsverband der Landesschutzbeamten Preußens, Gruppe Hannover
1 9 1 9 : Berichte der Sonderkommission des Wirtschaftsverbandes. Forderungen einer Kreisräteabordnung nach Regelung der Gehaltsfragen und Modalitäten der Verabschiedung aus dem Militärdienst. Umstrittene Vorschläge des Osterholzer Kreisrats Boehm zur Interessenvertretung der Kreisräte auf Provinzebene (Nov.-Dez.).

1 9 2 0 : Wirtschaftsverband-Satzungsentwurf. Vorschläge der Kreisräte von Ilfeld und Marienburg zur Organisation der Interessenvertretung der Landesschutzbeamten. Ergebnis der Vorstandswahlen auf der konstituierenden Sitzung des Wirtschaftsverbandes, Provinzialgruppe Hannover. Stellungnahme des Wirtschaftsverband-Provinzialvorstandes zu den wirtschaftlichen Wünschen der Landesschutzbeamten Preußens, u. a. zur Erhöhung der Reisekostenpauschale sowie zur Gewährung von Umzugs- und Tagegeldern. Tagesordnung für eine Sitzung der Provinzialgruppen-Vorstände in Berlin. Satzungen des Wirtschaftsverbandes; Einverständniserklärungen der Kreisräte von Osterholz, Burgdorf, Harburg und Meppen dazu. Mitteilungen des Wirtschaftsverbandes über den Stand der Bemühungen um die berufliche Sicherheit der Kreisräte. Resolution des Verbandes und Protokoll einer diesbezüglichen Besprechung mit dem MdI. Abschiedsschreiben des Oberkreisrats an von Richter anläßlich dessen Ausscheidens aus dem Amt des OPräs. Erörterung um die Frage des Beitritts der Landesschutzbeamten-Standesorganisation zum Deutschen Beamtenbund (Febr.-Juni). Auseinandersetzung um die Bewilligung der sog. Geschäftszimmerbeihilfe u. a. zur Abwicklung der Entwaffnungsaktion (Dez.).
1 9 2 1 : Verwendungswünsche einiger ehemaliger Kreisräte. MdI-Erlaß betr. Einschränkungen der Probedienstzeit von Landesschutzbeamten bei Übernahme in die Schupo. Wirtschaftsverband-Denkschrift über die wirtschaftliche Notlage der preuß. Landesschutzbeamten (Apr.-Juni).

262

Hann. 122a Nr. 7226 (1919-1921)
Nachrichtendienst der Einwohnerwehren
Richtlinien der Zentralstelle und der Reichszentrale für die Organisation des Nachrichtendienstes (1919). Ausführungsbestimmungen und Dienstanweisungen des OPräs. Geheimrichtlinien des Marienburger Kreisrates. Plan und Ergebnisse eines Probe-Stafettenlaufs im Landesschutzbezirk Osnabrück. Entwurf für die Einrichtung von Stafettenlinien in der Prov. Hannover nebst Merkblatt des Oberkreisrates für die Organisation des Stafettendienstes; Abänderungsvorschläge und Merkblatt des Stader Kreisrates. Anordnungen zum Nachrichtendienst im Landesschutzbezirk Goslar (1920). Auseinandersetzung um verschiedene Pressemeldungen zu angeblichen Orgesch-Umtrieben im Kr. Goslar (1921).

263

Hann. 122a Nr. 7228 (1919-1921)
Entwaffnung der Einwohnerwehren
Berichte der Reg.Präs. über den Umfang unrechtmäßigen Waffenbesitzes und über Waffenlager, insbes. in der DHP-Anhängerschaft in den Kr. Blumenthal, Rotenburg, Göttingen, Alfeld, Gronau, Marienburg und Burgdorf; Resolution des Deutschen Metallarbeiterverbandes für das Unterwesergebiet zur Frage der Bewaffnung von Gewerkschaftsmitgliedern. VO der Reichswehr-Brigade X betr. die Waffen- und Munitionsabgabe (Dez. 1919-Juni 1920). Polizeibericht über eine Versammlung der Allgemeinen Arbeiter-Union in Rüstringen. Umbenennung der Rotenburger Einwohnerwehr in „Heimatschutz". Berichte der Kreisräte über Maßnahmen

im Zusammenhang mit der freiwilligen Waffenablieferung bzw. zwangsweisen Entwaffnung. Nachweisung des Polizeipräsidenten in Hannover über die während des Kapp-Putsches beschlagnahmten Waffen und Munitionsbestände sowie Entwaffnungsnachweisungen aus den Landesschutzbezirken Hameln, Melle, Burgdorf und Marienburg. Übersicht des Artilleriedepots Wolfenbüttel über die u.a. an Kriegervereine ausgegebenen Gewehre und Patronen; Gesamtzusammenfassung des Oberkreisrates (Juli-Aug. 1920). Richtlinien für die Waffenablieferung. Anordnung des OPräs. betr. die Erfassung und Anmeldung sämtlicher im Besitz der Einwohnerwehren befindlichen Militärfeuerwaffen und die Auslieferungsmodalitäten für diese. Übersicht über die Waffenablieferung im Reg.Bez. Hildesheim. Rücknahme der Vfg. des OPräs. zur Ablieferung der Waffen an das Zeugamt Hannover. Drohung der Eisenbahnarbeiter im Raum Harburg-Lüneburg für den Fall der Nichteinhaltung der Ablieferungspflicht durch die örtlichen Landwirte; Forderung des Harburger SPD-Sekretärs Gehrmann nach sofortiger Entwaffnung der Landbevölkerung; Beschwerde über die angeblich einseitige Berichterstattung des Göttinger Volksblattes. Auseinandersetzungen über die Entwaffnung der Kriegervereine. Berichte der Reg.Präs. in Hannover und Hildesheim über Verlauf und Ergebnis der Waffenablieferungsaktionen. Berichte aus den Landesschutzbezirken Lüneburg, Osnabrück, Bersenbrück, Einbeck, Neustadt a. Rbg., Burgdorf, Stade, Osterholz, Goslar und Isenhagen sowie Bericht des Notschutzes Duderstadt; Protestresolutionen des Ortsschutzes Göttingen und der Wehrführer der Kr. Gifhorn und Burgdorf gegen die Waffenabgabe. Probleme der Aufbewahrung bzw. sicheren Lagerung von über 50.000 eingezogenen Gewehren. Terminabstimmungen für die Entwaffnungsaktionen Anfang des Jahres 1921. Einspruch von 8.000 Mitgliedern des Ortsschutzes der Stadt Hannover gegen die völlige Entwaffnung (Sept.-Dez. 1920).

264

Hann. 122a Nrn. 7248-7250 (1919-1921)
Landesschutz: Sicherung gegen Unruhen; Bahn- und Wasserschutz
Nr. 7248: Anordnungen des Oberkreisrates zu intensiverer Zusammenarbeit zwischen benachbarten Einwohnerwehren in Form sog. Landaufgebote (März 1920). Nr. 7249: Karten: Sicherungsbezirke der Garnisonskommandos und Kreisratsämter; Bahnschutz im Bereich der Reichswehr-Brigaden X und XI; Übersichtskarte des Eisenbahndirektionsbezirks Magdeburg; Denkschrift und Übersichtsskizze betr. den Bahn- und Wasserstraßenschutz im Bereich der Reichswehr-Brigade XXXI. Ausführungsbestimmungen des OPräs. zum Erlaß über den Bahn- und Wasserschutz durch nichtmilitärische Kräfte (1919-1920). Nr. 7250: Bericht des Oberkreisrates über den Stand der Organisation des Bahnschutzes in der Prov. Hannover; Denkschriften und detaillierte Einsatzpläne der Kreisräte fast aller Landesschutzbezirke (mit umfangreichem Skizzen- und Zahlenmaterial); darin auch: kritische Äußerungen des Goslarer Kreisrats zur politischen Zuverlässigkeit der Einwohnerwehr in Gitter-Salzgitter während der Kapp-Unruhen; Ergebnisse der Wahl zur Nationalversammlung 1919 und der Reichstagswahl 1920 im Kr. Sulingen (1919-1920).

265

Hann. 122a Nrn. 7291-7292 (1919-1921)
Verschiedenes: Allgemeines; Einzelheiten, darin: Niedersächsische Volkshochschulen
Nr. 7291: Grenzen des Wehrkreiskommandos VI. Sitzungsprotokoll über Fragen im Zusammenhang mit der Haltung der Mehrheitssozialisten zu Einwohnerwehren und u. a. über die Stellung der Kreisräte zu den Landräten in den Reg.Bez. Hannover, Hildesheim und Lüneburg; Aktenvermerk betr. die Erörterung von Einwohnerwehrangelegenheiten in der Konferenz der Landräte und Oberbürgermeister. Eingabe des Vorsitzenden der Vereinigung der selbständigen Städte der Prov. Hannover zur Gleichstellung der selbständigen mit den kreisfreien Städten in Fragen der Zuständigkeit für Einwohnerwehren (1919). Nr. 7292: Gründung von Einwohnerwehren in einigen Orten der Kr. Alfeld, Gronau, Gandersheim und Marienburg. Berichte der Reg.Präs. in Hannover, Hildesheim, Lüneburg und Stade über den Zusammenhang zwischen Welfen-Umtrieben und vermehrt auftretender Gründung von Einwohnerwehren auf dem Lande. Stichwortprotokoll einer Besprechung über Einwohnerwehrprobleme in der Stadt Hannover (1919). Munitionsschiebungen im Artilleriedepot Döhren. Namensliste der Kreisräte der Prov. Westfalen, des unbesetzten Teils der Rheinprov. sowie der Prov. Hessen-Nassau. Spendenaufruf des Goslarer Kreisrats. Nachweisungen der Kreisräte über den Umfang der finanziellen Unterstützung der Einwohnerwehren durch Kr. und Gemeinden ihrer Landesschutzbezirke; Zusammenstellung des Oberkreisrates.

266

Hann. 122a Nr. 7229 (1920 (1921))
Neuordnung des Selbstschutzes
MdI-Erlaß betr. die Auflösung der Einwohnerwehren und der Zentralstelle sowie den Aufbau neuer Ortsschutzverbände mit der Maßgabe der Beteiligung aller Bevölkerungsschichten, insbes. der Gewerkschaften, Angestellten- und Beamtenverbände. Kritische Stellungnahme des RMdI zur Einschätzung der Einwohnerwehren als militärische Verbände durch die Interalliierte Kontrollkommission. Warnung des OPräs. vor der Zuspitzung parteipolitischer Konflikte als Folge des Auflösungserlasses, verbunden mit der Anregung einer Umwandlung der Einwohnerwehren in kommunale Selbstschutzorganisationen zwecks Unterstützung der Polizeibehörden. Vorschläge des Kreisrates des Landesschutzbezirks Marienburg zu Grundzügen für die Neugestaltung des Sicherheitsdienstes mit dem Ziel einer aus Einwohnern aufgestellten Polizeimiliz (Apr.). RMdI-Erlaß betr. die Durchführung der Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Berichte der Reg.Präs. über die im Zuge der Einwohnerwehrauflösung getroffenen Maßnahmen mit Stellungnahmen zur geplanten Aufhebung des Belagerungszustandes. Verbot der Neubildung von Orts- und ähnlichen Wehren (Mai). Ausführungsbestimmungen des OPräs. zum Min. Erlaß betr. Kontrolle privater Selbstschutzorganisationen durch die Landesschutzbeamten; Verbot der Teilnahme an verfassungsfeindlichen Selbstschutzbewegungen für Landesschutzbeamte (Juni). Katalog der Dienstobliegenheiten des Inspekteurs der Sicherheitspolizei, der späteren Staatspolizei. Allgemeiner Überblick über den

Stand des Selbstschutzwesens in der Prov. Hannover (Sept.). Vfg. des Oberkreisrates zum Zusammenschlußverbot von Ortswehren zu Kreis- oder Bezirksverbänden (Nov.). Satzung, Verpflichtungsschein und Merkblatt des sog. Heimschutzes Groß-Hamburg (Dez.).

267

Hann. 122a Nr. 7230 (1920)
Standorte der ehemaligen Einwohnerwehren
Meldungen der Kreisräte über die Umwandlung der Einwohnerwehren in Ortswehren bzw. Notschutzorganisationen mit Verzeichnissen der zum jeweiligen Landesschutzbezirk gehörenden Ortschaften, zum Teil mit den Namen der Wehrführer und der Stärke-Nachweisung (Sept.).

268

Hann. 122a Nrn. 7232-7233 (1919-1920)
Listen der Einwohnerwehren im Bereich des X. Armeekorps (Stärke und Bewaffnung. Stand: 10.9.1919)
Stärke und Bewaffnung der Einwohnerwehren in den einzelnen Orten der Landesschutzbezirke (o. Datum; ca. 1920).

269

Hann. 122a Nrn. 7234-7238 (1920)
Angaben über die Bewaffnung der Ortswehren des Kr. Sulingen (Sept.-Nov. 1920). Nachweisung über den Stand sowie über Waffen und Munition der Einwohnerwehren im Kr. Münden (März 1920). Meldungen über den Stand sowie Nachweisungen über Waffen und Munition der Einwohnerwehren in den Kr. der Reg.Bez. Osnabrück, Lüneburg und Stade (1920).

270

Hann. 122a Nr. 7239 (1920)
Skizzen der einzelnen Landesschutzgebiete mit Angabe der Stärke der Einwohnerwehren und der Zahl der ausgegebenen Waffen
Kartenmaterial zu folgenden Landesschutzbezirken: Aurich, Bersenbrück, Burgdorf, Celle, Einbeck, Fallingbostel, Geestemünde, Goslar, Hannover, Münden, Hameln, Harburg, Hildesheim, Ilfeld, Isenhagen, Marienburg, Melle und Osterholz.

271

Hann. 122a Nrn. 7253-7254 (1920)
Landesschutz: Eingreifen im Ernstfall (Allgemeines, Unruhen allgemeiner Art)
Nr. 7253: Appell des Oberkreisrates an die Kreisräte zwecks Verhinderung der Entwaffnung von Einwohnerwehren; MdI-Vfg. betr. die politisch ausgewogene Zusammensetzung der Einwohnerwehren (März). Kurzbericht des Reg.Präs. in Stade über den Einsatz der Einwohnerwehren im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch (Mai). Bericht der Reichswehr-Brigade VII und der 3. Reiterdivision über die Erfahrungen bei der Niederwerfung innerer Unruhen im Ruhrgebiet bzw. in Mitteldeutschland (Juli). Einsatz örtlicher Notschutzverbände gegen entwichene russische Gefangene

in den Kr. Hameln und Hadeln sowie gegen Felddiebe bei Warmsen (Kr. Stolzenau) und Brandstifter im südlichen Teil des Reg.Bez. Hildesheim (Okt.-Nov.). Kartenskizze: Sicherungsbezirke der Garnisonskommandos im Bereich des Infanterieführers 10 (6) und angrenzende Sicherungsbezirke der Marinestation Nordsee (Dez.). Nr. 7254: Auseinandersetzung um zum Teil heftige Zusammenstöße zwischen Reichswehrsoldaten und Zivilpersonen bzw. mit der USPD sympathisierenden Arbeitern in Hildesheim; Pressestimmen und Schilderung der Vorfälle aus der Sicht des Reg.Präs. und des OPräs. sowie der Hildesheimer USPD- und Gewerkschaftsleitung (Aug.).

272

Hann. 122a Nr. 7296 (1920)
Organisation Escherich
Grundsätze und Richtlinien der Gruppe Deutscher Hort. Geheiminformationen für den Fall eines angeblich bevorstehenden Räte-Umsturzes. Warnungen des Oberkreisrates und des OPräs. vor einer Unterstützung der von Bayern ausgehenden Selbstschutzbewegung durch die Landesschutzbeamten. Auseinandersetzung um geheimbündlerische Zusammenschlüsse in den Kr. Uelzen und Winsen; Kritik am indifferenten Verhalten des Reg.Präs. Mauve und des Landrates von Löhneysen. MdI-Erlaß und Pressenotiz des OPräs. betr. Auflösung bzw. Verbot der Orgesch. Waffenlieferungsstopp für die in Notschutzorganisationen umgewandelten unbewaffneten Einwohnerwehren. Umstrittener Artikel der Allgemeinen Zeitung der Lüneburger Heide: „Was ist und was will die Orgesch?" Kontroverse zwischen dem OPräs. und dem Reg.Präs. in Lüneburg über die Frage der Zusammenarbeit zwischen Land- und Kreisräten (Juni-Aug.). MdI-Erlaß zur Rechtmäßigkeit des Orgesch-Verbots. Hinweis des OPräs. auf den Zusammenhang zwischen der Auflösung der Einwohnerwehren und dem Anwachsen der Orgesch-Bewegung in der Prov. Hannover. Pressestimmen zum Orgesch-Verbot. Verdachtsmomente für Orgesch-Bestrebungen in den Kr. Gronau und Bersenbrück (Nov.).

273

Hann. 122a Nr. 7201 (1920-1921)
Lösung der Dienstverträge mit den Kreisräten; Proteste und Erklärungen der Kreisräte zur Kündigung
MdI-Erlaß betr. die Auflösung der bei den OPräs. bestehenden Landesschutzabteilungen und die geplante Überführung der Landesschutzbeamten in den Polizeiapparat (Okt. 1920). Kontroverse um Auslegung des Auflösungserlasses bzw. um strittige Punkte des mit den Kreisräten abgeschlossenen Dienstvertrages: Stellungnahmen von Vorstandsmitgliedern des Wirtschaftsverbandes der preuß. Landesschutzbeamten und Petition des Verbandes an den MdI; Denkschriften der OPräs. der Prov. Hannover, Sachsen und Brandenburg betr. die berufliche Zukunft der gekündigten Landesschutzbeamten; Eingabe des Deutschen Offiziersbundes und Berichte der Sonderkommission des Wirtschaftsverbandes über Beihilfe-, Abfindungs- und Pensionsfragen. Nachweisung der Dienstaufwandsentschädigungen für alle in der Prov. Hannover tätigen Kreisräte, ferner Berechnung der durch eine Abfindung der Kreisräte entstehenden Kosten. Verwendungsvorschläge und -wünsche einzelner

Kreisräte. Einsprüche der Kreisräte gegen die zum 1.4.1921 ausgesprochene Kündigung des Dienstvertrages (Okt. 1920-Apr. 1921).

274

Hann. 122a Nr. 7136 (Fortsetzung) (1921)
Erlasse und Verfügungen auf dem Gebiete des Landesschutzes und der Einwohnerwehren, insbesondere Verfügungen an die Kreisräte
MdI-Erlaß zur Übernahme der Offiziere unter den Landesschutzbeamten in den preuß. Polizeidienst (Jan.). Auseinandersetzungen um die Gestaltung der beruflichen Zukunft der gekündigten Kreisräte im Zusammenhang mit der Einstellung der Landesschutzbeamten-Tätigkeit; Denkschrift des Wirtschaftsverbandes der Landesschutzbeamten über die wirtschaftliche Notlage der preuß. Landesschutzbeamten (März-Nov.). Bericht des Reg.Präs. in Lüneburg über die politische Unterwanderung der sog. Heimatbunde durch die Orgesch; Verzeichnis der Heimatbunde sowie der aufgelösten bzw. freiwillig zur Auflösung gelangten Einwohnerwehren im Reg.Bez. Lüneburg.

1.3.4.3 Die Arbeit von Ordnungsorganen

275

Hann. 122a Nr. 1269 (1897-1945)
Verschiedenes
MdI-Erlaß betr. die Unterstützung der Polizei durch Militärpersonen u. a. im Falle von Unruhen (Mai 1918). Entgegnung der Pressestelle beim OPräs. auf einen im „Hannover Kurier" veröffentlichten Aufruf zur Aufnahme von durch feindliche Besatzungstruppen bedrohte Frauen und Mädchen (1921). Gefechtsbericht der zur Niederschlagung der Unruhen nach Mitteldeutschland entsandten zwei hann. Schupo-Hundertschaften, der sog. Abteilung Lampe; Anerkennungsschreiben des OPräs. und des kommandierenden Polizei-Obersten Graf von Poninski (Apr. 1921).

276

Hann. 122a Nrn. 2622- 2623 (1867-1945)
Die Aufgaben der Polizei: Verschiedenes, Zuständigkeit, Geschäftsführung
Min. Erlasse und Vfgen betr. folgende Vorgänge: Klärung der Frage der sog. politischen Neutralität der Polizeiorgane (1919); Befugnisse der Polizeiorgane gegenüber Angehörigen des Militärs (1921); formale Durchführung polizeilicher Vernehmungen sowie Waffengebrauch bei Ausschreitungen (1922); Gebühren für Polizeiakte hinsichtlich der Personenstandsregister der Juden; die Ausstellung polizeilicher Führungszeugnisse an Auswanderer (1923); Treiben radikaler Jugendorganisationen (1924); Vorbereitung der „Großen Polizeiausstellung Berlin 1926"; polizeiliche Unterbringung Obdachloser (1924-1928) mit Berichten der Reg.Präs. über die dafür anfallenden Kosten (1926); Änderungen der Strafregister-VO (1926); Verhalten bei Geständnissen beschuldigter Personen (1927); Neueinrichtung und Führung der staatlichen Melderegister (1929). Wiederholte Anregungen des Generalstaatsanwalts in Celle zu schärferem Vorgehen der Polizeibehörden vor allem im Reg.Bez.

Lüneburg gegen vagabundierende Arbeitslose (1927, 1930). Bitte des Ev.-luth. Landeskirchenamtes Hannover um verstärkten Polizeischutz gegen Schändungen des christlichen Friedhofs von Altenwerder und des jüdischen Friedhofs in Harburg-Wilhelmsburg (1928). Bericht des Ersten Staatsanwalts in Wesermünde zur Frage der rechtlichen Stellung der von Polizeibeamten zur Unterstützung herangezogenen Zivilpersonen (1931). MdI-Erlaß zur schärferen Bekämpfung der vermehrt auftretenden Fälle von Schändungen jüdischer Friedhöfe (1931).

277

Hann. 122a Nr. 7255 (1920)
Landesschutz: Neuordnung der Polizei
„Die Neuordnung des Polizeiwesens in Preußen. Unverbindlicher Entwurf des MdI" mit verschiedenen Anlagen betr. u. a. Gliederungs-, Laufbahn- und Besoldungspläne, Berechnung des Sollbestandes an uniformierten Schupo-Beamten und Noten der Entente über die deutsche Polizei (Nov.).

278

Hann. 122a Nr. 7139 (1920-1921)
„Mitteilungen" des Oberkreisrats beim Oberpräsidenten an die Kreisräte (Nr. 1-24)
Insbes. folgende Themen: Versicherungsfragen, Gebühren- und Pensionsangelegenheiten, Ausrüstung mit Waffen und Munition, Reisekosten, Mitgliederwerbung, Zeitschrift „Einwohnerwehr", Zusammenarbeit mit der Technischen Nothilfe, Waffenablieferung, Interessenvertretung und berufliche Zukunftsaussichten der Landesschutzbeamten.

279

Hann. 122a Nr. 1258 (1921-1944)
Die Verstaatlichung von Polizeiverwaltungen sowie deren Organisation; auch Verschiedenes
Von den Reg.Präs. (außer Hannover) u. a. mit der Gefahr von Arbeiterunruhen und Streiks begründete Geheim-Vorschläge zur Verstaatlichung der Polizeiverwaltungen in Hildesheim, Harburg, Lüneburg, Celle, Osnabrück, Lingen, Wilhelmshaven und Emden (1922). Erlasse und Beschlüsse des MdI betr. eine Reihe von Städten außerhalb der Prov. Hannover (1922-1929).

280

Hann. 122a Nr. 1262 (1922-1937)
Verstärkung der Schutzpolizeien der Provinz
Unterbringung und Finanzierung einer von Wilhelmshaven nach Emden verlegten Hundertschaft; Anforderung von Schupo-Beamten durch die Reichsbahndirektion Münster zur Verhinderung von Kohlendiebstählen auf dem Güterbahnhof Emden; Absprachen zwischen den OPräs. der Prov. Hannover und Westfalen betr. den Einsatz eines aus Rheine und Oberhausen abgeordneten Kommandos gegen streikende Land- und Industriearbeiter im Raum Emden (1922-1924). Unterbringung und Einsatz einer Düsseldorfer Polizeibereitschaft zur Verstärkung der Schupo vor allem im südlichen Teil des Reg.Bez. Hildesheim bei der Bekämpfung von Ernte-

und Eisenbahnplünderungen sowie von Arbeiterunruhen in Alfeld, Lauterberg und Duingen; Stärke-Nachweisung der o. a. Einheit (1923-1924). Abgelehntes Ersuchen des Lüneburger Magistrats und des Reg.Präs. in Osnabrück um Verstärkung der örtlichen Schupo (1924). Verstärkung der Schupo in Harburg-Wilhelmsburg durch Übernahme einer Hamburger Ordnungspolizei-Abteilung (1925). Personalprobleme der Polizeiverwaltungen in der Prov. durch den Abzug westfälischer Schupo-Bereitschaften nach Ende der französischen Ruhrgebietsbesetzung 1925. Abkommandierung einer Wilhelmshavener Schupo-Abteilung nach Emden; MdI-Erlaßankündigung zur Verstaatlichung der Emder Polizeiverwaltung. Festlegung der Stärke aller kasernierten Polizeiverbände der Prov. Hannover auf insgesamt 11 Bereitschaften (1925-1926). Auswahl und Kostenerstattung für die Abordnung von Polizeibeamten aus der Prov. Hannover und Berlin auf die ostfriesischen Inseln während der Badesaison in den Jahren 1928-1933. Kostenregelung für den Einsatz eines Wilhelmshavener Schupo-Trupps zur Bekämpfung nationalsozialistischer Umtriebe auf Borkum (Juli 1930); Ablehnung einer Entsendung von zusätzlichen Landjägerei-Beamten nach Langeoog durch den OPräs. nach dem Hissen der Hakenkreuzflagge durch nationalsozialistisch gesinnte Badegäste (1932). Verstärkungsanforderung des Polizeipräsidenten von Harburg-Wilhelmsburg zur Bekämpfung angeblich von der örtlichen KPD geplanter Unruhen (Nov. 1932).

281

Hann. 122a Nr. 1259 (1925-1934)
Die Organisation der Kriminalpolizei
Probleme im Zusammenhang mit der Entsendung von Beamten der LKP-Stelle Hannover in andere Reg.Bez. der Prov.; verschiedene Einwände des Stader Reg.Präs. bei den Auseinandersetzungen um die Neueinteilung der Dienstbereiche der LKP-Stellen Hannover, Harburg u. Wesermünde; Klärung durch Erlaß (1926-1927). Erlasse betr. die Organisation und Aufgaben der politischen Polizei (1928 und 1930). Einrichtung einer zentralen Nachrichtensammelstelle bei der LKP-Stelle Hannover (1929). Übersicht über die für die einzelnen Wehrkreis-Standorte zuständigen Polizeibehörden (1930). Tagesordnung und Bericht über eine Besprechung der Leiter der politischen Abteilungen der Prov. Westfalen in der als vorbildlich geltenden Nachrichtensammelstelle des Polizeipräsidenten Bochum; „Aktenplan der preuß. Polizei" (1930). Ergebnisberichte der im Okt./Nov. 1930 von der Ministerialkommission durchgeführten Prüfung der Organisation und Tätigkeit der politischen Polizei in der Prov. Hannover (außer Reg.Bez. Hildesheim); Kontrollrevision des OPräs. zur Behebung der von der Kommission festgestellten Mängel bei den politischen Polizei-Dienststellen in Hannover, Harburg-Wilhelmsburg, Wesermünde und Wilhelmshaven sowie beim Außenkommissariat Osnabrück. Kritik des Reg.Präs. in Stade an der Erweiterung des Zuständigkeitsbereichs für die politische Polizei bei der LKP-Stelle Harburg-Wilhelmsburg (1931). Protokolle der Revision der politischen Polizei in Harburg, Wesermünde, Wilhelmshaven und Hannover sowie des Außenkommissariats Osnabrück durch den OPräs. im Nov./Dez. 1931; detaillierte Übersicht über Personal und Aufgaben der politischen Abteilung beim Polizeipräsidenten Hannover mit einer Liste aller von den drei Kommissariaten der politischen Abteilung zu lesenden und abonnierten Zeitungen. Auseinandersetzungen

zwischen den Reg.Präs. von Lüneburg und Hannover um die politische polizeiliche Zuständigkeit für den im Zuge der Kreisreform 1932 neugebildeten Kr. Fallingbostel. Erlaß betr. die direkte Berichterstattung durch die LKP-Stellen an das neu zu schaffende LKP-Amt für die politische Polizei in Berlin unter Entbindung der Reg.Präs. von der selbständigen Berichterstattung über politische Vorgänge (Febr. 1933).

282

Hann. 122a Nr. 2755 (1931-1941)
Die Technische Nothilfe
Organisation und Aufgaben der Technischen Nothilfe (Die Räder, Sonderdruck, 1931). Richtlinien für den Einsatz der Technischen Nothilfe in den preuß. Landesbezirken (1930-1931). Auseinandersetzung um Kompetenzfragen beim Schutz der im Reg.Bez. Hildesheim gelegenen Energieversorgungsbetriebe und Überlandleitungen im Fall innerer Unruhen (1931). Der Einsatz in lebenswichtigen Betrieben (= Handbuch der Technischen Nothilfe e.V., Berlin 1932).

1.3.4.4 Politisches Verhalten von Beamten

283

Hann. 122a Nr. 1695 (1887-1930 (1940))
Das politische und sonstige Verhalten der Beamten
Erlaßregelung für den Beitritt von Beamten und Vollzugsmannschaften der staatlichen Polizeiverwaltung zum Allgemeinen Beamtenverband und ähnlichen Organisationen (Nov. 1918). Bekanntmachtung und Erlasse verschiedener Minister betr. das Verhalten der Beamten anläßlich der Wahlen zur National- und zur Landesversammlung im Jan. 1919. Vfg. des MdI betr. die politische Zurückhaltung vor allem der ihm unterstellten Polizeibeamten gegenüber den Organisationen Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Werwolf und den Vereinigten Vaterländischen Verbänden (1924). Mißbilligung des Verhaltens des Mündener Landrats von Stockhausen wegen dessen Teilnahme an einer antirepublikanischen Kundgebung des Kyffhäuser-Bundes und wegen gleichzeitiger Ablehnung einer Reichsbanner-Einladung zur Fahnenweihe in Münden (1925). Richtlinien des Staatsministeriums für Maßnahmen gegen Beamte wegen deren Beteiligung am Volksbegehren „Freiheitsgesetz" (1930).

284

Hann. 122a Nrn. 1832-1833 (1870-1940)
Disziplinaruntersuchungen gegen unmittelbare Staatsbeamte
Erlaß des Preuß. Ministers für Handel und Gewerbe betr. Materialerstellung zum Straferlaß für Dienstvergehen im Zusammenhang mit der Beteiligung von Beamten an den Kämpfen vom 9. Nov. 1918 bis 9. Mai 1919. Übersichten der Reg.Präs. über die Anzahl der Disziplinarverfahren und Ordnungsstrafen im Zeitraum 1925-1930. Vorschläge der Reg.Präs. für die Ernennung von Mitgliedern der Dienststrafkammern in den jeweiligen Reg.Bez.; Vorschläge des hann. Prov.Verbandes des Reichsverbandes der Deutschen Kreisbeamten sowie des niedersächsischen Bezirksausschusses des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes; Mitgliederverzeichnis der

Dienststrafkammern aller Regierungen (1932). Stellungnahmen der Reg.Präs. zur Frage der Stellung der Landräte als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft (1932).

285

Hann. 122a Nr. 1775 (1868-1944)
Urlaubsgesuche
Min. Erlaß betr. Beurlaubung von Beamten zur Ausübung des Abstimmungsrechts in den im Friedensvertrag festgesetzten Abstimmungsgebieten (1919). Eingabe der Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier zur beschleunigten Urlaubsbewilligung für Beamte zwecks Mitarbeit an den Abstimmungsvorbereitungen (1920); MdI-Erlaß betr. Urlaubsregelung für die zur Abstimmung nach Oberschlesien fahrenden Beamten (1921).

286

VVP 17 Nr. 414 (1907-1932)
Zeitungsartikel betr. Landräte in der Provinz Hannover

287

VVP 17 Nr. 415 (1908-1910, 1923-1931)
Zeitungsartikel betr. Maßregelungen von preußischen Beamten
Artikel im „Volkswillen" vom 9. Okt. 1931 über den Vorsitzenden des Prov.Ausschusses und ehemaligen Landrat in Leer Kleine.

288

Hann. 122a Nr. 1705 (1908-1942)
Das politische und sonstige Verhalten der Beamten; auch Beamtenvereine
Auseinandersetzung um die Forderung des Lindener Polizeiwachtmeister-Kameradenvereins nach dem Rücktritt des hann. Polizeipräsidenten von Beckerath wegen angeblichen Vertrauensverlusts in der Beamtenschaft (1920). Protokoll und Geschäftsbericht der 3. Jahrestagung des Reichsverbandes der Kreisbeamten in Hannover (1921). Einladungen an den OPräs. zur Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen des Deutschen Beamtenbundes-Provinzialkartell Hannover (1926): Ansprachen des Reichskanzlers Marx und des preuß. Min.Präsidenten Braun anläßlich der Vereinigung des Deutschen Beamtenbundes mit dem Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaften in Berlin (1928, 1931).

289

Hann. 122a Nr. 1707 (1909-1940)
Kommunalbeamte; „Vermischtes"
Tagesordnung und Anwesenheitsliste des ordentlichen Verbandstages der Kommunalbeamten und -angestellten Preußens e.V. 1925 in Hannover. Entschließung der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter zur rechtlichen Lage des Berufsbeamtentums (1929). Tagesordnung und Einladung zur 12. Jahrestagung des Reichsverbandes der Deutschen Kreisbeamten 1930 in Goslar. Untersuchungsbericht des Reg.Präs. in Stade über Dienstunregelmäßigkeiten von Kreiskommunalbeamten in Lehe, über die Stahlhelm-Mitgliedschaft des dortigen Kreisbaumeisters sowie das

einem Kreisausschußlehrling angelastete Kleben von Zetteln mit antisemitischem Inhalt (1931). Geschäftsbericht 1928-1930 der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter; Tagesordnung und Einladung zur 31. Vertreterversammlung des Verbandes der Kommunalbeamten und -angestellten Preußens, Bezirksgruppe Prov. Hannover, 1931 in Wilhelmshaven sowie Geschäftsbericht für das Jahr 1930. Problem der Wiederbesetzung einer Kreisausschuß-Oberinspektorenstelle in Dannenberg im Zusammenhang mit der geplanten Kreisreform 1932; Dannenberger Denkschrift „Zur Frage einer Umgliederung der Landkreise im osthannoverschen Elbgebiete"; Kartenmaterial.

290

VVP 17 Nr. 416 (1921-1932)
Versetzung des Landrats des Kreises Linden, Dr. Robert Scholz, in den einstweiligen Ruhestand

291

VVP 17 Nr. 374 (1924-1927)
Oberpräsident Gustav Noske
Zeitungsartikel („Hannoversche Landeszeitung" u.a.) betr. Noskes Amtsführung und politische Einstellung.

292

Hann. 122a Nr. 2786 (1927)
Dienstliche Mißbilligung des Verhaltens von Polizeioberst Beckert in der Flaggenfrage
Kritik sozialdemokratischer Zeitungen am politischen Verhalten des hann. Schupo-Chefs. Berichte des Reg.Präs., des Polizeipräsidenten und des Polizeiobersten Beckert betr. die näheren Umstände der unterlassenen Flaggenhissung bei einem Schupo-Reitturnier in Hannover. Mißbilligung des Verhaltens des Polizeikommandeurs durch den MdI. Eingabe Beckerts an den MdI zwecks Vermeidung öffentlicher politischer Diffamierung durch sozialdemokratische Presseorgane mit gleichzeitiger Bitte um ein förmliches Disziplinarverfahren.

293

VVP 17 Nr. 375 (1928-1933 (1951))
Oberpräsident Gustav Noske
Zeitungsartikel betr. Noskes Amtsführung als Reichswehrminister und OPräs., seine politische Einstellung, von ihm geführte Beleidigungsprozesse, seine angebliche Kollaboration mit den Franzosen (1919), Würdigungen anläßlich seines 60. Geburtstages 1928 sowie seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand 1933.

294

Hann. 122a Nr. 593 (1929-1935)
Personalien der höheren Beamten der allgemeinen und inneren Verwaltung

Bericht des OPräs. über dienstliche und persönliche Spannungen zwischen dem Reg.Präs. in Lüneburg und dessen Stellvertreter (1930). Bericht des Reg.Präs. in Aurich über die Verletzung der Beamtenpflicht durch einen Regierungsassessor in dessen Eigenschaft als deutschnationaler Reichstagswahlkandidat (1930). Auseinandersetzung um angebliche antisemitische Äußerungen von Regierungsbeamten in Aurich (1931). Kritische Beurteilung der Leistungsfähigkeit leitender Beamter der Regierung in Stade (1932).

1.3.5 Organisationsstrukturen und Aktivitäten politischer Parteien und Verbände

1.3.5.1 NSDAP und rechtsradikale Verbände sowie Landvolkbewegung

295

Hann. 122a Nrn. 5295-5296 (1867-1945)
Die Universität Göttingen
Pressenotiz des OPräs. betr. die Entgegnung auf Klagen von in der Prov. erscheinenden Zeitungen über eine angebliche Vernachlässigung heimatkundlicher Inhalte im Wissenschaftsbetrieb der Universität; Auszug aus der Universitätssatzung und Vorlesungsverzeichnis für das Sommerhalbjahr 1923. Verbot des Tragens von Parteiuniformen in Universitätsräumen nach dem uniformierten Auftritt der nationalsozialistischen Studentengruppe anläßlich der Reichsgründungsfeier 1930. „Chronik der Georg-August-Universität zu Göttingen für die Rechnungsjahre 1927-1930". Einsparungsvorschläge für den Personalbestand der landwirtschaftlichen und zweckverwandten Institute im Zusammenhang mit den Abbaumaßnahmen 1932; Eingabe der Landwirtschaftskammer für die Prov. Hannover zur Erhaltung der Institute (1932).

296

VVP 17 Nr. 2413 (1919)
Freikorps
Aufrufe der Reichswehr-Brigade Hannover und von Freikorps in der „Hannoverschen Landeszeitung" zur Anwerbung von ehemaligen Soldaten.

297

VVP 17 Nr. 3330 (1921-1944)
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Ortsgruppe Hannover
Satzung der Ortsgruppe vom 2. Juli 1921; Abschrift des Protokolls der Sitzung vom 2. Juli 1921; Liste der Teilnehmer an einer Bannerweihe am 29. März 1922.

298

Hann. 122a Nr. 2765 ((Febr.) Sept.-Okt.1923)
Maßnahmen zum Schutz der Republik

S e p t e m b e r : Auftritt des hann. NSDAP-Agitators Seifert in Bremervörde. Hinweis auf verstärkte Aktivitäten der Vaterländischen Vereinigung im Raum Uelzen. Beurlaubung des Lehrers Helmers (Celle), Hrg. des Blattes „Der Kämpfer". Auseinandersetzungen um die antisemitischen und republikfeindlichen Umtriebe des Borkumer Pastors Münchmeyer. Materialsammlung über die im Freistaat Oldenburg tätigen bzw. verbotenen rechtsradikalen Organisationen. Zeitungsbericht über einen von SPD und KPD gemeinsam veranstalteten Betriebsrätekongreß in Alfeld. Verhinderung von Geldsammlungen für die Rote Hilfe in Stadtoldendorf. Deutschvölkische Umtriebe in der Umgebung von Müden (Kr. Celle).
O k t o b e r : Aufbau sog. Selbstschutzorganisationen und Kleinkaliberübungen der Vaterländischen Vereinigung in und um Uelzen. Ermittlungen über bei Einbeck abgehaltene militärische Übungen des Bundes (der) Republik und einer kommunistischen Gruppe. Beschwerde des Republikanischen Jugendbundes Schwarz-Rot-Gold gegen die Aktivitäten des Pastors Münchmeyer (Juli). Mitteilung betr. Jungdeutscher Orden, Ortsgruppe Melle, nebst Verfassung des Jungdeutschen Ordens (Kassel 1923). Annäherung von Mitgliedern der Vaterländischen Vereinigung an die Bestrebungen der DHP im Kr. Uelzen. Geheimbündelei einer aus Angehörigen des Stahlhelms, Jungdeutschen Ordens, der DNVP und DHP bestehenden Gruppe in Lüchow. Instruktionen des Vereins ehemaliger Hindenburger in Hannover für den Fall eines Aufstandes. Flugschrift des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte u. a. mit Aufruf zum Generalstreik. Proletarische Hundertschaften bei der Firma Continental in Hannover. In Fallingbostel aufgefundene sog. Aufklärungsblätter rechtsradikal-antisemitischen Inhalts. Schießübungen und angebliches Waffenlager der Vaterländischen Vereinigung in Uelzen. Vertrieb sog. Waffenscheine für den Kampffonds der KPD in Harburg und Schwicheldt (Kr. Peine). Protestversammlung kommunistischer Landarbeiter gegen Teuerung und Inflation in Wittingen. Flurschutz-Planung in Uetze (Kr. Burgdorf). Verstärkte Gründung von Schützenklubs sowie Reit- und Geländeübungen im Raum Uelzen-Ebstorf. Hinweis auf in Bayern bevorstehende Ereignisse durch die Weitervermittlung von NSDAP-Sympathisanten nach dort. Polizeibericht über eine von DVP und KPD gemeinsam abgehaltene Versammlung in Lüneburg. Antisemitische Ausfälle bei einer deutschnationalen Veranstaltung in Mellendorf. Auseinandersetzung um die angebliche polizeiliche Duldung der in Clausthal plakatierten Generalstreikankündigung des Reichsausschusses deutscher Betriebsräte.

299

Hann. 122a Nr. 2765 (Nov. 1923-Jan. 1924)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
N o v e m b e r : Feldmarschmäßiger Abzug Lüneburger Reichswehreinheiten in Richtung Uelzen-Lehrte. Haussuchung bei einem Stahlhelm-Mitglied in Wunstorf. Bericht des hann. Polizeipräsidenten über die mißlungene Festnahme deutschvölkischer Führer. Anfrage von Arbeiterführern aus Münder betr. Bildung republikanischer Abwehrformationen gegen rechtsradikale und welfische Umtriebe im Deister-Süntel-Raum. Pressenotiz des OPräs. über radikale Agitation in den Reihen der Schupo und Versammlungsverbot für den Deutschen Herold. Polizeiliche Maßnahmen gegen Mitglieder der KPD-Ortsgruppe in Lehe. In Goslar aufgefun-

dene KPD-Aufrufe zum Generalstreik und zur Bewaffnung der Arbeiter. Verschiedene Aktivitäten von KPD-Anhängern in Gleidingen (Kr. Hildesheim). Von ortsansässigen Unternehmern geförderte sog. Deutsche Abende, insbes. für die Arbeiterschaft, in Lüneburg.

D e z e m b e r : Bericht des Reg.Präs. in Hildesheim über politische Tendenzen und Aktivitäten örtlicher -vom Bürgerbund getragener- Selbstschutzorganisationen. Mutmaßliche Umtriebe von Schmude-Anhängern bei Schwarmstedt. MdI-Erlaß betr. Auflösung des Vaterländischen Jugendverbandes Groß-Deutschland. Gründung einer Stahlhelm-Ortsgruppe in Lüneburg; Satzung der Ortsgruppe. Bericht über die Weihnachtsfeier der Stahlhelm-Ortsgruppe Hannover nebst Einladung, Anwesenheitsliste und Satzung. Öffentliche politische Lese- und Sprechabende in Hankensbüttel. Antisemitische Pöbeleien auf einer Tanzveranstaltung in Harsefeld (Kr. Stade); Text des Brigade-Ehrhardt-Liedes und Flugblatt der Deutschen Notgemeinschaft mit pseudosozialistischen Inhalten.

J a n u a r : Versammlungsverbot für den Reichsbund völkischer Kampfgewerkschaften-Ortsgruppe Celle; Nr. 2 der in Soltau erscheinenden Wochenschrift „Das Heideland". Auseinandersetzung um die Auflösung einer Mitgliederversammlung des o. a. Reichsbundes, Ortsgruppe Hannover, im Nov. 1923. Entschließung der Teilnehmer einer Reichsgründungsfeier der Stahlhelm-Ortsgruppe Sulingen. Statistischer Erhebungsbogen der Stahlhelmgruppe Emden.

300

VVP 17 Nr. 2394 (1923-1926)
Deutschvölkische Freiheitspartei
Gedruckte Ausführungen von Mitgliedern der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Zeitungsartikel betr. Beitritt der dem Völkisch-sozialen Block angehörenden Bürgervorsteher der Stadt Hannover zur NSDAP (1926).

301

VVP 17 Nr. 3339 (1923-1932)
Zeitungsberichte betr. die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Berichte über Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern (1923-1933).

302

Hann. 122a Nr. 2765 (Febr.-Apr. 1924)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
F e b r u a r : Kandidatur zweier konkurrierender völkischer Listen bei den Wahlen zum Bürgervorsteher-Kollegium in Hannover. Gründung einer Jungdeutschen Ordensgruppe in Emden. Zeitungsbericht über den Deutschen Tag der nordwestdeutschen vaterländischen Verbände in Hannover. MdI-Erlaß betr. das Aufspüren von in anderen Rechtsorganisationen untergetauchten Mitgliedern der NSDAP und der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Pressemeldung über den Verbandstag des Kreiskriegerverbandes Hildesheim. Bestrebungen zur Gründung von Deutschvölkischen Bauernschaften in Celle. Reichswart-Flugblatt Nr. 2: „Ein völkisches Programm". Verbot des nationalsozialistischen Nachfolgeverbandes Roland. Verbot

eines Fackelzuges des Göttinger Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes. Eingabe des Deutsch-Republikanischen Reichsbundes, Ortsgruppe Soltau, betr. die militärische Ausbildung von Angehörigen der Vaterländischen Vereinigung auf dem Truppenübungsplatz Munster. Organisationsaufbau und Führer des Stahlhelms in Lüneburg. Mitgliederversammlung des Deutschvölkischen Wahlvereins Emden.

M ä r z : Gründungsaufruf und Bundessatzung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Verbot von Stahlhelm-Umzügen in Hameln, Hildesheim und Aurich sowie einer Jungkorps-Fahnenweihe in Verden. Berichte der Reg.Präs. über das Auftreten des Bundes völkischer Kameraden. Antisemitische und republikfeindliche Kundgebung der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Bassum (Kr. Syke). Gründung einer Jungstahlhelmgruppe in Emden. Rundschreiben der Stahlhelm-Gauleitung Lüneburg betr. die Organisation des Meldewesens der Kreisgruppen Lüchow und Bleckede sowie die (Nicht-) Beachtung von Verboten.

A p r i l : Antisemitisch-völkische Parolen anläßlich einer Feier des Bismarckausschusses und der vaterländischen Verbände in Hannover. Anfrage des Jungnationalen Bundes wegen Abhaltung des Bundestages in Goslar; Bannerträger, Zeitschrift des Jungnationalen Bundes, Hefte 1 und 2, 1924. Blutige Tumulte während der Gründungsversammlung einer Stahlhelm-Ortsgruppe in Grasdorf (Kr. Hannover). Umzugsverbote für Stahlhelm-Veranstaltungen in Bockenem (Kr. Marienburg) und Goslar. Genehmigung eines sog. Gepäckmarsches der Jungdeutschen Ordensgruppe Goslar.

303

Hann. 122a Nr. 2765 (Mai-Sept. 1924))
Maßnahmen zum Schutz der Republik
M a i : Fahnenweihe-Programm der Stahlhelm-Ortsgruppe Duderstadt. Umzugsverbot für die Stahlhelm-Gründungsfeier in Nienburg. MdI-Anfrage betr. Betätigung der Großdeutschen Volksgemeinschaft. Krawalle bei einer Wahlversammlung des Völkisch-sozialen Blocks in Münden. Schlageter-Gedächtnisfeier der Bad Pyrmonter vaterländischen Vereine. Ermittlungsbericht der Oberstaatsanwaltschaft Hannover über den Tod eines an den Grasdorfer Stahlhelm-Tumulten Beteiligten. In Rüstringen erscheinendes antisemitisches Hetzblatt Völkisch! Parteilose Zeitschrift für nationales Leben.

J u l i : MdI-Vfg. betr. die politische Zurückhaltung der Beamten gegenüber rechtsgerichteten Organisationen. Übergriff von Anhängern des Republikanischen Reichsbundes auf einen Stahlhelmangehörigen bei Degersen (Kr. Linden).

A u g u s t : Auseinandersetzungen um die Teilnahme von Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens und des Stahlhelms an Reichswehrübungen in der Gegend von Müden und Hermannsburg bzw. bei Winsen/Aller. Überfall auf zwei Angehörige des Alfelder Jungdeutschen Ordens.

S e p t e m b e r : Ausführlicher Polizeibericht über Inhalt und Verlauf der in Hannover abgehaltenen Tagung des Föderalistenbundes; Pressestimmen zu dieser Tagung. Kontroverse um den Einsatz bewaffneter Zivilpersonen (Stahlhelm, Jungdeutscher Orden) im Sicherungsdienst der Strafvollzugsanstalt Celle.

304

VVP 17 Nr. 3331 (1924-1937)
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Ortsgruppe Göttingen
Flugblatt des NSDAP-Gaus Hannover-Süd über angebliche Kriegsgefahr (1925); Aufruf der Ortsgruppe an die Arbeiter für einen „nationalen Sozialismus" (ca. 1924).

305

VVP 17 Nr. 2423 (1925-1927)
Wehrbünde
Zeitungsartikel betr. die Wehrbünde Verband Hindenburg, Werwolf, Olympia, Tannenbergbund und Schill-Jugend.

306

VVP 17 Nr. 3333 (1925-1943)
Einzelne Ausgaben der nationalsozialistischen Parteipresse, insbes. Niedersächsischer Beobachter
Aufruf zur Wahl von Erich Ludendorff zum Reichspräsidenten (1925).

307

Hann. 122a Nr. 2766 ((1926) 1927)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
Berichte der Reg.Präs. über das Deutschbanner Schwarz-Weiß-Rot. Ausbildung von Mitgliedern des Stahlhelms und des Jungdeutschen Ordens durch Reichswehreinheiten in Lüneburg (Dez. 1926/Jan. 1927). 1927: Ermittlungen über angebliche Schießübungen des Jungstahlhelms in Hameln. MdI-Erlaß zur Überprüfung der Verstöße der NSDAP gegen das Redeverbot für Hitler. Eingabe des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wegen Verbots einer NSDAP-Versammlung in Göttingen; Beschwerde der NSDAP gegen das Versammlungsverbot (Jan.-Juni). Urteile von Stader Gerichten in der Strafsache gegen einen Hofbesitzer aus Bachenbrock (Kr. Jork) wegen verleumderischer Beleidigung während einer Denkmalseinweihung in Hollern (Kr. Jork) im Sommer 1926 (Nov. 1926; Jan.). Einigungsbestrebungen verschiedener rechtsradikaler Gruppierungen unter der Führung des Stahlhelms in Wilhelmshaven (Febr.). Verbot einer NSDAP-Veranstaltung in Göttingen u. a. wegen vermuteter blutiger Zusammenstöße. Auflösung der Jungstahlhelm-Ortsgruppe Hannover wegen Militärwaffenbesitzes; dazu umfangreiches Ermittlungsmaterial. Gründung der SA in Göttingen (März). Reg.Präs.-Berichte über Aufsplitterungstendenzen innerhalb des Jungdeutschen Ordens. Protokoll eines Jugendführer-Schulungskurses des Jungdeutschen Ordens (Apr.). MdI-Erlaß betr. Präventivmaßnahmen zum Schutz des sog. Reichsfrontsoldatentages in Berlin gegen mutmaßliche Übergriffe der KPD; diesbezügliche Mitteilungen des Reg.Präs. und des Polizeipräsidenten in Magdeburg mit Aufmarsch- und Transportplan der dortigen Stahlhelmabordnungen. MdI-Erlaß zur Auflösung des Wikingbundes. Anfrage des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung zur Verbreitung der Artamanenbewegung. Entscheidung des Leipziger Staatsgerichtshofs über das Verbot des Wikingbundes in Preußen mit Beweismaterial aus dem Schriftwechsel der Ortsgruppe Schmalkalden (Mai).

308

Hann. 122a Nr. 2766 (1927)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
Überwachungsmaßnahmen gegenüber der Organisation Roßbach; Satzungen und Richtlinien des Bundes Roßbach e.V.. Polizeibericht über eine Versammlung der im Febr. gegründeten Ortsgruppe der NSDAP in Lüneburg. Schlageter-Gedächtnisfeier, Geländespiel und Aufmarsch des Verbandes Hindenburg in Anwesenheit Ludendorffs im Raum Visselhövede; Zeitungsbericht u. a. mit dem Wortlaut der Ludendorffschen Festrede; NSDAP-Flugblatt zur zionistischen Weltverschwörungs-Legende. Geländeübung des Verbandes Hindenburg im Kr. Celle (Juni). Mitteilung des OPräs. über das Strafmaß gegen die wegen Waffenbesitzes verurteilten hann. Jungstahlhelm-Angehörigen (Juli). „Wegweiser für Funktionäre, Führer und alle Bundeskameraden", Informationsbroschüre des Reichsbanners, (enthält u. a.: Bundessatzung, Marschanleitungen, Satzungen der Unterstützungskasse, Mitgliederverzeichnis des Bundesvorstandes und des Reichsausschusses, Adressen der Gauvorstände und empfehlenswerte republikanische Zeitungen; Stand: Dez. 1926). Lagebericht der Bremer Polizeidirektion über die politische Bewegung in der ersten Junihälfte 1927. Urteil des Schöffengerichts in Torgau gegen den wegen Geheimbündelei angeklagten Führer des Bundes der Sturmsoldaten. Fingierte Spitzelberichte über eine Reihe angeblich in Hannover abgehaltener NSDAP-Veranstaltungen (Aug.). Berichte der Reg.Präs. über die Abspaltungen verschiedener Ortsgruppen von der Organisation Roßbach. Angaben zur Person Roßbachs (Sept.). Überprüfung der NSDAP-Ortsgruppe Uslar wegen eines angeblich von dort stammenden Schmähartikels auf Noske (veröffentlicht im Niedersächsischen Beobachter, Okt.). Richtlinienentwurf für die Arbeit des früheren Königin-Luise-Bundes und jetzigen Stahlhelm-Frauenbundes (Okt.). „Befehl Nr. 1" der SS-Oberleitung in München vom 13. Sept. 1927 betr. u. a. den Dienstbereich in den Staffeln, das Meldesystem sowie das Verhältnis zu SA und Partei. Haussuchung bei mutmaßlichen Wikingbündlern in Hannover (Dez.).

309

Hann. 122a Nr. 2766 (1928)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
1928: Satzungen des Tannenbergbundes. Satzung der HJ (Jan.). Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten nach einer durch KPD-Anhänger gestörten NSDAP-Versammlung in Göttingen (Febr.); Gerichtsurteil gegen die Störer (Aug.). Geheim-Denkschrift des MdI über das verbotswidrige Fortbestehen des Bundes Wiking in Preußen. Mitgliederliste der Ortsgruppe Celle des Tannenbergbundes (Mai). Rundschreiben der SS-Oberleitung (Reichsführer SS) betr. „Vorläufige Dienstordnung für die Arbeit der SS" vom 29. Juni 1928. Ausmarsch und Kundgebung der Lehrter NSDAP-Ortsgruppe in Burgdorf; Schlägerei zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten im Gewerkschaftshaus Lehrte. Anklageschrift gegen den Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt und andere Mitglieder des Wikingbundes (Aug.). Ludendorff-Auftritt in einer Tannenbergbundversammlung in Norden. Aufhebung des Redeverbots gegen Hitler (Sept.). Gründung einer

HJ-Ortsgruppe in Göttingen. Hauptsächlich gegen die SPD gerichtete NSDAP-Versammlung in Wilhelmshaven. Unterredung zwischen dem Reg.Präs. in Lüneburg und Vertretern des Jungdeutschen Ordens (Okt.). Bericht des hann. Polizeipräsidenten über die Beziehungen zwischen dem Königin-Luise-Bund und dem Stahlhelm auf Ortsgruppen- bzw. Landesverbandsebene. Werbeabend des Tannenbergbundes in Neuenkirchen (Kr. Soltau); „Meine Kampfziele. Von General Ludendorff": Flugschrift mit stark antidemokratischem und rassistischem Einschlag (Nov.). Gaueinteilung und Verfassung der Deutsch-völkischen Freiheitsbewegung. Messerstecherei und Prügeleien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten bei einer NSDAP-Versammlung in Hannover (Dez.).

310

Hann. 122a Nr. 2766 (1929)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
1929 Gründungsaufruf, Satzung und Geschäftsordnung der Stahlhelm-Selbsthilfe e.V.. Bestrebungen zur engeren politischen Zusammenarbeit zwischen Landbund und Stahlhelm (Jan.). Bildbericht über Hitlers Auftritt in der hann. Stadthalle am 26. Jan. 1929 nebst Wortlaut der Rede (= Illustrierter Beobachter, Sonderdruck vom 16.2.1929). Vfg. Hitlers über die Amtsenthebung des SS-Reichsführers Heiden und die Ernennung Himmlers zu dessen Nachfolger (Jan.); „Befehle Nr. 6 und 7" der SS-Oberleitung vom 29. Juni 1928 bzw. vom 29. Jan. 1929 betr. Organisationsfragen der SS. Bericht des OPräs. der Prov. Ostpreußen über die antisemitisch-völkischen Umtriebe der mit dem NS sympathisierenden Gruppen Deutsche Notwehr und Volksbund Deutscher Sieg, darin auch Flugschriftenmaterial, Satzungsauszüge und Mitgliederlisten (Jan.). Saalschlacht während einer NSDAP-Veranstaltung in Wilhelmshaven. Rede des ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedes und jetzigen Nationalsozialisten Friedrich (Karlsruhe) mit heftigen Ausfällen gegen die SPD in einer NSDAP-Versammlung in Wesermünde-Geestemünde. Polizeiberichte über drei Versammlungen der Nationalsozialisten im Kr. Bleckede (Febr.). Rundschreiben der SA-Führung Ober-West (Kassel) betr. Verhaltensregeln bei Aufmärschen und Saalschutz bei öffentlichen Versammlungen (März). Kritik des Bauernschaft-Kreisverbandes Lüneburg-Bleckede an der NS-Propaganda der sog. Schleswig-Holsteinischen Landvolkbewegung (Apr.).

311

Hann. 122a Nr. 2781 (1930)
Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Allgemeines)
Einstellung des Vorverfahrens gegen den Gauleiter Rust wegen mutmaßlichen Vergehens gegen Bestimmungen über die Durchführung öffentlicher Sammlungen aufgrund eines Spendenaufrufs für den erkrankten SA-Führer Dincklage (Febr./März). Freispruch für den NSDAP-Redner Münchmeyer in einem Prozeß wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz mit ausführlicher Urteilsbegründung (Febr.). LKP-Berichte und Übersicht über Organisation und Stärke der SA in den Gauen Hannover-Süd-Braunschweig, Weser-Ems und Hannover-Ost (März). Berichte der Polizei- und Reg.Präs. über die Bildung von NSDAP-Betriebszellen (März). Verbot des öffentlichen Tragens von NS-Parteiuniformen in Preußen. MdI-Kritik an der

polizeilichen Beobachtung und Überwachung der NS-Bewegung in der Prov. Hannover; Ankündigung einer ministeriellen Revision der politischen Polizei und der staatlichen Polizeiverwaltung (Juni). Gliederung der NSDAP in Gaue, Untergaue, Bezirke, Kr. und Ortsgruppen (Stand: 1.10.1929). Nachtragsbericht der LKP-Stelle Hannover über Stärke und Leitung der hann. SS (Juli). Berichte des Polizeipräsidenten. in Harburg-Wilhelmsburg über Organisation und Stärke von Ortsgruppen der KPD, NSDAP, des Stahlhelms, Tannenbergbundes und des Werwolfs sowie über den Gausturm „Nordmark" (Stand: März, Juni, Okt. 1929; Febr. und Apr. 1930). Nachweisung und Übersicht über Ortsgruppen der NSDAP und Organisation der SA im LKP-Bezirk Hannover. Zusammenfassender Bericht des OPräs. über Mängel und Ergebnisse der polizeilichen Überwachung der NS-Bewegung in der Prov. Hannover. MdI-Erlaß betr. genauere Unterrichtung über Organisation, Stärke und Pläne der radikalen Verbände (Juli). Marschverbot für geschlossene SA-Verbände anläßlich mehrerer NSDAP-Kundgebungen während des Reichstagswahlkampfs nebst Flugblatt mit Versammlungsterminen und Redner-Auftritten in Hannover (Aug.). Bericht des Reg.Präs. in Lüneburg über die NSDAP-Zugehörigkeit von Gemeindebeamten im Kr. Uelzen (Sept.). MdI-Erlaß und Bericht betr. Organisation, Mitglieder und Ziele der NSDAP-Opposition Gruppe Sozial-revolutionärer Nationalisten um Gregor und Otto Strasser (Juli). Mitteilung des Polizeipräsidenten hinsichtlich Stärke und Führung der Gruppe Sozial-revolutionärer Nationalisten, Hannover (Sept.). Vertrauliches Rundschreiben über Organisation und Mitgliedschaft der o. a. Organisation sowie Bericht über ihre politischen Perspektiven zum Zeitpunkt der Gründungszusammenkunft in Berlin (Mai 1930). Mitteilungen der Polizeipräsidenten in Hannover, Harburg-Wilhelmsburg und der Polizeidirektion Wesermünde betr. NSDAP-Sympathisanten bzw. den Gönnerzirkel Deutscher Freiheitsbund (Dez.).

312

VVP 17 Nr. 3345 (1930 (1945))
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Kreis Göttingen
Ausschnitte aus dem „Hannoverschen Tageblatt" über Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten (1930).

313

VVP 17 Nr. 3349 (1930-1936)
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Kreis Peine
Zeitungsartikel betr. Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten (1920-1932).

314

Hann. 122a Nr. 2781 (1931)
Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Allgemeines)
Berichte des hann. Polizeipräsidenten und der Reg.Präs. in Hildesheim und Lüneburg über die Durchführung und Ergebnisse der Überwachungsmaßnahmen auf den Zufahrtsstraßen nach Braunschweig wegen des dort stattfindenden NSDAP-Gauparteitages und wegen des zur gleichen Zeit geplanten Antifaschistischen Volkskongresses der KPD vom 21.-22. Febr. „Das Beamtentum und die revolutionären

Parteien“: Rechtsgutachten vor dem Hintergrund eines Disziplinarverfahrens gegen einen der NSDAP angehörenden Lehrer in Baden (Juli 1930). Eingabe der Kampfstelle gegen Zensur und Kulturreaktion Hannover bezüglich der zunehmenden Verrohung der politischen Auseinandersetzungen und ihren Auswirkungen auf Entwicklung und Verhalten der Jugend (März). Modifizierung des Erlasses betr. das öffentliche Tragen von Parteiuniformen durch den Beschluß des Provinzialrates betr. Polizei-VO vom 4. Apr. wegen des Verbots von öffentlichen Umzügen und Transporten auf Lastkraftwagen und Kraftomnibussen sowie wegen des Verbots betr. das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen. Materialzusammenstellung des LKA Berlin über „Außenpolitische Zwiespältigkeiten und Widersprüche der NSDAP“ (Apr.). MdI-Runderlaß vom 1.4.1930 betr. Inkrafttreten und Durchführung des neuen Reichsgesetzes zum Schutze der Republik vom 25.3.1930 (=Min.Bl. für die Preuß. innere Verwaltung, 91. Jg., Nr. 14, 2.4.1930); Runderlaß des MdI vom 30.3.1931 betr. Durchführung der VO des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931 (= Min.Bl. für die Preuß. innere Verwaltung, 92. Jg., Nr. 15, 1.4.1931).
Tumulte nach der Störung einer Versammlung der Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten in Hannover; Mitteilung des Polizeipräsidenten über die politische Bedeutungslosigkeit der hann. Kampfgemeinschaft (Mai). Fragen der Konzessionserteilung für das Auftreten der „SA-Bühne Herford“ im Rahmen von NS-Veranstaltungen in der Prov. Kleine Anfrage des NSDAP-Abgeordneten Kube im Preuß. Landtag wegen eines angeblichen Geheimbefehls zur Beschaffung von NSDAP-Mitgliederlisten durch die Landratsämter (Juni).

315

Hann. 122a Nr. 2781 (Fortsetzung) (1931)
Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Allgemeines)
Beobachtung des Reichsbanners und der KPD in Verden durch Nationalsozialisten sowie Angaben über die politische Haltung der Verdener Polizei und von Offizieren und Mannschaften des Infanterieregiments 17 in Celle. Sonderbefehl des SS-Sturmbanns I/12 zur Umgehung des Uniformverbots (Juli). Einsatz einer hann. Schupo-Einheit gegen tumultartige Ausschreitungen bei einem NSDAP-Umzug in Rinteln (Aug.). Von der LKP-Stelle Hannover sichergestelltes Material betr. die Aktivitäten der NSKD, darin u. a.: Rundschreiben der „Obersten SA-Führung der NSKD“ mit der Aufforderung zur sachlichen Austragung von Differenzen mit NSDAP-Mitgliedern; NSKD-Informationsbrief betr. den Ausschuß des Schriftleiters der Deutschen Revolution und die Herausgabe des neuen Organs „Die schwarze Front“ durch Otto Strasser; Vollzugsausschußbekanntmachung über die Auflösung der Kampfgruppen in Hannover und Helmstedt sowie über den Ausschluß von deren Führern; Erklärung des politischen Führers der o. a. Organisation, Otto Strasser, vor dem Hintergrund verschiedener Absplitterungserscheinungen und Fraktionsbildungen vor und nach der Führertagung in Wernigerode.; Rundschreiben zur organisatorischen und politischen Abgrenzung gegenüber der NSDAP, den völkischen Verbänden und parteimäßig nicht gebundenen Kommunisten und Anarchisten sowie zum Aufbau eigener Betriebszellen; Schulungsbriefe für das 1. Halbjahr 1931 (Aug./Sept.). Berichte der Reg.Präs. in Hannover, Hildesheim und Aurich über die

Zustände in den sog. SA-Heimen. Polizeibericht über das anläßlich der Ministereinführung von Klagges veranstaltete NSDAP-Gautreffen in Braunschweig (Sept.).

316

Hann. 122a Nr. 2782 (1931)
Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Allgemeines)
Polizeibericht über die Auseinandersetzung während der NSKD-Reichstagung auf Burg Lauenstein. Bestrebungen zur Zusammenarbeit zwischen NSDAP und Stahlhelm in Lüneburg. Rundschreiben der NSDAP-Bezirks-Leitung Groß-Hannover betr. u. a. den Umgang von Parteigenossen mit Beamten der politischen Polizei in Lokalen. Presseecho auf die Vorfälle während des Massenaufmarsches von SA und Partei in Braunschweig. Spielplan und Theateraufführung der Niedersächsischen NS-Bühne in Hannover (Okt.). Verhandlungen vor dem Schnellrichter in Hannover wegen Verstoßes gegen das Uniformverbot und wegen Teilnahme an Lastkraftwagenfahrten. LKP-Material über die Ergebnisse der NSKD-Reichstagung: Aufnahmebedingungen für Kampfgemeinschaft-Anwärter, Organisations- und Propaganda-Anordnungen sowie Bestimmungen zur militärischen Ausbildung der Kampfgruppen. Berichte des OPräs. über den Braunschweiger SA- und SS-Aufmarsch am 18./19. Okt. Vertrauliche Mitteilungen und Anfragen der LKP-Stelle Hannover betr. die sog. Sprechabende der NSDAP, Gliederung der KPD und deren Unterorganisationen, angebliche kommunistische Terrorgruppen und die Landwirtschaftlichen Aktionsausschüsse der Selbsthilfe; Satzungen der NSDAP e.V. Hannover (Okt.).

317

Hann. 122a Nr. 2782 (Fortsetzung) (1931)
Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Allgemeines)
Ermittlungen der LKP über Verbindungen zwischen der NSKD-Opposition Gruppe Sozialrevolutionärer Nationalisten und anderen nationalbolschewistischen und völkischen Zirkeln sowie KPD-Opponenten (Nov.). Verordnungsblatt der NSDAP-Reichsleitung, Folgen 10 und 11, vom 31.10. bzw. 16.11.1931. Einrichtung eines SA-Heimes in Emden. Veranstaltung sog. antimarxistischer Schulungskurse im NSDAP-Bezirk Groß-Hannover. Hinweis auf die Ausübung von Polizeifunktionen durch örtliche SA bei Unruhen in Clausthal-Zellerfeld. Oppositionelle Bestrebungen innerhalb der hann. SA. National-Kommunistische Blätter, Folge 1, vom 14.11.1931, hrg. von der Gruppe Deutsche Nationalkommunisten (alles Nov.). Einschätzung des vermeintlichen Zusammenwirkens von NSDAP und Stahlhelm durch den Gauleiter Telschow. Bericht des hann. Polizeipräsidenten über die Eröffnung und Organisation der SA-Führerschule für den Gau Hannover-Süd–Braunschweig in Kreiensen. Rundschreiben Nr. 7 des nationalsozialistischen Lehrerbundes vom 21.10.1931. Zusatzbericht des Polizeipräsidenten über Veränderung in der Nutzung der hann. SA-Heime. Anordnung des OPräs. zu energischer polizeilicher Ermittlungstätigkeit bei antisemitischen Übergriffen, hier u. a. Vorfälle in Lüneburg und Göttingen betreffend. Auseinandersetzungen um die Verweigerung eines polizeilichen Führungszeugnisses für den Eintritt in die SS durch den Landrat in Clausthal-Zellerfeld. Rundschreiben der Gauorganisationsleitung Hannover-Süd-Braunschweig betr. verstärkte Agitationstätigkeit der NSDAP unter den Beam-

ten; Rundschreiben des Bezirks Groß-Hannover mit Aufrufen zur Erfassung mittelständischer Unternehmer. Verordnungsblatt der NSDAP-Reichsleitung, Folgen 12 und 13, vom 30.11. bzw. 17.12. 1931 (alles Dez.).

318

VVP 17 Nr. 2398 (1931-1933)
Die Nationalsozialistische Bewegung
Zeitungsartikel betr. eine Propagandarede des Mitglieds der NSDAP Ahlemann, Berlin, in Peine am 26. Aug. 1931. Broschüren „Die nationalsozilistische Bewegung 1921/1924. Gründung der Ortsgruppe Hannover. Geschichte der ersten SA Hannovers. Entscheidungskampf in Niedersachsen" (1933) und „Führer zum Gautag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei am 21. und 22. Februar 1931 in der Stadt Braunschweig".

319

VVP 17 Nr. 2432 (1931-1939)
Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
Anweisungen an Betriebszellen im Gau Südhannover-Braunschweig, u.a. im Zusammenhang mit Wahlkampf (1932), Organisatorisches.

320

Hann. 122a Nr. 2782 (1932)
Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Allgemeines)
(Jan.) Zeitungsbericht über die Eröffnung der SA-Führerschule für den Gau Weser-Ems in Schloß Dornum. MdI-Erlaß zur geforderten Berichterstattung über Tarnungsbestrebungen von SA-Stürmen als Sportvereine. Dienstvorschrift der SA-Untergruppe (Gausturm) Hannover-Ost mit Aufnahmebedingungen, Aufbau und Gliederung der SA, Verhalten gegenüber der Polizei, Ausbildung und Einsatz als Saalschutz, Kennzeichen der SA-Verbände und Dienstplanschema. Plan einer Zusammenkunft Hitlers mit evangelischen Geistlichen aus der Prov. Hannover. Redeverbot für Goebbels. NSKD-Richtlinien für den Aufbau sog. revolutionärer Kampfausschüsse mit Vertretern verschiedener völkischer Verbände und kommunistischer bzw. sozialistischer Gruppierungen; Maßnahmekatalog; Rundschreiben an die Mitglieder des Führerrats, Kampfgruppenführer und Vertrauensleute; Verbot der Schwarzen Front. Streit um die Stadthallenbenutzung durch die NSDAP für Versammlungszwecke. Hinweis auf Stärke und Führung der NSDAP-Ortsgruppen Kreiensen und Northeim. (Febr.) Aufhebung des Verbots der Aufnahme von NSDAP-Mitgliedern in die Reichswehr. Verstärkte nationalsozialistische Umtriebe unter der Landbevölkerung des Kr. Northeim; Gründung einer nationalsozialistischen Betriebszelle bei der Reichsbahn in Northeim. Bericht des hann. Polizeipräsidenten über das Erscheinen der Monatsblätter des NSKK. Versammlungstätigkeit der „Kampfgemeinschaft" in Zeven und Rotenburg (März 1931) sowie im Unterwesergebiet; NSKD-Flugblatt für eine öffentliche Versammlung mit Otto Strasser in Bremerhaven (Sept. 1931). Rundschreiben der Gauleitung Hannover-Süd -Braunschweig betr. Forcierung der Propagandakampagne im Reichspräsidentenwahlkampf. Tarnungsabsicht der Goslarer SA als Volks-Sport-Verein im Falle eines Verbots.

321

Hann. 122a Nr. 2782 (1932)
Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Allgemeines)
Vorführungsverbot für den Filmstreifen „Charakterköpfe im Novemberdeutschland" mit Liste der im Film verächtlich gemachten Personen. NSKD-Rundschreiben zur Auflösung der SA, der Kampfgemeinschaft, der Betriebszellen und der sog. Revolutionären Arbeiter- und Bauernjugend. Zusammenziehung von SA-Verbänden im Reg.Bez. Lüneburg. Ergebnis der Durchsuchungsaktion in den Geschäftsräumen der SA-Gruppe Nord und des SS-Sturmbanns I/12 in Hannover. Verbot des Völkischen Beobachters. Bericht des Einbecker Bürgermeisters über seinen Besuch in der SA- und SS-Führerschule in Kreiensen. Anregung des Reg.Präs. in Hildesheim zur polizeilichen Überwachung der zwischen den NSDAP-Ortsgruppen im Kr. Einbeck und der Führerschule bestehenden Verbindungen. Artikel im hann. Volkswillen über die Kreiensener Umtriebe. Haussuchungen bei allen nationalsozialistischen Organisationen. Alarmstufen-Anordnungen der SA-Standarte 73. MdI-Erlaß betr. Eingreifen der Polizeibehörden gegen die durch auflagenstarke Verbreitung von Propagandanummern der NS-Presseorgane geplante Umgehung des Flugblattverbots.

322

VVP 17 Nr. 232 (1932-1933)
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Zeitungsartikel betr. die Politik der nationalsozialistischen Landesregierung in Oldenburg unter Ministerpräsident Röver.

323

VVP 17 Nr. 3344 (1932-1943)
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Artikel der SPD-Zeitung „Volkswille" vom 20. März 1932 über Bürgerkriegsvorbereitung der NSDAP im Süden der Provinz Hannover.

1.3.5.2 Deutsch-Hannoversche Bewegung

324

VVP 17 Nr. 251 (1903-1958)
Ostfriesland
Zeitungsartikel über das Verhältnis zu Preußen und Hannover sowie über Aktivitäten der DHP in Ostfriesland.

325

VVP 17 Nr. 2388 (1917-1933)
Verschiedene Unterlagen der Deutsch-Hannoverschen Partei
Schreiben des Mitglieds der DHP v.d. Decken an den Parteifreund Heinz Matthes vom 6. Nov. 1926 über den Jungdeutschen Orden. Offener Brief an den Geheimen Konsistorialrat Prof. D. Dr. Walther in Rostock vom Nov. 1918 wegen dessen Haltung zur Kriegsschuldfrage. Vortrag von Dr. Bojunga, Hannover, über die Notverordnung vom 1. Sept. und vom 2. Nov. 1932. Konzept einer Rede auf einer Landesversammlung über die Ziele der DHP (1925).

326
VVP 17 Nr. 189 (1918-1919)
Wahlparole der Deutsch-Hannoverschen Partei
Zahlreiche Zustimmungserklärungen zur Parole der DHP über ein selbständiges Hannover und ein nicht sozialistisches Deutschland. Schriftwechsel des Direktoriums der DHP mit Mitgliedern und Gesinnungsfreunden.

327
VVP 17 Nr. 3075 (1919)
Deutsch-Hannoversche Partei
Zeitungsartikel betr. die 21. Landesversammlung der DHP vom 24. bis 26. Mai 1919 in Hannover.

328
VVP 17 Nr. 2443 (1919-1933)
Herzogin-Victoria-Luise-Bund
Satzung des am 16. Febr. 1919 als Deutsch-Hannoverscher Frauenbund gegründeten Bundes. Zeitungsartikel betr. Tagungen und Versammlungen des Bundes.

329
VVP 17 Nr. 3076 (1922)
22. Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 27. bis 28. Mai 1922 in Hannover
Zeitungsartikel betr. die Versammlung. Korrespondenz betr. Sitzungen der Ausschüsse der Handwerker, der Landwirte und der Angestellten in der DHP anläßlich der Versammlung.

330
VVP 17 Nr. 3087 (1922)
Erste Versammlung des Bezirks Nordhannover der Deutsch-Hannoverschen Partei am 1. Oktober 1922 in Bremervörde
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

331
VVP 17 Nr. 2386 (1922-1929 (1947))
Ausführungen über die Ziele der Deutsch-Hannoverschen Partei

332
VVP 17 Nr. 3077 (1923)
23. Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 26. bis 27. Mai 1923 in Lüneburg
Zeitungsartikel betr. die Versammlung. Programm. Korrespondenz zur Vorbereitung von Ausschußsitzungen.

333
VVP 17 Nr. 3088 (1923)
Zweite Versammlung des Bezirks Nordhannover der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 29. bis 30. September 1923 in Stade
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

334
VVP 17 Nr. 3078 (1924)
24. Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 21. bis 23. Juni 1924 in Celle
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

335
VVP 17 Nr. 3089 (1924)
Erste Versammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei des Regierungsbezirks Lüneburg vom 1. bis 2. November in Walsrode
Zeitungsartikel betr. die Versammlung; Korrespondenz von Direktorium und Mitgliedern der DHP über die Versammlung als „Gegenschlag" gegen eine vorherige Ludendorff-Veranstaltung.

336
VVP 17 Nr. 2412 (1924-1925)
Vereinigung hannoverscher vaterländischer Verbände
Bildung einer „Vereinigung hannoverscher vaterländischer Verbände" (1924). Druckschrift „Ziel und Weg der Deutschen Legion" (1924).

337
VVP 17 Nr. 203 (1924-1931)
Deutsch-Hannoversche Partei
Zeitungsausschnitte betr. Landesversammlungen der DHP und Kreistagswahlen.

338
VVP 17 Nr. 2390 (1924-1931)
Landesversammlungen der Deutsch-Hannoverschen Partei
Protokolle von auf den Landesversammlungen der DHP 1925 in Hildesheim, 1927 in Wesermünde-Lehe, 1929 in Einbeck und 1930 in Uelzen gehaltenen Reden.

339
VVP 17 Nr. 3079 (1925)
25. Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 23. bis 25. Mai 1923 in Hildesheim
Zeitungsartikel betr. die Versammlung. Aufstellung über Zeitpunkte und Orte der bisherigen Versammlungen.

340
VVP 17 Nr. 3090 (1925)
Vierte Versammlung des Bezirks Nordhannover der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 26. bis 27. September 1925 in Verden
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

341
VVP 17 Nr. 3091 (1925)
Zweite Versammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei des Regierungsbezirks Lüneburg vom 7. bis 8. November 1925 in Lüchow
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

342
VVP 17 Nr. 3080 (1926)
26. Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 26. bis 27. Juni 1926 in Hannover
Zeitungsartikel betr. die Versammlung, darunter Berichte über Jubiläumsveranstaltungen zum Gedenken an die Schlacht von Langensalza 1866.

343
VVP 17 Nr. 3092 (1926)
Dritte Versammlung des Bezirks Westhannover der Deutsch-Hannoverschen Partei am 16. Mai 1926 in Bad Essen
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

344
VVP 17 Nrn. 3093-3094 (1926)
Fünfte Versammlung des Bezirks Nordhannover der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 2. bis 3. Oktober 1926 in Zeven
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

345
VVP 17 Nr. 3095 (1926)
Dritte Versammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei des Regierungsbezirks Lüneburg vom 22. bis 24. Oktober 1926 in Winsen
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

346
VVP 17 Nr. 3081 (1927)
27. Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 28. bis 30. Mai 1927 in Wesermünde
Zeitungsartikel betr. die Versammlung; Einladungen an Verbände außerhalb Hannovers; Korrespondenz des Generalsekretariats der DHP mit Rechtsanwalt Dr. Ackemann in Wesermünde wegen der Kosten der Veranstaltung.

347
VVP 17 Nr. 3096 (1927)
Erste Versammlung des Bezirks Südhannover der Deutsch-Hannoverschen Partei am 27. Februar 1927 in Northeim
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

348
VVP 17 Nr. 3097 (1927)
Vierte Versammlung des Bezirks Westhannover der Deutsch-Hannoverschen Partei am 22. Mai 1927 in Osnabrück
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

349
VVP 17 Nr. 3098 (1926)
Vierte Versammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei des Regierungsbezirks Lüneburg am 22. Oktober 1927 in Bleckede
Zeitungsartikel betr. die Versammlung; Manuskript einer auf der Versammlung gehaltenen Rede mit dem Thema: „Ein neues Deutschland als Ziel".

350
VVP 17 Nr. 3082 (1928)
Zwei Zeitungsberichte anläßlich der 28. Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 9. bis 11. Juni 1928 in Hameln

351
VVP 17 Nr. 3099 (1928)
Fünfte Versammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei des Regierungsbezirks Lüneburg vom 8. bis 9. September 1928 in Soltau
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

352
VVP 17 Nr. 3100 (1928)
Sechste Versammlung des Bezirks Nordhannover der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 13. bis 14. Oktober 1928 in Achim
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

353
VVP 17 Nr. 3101 (1928)
28. Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 9. bis 11. Juni 1928 in Hameln
Zeitungsartikel betr. die Versammlung; Kritik eines Mitglieds der DHP aus Harburg an politischen Entscheidungen seiner Partei, insbes. in wirtschaftspolitischen Fragen.

354
VVP 17 Nr. 2392 (1928-1930)
Schulungskurse der Deutsch-Hannoverschen Partei
Enthält Organisatorisches.

355
VVP 17 Nr. 3083 (1929)
29. Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 25. bis 27. Mai 1929 in Einbeck
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

356
VVP 17 Nr. 3102 (1929)
Sechste Versammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei des Regierungsbezirks Lüneburg vom 31. August bis 1. September 1929 in Wittingen
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

357
VVP 17 Nr. 3103 (1929)
Siebte Versammlung des Bezirks Nordhannover der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 14. bis 16. September 1929 in Bederkesa
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

358
VVP 17 Nr. 2405 (1930)
Deutsch-Hannoversche Partei
Korrespondenz der DHP bzw. von Mitgliedern der DHP im Zusammenhang mit der Reichstagswahl 1930. Entwurf eines gemeinsamen Aufrufs von DHP, Deutscher Staatspartei, Deutscher Volkspartei und Deutscher Wirtschaftspartei für die Wahl. Kandidatenlisten der DHP. Ergebnis einer Besprechung der Gauleitung der Deutschen Legion mit dem Landesführer der Volksnationalen Reichsvereinigung und Bürgermeister von Peine, Dr. Wietfeld, am 6. Aug. 1930.

359
VVP 17 Nr. 3084 (1930)
30. Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 24. bis 26. Mai 1930 in Uelzen
Zeitungsartikel betr. die Versammlung; Festschrift 30. Landesversammlung der DHP; 51seitiges Manuskript der auf der Versammlung gehaltenen Rede des Vorsitzenden des Direktoriums der DHP, des Grafen von Bernstorff, zu dem Thema: Reichsreform, Niedersachsen und DHP.

360
VVP 17 Nr. 3104 (1930)
Zweite Versammlung der Gruppe Emsland der Deutsch-Hannoverschen Partei am 11. Mai 1930 in Werlte
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

361
VVP 17 Nr. 3085 (1931)
31. Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei am 17. Mai 1931 in Lüneburg

Zeitungsartikel betr. die Versammlung; 20seitiges Protokoll der auf der Versammlung gehaltenen Rede des Parteivorsitzenden Graf von Bernstorff über „Niedersachsens deutsche Aufgabe"; Manuskripte weiterer Ansprachen.

362
VVP 17 Nr. 3105 (1931)
Achte Versammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei des Regierungsbezirks Lüneburg am 20. September 1931 in Gifhorn
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

363
VVP 17 Nr. 3106 (1931)
Neunte Versammlung des Bezirks Nordhannover der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 26. bis 27. September 1931 in Bremervörde
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

364
VVP 17 Nr. 2415 (1931-1932)
Zeitungsberichte betr. den Hannoverschen Heimat- und Königsbund

365
VVP 17 Nr. 3086 (1932)
32. Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei am 29. Mai 1932 in Celle
Zeitungsartikel betr. die Versammlung; 42seitiges Protokoll der Rede des Vorsitzenden Graf von Bernstorff auf der Versammlung mit dem Thema: „Wir sind das Reich"; Protokolle weiterer Ansprachen.

366
VVP 17 Nr. 3107 (1932)
Neunte Versammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei des Regierungsbezirks Lüneburg vom 3. bis 5. September 1932 in Hermannsburg
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

367
VVP 17 Nr. 3108 (1932)
Zehnte Versammlung des Bezirks Nordhannover der Deutsch-Hannoverschen Partei vom 10. bis 11. September 1932 in Cadenberge-Dobrock
Zeitungsartikel betr. die Versammlung.

1.3.5.3 Sonstige politische Parteien und Verbände

368
VVP 17 Nr. 2382 (1909-1932)
Zeitungsartikel betr. die Braunschweigisch-Niedersächsische Partei

369
VVP 17 Nr. 2400 (1913-1931 (1950))
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Regierungsbezirken Hannover und Hildesheim
Zeitungsartikel betr. die SPD, insbes. Kreis- und Unterbezirksversammlungen in den Reg.Bez. Hannover und Hildesheim. Bericht des Unterbezirks Nienburg der SPD über das Jahr 1925 mit Statistik der Mitgliederbewegung 1923 bis 1926 und Wahlergebnissen im Bereich des Unterbezirks 1924 bis 1926. Satzung der Ruhelohnkasse für Angestellte und Arbeiter der Stadt Nienburg (1929). Ausführungen über den Arbeitersport. Terminkalender der Versammlungen der SPD im Bereich der Reg.Bez. Hannover und Hildesheim sowie im Bereich Celle 1927 bis 1931.

370
VVP 17 Nr. 2385 (1919-1929)
Deutsche Demokratische Partei
Zeitungsartikel betr. die DDP. Schreiben des Mitglieds der DDP und des Preuß. Landtages A. Barteld, Hannover, vom 10. Mai 1928 an Beamte zu Fragen des Berufsbeamtentums und der Beamtenbesoldung.

371
VVP 17 Nr. 2439 (1922-1941)
Hannoversche Kriegervereine
Zahlreiche Ausgaben der „Niedersächsischen Krieger-Zeitung". „Deutscher Kriegerbote".

372
VVP 17 Nr. 2395 (1923-1930)
Deutsche Volkspartei
Zeitungsartikel betr. die DVP. Austritt des Mitglieds des Ortsvereins Hannover Hermann Kramer aus der DVP. Auszüge aus den Reden der Abgeordneten Hilferding (SPD) und Cremer (DVP) im Reichstag am 11. Febr. 1926.

373
VVP 17 Nr. 2648 (1925)
Junge Gemeinde. Wochenblatt der republikanischen Jugend. Blatt 25, 27, 29-36, 39-42, 44-46, 50-53 des Jahrgangs 1925

374
VVP 17 Nr. 2411 ((1901) 1926-1927)
Deutscher Bismarcktag
Zeitungsausschnitte betr. den ersten Deutschen Bismarcktag am 2. und 3. Apr. 1927 in Hannover.

375
VVP 17 Nr. 2404 (1926-1931)
Zeitungsartikel betr. die Zentrumspartei

376
VVP 17 Nr. 2414 (1926-1931 (1950))
Großdeutscher Orden „Heinrich der Löwe"
Zeitungsberichte betr. den Großdeutschen Orden „Heinrich der Löwe". Gedruckte Informationsschrift des Ordens über seinen Aufbau und seine Ordensregeln.

377
VVP 17 Nr. 2393 (1926-1932)
Zeitungsartikel betr. Aktivitäten der Deutschnationalen Volkspartei in der Provinz Hannover

378
VVP 17 Nr. 2422 (1926-1936)
Vaterländische Verbände
Zeitungsartikel betr. „Vaterländische Verbände". Protokoll der Rede des Abgeordneten Scheidemann (SPD) im Reichstag am 16. Dez. 1926 über den zweiten Nachtragshaushalt für das Rechnungsjahr 1926.

379
VVP 17 Nr. 2403 (1927-1931)
Reichspartei des deutschen Mittelstandes
Zeitungsartikel betr. die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei). Schreiben der Reichs-Geschäftsstelle, der Wahlkreisleitung Hannover-Ost sowie von Kreisgruppen an Ortsgruppen und Mitglieder.

380
VVP 17 Nr. 2436 (1928-1933)
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer
Satzungsergänzung, Geschäftsordnung, Rundschreiben, Kursangebot, Programme.

381
VVP 17 Nr. 2384 (1929-1932)
Zeitungsartikel betr. den „Christlichen Volksdienst" (1929) bzw. den „Christlich-Sozialen Volksdienst" (1932)

382
VVP 17 Nr. 2418 (1929-1933)
Sozialdemokratischer Film- und Lichtbilderdienst
Anträge für die Generalversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vom 16.-19. Febr. 1933. Manuskripte des sozialdemokratischen Film- und Lichtbilderdienstes von Lichtbildervorträgen über sozialdemokratische Boden- und Steuerpolitik (1931) und die Ursachen der Weltwirtschaftskrise sowie Filmverzeichnisse des Film- und Lichtbilderdienstes mit teilweiser Kurzkritik (1932).

383
VVP 17 Nr. 2402 (1930-1931)
Zeitungsartikel betr. die Volksnationale Reichsvereinigung

384
VVP 17 Nr. 2396 (1930-1933)
Zeitungsartikel betr. die Deutsche Staatspartei

385
Hann. 122a Nr. 539 (1930 (1940))
Verfassungsfeiern
Vorbereitungen für die feierliche Ausgestaltung des Verfassungstages am 11.8.1930 in Hannover; Einladungen zum Festakt sowie Planung des sportlichen Rahmenprogramms. Polizeibericht über den Verlauf der Verfassungstagsfeiern in Wesermünde und Bremerhaven: u. a. Kritik an der örtlichen SPD- und Reichsbanner-Führung wegen der Ausnutzung der Feierlichkeiten zur Reichstagswahl-Agitation. Auseinandersetzung zwischen der sog. Republikanischen Beschwerdestelle und dem OPräs. betr. antirepublikanische Tendenzen während der Verfassungsfeier des Oberlyzeums in Hannover. Bericht des Standortältesten von Lüneburg über das Abspielen der „Internationale" und das Zeigen roter Fahnen auf der dortigen amtlichen Verfassungsfeier.

1.3.6 Staatliche Maßnahmen gegen Parteien, Verbände und Presseorgane

386
Hann. 122a Nrn. 7240-7241 (1919-1921)
Presse und Politik: Allgemeines, Einzelheiten
Mitteilungen des Oberkreisrats. Hektographierte Presse-Ausschnitte mit den Rubriken Ruhe und Ordnung, Politik, Wirtschaftliches/Verschiedenes (Juni-Sept. 1920). Pressenotiz des OPräs. zum Orgesch-Verbot (Aug. 1920). Synoptischer Überblick über den „Standpunkt der Parteien zu den großen Zeitfragen".

387
Hann. 122a Nr. 2823 ((1881) 1920-1928)
Durchsuchungen, Beschlagnahme; auch Wahrung der Immunitätsrechte der Abgeordneten
MdI-Erlaß zur strengsten Beachtung des Art. 37 Reichsverfassung betr. die Abgeordneten-Immunität (1920). Runderlaß und Vfg. des MdI (1923-1928) sowie Pressenotizen des OPräs., Mitteilungen über das Verbot radikaler Hetzblätter und den Beschluß des Staatsministers über eine geplante Volksspeisungsaktion in Preußen (1923).

388
Hann. 122a Nr. 2767 (1920-1930)
Maßnahmen zum Schutz der Republik

Gesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 12.5.1920 (= RGBl. Nr. 106, Jg. 1920); VO des Reichspräsidenten aufgrund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung betr. die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen vom 19.5.1920 (= RGBl. Nr. 111, Jg. 1920); VO betr. das Verfahren zur Feststellung der Entschädigung aufgrund des Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 15.9.1920 (= RGBl. Nr. 191, Jg. 1920). VO des Reichspräsidenten zum Schutz der Republik vom 26.6.1922 (Republikschutzgesetz). Notizen des OPräs. für die Besprechung am 29.6.1922 zwecks Instruktion der Reg.Präs. und Landräte zur Ausführung des Republikschutzgesetzes; Berichte der OPräs. von Sachsen, Pommern, Schleswig-Holstein, Ostpreußen, Westfalen sowie der Grenzmark Posen-Westpreußen und der Rheinprovinz über die im Zusammenhang mit dem Republikschutzgesetz getroffenen Anordnungen (Juli 1922). Pressenotiz des OPräs. über Zeitungsbeschlagnahmungen in Göttingen und Hannover sowie Haussuchungen in Hannover, über das Verbot des Verbandes national gesinnter Soldaten in Hannover und Harburg, ferner über die Auflösung des Jungdeutschen Ordens in Northeim und Einbeck und der Stahlhelm- und Wittekind-Verbände in der Prov. (Juli 1922). Mit Beispielen versehene Zusammenstellung über die Rechtsprechung des Leipziger Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik in Verwaltungssachen (Heft I: Nov. 1922; Heft II: Mai 1923). Verbot der sog. Proletarischen Hundertschaften, auch im Zusammenhang mit Vorfällen in Springe, Celle und Wunstorf (Mai 1923). Verbot von Nachfolgeorganisationen der am 15.11.1922 in Preußen verbotenen NSDAP (Sept. 1923). VO des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 10.8.1923 (= RGBl. Nr. 70, Jg. 1923). Berichte der Reg.Präs. und der Polizeipräsidenten über den Zusammenschluß militärisch organisierter rechtsradikaler Verbände insbes. in Lüneburg, Buchholz, Celle, Osnabrück, Wilhelmshaven, Winsen und Hannover (Nov.-Dez. 1924). Mitteilungen und Anfragen des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung betr. die Großdeutsche Volksgemeinschaft und Spaltungstendenzen in der nationalsozialistischen Bewegung (Nov. 1924) sowie den Wehr-Jugend-Bund von Schill (Apr. 1925) mit Berichten der Reg.Präs. Berichte der Reg.Präs. über Organisation und Aktivitäten des Stahlhelms (Jan.-Febr. 1925). MdI-Erlasse zum „Treiben radikaler Elemente" bzw. zum schärferen Eingreifen der Polizeibehörden (Mai 1925, Aug. 1926, März 1929).

389
Hann. 122a Nr. 2767 (Fortsetzung) (1920-1930)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
Liste von beschlagnahmten und zum Vertrieb in Schupo- und Reichswehreinheiten bestimmten KPD-Zeitschriften (Juli 1925). Verzeichnis der aufgrund des Wehrgesetzes als politische Vereinigung erklärten Verbände (Mai 1926). Erörterungen um und Reg.Präs.-Berichte über den Umfang des Kleinkaliber-Schießwesens in politischen Verbänden und Schützenvereinen (Aug. 1926). Behördliche Maßnahmen nach der Nichtverlängerung des Republikschutzgesetzes: Zusammenstellungen der Reg.Präs. über (potentielle) Verstöße gegen das Republikschutzgesetz im Zeitraum Juli – Sept. 1929. Republikschutzgesetz vom 25.3.1930 (= RGBl. Nr. 9, Jg. 1920); MdI-Erlaß betr. Inkrafttreten und Durchführung des Gesetzes (Apr. 1930). Bedenken des Lüne-

burger Reg.Präs. und des Polizeipräsidenten von Harburg-Wilhelmsburg gegen die geplante Amnestie für politische Straftäter (Apr. 1930). Beschluß des Staatsministers über das Verbot der unterstützenden Betätigung der Beamten für Ziele der KPD oder NSDAP (Juni 1930). Statistik des hann. Polizeipräsidenten über Zuwiderhandlungen gegen das Republikschutzgesetz (Juli 1930). Statistische Angaben aus Kr. und Reg.Bez. der Prov. zum Abschneiden von NSDAP und KPD bei den Reichstagswahlen am 14.9.1930. Verbots- und Auflösungsvfgen gegen folgende Organisationen: Verband national gesinnter Soldaten (Juni 1922); Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten (Juli 1922); Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund (Juli 1922); Bund der Aufrechten (Juli 1922); Proletarische Hundertschaften (Mai 1923); Zentralauschuß der Groß-Berliner Betriebsräte (Aug.) und der Betriebsräte-Prov.Ausschüsse (Nov. 1923); Frontring (SA-Nachfolgeorganisation; Okt. 1924); Olympia, Deutscher Verein für Leibesübungen; Wiking-Bund; Wehrbund Ostmark, Deutschnationaler Jugendbund (alle Mai 1926). Aufhebung des NSDAP-Verbots (Dez. 1924).

390

Hann. 122a Nr. 2763 (1922)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
Angebliche militärische Übungen einer sog. Pfadfinder-Sturmkolonne bei Thelstorf im Kr. Harburg. Pressenotiz des OPräs. betr. die Richtlinien des MdI zur Handhabung des Republikschutzgesetzes. Amtshilfeersuchen des Oldenburgischen Staatsministeriums zur Verfolgung von Straftaten des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes und des Verbandes nationalgesinnter Soldaten. Verbot des in Bergen (Kr. Celle) erscheinenden antisemitischen Blattes „Der Kämpfer". Auflösung des Stahlhelms und des Wittekindbundes in Osnabrück. Mutmaßungen um die Einrichtung einer Selbstschutzorganisation des Bürgerbundes Uelzen. Aufruf des Deutsch-Republikanischen Reichsbundes-Landesverband Nordwestdeutschland. Interne Mitteilungen, Vorstandszusammensetzung und Mitgliederliste des Deutschvölkischen Schutz-und Trutzbundes, Ortsgruppe Wilhelmshaven (Stand: Jan. 1922).
A u g u s t : Beschwerde des Hrg. des Ilfelder Kreisanzeigers gegen das mehrfache Verbot des Blattes. Aufhebung des Verbots der Emder Zeitung durch MdI-Vfg. Zusammenstellung über die Mitgliederzahl des Jungdeutschen Ordens und des Stahlhelm im Reg.Bez. Hildesheim. Beschlagnahme der Niederdeutschen Zeitung in Hannover. Erneutes Verbot des Göttinger Tageblatts und erfolgreiche Beschwerde der Schriftleitung. Gründe für das Verbot der Hetzschrift Fridericus (Sept.). Verbot der Roten Fahne; Versammlungsverbot gegen den Deutschnationalen Jugendbund. Ausführliche Landrats- und Polizeiberichte über Umtriebe des Jungdeutschen Ordens im Kr. Alfeld. Bericht der Osnabrücker Polizeidirektion über Verbindungen zwischen Wittekind- und Friesen-Sachsen-Bund. „Verfassung des Jungdeutschen Ordens", Kassel 1921. KPD-Demonstration im Bereich der Celler Stadtkirche während eines Gottesdienstes. Angebliche militärische Übungen und Übergriffe von Mitgliedern eines Pfadfinderkorps auf andersgesinnte Jugendliche in Clausthal. „Werwolf"-Umtriebe in und um Verden.

391

Hann. 122a Nr. 2763 (1922)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
S e p t e m b e r : Pressenotiz des OPräs. betr. das Vorgehen gegen die Geheimbündelei. Auflösung des Jungdeutschen Ordens. Verbot der Niederdeutschen Zeitung für den Bereich der Prov. Hannover. MdI-Vfg. betr. Verbot der Deutschen Allgemeinen Zeitung. Gerüchte über von Kommunisten betriebene Vorbereitungen zu Unruhen im Raum Duingen (Kr. Alfeld). Schadensersatzforderung des Göttinger Tageblatts. Programm der in Ebstorf geplanten Generalversammlung der Vaterländischen Vereinigung Nordhannover; Satzung der Vereinigung. Aufhebung des Fridericus-Verbots für den Bereich der Prov. Hannover. MdI-Vfg. zur strafferen Anwendung des Republikschutzgesetzes bei Zeitungsverboten. Geheimrundschreiben des Ringes der Nibelungen (Bremervörde), u. a. mit Instruktionen zu konspirativen Organisationsaufbau und Verhalten sowie zum Boykott jüdischer Firmen.
O k t o b e r : Anfrage des Oldenburgischen Staatsministeriums betr. Auflösung des Nationalverbandes Deutscher Soldaten – Ortsgruppe Oldenburg -. Pressenotiz des OPräs. über die Auflösung des Bismarckbundes und des Bundes der Niederdeutschen. Verbot der NAZ; NAZ-Beschwerde und Aufruf der KPD-Ortsgruppe Hannover zu einer Protestversammlung (mit Plakat). Auseinandersetzungen um die schwarz-weiß-rote Beflaggung bzw. das Zeigen roter Flaggen bei Dorffestlichkeiten in Horneburg (Kr. Stade). Bildung von Stahlhelm-Nachfolgeorganisationen in einigen Städten Ostfrieslands. Mitteilung des Reg.Präs. über Verbindungen zwischen rechtsgerichteten Kr. in Osnabrück und München.

392

Hann. 122a Nr. 2762 (1922)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
J u n i : Veranstaltungsverbote gegen Kriegervereine und Kameradschaften in Göttingen, Hannover und Uelzen (mit Plakat). Antisemitische Hetze bei einer Tannenberg-Sedan-Feier des Jungdeutschen Ordens in Northeim. Beschlagnahme des Göttinger Tageblatts. Auflösung der Ortsgruppe „Berthold" des Verbandes nationalgesinnter Soldaten in Harburg. Auseinandersetzung um die Verhinderung von Sonnenwendfeiern in und um Osnabrück. Entschließung einer von republikanischen Parteien und Gewerkschaften veranstalteten Massenkundgebung in Osnabrück. Versammlungsverbot gegen die Osnabrücker Stahlhelm-Ortsgruppe u. a. wegen angekündigter Gegendemonstrationen der Arbeiterschaft. Handgreifliche Auseinandersetzungen um einen dem Jungdeutschen Orden angehörenden Rittergutsbesitzer in Einbeck. Protestversammlung von Einbecker Sozialdemokraten und Kommunisten aus Anlaß der Ermordung Rathenaus. Zusammenstöße zwischen Anhängern des Jungdeutschen Ordens und republikanisch gesinnten Bürgern in Northeim. Von der örtlichen KPD erstellte Namensliste betr. Leitung und Organisation der sog. Orgesch-Gruppe Hannover. Demonstration gegen eine DNVP-Sonnenwendfeier in Clausthal-Zellerfeld. Protest des ADGB-Ortsausschusses Harburg gegen die Abhaltung einer Sonnenwendfeier.

393

Hann. 122a Nr. 2762 (1922)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
J u l i : Verbot der hann. Wochenschrift „Der Sturm" und des Göttinger Tageblatts sowie Beschwerden der jeweiligen Hrg. Auflösung des Jungdeutschen Ordens in Einbeck. Verbot des Stahlhelm- und des Wittekindbundes für den Bereich der Prov. Hannover. Auflösung der Ortsgruppen des Nationalverbandes deutscher Soldaten (Ehrhardt) in Wilhelmshaven und Harburg. Eingaben der Ortsgruppen Bassum, Verden, Lengede, Emden, Leer, Buxtehude und Rotenburg gegen das Stahlhelm-Verbot. Resolution der Continental-Belegschaft u. a. mit der Forderung nach Verhaftung der namhaft gemachten Orgesch-Leute in Hannover. Verbot des Bezirkskriegertages in Letter. Völkische Umtriebe am Realgymnasium Einbeck. Interna und Satzung des Nationalverbandes deutscher Soldaten sowie Mitgliederliste der Wilhelmshavener Ortsgruppe „Ehrhardt". Entschließung des Deutschnationalen Landesverbandes Hannover-Ost gegen die Verfolgung politisch rechts stehender Gruppierungen. Verzeichnis der unter die Bestimmungen des Republikschutzgesetzes fallenden rechtsradikalen Vereinigung im Reg.Bez. Aurich. Verbot einer Fahnenweihe des Vereins ehemaliger Kampfgenossen für Artlenburg und Umgegend; Satzung des Vereins. Auseinandersetzung zwischen dem OPräs. und dem Landrat in Harburg über Zuständigkeitsfragen bei dessen Verbot der Tostedter Zeitung. Hinweise des OPräs. auf militärisch-konspirative Methoden des Jungdeutschen Ordens am Beispiel der Vorgänge in Northeim. Anzeige gegen Arbeiter wegen Beschädigung von schwarz-weiß-roten Flaggen anläßlich einer Denkmalsweihe in Ebstorf. Beschlagnahme und Verbot der Emder Zeitung und des Ilfelder Kreisanzeigers. Vom OPräs. vorgenommene Rücknahme des vom Landrat in Uslar verhängten Verbots von antirepublikanischen Verbänden in seinem Kreisgebiet. Satzung und Flugblatt des Jungdeutschen Ordens. Ausführliche Berichte des Reg.Präs., von Polizeibehörden und Landräten im Reg.Bez. Lüneburg betr. die Entwicklung, personelle Zusammensetzung der Führung, Organisation und politische Aktivitäten der in der Vaterländischen Vereinigung Nordhannover zusammengeschlossenen Heimat- und Bürgerbünde; Satzung des Bürgerbundes Lüneburg und des Landesbürgerrats Nordwestdeutschland sowie Nr. 5 der Halbmonatsschrift der Vaterländischen Vereinigung Norddeutsche Blätter. Konspirative Bestrebungen des Bundes zur Wiederaufrichtung des Kaiserreichs. MdI-Kritik am Verhalten des Landrats in Emden anläßlich der antirepublikanischen Hetze der Emder Zeitung. Auflösung des Jade-Jungkorps und des Jugendbundes Balmung in Wilhelmshaven; Satzungsentwurf des Balmung.

394

Hann. 122a Nr. 2764 (Nov. 1922-Apr. 1923)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei; Pressenotiz des OPräs. mit dem Wortlaut des Auflösungserlasses (März). Zeitungsmeldung über eine Versammlung des verbotenen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Göttingen (Apr.). Berichte der Landespolizeistelle Wilhelmshaven über verstärkte rechtsradikale Aktivitäten in den Reihen der Schupo (mit diversen NSDAP-Flugschriften). Vfg. des

OPräs. zur schärferen Überwachung der nationalsozialistischen Tarnorganisation Vereinigung deutschdenkender Arbeiter in Wilhelmshaven (März, Apr.). Ablehnender Beschluß des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik betr. die Beschwerde gegen das Verbot der in Hannover erscheinenden Wochenschrift „Der Sturm" (Apr.). Ermittlungen gegen Mitglieder der sog. Großdeutschen Arbeiterbewegung in Göttingen und Hannover wegen Klebens von Plakaten mit antisemitischem Inhalt (März/Apr.). Kritik der Göttinger SPD an der vermeintlichen Untätigkeit der Polizeibehörden gegenüber dem Treiben der örtlichen nationalsozialistischen Ersatzorganisationen (Apr.). Programm zu den im Raum Uelzen geplanten Veranstaltungen der Vaterländischen Vereinigung Nordhannover nebst Landjäger-Bericht über deren Verlauf (Mai). Mitteilung des Polizeipräsidenten in Hannover über die Einleitung eines Strafverfahrens gegen nationalsozialistische Plakatkleber (mit Plakat pseudosozialistischen und antikapitalistischen Inhalts vom Nov. 1922). Angebot der hann. KPD-Ortsgruppe an SPD und ADGB zu einheitlichem Vorgehen gegen eine Stahlhelm-Versammlung (Apr.). KPD-Aufrufe zur Teilnahme an 1.-Mai-Demonstrationen in Lüneburg. Berichte der Reg.Präs. (außer Stade) betr. die Durchführung der Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei (Apr.). Landratsberichte über die Bildung Proletarischer Hundertschaften in Wunstorf und Springe (Apr.). Versammlungsverbot gegen den sog. Arbeiter- und Mittelstandsverein in Göttingen (Apr.).

395

Hann. 122a Nr. 2764 (Mai-Juni 1923)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
Hinweise des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Landesverband Hannover, auf nationalsozialistische Umtriebe in Emden (Mai). Pressenotiz des OPräs. zum Verbot der Proletarischen Hundertschaften und zur Verbotsdurchführung gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei (Mai). Auseinandersetzung um angebliche Vorbereitungen zum bewaffneten Umsturz durch Mitglieder der Vaterländischen Vereinigung, Orgesch-Leute und Angehörige der Brigade Ehrhardt im Raum Celle-Eschede-Ebstorf-Uelzen (Apr./Mai). Verbot der ersten Nummer des Niedersächsischen Beobachters sowie erfolgreiche Beschwerde des Hrg. dagegen (Mai, Juni). Anfrage des OPräs. Noske beim Reg.Präs. in Hannover wegen Teilnahme von Zivilpersonen an militärischen Schießübungen auf dem Schießplatz Resse (Mai). Vorschlag der Polizeiverwaltung Wilhelmshaven zur engeren Zusammenarbeit mit Oldenburger Behörden bei der Bekämpfung von rechtsradikalen, in Preußen verbotenen Gruppierungen (Mai). Bericht der Polizeidirektion Celle über das Scheitern der Bildung einer Proletarischen Hundertschaft (Mai). Landratsbericht betr. Organisation und politische Zusammensetzung einer sog. Schutzwehr in Winsen (Mai). Aufforderung an den Landrat in Soltau zur Berichterstattung über eine Geländeübung der Vaterländischen Vereinigung (Mai). Sozialdemokratische Kritik am Verhalten des Einbecker Landrats wegen der Abhaltung einer deutschvölkischen Versammlung mit dem hann. Hrg. des Niedersächsischen Beobachters Seifert in Dassel (Mai). Versammlungsaktivitäten des Arbeiter- und Mittelstandsvereins in Göttingen unter Beteiligung des hann. NSDAP-Agitators Wenzel (Mai/ Juni). Auseinandersetzung um eine angeblich von Hindenburg und Ludendorff besuchte

Geländeübung eines Jungsturms bei Bodenwerder (Juni). Landjäger-Bericht über eine von der KPD-Jugendorganisation veranstaltete Sonnenwendfeier in Duingen (Juni).

396

Hann. 122a Nr. 2764 (1923)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
Zur Frage der politischen Einordnung des Vereins deutschdenkender Arbeiter (Norden und Wilhelmshaven) sowie des Sozialistischen Arbeiter- und Befreiungsbundes in Emden (Apr.-Juni). Berichte von Polizeipräsidenten und Reg.Präs. über die Durchführung militärischer Übungen von Selbstschutzorganisationen im Raum Ebstorf-Uelzen (Juli/Aug.). Teilweise blutig verlaufene Zusammenstöße im Kr. Jork wegen schwarz-weiß-roter Beflaggung bei Dorf- und Familienfesten im Sommer 1922 (Bericht vom Juli 1923). Bericht des Reg.Präs. über die Bildung kommunistischer Stoßtrupps in Hannover (Juli). Protest des Braunschweiger Gewerkschaftskartells gegen das Verbot der NAZ (Juli). Völkische Umtriebe anläßlich der Gründung eines Kreisverbandes der Vaterländischen Vereinigung Nordhannover in Lüchow (Juli). Verbotsankündigung für den in Hameln geplanten Vierten Deutschen Tag der Gemeinschaft deutsch-völkischer Bünde nebst Tagesordnung und Veranstaltungsprogramm (= Deutschvölkische Blätter Nr. 14, 9.8.1923). Aufruf der Göttinger USPD und des Gewerkschaftskartells zur Protestveranstaltung gegen die Einschränkung der universitären Lehrfreiheit sowie gegen Übergriffe auf Lehrpersonen durch völkische Verbände (Juli). Protestresolution der Freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale in Alfeld gegen das Verbot der NAZ; Anweisung des OPräs. zur Auflösung der o. a. Zentrale (Aug.). Pressenotiz des OPräs. betr. Auflösung und Verbot des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte sowie Verbot der Deutschen Zeitung (Aug.). KPD-Anfrage im Preuß. Landtag und Stellungnahmen des OPräs. Noske zu den blutigen Ausschreitungen im Rahmen verschiedener Demonstrationen am 11. Aug. in Hannover. Berichte der Reg.Präs. über Organisation und Tätigkeit des Jungdeutschen Ordens insbes. in den Reg.Bez. Hildesheim und Osnabrück (Aug.). Verbot einer Versammlung des Arbeiter- und Mittelstandsvereins in Göttingen wegen des geplanten Auftritts des NSDAP-Agitators Wenzel und der Gefahr von Tumulten (Sept.). Polizeibericht über eine von den hann. NSDAP-Gründern Wenzel und Seifert bestrittenen deutschvölkischen Versammlung in Hannover (Sept.).

397

Hann. 122a Nr. 2764 (Fortsetzung) (Sept. 1923)
Maßnahmen zum Schutz der Republik
Landjäger-Bericht über einen Bezirksjugendtag der KPD-Jugendorganisation in Völksen. Ausführlicher Bericht der Polizeiverwaltung in Alfeld über Inhalt, Verlauf und Teilnehmerkreis eines dort von KPD- und SPD-Mitgliedern veranstalteten Betriebsrätekongresses, Polizeibericht über eine KPD-Frauenversammlung in Lüneburg. In Lüneburg verbreitetes Flugblatt der Allgemeinen Arbeiter-Union, Ortsgruppe Hamburg, u. a. mit Aufruf zum Generalstreik und zur Bewaffnung der Arbeiter. Stellungnahme des Goslarer Oberbürgermeisters zu einigen tatsächlichen

oder vermeintlichen völkischen Umtrieben in der Stadt. Anwerbungsversuche eines ehemaligen Schupo-Hauptmanns unter Polizeibeamten in Osnabrück zwecks Bildung eines Freikorps. Entschließung und Forderungen der USPD-Funktionärsversammlung der Stadt Hannover betr. die Mitarbeit der Partei in der Reichsregierung.

398

Hann. 122a Nr. 2793 (1922-1927)
Prozeßsache Göttinger Tageblatt
Rechtsstreit zwischen dem o. a. Blatt bzw. dessen Verleger, Gebr. Wurm, und dem preuß. Staat nach dem im Aug. 1922 vom OPräs. verhängten Verbot der Zeitung wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz. Klageschriften der Parteien sowie Urteile und Beschlüsse folgender Instanzen: Landgericht Göttingen vom 22.8. und 10.11.1922; Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik vom 19.9.1922; Oberlandesgericht Celle vom 17.3. und 18.8.1923; Landgericht Göttingen vom 1.6.1923; Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik vom 20.10.1923; Reichsgericht vom 13.3.1925: Landgericht Göttingen vom 19.5.1926 (Vergleichsverfahren).

399

Hann. 122a Nr. 2776 (1923-1926)
Verbot von Zeitungen und Druckschriften (aus politischen Gründen): Der Sturm, Hannover
Auseinandersetzungen zwischen hann. Nationalsozialisten und dem Sturm-Hrg. um dessen umstrittene Stellung innerhalb der sog. Deutschvölkischen Freiheitsbewegung (1923).

400

Hann. 122a Nrn. 2768-2770 (1923-1933)
Verbot von Zeitungen und Druckschriften aus politischen Gründen
Niedersächsische bzw. Neue Arbeiter-Zeitung, Hannover (Organ der KPD für die Gebiete Hannover-Braunschweig und Hessen-Waldeck).

401

Hann. 122a Nr. 2779 (1923-1933)
Verbot von Zeitungen und Druckschriften aus politischen Gründen
Niederdeutsche Zeitung, Hannover (Deutschnationales Tageblatt für Nordwestdeutschland).

402

Hann. 122a Nr. 6144 (1927-1941)
Die landwirtschaftlichen Lehranstalten
Hinweis auf eine für den Gebrauch bei Disziplinarverfahren erstellte Denkschrift des MdI über „Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung". Erlaß des Landwirtschaftsministers zur verstärkten Pflege der staatsbürgerlichen Bildung in den Fach- und Fortbildungsschulen (1931).

403
Hann. 122a Nr. 2771 (1931)
Verbot von Zeitungen und Druckschriften aus politischen Gründen
Die Einheitsfront, Göttingen. 6monatiges Verbot der im Umdruckverfahren hergestellten KPD-Wochenschrift sowie ihres Beiblattes „Der proletarische Freidenker" (Apr.)

404
Hann. 122a Nrn. 2772-2773 (1931-1932)
Verbot von Zeitungen und Druckschriften aus politischen Gründen
Osnabrücker Volkszeitung. Osnabrücker Zeitung Nr. 2772: Sammlung von Zeitungsausschnitten (Mai 1931 – Febr. 1932). Nr. 2773: Einwöchiges Verbot der rechtsstehenden Osnabrücker Zeitung; Verbot des Ersatzblattes „Das neue Preußen, Kampfzeitung der NSDAP (Hitler-Bewegung)", Bez. Osnabrück (Apr.).

405
Hann. 122a Nr. 2778 (1931-1932)
Verbot von Zeitungen und Zeitschriften aus politischen Gründen
Hört! Hört! Nachrichtenblatt der NSDAP für Stadt und Landkreis Northeim. Viermonatiges Verbot der Wochenschrift wegen auf Fälschungen (z. B. der sog. Protokolle der Weisen von Zion) und Verleumdungen beruhenden Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft in dem Artikel „Die Sozialdemokratie ist eine Judenpartei" (Okt. 1931). Nach Beschwerde durch Reichsgerichtsbeschluß erfolgte Verbotsbeschränkung auf zwei Monate (Nov. 1931). Aus dem ersten Quartal 1932 stammendes Material ohne Veröffentlichungsverbot.

406
Hann. 122a Nr. 2774 (1932)
Verbot von Zeitungen und Druckschriften aus politischen Gründen
Volksblatt für Harburg-Wilhelmsburg und Umgebung. Verwarnung durch den MdI wegen politischer Diffamierung der Reichsregierung durch einen Zeitungsartikel vom 23. Juli. Eingabe des Verlages zur Aufklärung einer von der nationalsozialistischen Zeitung Blatt der Niedersachsen begangenen Indiskretion. Ablehnung des von der NSDAP-Ortsgruppe Harburg-Wilhelmsburg geforderten Verbots durch den OPräs. (Juli).

407
Hann. 122a Nr. 2775 (1932)
Verbot von Zeitungen und Druckschriften aus politischen Gründen
Niedersachsen-Stürmer, Buchholz (NSDAP-Organ für den Gau Ost-Hannover). Strafantrag des OPräs. Noske gegen den Hrg. und Schriftleiter Telschow wegen verleumderischer Behauptungen betr. die Rolle Noskes als ehemaligem Reichswehrminister bei den revolutionären Ereignissen 1918/19; Freispruch (März/ Apr.).

408
Hann. 122a Nr. 2777 (1932)
Verbot von Zeitungen und Druckschriften aus politischen Gründen

Einbecker Tageblatt (Im südhann. Teil der Prov. verbreitete und zur NSDAP tendierende Zeitung). Einwöchiges Verbot wegen Nachdrucks eines Artikels von Gregor Strasser (Febr.).

409
Hann. 122a Nr. 2783 (1932)
Erklärung Hitlers zu den bei der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei am 17.3.1932 vorgenommenen Haussuchungen
Titelseite der Reichsausgabe des Völkischen Beobachters vom 19./20./21.3.1932 mit Hitlers Aufruf „Nationalsozialisten! SA- und SS-Männer!" und seiner Erklärung „Zur Aktion Severings"; Verbot des Völkischen Beobachters vom 21.-26.3.1932. MdI-Erlaß vom 21.3.1932 betr. Verbot für Presseorgane mit vollständig abgedrucktem Hitler-Aufruf bzw. abgedruckter Erklärung. Verwarnung des OPräs. an über 30 in der Prov. erscheinende Zeitungen. Beschwerden und Eingaben einiger Hrg. Unzuträglichkeiten bei der Ausführung des Min. Erlasses vom 21.3.1932

410
Hann. 122a Nr. 2788 (1932 (1934))
Anträge auf Genehmigung von Flugblättern und Plakaten und Verstöße gegen die diesbezüglichen Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.3.1931.
Jan.: Durchsuchung des KPD-Parteibüros in Lüneburg; Verfahren wegen Herstellung und Verbreitung illegaler Druckschriften. Auseinandersetzung um den Aushang des Stürmers in der NSDAP-Geschäftsstelle Leer. SPD-Flugblatt „So beginnt das Dritte Reich" mit angeblichen Enthüllungen über erste Maßnahmen nach einer NSDAP-Machtübernahme. Versammlungsvordrucke der Eisernen Front. Eingabe des Verbandes proletarischer Freidenker, Bezirk Niedersachsen, wegen Verbotes des Flugblattes „Nicht beten – sondern kämpfen!" Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten C. Müller im preuß. Landtag wegen Verbreitung eines antisemitischen NSDAP-Flugblattes in Hameln im Sept. 1931; polizeiliche Ermittlungen. Juristische Auseinandersetzung um die Eingabe des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens betr. den auf politischen Plakaten und Flugblättern verwendeten Aufdruck „Juden haben keinen Zutritt". Febr.: NSDAP-Flugblatt mit Morddrohungen gegen jüdische Mitbürger in Hameln. Ablehnung eines Plakats für Versammlungsankündigungen der NSDAP wegen Verwendung unzulässiger Symbole und Zusätze. Flugschrift des Deutschen Landarbeiterverbandes, Hameln. Propagandamaterial zur Unterstützung der Kandidatur Duesterbergs bei den Reichspräsidentenwahlen. Anweisung des OPräs. zur besonderen Beobachtung der nationalsozialistischen Wahlpropaganda. Stahlhelm-Plakat „Parole: Duesterberg". März: SPD-Aufruf zur Wahl Hindenburgs. Erfolglose Forderung des OPräs. nach Streichung des Zusatzes „Juden haben keinen Zutritt" im Zuge des Genehmigungsverfahrens eines NSDAP-Plakats. Auslegungsstreit über Definition und Anwendung des § 10 der VO des Reichspräsidenten vom 28.3.1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. SPD-„Schlepperzettel" zur Teilnahme an der Reichspräsidentenwahl. SPD-Flugblatt „Achtung, Beamte! Was bringt euch das Dritte Reich?" Prokommunistisches Flugblatt des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der

Arbeit e.V. Auseinandersetzung um die Einordnung der sog. Hitler-Münze als Flugblatt. Mitteilungen des LKP-Amts Berlin über Zulassung bzw. Verbot von Plakaten und Flugblättern für das preuß. Staatsgebiet (Apr.). Pressekampagne des hann. Stahlhelms für Duesterberg. Auseinandersetzung um die Bewertung eines Zeitungsaushangs als Plakat im Sinne der o. a. VO des Reichspräsidenten. Verbot verschiedener Flugblätter nationalsozialistischer Organisationen.

411

Hann. 122a Nr. 2788 (Fortsetzung) (1932 (1934))
Anträge auf Genehmigung von Flugblättern und Plakaten und Verstöße gegen die Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.3.1931
April: MdI-Erlaß betr. Flugblattabwurf aus Flugzeugen. Zentrumsaufruf zur Wahl Hindenburgs (= Sonderbeilage der Hannoverschen Volkszeitung). Flugblattmaterial, Wahlzeitungen und Aufrufe zur Preuß. Landtagswahl von SPD, Deutscher Staatspartei, DHP, dem Zentrum, dem Stahlhelm und vom Allgemeinen Freien Angestelltenbund-Ortskartell Hannover. Juli: Funkdienstmitteilungen der LKP-Stelle Hannover betr. Verbot verschiedener kommunistischer Flugblätter. Nov./Dez.: Bericht des Polizeipräsidenten in Hannover über die Beschlagnahme von zum Streik auffordernden Flugblättern der KPD bzw. der RGO.

412

Hann. 122a Nr. 2791 (März-Apr. 1932)
Der Bruch des Osterfriedens durch Verteilung der Niedersächsischen Hitler-Zeitung und Niedersächsischen Tageszeitung
Chronologischer Bericht über den Hergang der Ereignisse und Maßnahmen seit der Beschlagnahme der Niedersächsischen Hitler-Zeitung bzw. NTZ. Langwieriger Rechtsstreit über die Propaganda der NSDAP zur Reichspräsidentenwahl wegen Nichteinhaltung des Osterfriedens. Nachweisungen über die im Reg.Bez. Hildesheim beschlagnahmten NSDAP-Flugblätter „Neue Notverordnung kommt nach dem 24. April"; Liste der wegen Verteilens der NTZ angezeigten Personen. Entscheidung des Celler Oberlandesgerichts auf Änderung des umstrittenen Landgerichtsurteils gegen die NTZ.

413

Hann. 122a Nr. 2795 (1932-1933)
Schadenersatzklage der Niedersächsischen Tageszeitung gegen den Preußischen Staat (4. Klage)
Befangenheitsantrag des Beklagten gegen die 9. Zivilkammer des hann. Landgerichts und Antrag auf Klageabweisung. Bericht des hann. Polizeipräsidenten über die sog. Werbeaktion der NTZ Anfang Apr. Ablehnung der Beschwerde über Verhaftungen wegen Flugblattverteilung in Hannover (Mai 1932). Schadensspezifizierung der NTZ (Juni 1932). Zwischenurteil des Landgerichts Hannover vom 2.11.1932; Berufung beim Oberlandesgericht Celle (Dez. 1932). Stellungnahme des MdI zum Oberlandesgerichts-Urteil vom 15.4.1932; Terminfestsetzung auf den 31.3.1933.

1.3.7 Politische Unruhen

1.3.7.1 Politische Unruhen in der Revolutionsphase und in den zwanziger Jahren (bis 1928)

414

VVP 17 Nr. 2368 (1919-1920)
Kapp-Putsch
Zeitungsartikel betr. Besetzung Braunschweigs durch ein Freiwilligenkorps, Absetzung der Regierung (1919), Generalstreik in Braunschweig wegen des Kapp-Putsches (1920).

415

VVP 17 Nr. 2360 (1919-1928)
Novemberrevolution 1918
Zeitungsartikel betr. die Revolution im Nov. 1918 in der Stadt Hannover.

416

Hann. 122a Nrn. 7293-7294 (1920)
Kapp-Wirren: Allgemeines; Einzelheiten
Nr. 7293: Plakataufrufe des Militärbefehlshabers der Reichswehrbrigade X und des OPräs. zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie gegen den Generalstreik. Funkspruch der Kapp-Regierung aus Berlin. Wiederholte Anweisungen an die Kreisräte, die Entwaffnung einzelner Einwohnerwehren zu vereiteln. Aufrufe der legalen und der Umsturz-Regierung (= Hannover Kurier vom 14.3.). Generalstreikankündigung des hann. Aktionsausschusses. Aufruf der Reichszentrale an die Einwohnerwehren Deutschlands; Tagesmeldungen an die Reichszentrale. „Ein Manifest der neuen Gewalthaber" (= Extrablatt des Hann. Fremdenblattes vom 15.3.). Kurzberichte aus den Landesschutzbezirken. Aufruf des Regierungskommissars Leinert. Befehle der Reichswehrbrigade X zur Aufstellung, Ausrüstung und Tätigkeit sog. Fliegender Kolonnen zur Beschlagnahme von in unrechtmäßigem Besitz befindlichen Waffen; Operationsbefehle an die Fliegende Abteilung „Schönberg" zur Durchsuchungsaktion im Leinetal von Hannover bis Einbeck/Salzderhelden. MdI-Erlaß betr. die disziplinarische Verfolgung aller mit der Staatsstreichregierung sympathisierenden Beamten; Bericht des OPräs. mit allgemein positiver Beurteilung des politischen Verhaltens der Landesschutzbeamten; Rücktritt des Hildesheimer Kreisrates wegen angeblicher Unterstützung welfischer Bestrebungen. Nr. 7294: Detaillierte Einzelberichte über die Lage in den Landesschutzbezirken während und in der Folgezeit des Kapp-Putsches, u. a. über den Einsatz der Einwohnerwehren, die politischen Aktivitäten der Aktionsausschüsse und den Verlauf der örtlichen Streikbewegung; Berichte verschiedener Provinzzeitungen.

1.3.7.2 Ausschreitungen zwischen Anhängern verschiedener politischer Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik

417

Hann. 122a Nr. 2784 (1930-Apr. 1931)

Zusammenstöße politischer Gegner, Treiben radikaler Gruppen, Versammlungsstörungen in den Regierungsbezirken Hannover und Hildesheim

1 9 3 0 August: Massenschlägerei zwischen Nationalsozialisten und Gewerkschaftlern beim Volksheim in Göttingen. Okt.: Handgemenge zwischen NSDAP- und KPD-Mitgliedern am Hohen Ufer in Hannover. Nov.: Blutige Schlägerei zwischen dem SA-Adjutanten Korsemann und politischen Gegnern am Lister Platz in Hannover. Dez.: Schwere Krawalle bei der Störung einer Reichsbanner-Veranstaltung durch Nationalsozialisten in Hameln; Flugblätter der dortigen Reichsbanner-Kreisleitung und der NSDAP-Ortsgruppe Hameln; Presseberichte über die Vorfälle. 1 9 3 1 Jan.: Zusammenstoß zwischen SA und Reichsbanner in Wolthusen, Kr. Emden. SA-Überfall auf das Hamelner Gewerkschaftshaus. Zusammenstöße zwischen SA und Kommunisten in Misburg bei Hannover nach einer NSDAP-Versammlung in Anderten (Kr. Burgdorf). Febr.: Tätlichkeit gegen Nationalsozialisten auf der Georgstraße in Hannover. Auseinandersetzung um die Übergriffe von Reichsbannerleuten auf Landjäger bei einer NSDAP-Versammlung in Hemmendorf (Kr. Hameln-Pyrmont). Besetzung eines von der NSDAP in Völksen (Kr. Springe) gemieteten Saales durch Reichsbanner, Arbeitslose und Kommunisten; tumultartige Zusammenstöße zwischen Reichsbanner und hann. Nationalsozialisten in und bei Pattensen (Kr. Springe); Presseecho aus beiden Lagern sowie umfangreiche Polizeiprotokolle über diesen Vorfall nebst Verletztenliste. Desgl. in Münder (Kr. Springe). März: Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Osterode; Demonstrationsverbot für Osterode und Umgebung. Prügelei zwischen Reichsbannerangehörigen und NSDAP-Sympathisanten in Eilensen (Kr. Einbeck). Handgreiflichkeiten zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Bennigsen (Kr. Springe). Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Alfeld; Versammlungs- und Umzugsverbot für die Stadt.

418

Hann. 122a Nr. 2784 (Mai-Juli 1931)

Zusammenstöße politischer Gegner, Treiben radikaler Gruppen, Versammlungsstörungen in den Regierungsbezirken Hannover und Hildesheim

Mai: Störung einer Kundgebung des Reichsausschusses für Volksaufklärung durch Nationalsozialisten in Hildesheim. Aufhebung des Versammlungs- und Umzugsverbots für Osterode und Umgebung. SS-Überfall auf Mitglieder der SPD bzw. SAJ auf dem Misburger Damm in Hannover. Einstellung des Verfahrens gegen Korsemann wegen Körperverletzung im Nov. 1930. Ausschreitungen nach einem SA-Umzug in Northeim. Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und politisch Andersdenkenden am Lister Turm in Hannover. Plünderungsaktion und versuchte Gefangenenbefreiung randalierender Arbeiter der Odertalsperre am 1. Mai in Bad Lauterberg; Einleitung eines Strafverfahrens wegen Totschlages gegen vier Nationalsozialisten aus Gillersheim (Kr. Northeim). Ausschreitungen zwischen Reichsbanner-

Angehörigen und Nationalsozialisten nach einer Reichsbannerfahnenweihe in Pattensen (Kr. Springe). Juni: Aufhebung des im Okt. 1930 über Peine verhängten Versammlungs- und Umzugsverbots. Versammlungen des Jungdeutschen Ordens und der KPD in Hannover; Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten auf mehreren Straßen und Plätzen der Stadt. Auflösung einer Arbeitslosen-Demonstration in Hannover. Ausschreitungen nach der Störung einer NSDAP-Erwerbslosen-Versammlung mit dem Reichstagsmitglied Karwahne durch KPD- bzw. RGO-Mitglieder in Hannover. Blutige Straßenschlachten zwischen Kommunisten, Nationalsozialisten und Polizei bei einem SA-Aufmarsch in Peine; Pressekampagne in verschiedenen Zeitungen sowie erneutes Demonstrationsverbot für die Stadt. Schlägerei und Messerstechereien zwischen Angehörigen der KPD, der NSDAP und des Jungstahlhelms am Ägidientorplatz und zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten auf der Calenberger Straße in Hannover. Juli: Schupo-Einsatzbericht über die Beerdigung eines bei den Peiner Schießereien getöteten SA-Mannes in Bad Grund. Ausschreitungen anläßlich einer NSDAP-Kundgebung mit August Wilhelm Prinz von Preußen in Hameln; Appell des SA-Sturmbanns I/164 in Hameln. Urteil im Prozeß gegen elf an den Alfelder März-Vorfällen beteiligte Kommunisten. Verbot von Versammlungen und Umzügen in Göttingen. Reichsbanner-Überfall auf ein NSDAP-Lokal in der Kanalstraße in Hannover.

419

Hann. 122a Nr. 2784 (Aug.-Nov. 1931)

Zusammenstöße politischer Gegner, Treiben radikaler Gruppen, Versammlungsstörungen im Regierungsbezirk Hannover und Hildesheim

Aug.: Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten nach einem KPD-Umzug in Clausthal-Zellerfeld; Bericht des hann. Polizeipräsidenten über die wirtschaftlichen Hintergründe der Clausthal-Zellerfelder Unruhen mit Überblick über die Situation der politischen Parteien und Verbände in Clausthal-Zellerfeld und in Herzberg. Überfall von Nationalsozialisten auf ein Reichsbannerlokal in Gillersheim (Kr. Northeim). Hohe Gefängnisstrafen für 15 bei den Juni-Ausschreitungen in Peine verhaftete Kommunisten. Sept.: LKP-Bericht über die politischen Kräfteverhältnisse in Pattensen (Kr. Springe). Okt.: SA-Provokationen gegenüber der im Goslarer Gewerkschaftshaus versammelten Reichsbanner-Schutzformation; kommunistischer Sturmversuch auf das SA-Heim in Goslar; Erwerbslosenversammlungen in der Stadt. Nov.: Kundgebung der NSDAP-Bezirksgruppe Linden mit dem ehemaligen Führer der österreichischen KP, Ehn, im hann. Rollschuhpalast. Waffenfunde nach einem nächtlichen Feuergefecht zwischen Kommunisten und Schupo bzw. Nationalsozialisten in der Clausthal-Zellerfelder Barackenkolonie an den Pfauenteichen, Auseinandersetzung um das unterbliebene polizeiliche Einschreiten gegen die bewaffnete Goslarer SA-Verstärkung; kontroverse Berichterstattung in allen politischen Lagern; Hinweis auf das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung unter den Studenten der Clausthaler Bergakademie. Überfall auf einen jungen Nationalsozialisten in der hann. Osterstraße. Schußwechsel zwischen NSDAP- und Reichsbanneranhängern in Münder (Kr. Springe). Prügeleien zwischen Reichsbanner- und NSDAP-Mitgliedern auf der Schillerstraße in Hanno-

ver. Urteil im Prozeß gegen einen kommunistischen Arbeiter wegen Beteiligung an Übergriffen auf einen SA-Trupp in Göttingen.

420

Hann. 122a Nr. 2784 (Dez. 1931-Jan. 1932)
Zusammenstöße politischer Gegner, Treiben radikaler Gruppen, Versammlungsstörungen in den Regierungsbezirken Hannover und Hildesheim
Dez.: Bericht des hann. Polizeipräsidenten über den Stand der Fahndung nach den an der Clausthal-Zellerfelder Schießerei beteiligten flüchtigen Kommunisten; KPD-Sichtweise der Ereignisse des Vormonats in: Rotes Echo Clausthal-Zellerfeld. Organ für die Interessen aller Werktätigen, Nr. 1, Dez. 1931. Konflikt zwischen dem hann. OPräs, Reg.Präs. und Polizeipräsidenten einerseits und der Volkswille-Redaktion andererseits wegen der Berichterstattung über die Verurteilung von Reichsbanner-Mitgliedern. Aktionen im Rahmen des sog. Reichserwerbslosentages am Arbeits- und Wohlfahrtsamt und in der Innenstadt Hannovers. Krawalle nach Störung einer NSDAP-Versammlung in Elbingerode (Kr. Ilfeld); Urteil im Schnellgerichtsverfahren gegen einen Kommunisten in Nordhausen. Urteile im Schnellgerichtsverfahren gegen zwölf Kommunisten wegen Beteiligung am Clausthaler Feuergefecht; Freispruch für das für den SA-Lastkraftwagen-Transport verantwortliche NSDAP-Mitglied. Tätlichkeiten und Messerstecherei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerangehörigen bei einem Tanzvergnügen in Lauenberg (Kr. Einbeck).
1 9 3 2 Jan.: Hinweis des hann. Polizeipräsidenten auf kommunistische Unruhen im Kr. Linden. Störung einer Tannenbergbund-Versammlung in der Hildesheimer Stadthalle durch Nationalsozialisten. Saalschlacht bei einer SPD-Kundgebung mit dem Reichsminister a. D. Sollmann in Göttingen. Polizeiliche Auflösung einer NSDAP-Veranstaltung in Gieboldehausen (Kr. Duderstadt).

421

Hann. 122a Nr. 2784 (Febr.-März 1932)
Zusammenstöße politischer Gegner, Treiben radikaler Gruppen, Versammlungsstörungen in den Regierungsbezirken Hannover und Hildesheim
Febr.: Schlägerei zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten einerseits und Nationalsozialisten andererseits bei einer NSDAP-Versammlung in Bonaforth bei Münden. Schwere Übergriffe von Nationalsozialisten auf Sozialdemokraten nach einer SPD-Versammlung mit dem Landtagsabgeordneten Leinert in Bodenwerder. Vernehmungsprotokolle betr. den Schupo-Einsatz und die Mitwirkung bewaffneter Nationalsozialisten bei den Schießereien in Clausthal-Zellerfeld im Nov. 1931. Tumulte nach Auflösung einer NSDAP-Veranstaltung in Urbach (Kr. Ilfeld). Zusammenstöße zwischen Reichsbanner und Nationalsozialisten nach einem NSDAP-Werbeabend der Hitler-Jugend in Dransfeld (Kr. Münden). Zusammenstoß zwischen einem SA-Verband und Mitgliedern der Eisernen Front im Gebiet von Wetteborn (Kr. Alfeld), und dem braunschweigischen Delligsen. Waffenfund beim Besitzer eines NSDAP-Lokals in Harriehausen (Kr. Osterode). März: Teilrevision des Urteils gegen 21 im Zusammenhang mit den Gillersheimer Ausschreitungen vom

Aug. 1931 verurteilten Nationalsozialisten. Freispruch im Berufungsverfahren gegen die 11 Clausthaler Kommunisten. Schüsse auf das SA-Heim in Münder (Kr. Springe). Prügeleien zwischen Kommunisten bzw. Reichsbanner und Nationalsozialisten vor dem Arbeitsamt in Clausthal-Zellerfeld; Verhinderung des Zuzugs von Reichsbanner-Verstärkung aus Goslar. Streitigkeiten zwischen Anhängern der Eisernen Front und Nationalsozialisten in Nettelrede (Kr. Springe). Einschreiten der Ortspolizeibehörde in Northeim gegen Ansammlungen von Mitgliedern der NSDAP und des Reichsbanners nach dem 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl.

Literaturhinweise

Apelt, Willibalt, Geschichte der Weimarer Verfassung, München 1946.

Barmeyer, Heide, Die hannoverschen Oberpräsidenten 1867-1933, in: Die preußischen Oberpräsidenten 1815-1945, hrg. von Klaus Schwabe, Boppard 1985, S. 137-181.

Behrend, Hanna, Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Zentrale und dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig 1921-1933. Ein Beitrag zur Führungsstruktur der nationalsozialistischen Partei (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 146), Frankfurt/M., Bern 1981.

Böhnke, Werner, Gustav Noskes Entlassung als Oberpräsident der Provinz Hannover, in: Nds. Jb. 37, 1965, S. 122-134.

Bohmbach, Jürgen, Die Endphase der Weimarer Republik in Niedersachsen, in: Nds. Jb. 54, 1982, S. 65-94.

Brüning, Kurt, Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches, 2 Bde. (Veröffentlichungen der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens, Reihe B, H.5, H.11), Hannover 1929, 1931.

Czisnik, Ulrich, Gustav Noske. Ein sozialdemokratischer Staatsmann, Zürich, Frankfurt/M., Göttingen 1969.

Delbanco, Werner, Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen - Ein analytisches Inventar, Bd.4: Die preußische Provinz Hannover, Teil 3: Akten staatlicher und kommunaler Dienststellen sowie privater Herkunft im Regierungsbezirk Osnabrück. Unter Leitung von Werner Delbanco bearbeitet von Ursula Alberts, Karin Jung und Friedrich Wilhelm Rogge (Veröffentlichungen der niedersächsischen Archivverwaltung, H.48), Göttingen 1991.

Franz, Günther, Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867-1949 (Schriften der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens, Neue Folge, Bd.33), Bremen 1957, 3. ergänzte Auflage mit einem Anhang: Die Wahlen 1951-1956.

Günther, Wolfgang, Parteien und Wahlen in Niedersachsen während der Weimarer Republik, in: Nds. Jb. 54, 1982, S. 19-43.

Haase, Elke, Studien zur Geschichte der DHP (Deutsch-Hannoversche Partei). (1890-1933), Examensarbeit (masch.schr.), Göttingen 1976.

Handbuch für die Hannoversche Provinzialverwaltung, hrg. vom Landesdirektorium der Provinz Hannover, Hannover 1931.

Hartung, Fritz, Deutsche Verfassungsgeschichte, Stuttgart 1954, 6. Auflage.

Heinrichs, Ute, Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen - Ein analytisches Inventar, Bd.4: Die preußische Provinz Hannover, Teil 2: Akten der staatlichen Dienststellen im Regierungsbezirk Stade (Veröffentlichungen der niedersächsischen Archivverwaltung, H.46), Göttingen 1988.

Hieronimus, Ekkehard, Theodor Lessing. Lebensskizze, Hannover 1972.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1981.

Mlynek, Klaus und Waldemar R. Röhrbein (Hrg.), Geschichte der Stadt Hannover, Bd. 2. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Mit Beiträgen von Dieter Brosius, Klaus Mlynek und Waldemar R. Röhrbein, Hannover 1994.

Niemann, Hans-Werner, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Niedersachsens während der Weimarer Republik, in: Nds. Jb. 54, 1982, S. 45-64.

Noakes, Jeremy, The Nazi Party in Lower Saxony 1921-1933, Oxford 1971.

Noske, Gustav, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947.

Prilop, Hans, Die Vorabstimmung in Hannover 1924. Untersuchungen zur Vorgeschichte und Geschichte der Deutsch-hannoverschen Partei im preussisch-deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Diss. Phil.(masch.schr.), Hamburg 1954.

Reuter, Gerd, KPD-Politk in der Weimarer Republik. Politische Vorstellungen und soziale Zusammensetzung der KPD in Hannover zur Zeit der Weimarer Republik, Hannover 1982.

Rogge, Friedrich Wilhelm, Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen - Ein analytisches Inventar, Bd.1: Freistaat Braunschweig, Bd.2: Freistaat Schaumburg-Lippe, Bd.3: Freistaat Oldenburg (Veröffentlichungen der niedersächsischen Archivverwaltung, H.41, H.44, H.45), Göttingen 1984 (Bde. 1 und 2), 1986 (Bd. 3).

Vogt, Martin, Das Kabinett Müller I. 27. März bis 21. Juni 1920. Bearbeitet von Martin Vogt (Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrg. von Karl Dietrich Erdmann und Wolfgang Mommsen), Boppard 1971.

Wette, Wolfram, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.

Index

Achim, Kreis, Sicherheitswehr 245
–, –, Wahlen 228
ADGB Harburg, Stadt 392
Akademische Correspondenz 95
Alfeld, Kreis, Einwohnerwehren 265
–, –, Jungdeutscher Orden 390
–, Stadt, Betriebsrätekongreß 397
–, –, März-Vorfälle 418
–, –, Unruhen 280, 417
Allgemeine Arbeiter-Union 263
–, Hamburg, Stadt 397
Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide 272
Allgemeiner Beamtenverband 283
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund 284
Anderten, Kreis Burgdorf, NSDAP 417
Angestelltenrat, Lüneburg, Stadt 17
Antifaschistischer Volkskongreß 314
Antisemitismus 83, 276, 289, 294, 298, 302, 303, 310, 317, 390, 391, 392, 394, 399, 405, 410
–, Fallingbostel, Stadt 298
–, Harsefeld, Kreis Stade 299
–, Mellendorf, Stadt 298
Arbeit und Beruf, Monatsschrift 100
Arbeiter- und Mittelstandsverein, Göttingen, Stadt 394, 395, 396
Arbeiter- und Soldatenräte s. a. Zentral-Arbeiterrat
Arbeiter- und Soldatenrat, allgemein 101
–, Berlin 236
–, Borkum 51
–, Braunschweig, Land 106
–, Demobilmachung 236
–, Hannover, Stadt 93, 101
–, Lingen, Stadt 53
–, Lüneburg, Stadt 52
Arbeiterrat, Göttingen, Stadt 53
–, Hamburg, Stadt 53
–, Osterholz, Kreis 71
–, Unterwesergebiet 263
Arbeitsausschuß Deutscher Verbände 95
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Föderalisten 95
Arbeitsgemeinschaft Rossbach s. a. Rossbach
Arbeitsgemeinschaft Rossbach 24
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer 380
Arbeitslöhne, öffentlicher Dienst 22
Arbeitslosenbewegung, Goslar, Stadt 419
–, Hannover, Stadt 418, 420
Arbeitslosenfürsorge, Unterstützung 4, 5, 7
Arbeitslosigkeit, Arbeitslose, Jugendliche 6, 14
–, –, Maßnahmen 6, 210
–, –, Vagabunden 276
Arbeitsmarkt, Braunschweig, Freistaat 238
–, Clausthal-Zellerfeld, Stadt 9
–, Goslar, Kreis 9
–, Hannover, Provinz 238
–, –, Stadt 67
–, Meppen, Kreis 124
–, Niedersachsen 6, 100
–, –, Landwirtschaft 4, 5
–, Norderney 59
–, Oldenburg, Freistaat 238
Arbeitsverweigerungsaktionen 240
Arbeitszeit, Kohlebergbau 69, 72
–, Werkstätten 241
Artamanenbewegung 307
Aurich, Stadt, Stahlhelm 302
Ausländer 98
Ausländische Arbeiter, Arbeitserlaubnis 100
–, Arbeitsgenehmigung 5
–, Arbeitslosenunterstützung 238
–, Aufenthaltsbestimmung 18, 19
–, Beschäftigungsbeschränkunge 20
–, Landwirtschaft 18, 24
Ausschreitungen s. Unruhen

Bad Lauterberg, Stadt, Gefangenenbefreiung 418
Bannerträger 302
Bansi, Gustav, Regierungspräsident 206
Barteld, Adam 370
Beamte s. a. Reichsverband der Deutschen Kreisbeamten
Beamte, Disziplinarverfahren 284
–, Notstandsbeihilfen 11
–, Novemberkämpfe 1918 284
–, politisches Verhalten 95, 283, 285, 292, 294, 303, 311, 314, 315, 389
Beckerath, Rudolf von, Polizeipräsident 288
Beckert, Paul, Polizeioberst 292
Bennigsen, Kreis Springe, Unruhen 417
Berghaus, Jann, Regierungspräsident 206
Berlin, Arbeiter- und Soldatenrat 236

–, Freiwilligenregiment 87
Berliner Betriebsräte 65
Bernstorff, Georg Ernst Graf von 359, 361, 365
Bersenbrück, Kreis, Orgesch-Bewegung 272
Betriebsrätegesetz 17
–, Ausführung 21
–, Text 21
Betriebsrätekongreß, Alfeld, Stadt 298, 397
Betriebsstillegung, Aurich, Reg.Bezirk 69
–, Stade, Reg.Bezirk 69
Bismarckausschuß 302
Bismarckbund 391
Bleckede, Kreis, NSDAP 310
–, –, Wahlen 213
Bodenwerder, Stadt, Unruhen 421
Bojunga, Helmut, Dr. 325
Bonaforth, Kreis Münden, Unruhen 421
Borkum, Arbeiter- und Soldatenrat 51
–, NSDAP 280
Braun, Otto, Ministerpräsident 288
Braunschweig, Freistaat, Einwohnerwehren 247
–, –, Verfassung 105
–, Land, Arbeiter und Soldatenrat 106
–, Landtagswahl 110
–, Stadt, Generalstreik 414
–, –, NSDAP 316
–, –, –, Gauparteitag 314
–, –, Schutzstaffel 316
–, –, Streik, Industriearbeiter 256
–, –, Sturmabteilung 316
Braunschweiger Gewerkschaftskartell 396
Braunschweigisch-Niedersächsische Partei 368
Braunschweigische Landeswehr, Richtlinien 244
–, Waffennachweis 248
Braunschweigischer Landeswahlverband 146
Bremen, Stadt, Einwohnerwehren 256
Brennholzversorgung, Hildesheim, Stadt 70
Brennstoffversorgung, Hannover, Provinz 71, 72, 73, 74
Brüning, Kurt, Wirtschaftswissenschaftler 124
Buchholz, Kreis Harburg, Einwohnerwehren 251
Bürger- und Bauernwehren, Jork, Kreis 251
–, Kehdingen, Kreis 251
–, Stade, Kreis 251
Bürgerbund Lüneburg 393
Bürgerwehr, Hameln, Kreis 245
–, Springe, Kreis 245
Bund der Niederdeutschen 391
Bund der Republik 298
Bund der Sturmsoldaten 308
Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen 13
Bund für niedersächsische Volkshochschule und Volksbildungsheime 265
Bund für Volkshochschule s. a. Volkshochschule
Bund Rossbach e.V. 308
Bund völkischer Kameraden 302
Bund zur Erneuerung des Reiches e.V. 121
Bund zur Wiederaufrichtung des Kaiserreichs 393
Bundesrepublik Nordwestdeutschland 111
Burgdorf, Kreis, Einwohnerwehren 249
–, –, Wahlen 223

Campe, D. von 30
Celle, Kreis, Einwohnerwehren 244
–, –, Orgesch-Bewegung 395
–, –, Streik, Landarbeiter 24
–, –, Wahlen 218
–, Stadt, KPD 390
–, –, Tannenbergbund 309
–, –, Volkswehr, Statuten 247
Celler Landarbeiterverband 240
Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 307, 395, 410
Christliche Volkspartei, Selbständigkeit Niedersachsens 146
Christlicher Volksdienst 381
Clausthal-Zellerfeld, Stadt, Arbeitslosigkeit 9
–, –, DNVP 392
–, –, Sturmabteilung 317
–, –, Unruhen 419, 421
–, –, NSDAP 192
–, –, Unruhen 390
Collmener-Quarzporphyr-Steinbrüche GmbH 44
Cordes, Cord, Vorsitzender des Hannoverschen Landbundes 83, 85
Cuxhaven, Stadt, Einwohnerwehren 251, 256

Dannenberg, Kreis, Einwohnerwehren 249
–, –, Wahlen 219
Das Andere Deutschland 95
Das Heideland 299
Das neue Preußen, Verbot 404
DDP, Selbständigkeit Niedersachsens 146
Decken, v. d. 325
Delligsen, Kreis Gandersheim, Unruhen 421
Demobilmachungsamt s. a. Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung
Demobilmachung 87, 236, 238, 241, 253, 278
Der Kämpfer 298, 390

Der proletarische Freidenker 403
Der Staatsbürger 121
Der Sturm 393, 394, 399
Der Weg zur Freiheit 95
Deutsch-Hannoversche Partei s. DHP
Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Göttingen 302
Deutsch-polnisches Abkommen 1926 19
Deutsch-Republikanischer Reichsbund 390
Deutschvölkische Freiheitsbewegung 309
Deutschbanner Schwarz-Weiß-Rot 307
Deutsche Allgemeine Zeitung 391
Deutsche Beamtengenossenschaftsbank 11
Deutsche Demokratische Partei, Hannover, Stadt 370
Deutsche Legion 336, 358
Deutsche Nationalkommunisten 317
Deutsche Notgemeinschaft 299
Deutsche Notwehr 310
Deutsche Revolution, NSDAP-Organ 315
Deutsche Staatspartei 384
–, Reichstagswahl 358
Deutsche Tageszeitung 59
Deutsche Volkszeitung 152
Deutsche Wirtschaftspartei, Reichstagswahl 358
Deutsche Zeitung 396
Deutscher Beamtenbund 261, 288
Deutscher Bismarcktag 374
Deutscher Freiheitsbund 311
Deutscher Herold 299
Deutscher Hort, Richtlinien 272
Deutscher Junghandwerkerbund 79
Deutscher Kriegerbote 371
Deutscher Landarbeiterverband 24, 410
Deutscher Landbund 53
–, Kreis Fallingbostel 101
Deutscher Metallarbeiterverband 263
Deutscher Offizierbund 253, 273
Deutscher Republikanischer Reichsbund, Soltau, Stadt 302
Deutscher Transportarbeiterverband 23
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 8
Deutsches Reich, Neugliederung 180
Deutschnationaler Jugendbund 390
Deutschnationaler Landesverband Hannover-Ost 393
Deutschvölkische Blätter 396
Deutschvölkische Freiheitspartei 300, 394
–, Bassum, Kreis Syke 302
–, Lüneburg, Stadt 298
Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Göttingen, Stadt 394
–, Oldenburg, Stad t390
–, Wilhelmshaven, Stadt 390
Deutschvölkischer Wahlverein, Emden, Stadt 302
DHP, Bezirksversammlung 180, 330, 333, 335, 340, 341, 343, 344, 345, 347, 348, 349, 351, 352, 356, 357, 360, 362, 363, 366, 367
–, Hannover, Stadt 327
–, Kreistagswahlen 337
–, Landesversammlung 329, 332, 334, 339, 342, 346, 350, 353, 355, 359, 361, 365, 337, 338
–, Ostfriesland 324
–, Provinziallandtag 195, 200, 202
–, Reichstagswahl 358
–, Schulungskurse 354
–, Selbständigkeit Niedersachsens 146
–, Verwaltungsreform 142
–, Vorabstimmung 152, 153
–, Wirtschaftsausschuß 132
Die Einheitsfront 403
Die schwarze Front 315
Dincklage, Karl, SA 311
DNVP, Clausthal-Zellerfeld, Stadt 392
–, Hannover, Provinz 377
–, Selbständigkeit Niedersachsens 146
–, Versailler Vertrag 95
Dransfeld, Stadt, Unruhen 421
Druckschriften, Arbeitsamtsbezirk Harburg-Wilhelmsburg 140
–, Arbeitsvermittlung in Hamburg 140
–, Artikel 18 Weimarer Verfassung 114
–, Bolschewismus 253
–, Deutsche Legion 336
–, Einwohnerwehren 244, 257
–, –, Werbeschrift 260
–, Georg-August-Universität, Göttingen 295
–, Goldmarkpreise 1913 bis 1923 67
–, Großdeutscher Orden 376
–, Hausfrauenbewegung 62
–, Hoya, Kreis 145
–, Industrie und Landwirtschaft 57
–, Jugendwohlfahrt 14
–, Kommunale Neugliederung 121
–, Kreislandbund Leer 85
–, Kreisreform 289
–, Landarbeiter, wirtschaftliche Lage 24
–, Landesschutz 261, 264, 274
–, Mißwirtschaft der Provinzialverwaltung 25
–, Niedersächsische Selbstverwaltung 124
–, Novemberrevolution und Judentum 94
–, NSDAP 318
–, NSDAP als republikfeindliche Verbindung 402
–, Ohlmeier, Theophil 95
–, preußischer Etat 173
–, Provinzialautonomie 134, 161
–, Provinziallandtag 32, 36, 44
–, Reichsbanner 308

–, Reichsneugliederung 121, 123
–, Technische Nothilfe 255, 282
–, Unterweserhäfen 78
–, Versailler Vertrag 94
–, Verwaltungsreform 137
–, Wohlfahrtspflege 8
Duderstadt, Stadt, Stahlhelm 303
Duesterberg, Theodor, Hannoverscher Stahlhelm 410
Duingen, Kreis Alfeld, KPD 395
–, –, Unruhen 280
DVP, Hannover, Stadt 372
–, Reichstagswahl 358

Ebert, Friedrich, Nachrufe 185
Ehn, Stephan, Kommunistische Partei Österreichs 419
Ehrhardt, Hermann, Korvettenkapitän a. D. 309
Eilensen, Kreis Einbeck, Unruhen 417
Einbeck, Kreis, NSDAP 321
–, Stadt, KPD 392
–, –, Orgesch-Bewegung 89
–, –, SPD 392
–, –, Unruhen 392
–, –, völkische Bewegung 393
Einbecker Tageblatt, Verbot 408
Einwohnerwehren s. a. Reichszentrale für Einwohnerwehren
Einwohnerwehren s. a. Zentralstelle für Einwohnerwehren
Einwohnerwehren 253, 254, 256, 278,
–, Aktivitäten, Bewaffnung 255
–, Alfeld, Kreis 265
–, Auflösungserlaß 266
–, Beamte 87
–, Bewaffnung 258, 259
–, Braunschweig, Freistaat 247
–, Bremen, Stadt 256
–, Buchholz, Kreis Harburg 251
–, Burgdorf, Kreis 249
–, Celle, Kreis 244
–, Cuxhaven, Stadt 251, 256
–, Dannenberg, Kreis 249
–, Entwaffnung 89, 90, 91, 252, 263
–, Erlasse 252, 253, 274
–, Gandersheim, Kreis 265
–, Geestemünde, Kreis 251
–, Gronau, Kreis 246, 265
–, Groß-Hamburg 260
–, Hadeln, Kreis 251
–, Hannover, Provinz 245, 248, 251
–, –, Stadt 90, 252
–, Helmstedt, Kreis 244
–, Hildesheim, Kreis 249
–, –, Reg.Bezirk 299
–, –, Stadt 252
–, Jerxheim, Kreis Helmstedt 244
–, Jork, Kreis 244
–, Kehdingen, Kreis 244
–, Lehe, Kreis 251
–, Lüneburg, Reg.Bezirk 269, 274
–, Luthe, Kreis Neustadt a. Rbge. 249
–, Marienburg, Kreis 265
–, Münden, Kreis 269
–, Nachrichtendienst 262
–, Neuhaus, Kreis 251
–, Neustadt a. Rbge., Kreis 246
–, Nienburg, Kreis 249
–, Oldenburg, Freistaat 249
–, Organisation 257
–, –, Bewaffnung 244
–, Osnabrück, Reg.Bezirk 269
–, –, Stadt 245
–, Peine, Kreis 246
–, Schwarmstedt, Stadt 248
–, Sehnde, Kreis Burgdorf 249
–, Stade, Kreis 244, 251
–, –, Reg.Bezirk 269
–, –, Stadt 251
–, Statistik 268
–, Sulingen, Kreis 269
–, Tostedt, Kreis Harburg 251
–, Uelzen, Kreis 250, 396
–, –, Stadt 250, 390
–, Umfunktionierung 267
–, Werbearbeit 260
–, Wilhelmshaven-Rüstringen 256
–, Winsen, Kreis 249
–, –, Stadt 395
–, Wolfenbüttel, Kreis 244
–, ziviler Selbstschutz 246
Elbingerode, Kreis Ilfeld, Unruhen 420
Emden, Stadt, Deutschvölkischer Wahlverein 302
–, –, Jungdeutscher Orden 302
–, –, Jungstahlhelm 302
–, –, NSDAP 395
–, –, Stahlhelm 299
–, –, Streik, Land und Industriearbeiter 280
Emdener Zeitung 390, 393
Entwaffnung, Zivilbevölkerung 89, 90, 91
Entwaffnungsgesetz 91
–, Durchführung 88, 253

Fallingbostel, Kreis, Deutscher Landbund 101
Familienhilfe s. Gesundheitswesen, Krankenkassen
Filmpropaganda-Erlaß 92
Finckh, Eugen von, Ministerpräsident von Oldenburg 92
Finkenwirth, Kurt, Dr. 128
Flugblätter/Flugschriften, Allgemeine Arbeiter-Union 397

–, Betriebsräte 298
–, Deutsche Notgemeinschaft 299
–, Deutscher Landarbeiterverband 410
–, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit e. V. 410
–, Jungdeutscher Orden 393
–, Kreistagswahl, Burgdorf 223
–, Ludendorff, Erich 309
–, NSDAP 304, 308, 394, 412, 417
–, –, Antisemitismus 410
–, –, Reichstagswahl 311
–, Orgesch 90
–, Reichsbanner 417
–, SPD 410
–, –, Drittes Reich 410
–, Stahlhelm, Reichspräsidentenwahl 410
–, völkische Bewegung 302
–, Wahl zum preußischen Landtag 411
–, DHP 180
–, Ruhrgebietsbesetzung 92
Föderalistenbund 303
Frauenerwerbsarbeit 238
Freier Landarbeiterverband 24
Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale 396
Freiwilliger Arbeitsdienst 45
Friedensgesellschaft Wilhelmshaven 95
Friedhofsschändung, Altenwerder, Kreis Harburg 276
Friedrich, Hermann, NSDAP 310
Friesen-Sachsen-Bund 390
Fromme, Paul, Regierungspräsident 206
Futuristische Partei Deutschlands 95

Gandersheim, Kreis, Einwohnerwehren 265
–, –, NSDAP 323
Gausturm Nordmark, Harburg-Wilhelmsburg, Stadt 311
Geestemünde, Kreis, Einwohnerwehren 251
Gemeinnützige landwirtschaftliche Haftpflichtversicherung 36, 44
Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde 396
Generalstreik s. a. Streik
Generalstreik 298, 299
–, Braunschweig, Stadt 414
Gesamtverband christlicher Gewerkschaften 53
Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaft 288
Gewerbeverein Hannover 82
Gewerkschaftsbund der Angestellten 68
Gewerkschaftskartell, Göttingen, Stadt 396
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter–, Angestellten- und Beamtenvereine 6, 60
Gewerkschaftsring, Hannover, Stadt 66
Gieboldehausen, Kreis Duderstadt, NSDAP 420
Gillersheim, Kreis Northeim, Strafverfahren 421
–, –, Unruhen 419
Gleidingen, Landkreis Hildesheim, KPD 299
Goebbels, Joseph 320
Göttingen, Kreis, NSDAP 312
–, –, Orgesch-Bewegung 90
–, –, Unruhen 312
–, Stadt, Arbeiterrat 53
–, –, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund 394
–, –, Hitlerjugend 309
–, –, NSDAP 304, 309
–, –, Orgesch-Bewegung 90
–, –, SPD 394
–, –, Sturmabteilung 307
–, –, Universität 295
–, –, Unruhen 309, 417, 420
–, –, USPD 396
Göttinger Bürgerwehr 249
–, Statuten 246
Göttinger Tageblatt 390, 391, 392, 393, 398
Göttinger Volksblatt 263
Goslar, Kreis, Arbeitslosigkeit 9
–, –, KPD 24
–, –, Orgesch-Gruppe 262
–, –, Wahlen 225
–, Stadt, KPD 299
–, –, Sturmabteilung 320
–, Verfassungsfeiern 97
Grasdorf, Landkreis Hannover, Stahlhelm 302
Grashoff, Hans, Regierungspräsident 206
Gronau, Kreis, Einwohnerwehren 246, 265
–, –, Orgesch-Bewegung 272
–, –, Wahlen 215
Großdeutsche Arbeiterbewegung, Göttingen, Stadt 394
–, Hannover, Stadt 394
Großdeutsche Volksgemeinschaft 303, 388
Großdeutscher Orden „Heinrich der Löwe“ 376
Gruppe Sozialrevolutionärer Nationalisten 311, 317

Hadeln, Kreis, Einwohnerwehren 251
Hagemann, Eberhard 30, 190, 205
Halfern, Carl von, Regierungspräsident 206
Hamburg, Stadt, Arbeiterrat 53
Hameln, Kreis, Bürgerwehr, Bewaffnung 245
–, Stadt, Reichsbanner 417
–, –, Stahlhelm 302
–, –, Unruhen 417, 418
Hammerstein-Gesmold, Karl Wilhelm Frithjof Freiherr von 208, 231
Hannover Kurier 275

Hannover, Provinz s. a. Provinziallandtag
Hannover, Provinz s. a. Provinzialverwaltung
Hannover, Kreis, politische Polizei 281
–, Oberpräsident, Betriebsräte 21
–, Provinz, Bezirksausschüsse 209
–, –, Demobilmachungs-Bezirksbeiräte 238
–, –, DNVP 377
–, –, Einwohnerwehren 102, 245, 248, 250, 251, 255
–, –, Gebietsansprüche 121
–, –, jüdisches Schulwesen 2
–, –, Oberpräsidenten 207
–, –, politische Polizei, Organisation 281
–, –, Presseorgane 104
–, –, Schlichtungsausschüsse 21
–, –, Selbstschutzwesen 266
–, –, Stahlhelm 393
–, –, Wegebaukommission 46
–, –, Wittekindbund 393
–, –, Wohlfahrtseinrichtungen 8
–, –, Wohnungsbau 15
–, Regierungsbezirk, SPD 369
–, Stadt, Arbeiter- und Soldatenrat 93, 101
–, –, Arbeitslosigkeit 67
–, –, Deutsche Demokratische Partei 370
–, –, DHP 327
–, –, DVP 372
–, –, Einwohnerwehren 252
–, –, Jungdeutscher Orden 418
–, –, Jungstahlhelm 307
–, –, KPD 391, 394, 418
–, –, Lebensmittelmarkt, Statistik 67
–, –, NSDAP 297
–, –, Orgesch-Bewegung 392
–, –, Ortsschutz 90
–, –, proletarische Hundertschaften 298
–, –, Schutzstaffel 311, 321
–, –, Stahlhelm 394
–, –, Streik, Straßenbahnangestellte 23
–, –, Studentenwehr 243, 245
–, –, Sturmabteilung 321
–, –, Unruhen 309, 396, 415, 417, 418, 419
–, –, Vereinigte Bürgerschaft 230
–, –, Völkisch-sozialer Block 300
–, –, Volkswehr 245
Hannoversche Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung 59
Hannoversche Landeszeitung 116, 146, 147, 153, 157, 162, 164, 167, 171, 173, 178, 180, 291, 296
Hannoversche Tageszeitung 160
Hannoversche Volkszeitung 411
Hannoverscher Arbeiter- und Handwerkerbund 76
Hannoverscher Heimat- und Königsbund 364
Hannoverscher Landverband 24
Hannoverscher Stahlhelm 410
Hannoversches Tageblatt 312
Harburg-Wilhelmsburg, Stadt, Friedhofsschändung 276
–, –, Gausturm Nordmark 311
–, –, KPD 311
–, –, NSDAP 311
–, –, Stahlhelm 311
–, –, Tannenbergbund 311
–, –, Werwolf 311
Harburg, Kreis, politische Polizei 281
–, –, Wahlen 226
–, Stadt, ADGB 392
–, –, KPD 298
–, –, Nationalverband deutscher Soldaten 393
–, –, Verband nationalgesinnter Soldaten 392
Hausfrauenverein Hannover e.V. 62
Heimatbund Wittekind 91
Heimatbund, Lüneburg, Reg.Bezirk 91
Heimatkunde, Lüneburg, Reg.Bezirk 274
Heimschutz Groß-Hamburg 266
Helmers, Erich 298
Helmstedt, Kreis, Einwohnerwehren 244
Hemmendorf, Kreis Hameln, Unruhen 417
Heppe, Theodor von, Regierungspräsident 206
Herbst, Christian, Regierungspräsident 206
Herzogin-Victoria-Luise-Bund 328
Hildesheim, Kreis, Einwohnerwehren 249
–, –, Volksbildungsgesellschaft 260
–, Reg.Bezirk, ausländische Arbeiter 18
–, –, Jungdeutscher Orden 396, 390
–, –, Selbstschutzorganisationen 299
–, –, Stahlhelm, Mitgliederzahl 390
–, –, SPD 369
–, Stadt, Einwohnerwehren 252
–, –, Stahlhelm 302
–, –, Tannenbergbund 420
–, –, USPD 271
Hindenburg, Paul von 185, 395, 410
Hitler-Jugend, Göttingen, Stadt 309
–, Satzung 309
Hitler, Adolf 310, 320, 409
–, Redeverbot 307, 309
Hochwasserkatastrophe 1926 190
Höhnen, Regierungspräsident 206
Höpker-Aschoff, Hermann 97
Holzminden, Kreis 119, 122
Horneburg, Kreis Stade, Flaggenstreit 391
Hugenberg, Alfred 94

Ibbenbüren, Stadt, Streik, Bergarbeiter 71
Iburg, Kreis, Wahlen 220
Ilfeld, Stadt, Verfassungsfeiern 97
Ilfelder Kreisanzeiger 98, 390, 393
Ilseder Hütte, Arbeiterrat 147

Industrie- und Handelskammer Braunschweig 80
Industrie- und Handelskammer Goslar 80
Industrie- und Handelskammer Hannover 81, 115, 128
Industrie- und Handelskammer Hildesheim 80
Industrie- und Handelskammer Wesermünde 78
Institut für privatpolizeiliche Aufgaben 102
Interalliierte Kontrollkommission 254
Interalliierter Überwachungsausschuß 253
Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit e.V. 410

Jade-Jungkorps 393
–, Wilhelmshaven, Stadt 390
Jakob, Bruno 173
Jerxheim, Kreis Helmstedt, Einwohnerwehren 244
Jork, Kreis, Bürger- und Bauernwehren 251
–, –, Einwohnerwehren 244
–, –, Unruhen 396
Jugendbund Balmung, Wilhelmshaven, Stadt 393
Jungdeutscher Orden 325, 392
–, Alfeld, Kreis 390
–, Emden, Stadt 302
–, Hannover, Stadt 418
–, Hildesheim, Reg.Bezirk 390, 396
–, Melle, Stadt 298
–, Northeim, Stadt 392, 393
–, Organisation 307
–, Osnabrück, Reg.Bezirk 396
–, Reichswehr 307
–, Satzung 393
Junge Gemeinde 373
Jungnationaler Bund 302
Jungstahlhelm, Emden, Stadt 302
–, Hannover, Stadt 307, 308

Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten 314
Kampfstelle gegen Zensur und Kulturreaktion 314
Kapp-Putsch 258, 263
–, Einwohnerwehren 255, 264, 271
–, Generalstreik 72, 414, 416
Kehdingen, Kreis, Bürger- und Bauernwehren 251
–, –, Einwohnerwehren 244
–, –, Kreissicherheitswehr 251
–, –, Landesschutz 245
–, –, Streik, Landarbeiter 211
Klagges, Dietrich, braunschweigischer Innen- und Volksbildungsminister, dann Ministerpräsident, NSDAP 315
Kleine, Ludwig, Landrat in Leer 231
–, –, Vorsitzender des Provinzialausschusses, ehem. Landrat 287
Königin-Luise-Bund 308, 309
Kommission zur Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers 63
Kommunale Selbstverwaltung 136, 141
Kommunaler Arbeitgeberverband 22
Konsumvereine 60
Korsemann, Gerret, SA-Adjutant 417, 418
Kothe, Wilhelm 149
KPD, Celle, Stadt 390
–, Duingen, Kreis Alfeld 395
–, Einbeck, Stadt 392
–, Gleidingen, Landkreis Hildesheim 299
–, Goslar, Kreis 24
–, –, Stadt 299
–, Hannover, Stadt 391, 394, 418
–, Harburg-Wilhelmsburg, Stadt 311
–, Harburg, Stadt 298
–, Lehe, Kreis 299
–, Lüneburg, Stadt 298, 397
–, Reichstagswahlen 1930 389
–, Schwicheldt, Kreis Peine 298
–, Verden, Stadt 315
–, Völksen, Kreis Springe 397
Kramer, Hermann 372
Kreiensen, Stadt, NSDAP 320
Kreiskriegerverband Hildesheim 302
Kreislandbund Alfeld 85
Kreislandbund Bleckede 83
Kreislandbund Emden 84
Kreislandbundtreffen, Hildesheim, Stadt 85
Kreisreform 1932 45, 133, 143, 145, 232, 281, 289
Kriegervereine 249, 263
–, Entwaffnung 91
–, Gifhorn, Kreis 250
–, Göttingen, Stadt 392
–, Hannover, Stadt 392
–, Kreis Grafschaft Schaumburg 249
–, Uelzen, Stadt 392
–, Wolfenbüttel, Stadt 263
Krüger, Hans, Dr. 206, 2088
Kube, Wilhelm, NSDAP 314
Kutscher, Wilhelm, Regierungspräsident 206

Landbund 310
–, Käuferstreik 86
–, Winterdemonstrationen 85
Landesarbeitsamt Niedersachsen 2
Landesbürgerrat Nordwestdeutschland 393
Landeskreditanstalt 32, 36, 44
Landesschutz 244, 245, 253, 261, 263, 270, 271, 273, 274, 416
Landtagswahlen, Kandidatenlisten 186

Landvolkbewegung, Schleswig-Holstein 310
Landwirtschaftliche Aktionsausschüsse der Selbsthilfe 316
Landwirtschaftliche Vereine, Protestkundgebungen 85
Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland 85
Landwirtschaftliches Vereinsblatt Ostfriesland 85
Lauenberg, Kreis Einbeck, politische Unruhen 420
Lauterberg, Kreis Osterode, Unruhen 280
Lebensmittelpreise s. a. Teuerung
Lebensmittelpreise 55
–, Kartoffeln 68
Lebensmittelversorgung, Unruhen s. a. Unruhen
Lebensmittelversorgung, Duderstadt, Kreis 61
–, Eingaben 55
–, Hannover, Provinz 56
–, –, Reg.Bezirk 54
–, –, Stadt 60
–, Lüneburg, Reg.Bezirk 59
–, Ruhrgebiet 59,60
–, Winsen, Kreis 64
Lehe, Kreis, Einwohnerwehren 251
–, –, KPD 299
–, –, Stahlhelm 289
Lehrte, Stadt, NSDAP 309
–, –, Unruhen 309
Leinert, Robert, Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Mitglied des preußischen Landtages 64, 96, 149, 416, 421
Lessing, Theodor, Professor 99
Lingen, Stadt, Arbeiter- und Soldatenrat 53
Lingener Volksbote 98
Lingensches Wochenblatt 98
Lohnfragen s. Tarifvertrag
Ludendorff, Erich 306, 308, 309, 395
Lüdemann, Hermann, Regierungspräsident 206
Lüneburg, Kreis, Sicherheitswehr 245
–, Reg.Bezirk, Einwohnerwehren 274
–, –, –, Waffenbestand 269
–, –, Heimatbunde 91, 274
–, –, Lebensmittelversorgung 59
–, –, Orgesch-Bewegung 274
–, Stadt, Angestelltenrat 17
–, –, Arbeiter- und Soldatenrat 52
–, –, Deutschvölkische Freiheitspartei 298
–, –, DNVP, KPD 298
–, –, KPD 298
–, –, –, Frauenversammlung 397
–, –, NSDAP 308
–, –, Stahlhelm 299, 302
–, –, Verfassungsfeier 385
Luthe, Kreis Neustadt a. Rbge., Einwohnerwehren 249
Lutze, Viktor 207

Maercker, Georg, Generalmajor, Braunschweig 239
Magdeburg, Stadt, Stahlhelm 307
Marienburg, Kreis, Einwohnerwehren 265
–, –, Volksbildungsgesellschaft 260
Marx, Wilhelm, Reichskanzler 288
Matthes, Heinz 325
Maurenbrecher, Max 156
Mauve, Karl, Regierungspräsident 206, 272
Melle, Kreis, Wahlen 220
–, Stadt, Jungdeutscher Orden 298
Menge, Arthur 224
Meppen, Kreis, Arbeitslosigkeit 124
Mieterschutzverordnung 11
Minden, Stadt, Streik, Hafenarbeiter 73
Misburg, Landkreis Hannover, Unruhen 417
Mohrmann, Karl, Prof. Dr. Ing. 164
Müller, Carl, Mitglied des preußisches Landtags, SPD 410
München, Stadt, Schutzstaffel 308
Münchmeyer, Ludwig, Pastor 298, 311
Münden, Kreis, Einwohnerwehren, Waffenbestand 269
Münden, Stadt, Unruhen 303
Münder, Kreis Springe, Unruhen 417, 419

National-Kommunistische Blätter 317
Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation 319
Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschlands 315, 316, 321
Nationalsozialistischer Lehrerbund 317
Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps 320
Nationalverband Deutscher Soldaten, Harburg, Stadt 393
Nationalverband Deutscher Soldaten, Oldenburg, Stadt 391
Nationalverband Deutscher Soldaten, Wilhelmshaven, Stadt 393
Nettelrede, Kreis Springe, Eiserne Front 421
Neue Arbeiter-Zeitung s. a. Niedersächsische Arbeiter-Zeitung
Neue Arbeiter-Zeitung 391
Neuenkirchen, Kreis Soltau, Tannenbergbund 309
Neuhaus, Kreis, Einwohnerwehren 251
Neustadt a. Rbge., Kreis, Einwohnerwehren 246
Niederdeutsche Zeitung 98, 390, 391, 401
Niedersachsen-Stürmer 407

Niedersachsen, Wahlkreisverband 186
Niedersächsische Arbeiter-Zeitung s. a. Neue Arbeiter-Zeitung
Niedersächsische Arbeiter-Zeitung 396, 400
Niedersächsische Heimstätte GmbH 9, 16
–, Landarbeiterwohnungen 19
Niedersächsische Hitler-Zeitung 321, 412
Niedersächsische Krieger-Zeitung 371
Niedersächsische Tageszeitung 412, 413
Niedersächsischer Beobachter 306, 308, 395
Nienburg, Kreis, Einwohnerwehren 249
–, –, Wahlen 216
–, Stadt, Stahlhelm 303
–, –, Verfassungsfeiern 97
Norddeutsche Blätter 393
Norden, Stadt, Tannenbergbund 309
Norderney, Arbeitslosigkeit 59
Nordwestdeutscher Handwerkerbund 75
Northeim, Kreis, NSDAP 320
–, Stadt, Jungdeutscher Orden 392, 393
–, –, NSDAP 320
–, –, Sturmabteilung 418
–, –, Unruhen 392
Noske, Gustav, Oberpräsident der Provinz Hannover 60, 88, 112, 137, 159, 205, 207, 291, 293, 308, 395, 396, 407
Notstandsaktionen, Finanzierung 10
Notstandsarbeiten, Hannover, Provinz 3, 34, 49
Notstandsarbeiten, Niedersachsen 4, 5
Notstandsarbeiter 241
Notstandsmaßnahmen, Finanzierung 9
Notverordnungspolitik 325
–, Finanzen 40, 45
NSDAP, Anderten, Kreis Burgdorf 417
–, Außenpolitik 314
–, Bleckede, Kreis 310
–, Borkum 280
–, Braunschweig, Stadt 314, 316
–, Clausthal, Stadt 192
–, Druckschriften 318
–, Einbeck, Kreis 321
–, Emden, Stadt 395
–, Gandersheim, Kreis 323
–, Göttingen, Kreis 312
–, –, Stadt 304, 309
–, Hannover, Stadt 297
–, Harburg-Wilhelmsburg, Stadt 311
–, Kreiensen, Stadt 320
–, Lehrte, Stadt 309
–, Lüneburg, Stadt 308
–, Northeim, Kreis 320
–, –, Stadt 320
–, Peine, Kreis 313
–, Provinziallandtag 28, 231
–, Reichstagswahlen 1930 389
–, Reichswehr 320
–, Rinteln, Stadt 315
–, Strafverfahren 418
–, Studenten 419
–, Studentengruppen 295
–, Theater 316
–, Urbach, Kreis 421
–, Uslar, Stadt 308
–, Verordnungsblatt 317
–, Versammlungsverbot 307
–, Wesermünde, Stadt 310
–, Wilhelmshaven, Stadt 309, 310

Oberschlesien, Abstimmung 285
–, Provinz, Kohlebergbau 72
Oerter, Sepp 107
Ohlmeier, Theophil, Franziskanerpater 95
Oldenburg, Freistaat, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund 390
–, –, Einwohnerwehren 249
–, –, rechtsradikale Organisationen 298
–, –, Sicherheitswehr 244
–, –, Verband nationalgesinnter Soldaten 390
–, Stadt, Nationalverband Deutscher Soldaten 391
Olympia 305
Organisation Escherich s. Orgesch-Bewegung
Organisation Rossbach s. Rossbach
Orgesch-Bewegung 272, 386
–, Bersenbrück, Kreis 272
–, Celle, Kreis 395
–, Einbeck, Stadt 89
–, Göttingen, Kreis 90
–, –, Stadt 90
–, Goslar, Kreis 262
–, Gronau, Kreis 272
–, Hannover, Stadt 392
–, Lüneburg, Reg.Bezirk 274
–, Osnabrück, Stadt 90
–, Stade, Kreis 90
–, Uelzen, Kreis 395
Osnabrück, Kreis, politische Polizei 281
–, –, Wahlen 220
–, Reg.Bezirk, Einwohnerwehren, Waffenbestand 269
–, –, Jungdeutscher Orden 396
–, –, Kriminalstatistik 102
–, Stadt, Einwohnerwehren 245
–, –, Orgesch-Bewegung 90
–, –, Ortsbund deutscher Männer und Frauen 253, 260
–, –, Stahlhelm 392
Osnabrücker Volkszeitung 404
Osnabrücker Zeitung 404
Osterholz, Kreis, Arbeiterrat 71
Osterode, Kreis, Wahlen 221
–, Stadt, Unruhen 417
Ostfriesischer Torfwirtschaftsverband 73

–, Satzungen 72
Ostfriesland, DHP 324
–, Stahlhelm-Nachfolgeorganisationen 391
Ostpreußen, Provinz, Antisemitismus 310
–, –, Landwirtschaft 59

Partei der Arbeitnehmer Deutschlands, Gründung 95
Pattensen, Stadt, Unruhen 417, 418
Peine, Kreis, Einwohnerwehren 246
–, –, NSDAP 313
–, –, Unruhen 313
–, Stadt, Unruhen 418
Politische Polizei 281
Polizeiorgane, Befugnisse 276
Presseorgane, Hannover, Provinz 103
Pressepolizei 98
Pressezensur 320, 321, 387, 388, 389, 390, 391, 393, 394, 395, 396, 398, 399, 400, 401, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413
Preußen, August Wilhelm Prinz von 418
–, Personal-Abbau-Verordnung 49
–, Polizeiuniform 277
Preußische Hauptlandwirtschaftskammer 102
Preußische Landeskohlenstelle 72
Preußisches Heeresabwicklungsamt 240
Produktive Arbeitslosenfürsorge 7
Produktive Erwerbslosenfürsorge 14
Proletarische Hundertschaften 388
–, Hannover, Stadt 298
–, Springe, Stadt 394
–, Verbot 395
–, Wunstorf, Stadt 394
Provinzial-Lebensversicherungsanstalt 32, 36, 44
Provinzialausschuß 47
Provinzialautonomie 98, 134, 182
Provinzialhaushalt 31, 35, 41, 42, 47
Provinziallandtag 31, 33, 36, 37, 39, 43, 191, 195, 199, 204
–, Mitglieder 192
–, NSDAP 28
–, Protokoll 132
–, Wahlgesetz 217
Provinzialverwaltung, Haushaltsplan 2

Quindel, Georg, Leiter der Zentralstelle zur Hebung der deutschen Kultur im In- und Auslande 246

Rauer, Kreisschulrat 208
Regierungspräsidenten, Ernennung, Entlassung, Versetzung 206
Rehm, Fritz 148
Reichs-Schutzverband für Handel und Gewerbe 65
Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung s. a. Demobilmachungsamt
Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 124
Reichsarbeitsnachweisgesetz, Ausführung 4
Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte 298, 396
Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft 56
Reichsausschuß für Volksaufklärung 418
Reichsbanner 382
–, Hameln, Stadt 417
–, Schwarz-Rot-Gold, Satzung 302
–, Verden, Stadt 315
Reichsbund völkischer Kampfgewerkschaften 299
Reichsfrontsoldatentag 307
Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter 289
Reichskohlenrat 72
Reichspartei des deutschen Mittelstandes 379
Reichspräsidentenwahl 410
Reichsreform 121, 164
Reichsreform, Artikel 18 Weimarer Verfassung 112, 114, 116, 117
Reichstag, Protokolle 78, 114, 116, 173, 178
Reichsverband der Deutschen Kreisbeamten s. a. Beamte
Reichsverband der Deutschen Kreisbeamten 289
Reichsverband des deutschen Nahrungsmittel-Großhandels 68
Reichsverband Deutscher Gemüsezüchter 58
Reichsversicherungsanstalt für Einwohnerwehren 252
Reichszentrale für Einwohnerwehren s. a. Einwohnerwehren
Reichszentrale für Einwohnerwehren 257, 260, 416
Reichszentrale für Heimatdienst 14
Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene, Richtlinien 13
Republikanischer Führerbund 88
Republikanischer Jugendbund, Schwarz-Rot-Gold 298
Republikanischer Reichsbund 303
Republikschutzgesetz 98, 389, 390, 391, 393
–, Ausführungsbestimmungen 388
–, Durchführung 314
Reschke, Franz, Regierungspräsident 206
Rheiderland 138
Richter, Ernst von, Oberpräsident der Provinz Hannover 151, 261

Ring der Nibelungen, Bremervörde, Stadt 391
Rinteln, Stadt, NSDAP 315
–, –, Soldatenrat, Entwaffnung 249
–, –, Unruhen 315
Röver, Carl, Ministerpräsident von Oldenburg 322
Rose, Hermann, Regierungspräsident 206
Rossbach s. a. Arbeitsgemeinschaft Rossbach
Rossbach 308
Rotberg, Hermann, Landrat in Fallingbostel 231
Rote Fahne 390
Rote Hilfe 298
Rotenburg, Kreis, Einwohnerwehren 251
Rotenburger Landwirtschaftliche Zentralstelle 101
Rotes Echo Clausthal-Zellerfeld 420
Rüstringen, Stadt, Allgemeine Arbeiter-Union 263
Ruhrgebiet, Lebensmittelversorgung 59
–, politische Unruhen 271
–, Streik, Kohlebergbau 69
Ruhrgebietsbesetzung 48, 92
Rust, Bernhard, NSDAP, Gauleiter 311

SA s. Sturmabteilung
Scheidemann, Philipp 378
Schill-Jugend 305
Schlageter-Bund 396
Schlageter, Albert Leo 308
Schleichhandel 53, 59, 60, 63, 64, 65,66, 67, 68, 72, 101, 252
–, Gesetze und Verordnungen 64
Schlesische Einwohnerwehr 260
Schlichtungsausschuß, Reichsarbeitsministerium 23
Scholz, Robert 290
Schutzstaffel, Braunschweig, Stadt 316
–, Dienstordnung 309
–, Hannover, Stadt 311, 321
–, München, Stadt 308
–, Organisation 310
Schutzverband deutscher Landwirtschaft 244
Schwarmstedt, Stadt, Einwohnerwehr 248
Schwarze Front 320
Schwicheldt, Kreis Peine, KPD 298
Sehnde, Kreis Burgdorf, Einwohnerwehr 249
Seifert, Gustav 298, 395, 396
Selbstschutzorganisationen 257
–, Entwaffnung 88
Selbstschutzverbände 253
–, Hannover, Provinz 102
Selbstschutzwesen, Hannover, Provinz 266
Severing, Carl 233
Sicherheitswehr, Achim, Kreis 245
–, Lüneburg, Kreis 245
–, Oldenburg, Freistaat 244
–, Uelzen, Kreis 245
Soldatenrat, Rinteln, Stadt 249
Soltau, Kreis, Wahlen 222
Sonnenschein, Adolf, Regierungspräsident 206
Sonnenwendfeier 392
Sozialdemokratische Partei, Verwaltungsreform 142
Sozialistischer Arbeiter-Befreiungsbund 396
SPD, Einbeck, Stadt 392
–, Einwohnerwehren 265
–, Göttingen, Stadt 394
–, Hannover, Regierungsbezirk 369
–, Hildesheim, Regierungsbezirk 369
–, Provinziallandtag 39
–, Selbständigkeit Niedersachsens 146
Springe, Kreis, Bürgerwehr, Bewaffnung 245
–, Stadt, proletarische Hundertschaften 394
SS s. Schutzstaffel
Staatskommissariat für öffentliche Ordnung 102
Stade, Kreis, Bürger- und Bauernwehren 251
–, –, Einwohnerwehren 244, 251
–, –, Orgesch-Bewegung 90
–, Reg.Bezirk, Einwohnerwehren 251
–, –, –, Waffenbestand 269
–, –, politische Polizei 281
–, –, Zentral-Arbeiterrat 238
–, Stadt, Einwohnerwehren 251
Stahlhelm-Selbsthilfe e.V. 310
Stahlhelm-Verbot 393
Stahlhelm 390
–, Agitation 234
–, Aurich, Stadt 302
–, Duderstadt, Stadt 303
–, Emden, Stadt 299
–, Grasdorf, Landkreis Hannover 302
–, Hameln, Stadt 302
–, Hannover, Provinz 393
–, –, Stadt 394
–, Harburg-Wilhelmsburg, Stadt 311
–, Hildesheim, Reg.Bezirk 390
–, –, Stadt 302
–, Lehe, Kreis 289
–, Lüneburg, Stadt 299, 302
–, Magdeburg, Stadt 307
–, Nienburg, Stadt 303
–, Osnabrück, Stadt 392
–, Reichswehr 307
–, Sulingen, Kreis 299
–, Wilhelmshaven, Stadt 234, 307
Statistik, Arbeitslosigkeit 67, 100
–, Arbeitsmarkt 238

–, Einwohnerwehren 250, 268
–, Kriminalfälle 102
–, Kriminalität 102
–, Lebensmittelpreise 67
–, Lebensmittelversorgung 52
–, Notstandsmaßnahmen 100
–, produktive Arbeitslosenfürsorge 14
–, produktive Erwerbslosenfürsorge 14
–, SPD, Mitgliederbewegung 369
–, Steuern 180
Statistisches Amt der Provinz Hannover 31
Steuern, Grundvermögensteuer 10
–, Provinzialnachsteuer 210
–, Provinzialsteuer 48
Stolzenau, Kreis, Wahlen 216
Strafregister-VO 276
Strasser, Gregor 311, 408
–, Otto 311, 315, 320
Streik s. a. Generalstreik
Streik, Braunschweig, Stadt, Industriearbeiter 256
–, Celle, Kreis, Landarbeiter 24
–, Emden, Stadt, Land und Industriearbeiter 280
–, Hannover, Stadt, Straßenbahnangestellte 23
–, Ibbenbüren, Stadt, Bergarbeiter 71
–, Kehdingen, Kreis, Landarbeiter 211
–, Minden, Stadt, Hafenarbeiter 73
–, Müggenburger Moor 240
–, Ruhrgebiet, Kohlebergbau 69
Streikbewegung, Generalstreik 236
Studentenwehr, Hannover, Stadt 243, 245
Stürmer 410
Sturmabteilung, Braunschweig, Stadt 316
–, Clausthal-Zellerfeld, Stadt 317
–, Gau Hannover-Ost 311
–, Gau Hannover-Süd-Braunschweig 311
–, Gau Weser-Ems 311
–, Göttingen, Stadt 307
–, Goslar, Stadt 320
–, Hannover, Stadt 321
–, Northeim, Stadt 418
–, Organisationsstruktur 320
Sudetendeutscher Heimatbund 95
Sulingen, Kreis, Ortswehren, Bewaffnung 269
–, –, Stahlhelm 299

Tannenbergbund 305
–, Celle, Stadt 309
–, Harburg-Wilhelmsburg, Stadt 311
–, Hildesheim, Stadt 420
–, Neuenkirchen, Kreis Soltau 309
–, Norden, Stadt 309
–, Satzung 309
Tarifstreit, Landwirtschaft 24
Tarifvertrag, Landwirtschaft 57
–, Ziegelindustrie 238
Technische Nothilfe 23, 255, 278, 282
Telschow, Otto, NSDAP, Gauleiter 317, 407
Teuerung s. a. Lebensmittelpreise
Teuerung 54, 57, 59
–, Lebensmittelpreise 57, 58, 66, 67, 68
Tilmann, Albert, Regierungspräsident 206
Tostedt, Kreis Harburg, Einwohnerwehren 251
Tostedter Zeitung 393
Tramm, Heinrich 150

Uelzen, Kreis, Einwohnerwehren 250, 396,
–, –, Orgesch-Bewegung 395
–, –, Sicherheitswehr 245
–, –, Vaterländische Vereinigung 298
–, Stadt, Bürgerbund 390
–, –, Einwohnerwehren 250, 390
–, –, Unruhen 186
Unruhen s. a. Lebensmittelversorgung, Unruhen
–, Alfeld, Stadt 280, 417
–, Bennigsen, Kreis Springe 417
–, Bodenwerder, Stadt 421
–, Bonaforth, Kreis Münden 421
–, Clausthal-Zellerfeld, Stadt 419, 421
–, Clausthal, Stadt 390
–, Delligsen, Kreis Gandersheim 421
–, Dransfeld, Stadt 421
–, Duingen, Kreis Alfeld 280
–, Eilensen, Kreis Einbeck 417
–, Einbeck, Stadt 392
–, Elbingerode, Kreis Ilfeld 420
–, Gillersheim, Kreis Northeim 419
–, Göttingen, Kreis 312
–, –, Stadt 309, 417, 420
–, Hameln, Stadt 417, 418
–, Hannover, Stadt 309, 396, 415, 417, 418, 419
–, Hemmendorf, Kreis Hameln 417
–, Jork, Kreis 396
–, Lauterberg, Kreis Osterode 280
–, Lehrte, Stadt 309
–, Misburg, Landkreis Hannover 417
–, Münden, Stadt 303
–, Münder, Kreis Springe 417, 419
–, Northeim, Stadt 392
–, Osterode, Stadt 417
–, Pattensen, Stadt 417, 418
–, Peine, Kreis 313
–, –, Stadt 418
–, Rinteln, Stadt 315
–, Ruhrgebiet 271
–, Uelzen, Stadt 186
–, Völksen, Kreis Springe 417
–, Wesermünde, Stadt 186
–, Wetteborn, Kreis Alfeld 421

–, Wilhelmshaven, Stadt 310
–, Wolthusen, Kreis Emden 417
Unter-Elbe-Liga 146
Unterweser-Selbstschutz eGmbH Geestemünde 91
Unterweser-Selbstschutz, Organisation 90
Urbach, Kreis Ilfeld, NSDAP 421
Uslar, Kreis, Wahlen 227
–, Stadt, NSDAP 308
USPD, Einwohnerwehren 246, 248
–, Hildesheim, Stadt 271

Vaterländische Verbände 302, 378
–, Bad Pyrmont, Stadt 303
Vaterländische Vereinigung Nordhannover 391, 393, 394, 396
Vaterländische Vereinigung, Celle, Kreis 395
–, Soltau, Stadt 395
–, Uelzen, Kreis 298, 395
Vaterländischer Jugendverband Großdeutschland 299
Velsen, Friedrich von, Regierungspräsident 206
Verband Hindenburg 305, 308
Verband nationalgesinnter Soldaten 388
–, Harburg, Stadt 392
–, Oldenburg, Freistaat 390
Verband proletarischer Freidenker 410
Verbote von Parteien und politischen Organisationen 89, 91, 272, 302, 307, 386, 388, 389, 393, 394, 395, 396
Verden, Kreis, Wahlen 228
–, Stadt, Jungkorps-Fahnenweihe 302
–, –, KPD 315
–, –, Reichsbanner 315
–, –, Werwolf 390
Verein deutsch denkender Arbeiter 396
Verein ehemaliger Hindenburger 298
Verein ehemaliger Kampfgenossen für Artlenburg und Umgegend 393
Verein Niedersächsische Presse 207
Vereinigte Bürgerschaft, Hannover, Stadt 230
Vereinigte Verbände Heimattreuer Oberschlesier 285
Vereinigung deutschdenkender Arbeiter, Wilhelmshaven 394
Vereinigung hannoverscher vaterländischer Verbände 336
Verfassungsfeier 98, 385
Verfassungstag 97
Verwaltungsreform 120, 134, 137, 138, 139, 142, 279
Völkisch! Parteilose Zeitschrift für nationales Leben 303
Völkisch-sozialer Block, Hannover, Stadt 300
Völkische Bewegung, Einbeck, Stadt 393
Völkischer Beobachter 321, 409
Völksen, Kreis Springe, KPD 397
–, –, Unruhen 417
Völksener Waffenaffäre 91
Volksbegehren, „Landtagsauflösung“ 234
–, Freiheitsgesetz 283
–, Landtagsauflösung 98
Volksbund Deutscher Sieg 310
Volksentscheid, „Fürstenenteignung“ 233
–, Freiheitsgesetz 233
–, Landtagsauflösung 104
–, Panzerkreuzerverbot 233
Volkshochschule s. a. Bund für Volkshochschule
Volkshochschultagung 1920 260
Volksnationale Reichsvereinigung 358, 383
Volkswehr, Celle, Stadt 247
–, Hannover, Stadt 245
Volkswille 287, 321, 323, 420
Vorabstimmung in der Provinz Hannover 114, 146, 147, 148, 149, 150, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 326

Wahlen, Kreistag 213, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 225, 226, 227, 228, 337
–, Landtag 110, 126
–, Nationalversammlung 264
–, preußischer Landtag 181, 186, 187
–, Provinziallandtag 182, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204
–, Reichspräsident 184, 410, 412
–, Reichsrat 183
–, Reichstag 186, 188, 264, 389, 358
–, Staatsrat 182
Walther, Prof. Dr. D. 325
Wehr-Jugend-Bund von Schill 388
Welfenbewegung 168, 265
–, Kapp-Putsch 416
Wense, Ludwig von der 208
Wenzel, NSDAP 395, 396
Werwolf, Harburg-Wilhelmsburg, Stadt 311
Wesermünde, Kreis, politische Polizei 281
–, Stadt, NSDAP 310
–, –, Unruhen 186
Westfalen, Provinz, Gebietsansprüche 121
Wetteborn, Kreis Alfeld, Unruhen 421
Wienbeck, Erich, Dr. 75
Wietfeld, August, Dr., Bürgermeister von Peine 358
Wikingbund 307, 309
–, Hannover, Stadt 308

Wilhelmshaven-Rüstringen, Einwohnerwehren 256
Wilhelmshaven, Kreis, politische Polizei 281
–, Stadt, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund 390
–, –, Jade-Jungkorps 390
–, –, Jugendbund Balmung 393
–, –, Nationalverband deutscher Soldaten 393
–, –, NSDAP 309, 310
–, –, Stahlhelm 307
–, –, Unruhen 310
–, Volksbegehren 234
Winsen, Kreis, Einwohnerwehren 249
–, –, Wahlen 226
–, Stadt, Einwohnerwehren 395
Wirtschafts-Ausschuß Niedersachsen 77
Wirtschaftsblatt Niedersachsen 77
Wirtschaftsbund Niedersachsen-Kassel 121
Wirtschaftsverband der Landesschutzbeamten Preußens 252, 253, 261 273, 274
Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens 139
Wittekind-Verband 388
Wittekindbund 390, 393
Wittlage, Kreis, Wahlen 220
Wohlfahrtswesen, Arbeitsinvalide 1
–, Jugendliche 14, 48
–, Kriegsgefangene 13
–, Kriegsteilnehmer 12
–, Wanderarme 2
–, Wohlfahrtseinrichtungen 8
Wolfenbüttel, Kreis, Einwohnerwehren 244
Wolthusen, Kreis Emden, Unruhen 417, 58, 63, 64, 65, 67, 68, 71
Wuchertum 58
Wunstorf, Stadt, proletarische Hundertschaften 394
Wurm, Gustav 398
–, Theodor 398

Zeitschrift für Selbstverwaltung 77
Zentral-Arbeiterrat s. a. Arbeiter- und Soldatenräte
Zentral-Arbeiterrat, Einwohnerwehren 244
–, Stade, Reg.Bezirk 238
Zentralstelle für Einwohnerwehren s. a. Einwohnerwehren
Zentralstelle für Einwohnerwehren 244, 246, 247, 252, 256, 257, 260
Zentralstelle für Volkswohlfahrt 8
Zentralstelle zur Hebung der deutschen Kultur im In- und Auslande 246
Zentralstelle zur Organisation des Bahnschutzes 252
Zentralverband christlicher Metallarbeiter Deutschlands 67
Zentralverband Deutscher Konsumvereine 53
Zentrum 375
Zieseniß, Karl 148
Zwangswirtschaft 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 60, 64

Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung

Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen
Ein analytisches Inventar. Bearbeitet von Friedrich Wilhelm Rogge.

I(41) Freistaat Braunschweig
1984. XX, 361 Seiten, kartoniert
ISBN 3-525-35523-8

II(44) Freistaat Schaumburg-Lippe
1984. XXI, 213 Seiten, kartoniert
ISBN 3-525-35526-2

III(45) Freistaat Oldenburg
1986. XXVII, 431 Seiten, kartoniert
ISBN 3-525-35527-0

IV, 2(46) Die preußische Provinz Hannover
Akten der staatlichen Dienststellen im Regierungsbezirk Stade. Bearbeitet von Ute Heinrichs. 1988. XLI, 307 Seiten mit 9 Abbildungen, kartoniert
ISBN 3-525-35529-7

IV, 3(48) Die preußische Provinz Hannover
Akten staatlicher und kommunaler Dienststellen sowie privater Herkunft im Regierungsbezirk Osnabrück. Unter Leitung von Werner Delbanco bearbeitet von Ursula Alberts, Karin Jung, Friedrich Wilhelm Rogge. 1991. XXVI, 262 Seiten, kartoniert
ISBN 3-525-35530-0

43 Das Leben des Grafen Münster (1766–1839)
Aufzeichnungen seiner Gemahlin Gräfin Wilhelmine, geborene Fürstin zu Schaumburg-Lippe. Herausgegeben und erläutert von Carl Haase. 1985. 185 Seiten, kartoniert. ISBN 3-525-35525-4

49 Quellen des 16. bis 18. Jahrhunderts zu Baudenkmalen im Niedersächsischen Staatsarchiv in Stade
Ein sachthematisches Inventar. Bearbeitet von Heike Talkenberger. 1993. XVII, 428 Seiten, kartoniert. ISBN 3-525-35532-7

50 Quellen zur Bevölkerungsgeschichte im Niedersächsischen Staatsarchiv in Wolfenbüttel
Ein Spezialinventar. Bearbeitet von Johann-N. Krizsanits. 1994. 319 Seiten, kartoniert. ISBN 3-525-35533-5

V&R
Vandenhoeck & Ruprecht

Zur Geschichte der Weimarer Republik

Siegfried Weichlein
Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik
Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen
Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 115. 1996. 404 Seiten mit 7 Grafiken, kartoniert. ISBN 3-525-35778-8

Marcus Gräser
Der blockierte Wohlfahrtsstaat
Unterschichtjugend und Jugendfürsorge in der Weimarer Republik
Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 107. 1995. 307 Seiten mit 19 Tabellen, kartoniert. ISBN 3-525-35770-2

Wolfgang Zollitsch
Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus
Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936
Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 88. 1990. 320 Seiten mit 36 Tabellen, kartoniert. ISBN 3-525-35751-6

Christoph von Roehl
Große Depression und Stagflation
Eine kritische Analyse der deutschen Wirtschaftspolitik 1927/33 und 1970/86
Abhandlungen zu den Wirtschaftlichen Staatswissenschaften, Band 32. 1988. 276 Seiten mit 35 Grafiken, kartoniert
ISBN 35-25-11339-0

Klaus Tanner
Die fromme Verstaatlichung des Gewissens
Zur Auseinandersetzung um die Legitimität der Weimarer Reichsverfassung in Staatsrechtswissenschaft und Theologie der zwanziger Jahre
Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B, Band 15. 1989. XXI, 288 Seiten, gebunden. ISBN 3-525-55715-9

Ulrich Heinemann
Die verdrängte Niederlage
Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik
Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 59. 1983. 362 Seiten, kartoniert. ISBN 3-525-35718-4

Gerald D. Feldman
Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise
Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914-1932
Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 60. 1984. 272 Seiten, kartoniert. ISBN 3-525-35719-2

V&R
Vandenhoeck & Ruprecht

ISBN 3-525-35534-3